

Spione, U-Boote, Herzinfarkte — Zurück in die 50er Jahre S. 12/13

Arbeiterkampf

Jg. 13 Nr.234 30.5.83 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpr. DM 5

C 21734 E

Bilanz des Osthandels Von der Blüte zum Scherbenhaufen Teil I S.37-39

Immer mehr fordern:

Volksabstimmung gegen Raketen!

Nachrichten

„Bonn hat kein Mandat für Nachrüstung„(SZ, 7./8.Mai 83)

Die Bundesregierung hat nach Ansicht namenhafter deutscher Naturwissenschaftler kein Mandat, über die sogenannte Nachrüstung zu entscheiden. Sie fordern deshalb eine Volksbefragung. Außer dem Glauben, dabei kein moralisch unbezweifelbares Rüstungsmandat zu erhalten, könne es keinen Grund geben, eine Volksbefragung abzulehnen, sagte Professor Hoimar von Ditfurth am Freitag vor Journalisten in Bonn. Nach seinen Angaben haben fast 1000 deutsche Naturwissenschaftler unterschiedlicher Fachbereiche einen Aufruf unterzeichnet, in dem unter dem Motto „Verantwortung für den Frieden„ vor weiterer Atomrüstung gewarnt und die Auffassung vertreten wird, die Nachrüstung erhöhe die Kriegsgefahr.

***

fast 1000 deutsche Naturwissenschaftler unterschiedlicher Fachbereiche einen Aufruf unterzeichnet, in dem unter dem Motto „Verantwortung für den Frieden„ vor weiterer Atomrüstung gewarnt und die Auffassung vertreten wird, die Nachrüstung erhöhe die Kriegsgefahr.

***

Horst Isola, Bremer Sozialdemokrat und im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (2. Bundesvorsitzender — Anm. AK), regte an, im Zusammenhang mit der Bürgerschaftswahl im September solle über ein Volksmemorandum zur Raketenstationierung nachgedacht werden. Isola: „Ich halte eine Stationierung ohne eine vorherige Befragung des deutschen Volkes für unverantwortlich!"
(aus: „Bremer Nachrichten", 17.5.83)

(auf einer Veranstaltung des Plenums „Bremen Atomwaffenfreie Zone" mit Atomwaffengegnern aus Italien, Großbritannien, den Niederlanden und der BRD)

***

Günter Grass ist für Volksbefragung
Saarbrücken — Der Schriftsteller Günter Grass („Die Blechtrommel") ist für eine Änderung des Grundgesetzes, die in Zukunft eine Volksbefragung ermöglichen soll. Grass: „Das Parlament ist bei so wichtigen Fragen wie der Stationierung von Pershing-Raketen oder dem Ausbau der Kernenergie nicht mehr allein in der Lage, ja oder nein zu sagen."
(aus: „Morgenpost", 25.5.83)

***

Für Volksbefragung zur Nachrüstung
Die Friedensgruppe der Alternativen Liste unterstützt die Initiative von Jo Leinen vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und anderer für eine Volksbefragung zur Nachrüstung in der Bundesrepublik genauso wie den Vorschlag der Berliner Abrüstungskonferenz, so etwas in allen „Stationierungsländern" zu machen. Für die Friedensgruppe spricht allerdings die besondere Lage Bremerhavens dafür, schnellstmöglich auch im Bundesland Bremen einen Volksentscheid herbeizuführen. Es bestehe große Wahrscheinlichkeit, daß die neuen Atomwaffen über Bremerhaven nach Europa kommen.
(aus: „NZ", 24.5.83)

Fortsetzung S. 5

Seitdem auf der Kölner Konferenz der Friedensbewegung am 16./17.April erstmals über die Einleitung einer Kampagne für einen Volksentscheid gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen diskutiert wurde, haben sich zahlreiche Verbände und Einzelpersonen diesem Vorschlag angeschlossen. Nach dem BBU, der die Bundesregierung aufgefordert hat, sich einer Volksabstimmung zu stellen, hat sich auch das Komitee für Grundrechte und Demokratie in einem Brief an die Bundestagsabgeordneten gewandt, in dem die Durchführung einer konsultativen Volksbefragung gefordert wird. Auf der internationalen Friedenskonferenz in Westberlin vom 9.-14. Mai wurde der Vorschlag für eine europäisch-koordinierte Friedenskampagne für einen Volksentscheid oder Volksabstimmung verabschiedet. Beide Aufrufe veröffentlichen wir in diesem ARBEITERKAMPF. Darüberhinaus dokumentieren wir einige Stimmen und Beschlüsse.

Weiterhin zum Thema Volksentscheid in dieser Ausgabe:
* **Interview mit W.D. Hasenclever**
* **Stellungnahme G. Mathiessen**
* **Volksbefragungen in den 50er Jahren und die Haltung der SPD**

Fünf Grüne in Ostberlin

Fünf Grüne in Ostberlin

Fünf prominente Grüne demonstrierten am 12. Mai auf dem Ostberliner Alexanderplatz völlig spontan ihre Solidarität mit den geknechteten Brüdern und Schwestern jenseits von Mauer und Stacheldraht. Genau genommen waren es gar nicht fünf, sondern sieben. F ü n f e — die Bundestagsabgeordneten Kelly, Bastian, Vogt und Potthast plus Bundesgeschäftsführer Beckmann — boten in Ostberlin streng gewaltfrei Honeckers Häschern die Stirn. Aber s e c h s Unterschriften trug das Brieflein an Honecker, das sie mit sich gebracht hatten: Außer den fünf Manifestanten war da auch der Name von Milan Horacek, grüner Landtagsabgeordneter in Hessen und Emigrant aus der CSSR. Und als S i e b e n t e r marschierte Ernst Hoplitschek vom Westberliner Landesverband der Grünen im Geiste gewaltfrei mit: Er leitete vor und nach der Rückkehr der Fünf die völlig spontan einberufene, selbstverständlich gewaltfreie Pressekonferenz.

Einige meistens gut informierte Kreise aus dem Umkreis des grünen Hauptquartiers wollen in Hoplitschek sogar den klammheimlichen Inspirator der ganzen Aktion sehen. Wenn's nicht wahr ist, ist es gut erfunden, sagt man in Italien. Verblüffung hat das plötzliche Auftauchen Hoplitscheks als Pressechef der Fünf vom Alex jedenfalls allerseits ausgelöst. Manche(r) erinnert sich noch an jenen (gewaltfreien) Familienkrach bei Grün, als Hoplitschek Petra Kelly in internen Rundschreiben als politikbesessenes Monster ohne *„positiv funktionierende soziokulturelle Beziehungen"* beschrieb und dringend vorschlug, sie (zu ihrem eigenen Besten, versteht sich) in den Ruhestand zu schicken. Auf diese nette Infamie reagierte damals Gert Bastian in der ISP-Zeitschrift „Moderne Zeiten", indem er Hoplitschek in die Nähe des Verfassungsschutzes rückte. Das geschah im Winter 1981/82, ist also schon irrsinnig lange her.

Fortsetzung S.14

stern magazin — Skandal

Das kann doch nicht alles gewesen sein?

Der Skandal um die Fälschung und Publizierung der „Hitler-Tagebücher" scheint seinem Ende entgegenzueilen. Der Fälscher Kujau war ein E i n z e l t ä t e r, der keinerlei politische Zwecke verfolgte. So werden in diesem Land noch allemal politische Verbrechen und Skandale offiziell zu den Akten gelegt. Also nichts mit Fälscherwerkstätten alter Nazis in Südamerika oder Tirol. Und leider auch nichts mit finsteren Machenschaften der DDR, über die Henri Nannen, Springerpresse, „taz" und alte Nazis noch vor kurzem mit großer Sicherheit fabulierten.

Vordergründig betrachtet braucht man über die Absichten des „Stern" bei der Publizierung der Pseudo-Tagebücher nicht groß nachzudenken: Die Verhältnisse in diesem Land sind nun einmal so, daß skrupellose Mediengangster sich ein Geschäft davon versprechen können, einen Nazi-Dreck auf den Markt zu bringen. Wenn aufgrund des Drecks gleich **„die Geschichte des Dritten Reichs in großen Teilen neu geschrieben werden"** soll — zugunsten Hitlers, versteht sich — ist das zu erhoffende Geschäft besonders lukrativ. Alles das stimmt. Es stimmt aber auch, was Henri Nannen nach dem Aufplatzen der Gangsterei im „Stern" schrieb: **„... es möge uns doch niemand für so dumm halten, daß der „Stern" eine vorübergehende Auflagensteigerung anstrebt und dabei fahrlässig das Risiko des Rückschlags in Kauf genommen hätte. Wer glaubt, es lohne sich, seine Leser für dumm zu verkaufen, der versteht nichts vom journalistischen Geschäft".** — Richtiger und genauer formuliert: Man kann die Leute zwar mit e c h t e n Nazi-Texten für dumm verkaufen, aber nicht mit gefälschten, und

sten Hitlers, versteht sich — ist das zu erhoffende Geschäft besonders lukrativ. Alles das stimmt. Es stimmt aber auch, was Henri Nannen nach dem Aufplatzen der Gangsterei im „Stern" schrieb: „... es möge uns doch niemand für so dumm halten, daß der „Stern" eine vorübergehende Auflagensteigerung anstrebt und dabei fahrlässig das Risiko des Rückschlags in Kauf genommen hätte. Wer glaubt, es lohne sich, seine Leser für dumm zu verkaufen, der versteht nichts vom journalistischen Geschäft". — Richtiger und genauer formuliert: Man kann die Leute zwar mit e c h t e n Nazi-Texten für dumm verkaufen, aber nicht mit gefälschten, und
schon gar nicht mit so lächerlich primitiv und anstößig gefälschten Texten.

Und darüber soll in den eingeweihten Spitzen des „Stern" und des Verlags Gruner + Jahr v o r h e r niemals nachgedacht worden sein? Es mag stimmen, daß die führenden Herren einen kollektiven Orgasmus hatten, als sie den angeblich aus *Führers* Feder stammenden Dreck in den eigenen Händen halten und befingern durften, wie der damalige Verlagschef Manfred Fischer behauptet. Es mag allenfalls sogar stimmen, daß der Verlag in der Hoffnung auf ein dickes Geschäft leichtsinnig Finanzbeträge locker gemacht hat, die als Minimum mit 15 Millionen DM berechnet werden müssen. Allerdings wird man den Herren wohl selbst beim Ankauf eines barocken Schreibsekretärs im Wert von, sagen wir 80.000 DM mehr Mißtrauen und Umsicht zutrauen dürfen. Gar so locker sitzt auch den Superreichen das Geld nicht. — Aber immerhin, Geld läßt sich verschmerzen, falls alles schief gehen sollte. Nicht verschmerzen und nicht ersetzen läßt sich der R u f einer Zeitung. Die Folgen für das Prestige des „Stern" und aller verantwortlich beteiligten Personen, falls sich die „Hitler-Tagebücher" als Fälschung erweisen würden, waren von vornherein kalkulierbar.

Fortsetzung S.2

In dieser Ausgabe:

El Salvador:
Schritte zur Revolution S.29

Antisemitismus Teil IV
Von der Reformation
zur Aufklärung..............S.43

KP Irans verboten.........S.33

Diätenregelung bei den Grünen:
Mit 7000 Piepen in den Konsumverzicht?.......S.19

Eingriff in die Gene:
Fortschritt oder biologische Atombombe..............S.40

Gespräch im Bundeshaus

mit den grünen Bundestagsabgeordneten Jürgen Reents und Christian Schmidt

Ein Redakteur des ARBEITERKAMPF sprach mit den beiden frischgebackenen Bundestagsabgeordneten Jürgen Reents und Christian Schmidt, beide aus Hamburg. Themen waren die ersten Tage der neuen Parlamentsfraktion, die Möglichkeiten, die sich aus dieser Stellung ergeben, die Aktion von grünen Bundestagsabgeordneten in Ostberlin und natürlich die „Nach„rüstung und die Kampagne für einen Volksentscheid.
Eines hatten sich alle Beteiligten an diesem Interview geschworen und das wurde auch durchgehalten: von den neuen Lebensumständen, von Streß, Alkohblismus, Beziehungsknatsch und permanenten Vereinigungsparteitagen der frischgebackenen Parlamentarier sollte nicht die Rede sein. Dennoch gab es viel Spannendes.

Weiter auf Seite 16

Skandal

stern magazin

Fortsetzung von S.1

Der Markt für Kultgegenstände aus der NS-Zeit, insbesondere für Kultgegenstände, die eng mit den führenden Figuren des Nazismus verbunden sind, ist enorm. Die Nachfrage ist groß,und zwar keineswegs bloß in der BRD, sondern beispielsweise auch in den USA. Die Nachfrage ist so groß, daß sie das natürlicherweise begrenzte Angebot bei weitem übersteigt. Entsprechend hoch ist auf dem Mark der Anteil von Fälschungen. Die Wahrscheinlichkeit, es bei dem Angebot von einigen Dutzend Hitler-Tagebüchern, von denen bisher kein Mensch etwas gehört hatte, mit einer Fälschung zu tun zu haben, war von vornherein sehr groß. **Das Interesse der mit dem Fall verantwortlich Befaßten hätte also „eigentlich" sein müssen, sich die größte nur mögliche Gewißheit über das angebotene Sortiment zu verschaffen, um einen politischen Skandal mit ernsten Folgewirkungen für die Zeitung von vornherein auszuschließen.**

Das Gegenteil geschah. Die Prüfung der Texte vor der Veröffentlichung bestand im Wesentlichen in der Hinzuziehung von drei Schriftexperten, denen lediglich sechs Blätter (offenbar insgesamt, also zwei Blätter pro Experte) zur Verfügung gestellt wurden. Keines der geprüften Blätter stammte (laut „Newsweek") aus den Tagebüchern selbst. Es wurden keine kriminaltechnischen Untersuchungen (Analyse des Papiers usw.) vorgenommen. Schon diese simple Analyse erwies später auf Anhieb die Papiere als Fälschung, da der/die Fälscher sich nicht einmal die Mühe gemacht hatte(n), wenigstens echte alte Bücher zu beschaffen. Was die Schriftanalysen angeht, so macht das Begutachten weniger vereinzelter Blätter keinen Sinn; es hätte zumindest ein Querschnitt durch das Gesamtwerk zur Prüfung vorgelegt werden müssen.

Man kann es sich natürlich immer noch einfach machen und den ganzen Vorgang als Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit interpretieren. Nun soll das Maß an Skrupellosigkeit und krimineller Energie bei den zuständigen Herren nicht unterschätzt werden. Aber es wird — wie Nannen selbst einleuchtend beteuert — wohl doch nicht soweit gegangen sein, leichtfertig den eigenen Ruin zu riskieren. Es sei denn, daß genau dieser Ruin ein angestrebtes Ziel war. Wenn man unterstellt, daß die Zerstörung der Glaubwürdigkeit des „Stern" als linksliberale Zeitschrift mit Massenauflage b e a b s i c h t i g t war, dann ergibt die scheinbar albern oberflächliche Prüfung der „Hitler-Tagebücher" wieder einen Sinn.

Zu fragen wäre also, wer von den eingeweihten Herren denn nun ganz genau und persönlich für die Art und Weise zuständig gewesen ist, wie die angeblichen Tagebücher auf ihre Echtheit geprüft bzw. eben n i c h t geprüft wurden. Wer hat die Experten bestimmt? Wer hat entschieden, daß nur sechs Seiten geprüft werden dürften? Wer hat die zu prüfenden Seiten ausgewählt? Wer ist dafür verantwortlich, daß auf die allerprimitivsten und gebräuchlichsten Tests (Material-Analyse) der Pseude-Tagebücher verzichtet wurde? Henri Nannen hat „restlose Aufklärung" im „Stern" versprochen. Er selbst müßte in der Lage sein, sie zu geben. Also raus damit!

war. Wenn man unterstellt, daß die Zerstörung der Glaubwürdigkeit des „Stern" als linksliberale Zeitschrift mit Massenauflage b e a b s i c h t i g t war, dann ergibt die scheinbar albern oberflächliche Prüfung der „Hitler-Tagebücher" wieder einen Sinn.

Zu fragen wäre also, wer von den eingeweihten Herren denn nun ganz genau und persönlich für die Art und Weise zuständig gewesen ist, wie die angeblichen Tagebücher auf ihre Echtheit geprüft bzw. eben n i c h t geprüft wurden. Wer hat die Experten bestimmt? Wer hat entschieden, daß nur sechs Seiten geprüft werden dürften? Wer hat die zu prüfenden Seiten ausgewählt? Wer ist dafür verantwortlich, daß auf die allerprimitivsten und gebräuchlichsten Tests (Material-Analyse) der Pseude-Tagebücher verzichtet wurde? Henri Nannen hat „restlose Aufklärung" im „Stern" versprochen. Er selbst müßte in der Lage sein, sie zu geben. Also raus damit!

Warum ich BILD lese

Dr. Peter Scholl-Latour, ZDF-Chefkorrespondent in Paris: „In der BILD-Zeitung sehe ich vor allem einen erstaunlichen publizistischen Erfolg. Man wirft dem Blatt vor, daß es sich allzu oft nach dem Geschmack der breiten Lesermasse richte. Es würde sich lohnen zu untersuchen, ob BILD nicht in Wirklichkeit die Psychologie breiter Gesellschaftsschichten mit instinktiver Anpassung spiegelt. Es handelt sich bei BILD im Hinblick auf Auflage und Leserzuspruch um ein in Europa einmaliges Experiment. Natürlich kann man nicht mit allen Aspekten der Berichterstattung und der Darstellung in BILD einverstanden sein. Was meine persönliche Erfahrung mit BILD betrifft – gelegentlich werde ich von der Redaktion zu einem Beitrag gebeten – so kann ich nur bestätigen, daß meine Formulierungen und meine Gedanken stets getreu wiedergegeben wurden, und daß der verantwortliche Redakteur mir die endgültige Fassung zwecks Kontrolle stets vorgelesen hat.



„...Es ist das geradezu sinnliche Erlebnis, so ein Ding in der Hand zu haben... Diese Gewißheit — das Tagebuch hat DER geschrieben — und jetzt halte ich es in der Hand! Wir alle haben wahrscheinlich einen Blackout gehabt — schon der Glaube daran war ein Teil der Faszination... Es war doch wie eine

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; ☎: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-. halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.
Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Santiago de Chile am 1. Mai

Ein Erfahrungsbericht

Es ist ein nebeliger, kühler Herbstmorgen, als wir auf die noch leeren Straßen Santiagos heraustreten, um zum „Plaza de Artesano" zu gehen. Dort soll die verbotene 1.Mai-Demonstration stattfinden, die ähnlich wie die Demonstration am 24. März (Marcha de Libertad) zu einem Symbol verstärkten Widerstandes gegen die Diktatur werden soll. Um den Platz herum befinden sich hunderte von kleinen Marktständen, die es den Demonstranten ermöglichen, sich als sonntägliche Einkäufer zu tarnen. Der Markt ist heute mit besonder viel Leben erfüllt und nur die versteckt patroullierenden „Pacos" (Polizei), ausgestattet mit Helmen, Schlagstöcken und Tränengas, deuten auf mögliche „subversive, kommunistische Aktionen" hin.

Plötzlich laufen etwa 300 Menschen auf die Straße, formieren sich zu einem Demonstrationszug und klagen die verhaßte Militärdiktatur an:„Libertad, Pan y Trabajao" (Freiheit, Brot und Arbeit) und andere Losungen rufen sie den sich an den Straßenrändern und Marktständen bildenden Menschentrauben zu, die zwar nicht den Mut haben, sich der Manifestation anzuschließen, deren Sympathie aber den Demonstranten gehört.

Die Polizei scheint überrascht zu sein. Den Demonstranten gelingt es fast eine halbe Stunden lang, die Straßenkreuzung zu besetzen; sie werden mutiger, lauter, ballen die Fäuste, rufen immer mehr Losungen. Der Verkehr stockt, es bilden sich Autoschlangen, aber auch die Autofahrer erweisen mit ihrer Geduld den Demonstanten heimliche Achtung.

Plötzlich kommt ein Polizeibus angerast, der Bus stoppt im Verkehrsstau, ein „Paco" mit Maschinenpistole springt raus, sichert den Ausgang, eine Polizeisirene ertönt und 20 bis 30 „Pacos" mit Helm und langen Schlagstöcken stürmen auf die Demonstranten zu, wild auf sie einschlagend. Zur selben Zeit bildet sich aus der fliehenden Demonstrationsmenge eine etwa 20-köpfige Gruppe, mit Jeans, Turnschuhen und Pudelmützen bekleidet, die Schlagstöcke aus Holz und Metall hervorziehen, über Demonstranten, Fotoreporter, unbeteiligte Menschen herfallen und sie erbarmungslos zusammenschlagen; eine CNI-Schlägergruppe, chilenische Geheimpolizei.

Jetzt kommen von überall Polizei-
gerast, der Bus stoppt im Verkehrsstau, ein „Paco" mit Maschinenpistole springt raus, sichert den Ausgang, eine Polizeisirene ertönt und 20 bis 30 „Pacos" mit Helm und langen Schlagstöcken stürmen auf die Demonstranten zu, wild auf sie einschlagend. Zur selben Zeit bildet sich aus der fliehenden Demonstrationsmenge eine etwa 20-köpfige Gruppe, mit Jeans, Turnschuhen und Pudelmützen bekleidet, die Schlagstöcke aus Holz und Metall hervorziehen, über Demonstranten, Fotoreporter, unbeteiligte Menschen herfallen und sie erbarmungslos zusammenschlagen; eine CNI-Schlägergruppe, chilenische Geheimpolizei.

Jetzt kommen von überall Polizeibusse, Polizeiwagen und nach kurzer Zeit ist der gesamte Platz von Polizeitruppen umstellt, die die Manifestation zerschlagen.

Kurze Zeit später bildet sich im Zentrum, am „Plaza de Armas", neuer Widerstand. Eine Gruppe überwiegend junger Demonstranten hat sich in der Kathedrale von Santiago verschanzt und ruft:„Libertad, Pan y Trabajo". Sofort ziehen die Polizeitruppen einen Ring um die Kathedrale und drängen die vielen Beobachter auf die Mitte des Platzes zurück. Ich versuche möglichst nahe an die Kathedrale heranzukommen, um Aufnahmen zu machen. Die Polizei scheint die „Autonomie" der Kirche zu respektieren, sie greift den Demonstrationszug nicht an. Plötzlich schlagen 6 oder 8 Zivilpolizisten auf mich ein, spritzen zwei volle Ladungen Tränengas aus unmittelbarer Nähe in meine Augen, beschimpfen mich, brüllen mich an, nehmen mir gewaltsam meine Kamera ab.

Für Sekunden scheinen sie von mir abzulassen, dann packen sie mich erneut unter die Arme, zerren mich über den halben Platz, verpassen mir wieder eine Dosis Tränengas und einen schweren Schlag auf die Schulter und schmeißen mich in einen Polizeibus, wo mich 4 uniformierte „Pacos", mit MPs bewaffnet, in Empfang nehmen. Sie schreien mich an, zwingen mich ausgestreckt auf den Boden zu legen, klopfen mich ab, bedrohen mich. Jetzt erst wird mir bewußt, was passiert ist; ich denke an Verhöre, Knast, Abschiebehaft. Ich fühle mich hier auf dem Boden liegend total ohnmächtig, der Brutalität und Willkür schutzlos ausgeliefert.

Sie nehmen meine Personalien auf, fragen mich, ob ich an der Demonstration teilgenommen habe, etc. Ich stelle mich dumm, verstehe bewußt kein Spanisch, verlange nur meine Kamera zurück. Sie wissen überhaupt nicht, warum ich verhaftet wurde, jetzt habe ich ihnen das Stichwort gegeben - Kamera. Sie wollen wissen, wo die Kamera ist, was ich fotografiert habe. Sie suchen meine Kamera, ich muß mich halb ausziehen und das, obwohl ich ihnen mitgeteilt habe, daß Unbekannte - für sie bekannte CNI-Kollegen - meine Kamera weggenommen haben. Ein „Paco" macht sich lustig über mich, teilt mir mit, daß ich mit meinen „langen" Haaren aussehe, wie die chilenischen Delinquenten und mich deswegen auch nicht wundern dürfe, wenn ich verhaftet werde. Auf einmal stürmt wieder ein „Paco" mit MP in den Bus, zielt auf mich und brüllt: *„Hinlegen!"* Dann werde ich in einen Gefangenenwagen gesteckt und zusammen mit einem Franzosen und einem Chilenen zum Kommissariat gefahren. Dort treffe ich noch zwei weitere Deutsche, die auf ähnliche Art verhaftet wurden. Im Hof stehen viele verhaftete Chilenen, die jetzt alle einzeln ihre Personalien angeben müssen. Ein ungefähr 26-jähriger, magerer Chilene wird in die Schreibstube gerufen; irgendwie hat er eine Frage nicht richtig verstanden, er antwortet jedenfalls nicht unmittelbar, woraufhin ein wütender „Paco" auf ihn zuschießt, ihm voll ins Gesicht schlägt und schreit:*„Antworte, du schwule Sau"*.

Drei Frauen sitzen bewegungslos in einer Ecke und müssen mit ansehen, wie die „Pacos" ständig ihr beschlagnahmtes Transparent „Convergencia Socialista con los Trabajdores para el Primero de Mayo" (Convergencia Socialista mit den Arbeitern zum 1. Mai) ausrollen, wütend lesen und brüllen:*„Die behalten wir hier, denen werden wir es zeigen!"*, das Transparent in eine Ecke schmeißen, darauf herumtrampeln, wieder aufrollen. Später sehen wir die drei Frauen noch einmal, eine weinend, als sie abgeführt werden.

Nachdem wir Ausländer unsere Personalien angegeben haben, müssen wir uns draußen in den Hof setzen und warten. Hier können wir die vom Einsatz zurückkehrenden „Pacos" und „Zivilen" beobachten, wie sie sich grinsend über die gefangenen Leute lustig machen. Gegenüber im Gebäude hören wir Schreie, wird eine Person mit voller Wucht gegen eine geschlossene Jalousie geworfen; die Verhöre beginnen. Unerwartet schnell werden wir frei gelassen. Hinter der Eisentür umarmen wir uns vor Freude, wollen nur noch weg, weit weg, in das andere Chile, das Chile Pablo Nerudas, Isabel Parras, Victor Jaras; aber noch befinden wir uns im Chile Pinochets und denken traurig an die im Kerker Zurückgebliebenen, die jetzt all die Brutalität, all den Haß der Faschisten erleiden müssen, nur weil sie den Weg in das andere Chile mit Licht erhellen.

P.S.: Insgesamt wurden 176 Personen verhaftet, davon wurden 161 Personen nicht länger als einen Tag festgehalten. Viele Menschen, darunter Ausländer, ausländische Journalisten, wurden von der etwa 20-köpfigen CNI-Schlägertruppe z.T. schwer verletzt. Das faschistische Regime streitet ab, daß es sich bei dieser Schlägertruppe um Geheimpolizisten handelt

Chr.

Freiheit für alle Antifaschistischen Gefangenen in der Türkei und Türkei-Kurdistan

Aufruf zu Demonstrationen am 11.Juni

In verschiedenen Städten der Bundesrepublik sollen am 11.Juni Demonstrationen gegen Hinrichtungen, Folter und unmenschliche Behandlungen in den Gefängnissen, gegen die Schauprozesse gegen die demokratische, gewerkschaftliche und linke Opposition in der Türkei und gegen die Auslieferung von politischen Gefangenen an die Türkei durch die Bundesregierung stattfinden.

Es ist damit zu rechnen, daß die türkischen Militärs die Sommerzeit dazu nutzen werden, weitere Hinrichtungen anzuordnen. Seit dem Putsch wurden 46 Todesurteile vollstreckt, ungefähr 200 Todesurteile

Freiheit für alle Antifaschistischen Gefangenen in der Türkei und Türkei-Kurdistan

Aufruf zu Demonstrationen am 11.Juni

In verschiedenen Städten der Bundesrepublik sollen am 11.Juni Demonstrationen gegen Hinrichtungen, Folter und unmenschliche Behandlungen in den Gefängnissen, gegen die Schauprozesse gegen die demokratische, gewerkschaftliche und linke Opposition in der Türkei und gegen die Auslieferung von politischen Gefangenen an die Türkei durch die Bundesregierung stattfinden.

Es ist damit zu rechnen, daß die türkischen Militärs die Sommerzeit dazu nutzen werden, weitere Hinrichtungen anzuordnen. Seit dem Putsch wurden 46 Todesurteile vollstreckt, ungefähr 200 Todesurteile wurden von Gerichten gefällt. Vor kurzem wurden allein in Diyabakir 35 Todesurteile im Prozeß gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK gesprochen.

Demonstrationen am 11.6. sind geplant in Hamburg (9.30 Uhr, Moorweide), Hannover, Frankfurt, Köln und evt. Dortmund.

Aufruf zum Frauenwiderstandscamp Sommer 83

Ende dieses Jahres sollen laut Nato-Nachrüstungsbeschluß Atomraketem im Hunsrück stationiert werden. Wir, eine Gruppe von Frauen aus 15 Städten, wehren uns gegen die Kriegspolitik der BRD und der Nato. Durch Veranstaltungen, Filme, Dias, AGs wollen wir über die besonderen Gefahren der Raketen aufklären. Wir werden auf diesem Camp neue Widerstandsformen entwickeln und in Aktionen umsetzen.

Das Camp wird vom 15.7. bis 15.8.83 im Hunsrück stattfinden. Wir rufen alle Frauen dazu auf mitzumachen. Frauen, die Ideen für Veranstaltungen haben, melden sich bitte unter den angegebenen Telefonnummern.

Berlin 030/6917110 oder 7863581 (Hedda oder Doris). Oder schreiben: F.Z. Berlin, Stresemannstr. 40, 1000 Berlin 61, "Frauencamp" (für weitere Kontaktadressen).
Nächstes überregionales Treffen am 2.6. im Hunsrück, anmelden bei 0228/462526.

Gummigeschosse:

Grüne warnen vor „Senkung der Hemmschwelle"

„Jede Waffe ist gefährlich oder nicht gefährlich. Diese Frage hängt von der Munition ab, die Pistole selber ist nur eine Schleuder, ein Medium" (1). Also reagierte Walter Lamp, Geschäftsführer der Waffenschmiede Heckler & Koch, die in einem mehrjährigen Projekt Abschußgeräte und Gummischrote entwickelt hat, auf einen Antrag der GRÜNEN im Stuttgarter Landtag, *„grundsätzlich auf die Einführung von Gummigeschossen und entsprechenden Abschußgeräten in Baden-Württemberg zu verzichten"*. Die schon weit entwickelten Pläne der Landesregierung, spezielle Polizeieinheiten mit dieser „Distanzwaffe" auszurüsten, sind damit unerwartet unter parlamentarischen Beschuß geraten und sollen nach Auskunft eines Sprechers des Innenministeriums noch einmal *„sorgfältig geprüft"* werden (2). Mit der Einführung muß dennoch in diesem Jahr gerechnet werden.

Auf ungewöhnliches Echo stieß Ende April in Baden-Württemberg eine



Mehrzweckpistole 1 von Heckler & Koch mit Gummiladungen

Mehrzweckpistole 1 von Heckler & Koch mit Gummiladungen

Dokumentation über Gummigeschosse, die gemeinsam vom Landesverband der GRÜNEN, der AL Berlin und der Fachgruppe Demokratie und Recht der GAL Hamburg herausgegeben worden ist. Die Broschüre dokumentiert die bisherige politische Diskussion um eine weitere Hochrüstung polizeilicher Distanzwaffenarsenale. Das 36 Seiten starke Druckwerk beschäftigt sich überdies mit der Sicherheitsphilosophie der Befürworter und mit den technischen Grundlagen verschiedener Modelle. Zwei ausführliche Kapitel beschäftigen sich mit dem politischen Hintergrund der Züricher Jugendbewegung sowie der republikanischen Bewegung in Nordirland, gegen die seit mehreren Jahren Gummi- und Plastikgeschosse eingesetzt werden. Zahlreiche Fotos veranschaulichen die Folgen der Geschosse in der Schweiz und in Irland. In den ersten vier Wochen seit ihrem Erscheinen wurden bereits 3500 Exemplare der Broschüre verkauft.

Anläßlich einer gut besuchten Pressekonferenz am 26. April stellten Wolf-Dieter Hasenclever (DdL, die GRÜNEN) sowie Vertreter der Westberliner AL und des Züricher „Verein betroffener Eltern" die Dokumentation vor. Der Einsatz von Gummigeschossen durch die Stadtpolizei Zürich habe gezeigt, *„daß die Hemmschwelle des Schußwaffeneinsatzes bei den Polizeibeamten sehr schnell herabgesetzt wird"*, begründete Wolf-Dieter Hasenclever seine generelle Ablehnung dieser „Distanzwaffe". Mit der beabsichtigten Einführung sei Baden-Württemberg nach den Beschlüssen zur Bezahlung von Polizeieinsätzen bei Demonstrationen *„damit der Vorreiter der Verschärfung staatlicher Gewaltmittel gegenüber kritischen Bürgern"*. Das sogenannte taktische Ziel, einzelne Personen auf Distanz zu halten, könne mit dieser Waffe nicht erreicht werden, da häufig völlig Unbeteiligte getroffen und schwer verletzt werden. Hasenclever warf der CDU-Landesregierung vor, sie versuche die mit der Durchsetzung ihrer polititschen Ziele verbundenen Probleme *„durch eine Aufrüstung der Polizei zu lösen"*. Derartige Geschosse seien eher geeignet, Teile der Bevölkerung so einzuschüchtern, daß sie demokratische Rechte wie die Versammlungsfreiheit nicht mehr wahrzunehmen wagten.

Das Vorstandsmitglied des Züricher „Verein betroffener Eltern", Michael Freisager, berichtete detailliert von den Folgen der Gummischrote in Zürich. Bei 8.000 abgeschossenen Schrotpaketen sei eine Bilanz von sieben schwer verletzten und zum Teil ausgeschossenen Augen zu beklagen. Das bedeute, daß jeder tausendste Schuß ein Augenlicht gekostet habe. In Nordirland haben Gummi- und Plastikgeschosse seit 1972 14 Todesopfer verursacht, sieben von ihnen waren Kinder unter 16 Jahren.

Ein Mitte Juni im Landtag zu behandelnder Antrag der GRÜNEN fordert deshalb, grundsätzlich auf die Einführung von Gummigeschossen und entsprechenden Abschußgeräten zu verzichten. Zur Entschließung stehen ebenfalls die Anträge an, *„den Beschluß des Europaparlaments bezüglich der Ächtung von Plastikgeschossen in den Mitgliedsländern als verbindlich für Baden-Württemberg anzuerkennen"* sowie die Beschlußfassung des Europaparlaments über einen von dem belgischen Abgeordneten Jacques Vandenmeulenbroucke eingebrachten Antrag, Gummigeschosse ebenfalls europaweit zu ächten, abzuwärten.

Auf Seiten der Gummigeschoß-Befürworter zeigen sich gemischte Reaktionen: Baden-Württembergs Sozialdemokraten rückten vorsichtig von ihrer bisherigen Zustimmung ab und plädieren statfdessen dafür, *„neue Einsatzkonzepte zu entwickeln und hier vor allem die positiven Erfahrungen Nordrhein-Westfalens mit massiven Polizeiaufgeboten zu berücksichten"*.

Ansonsten sei Wasserwerfern mit einer CN-Zumischung der Vorzug zu geben, meint der SPD-Sicherheitsexperte Alfred Geisel (3).

Im Stuttgarter Innenministerium hingegen zeigt man sich weiterhin entschlossen, Spezialeinheiten der Polizei mit der neuen „Distanzwaffe" auszurüsten. Nach einem Bericht der „Schwäbischen Zeitung" liegt eine Einsatzverordnung für Gummigeschosse bereits als Entwurf vor (4); rechtlich werden Gummigeschosse und deren Abschußpistolen gleichgesetzt, deren Einsatz in den einschlägigen Polizeigesetzen nur bei unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben der Beamten abgedeckt ist. Ein Sprecher des Stuttgarter Innenministeriums betonte zwar, man werde Erfahrungsberichte und Gutachten über Gummigeschosse *„sorgfältig prüfen"*, aber die von den GRÜNEN genannten Zahlen über Tote und Verletzte in Nordirland und Zürich seien *„durch nichts belegt"* (2).

Unbeirrt zeigt sich auch Baden-Württembergs Polizei: Der Präsident der Landespolizeidirektion Stuttgart I, Hans-Peter Sturm, erklärte am Vorabend der Pressekonferenz in einem Hintergrundgespräch vor ausgewählten Journalisten, *„wir könnten in nächster Zeit Großeinsätze in Baden-Württemberg haben, deshalb müssen unsere Beamten mit geeigneten Distanzwaffen ausgerüstet werden"*. Sturm nannte als Beispiele für anstehende Großeinsätze Boxberg als Standort der Daimler-Teststrecke, die geplanten baden-württembergischen Atomkraftwerke und die vermuteten Atomwaffenstandorte im Ländle (5). *„Lieber Schüsse aus 15 bis 20 Gummischrotflinten als zehn Hunde auf die Leute loslassen"*, meinte Sturm.

GAL-Fachgruppe
Demokratie und Recht



Gummischroteinsatz in Zürich

Quellen

1) „Welt", 29.4.83, „Landesbericht Baden-Württemberg"
2) dpa-Landesdienst Süd-West, 26.4.83
3) „Stuttgarter Zeitung", 27.4.83
4) „Schwäbische Zeitung", 27.4.83
5) „Stuttgarter Nachrichten", 27.4.83

Gummigeschosse

Eine Mittelstreckenlücke wird geschlossen
Mit Beiträgen über den Einsatz in Nordirland und in der Schweiz,
sowie über Technik, Medizin und politische Debatte

hrsg.v.: **AL-Berlin, Die GRÜNEN BaWü, GAL-Hamburg**

36 S., DIN A 4, Farbdruck, ca. 40 Abb., 3.-DM(+1,-DM Porto)
Vertrieb: **BUU, Bartelsstr. 26, 2 HH 6**



Zürich 1980

"Im Namen des Volkes"

Seemann fuhr zum Null-Tarif – nun sitzt er acht Monate

Über seine Zeit als Seemann auf großer Fahrt ist wenig bekannt, über die kleine Fahrt im öffentlichen Nahverkehr gibt es dagegen einen gerichtlichen Vorgang, denn Hans-Peter St. (36) ist ein Schwarzfahrer. Beförderungserschleichung in vier Fällen, begangen zwischen dem 4. März und dem 12. Oktober 1982, wirft ihm der Staatsanwalt vor.

Wie sich der Fall vor dem Einzelrichter gestalten wird, ist schnell klar: Der Angeklagte redet dazwischen, kaum daß der Staatsanwalt die Anklage verlesen hat. „Ich hab' doch alles bezahlt", beteuert Hans-Peter St. Doch er meint die 150 Mark erhöhtes Beförderungsgeld und sperrt sich gegen die Einsicht, etwas Strafbares getan zu haben. Er will nicht Bescheid gewußt haben, wie so etwas läuft. Doch da hilft Richter Nils Graue dem Gedächtnis des Angeklagten auf die Sprünge und erinnert an die Latte von Vorstrafen, auch einschlägige, und kommt nicht an der Tatsache vorbei, daß sich der Angeklagte der Schwarzfahrerei im Rückfall schuldig gemacht hat.

Hans-Peter St. begreift noch immer nicht, daß ein wiederholtes Fahren zum Null-Tarif von den Gerichten nicht als Kavaliersdelikt gewertet wird, und redet viel wirres Zeug zu seiner Verteidigung. Er habe die Bahn doch nur benutzt, weil er Arbeit suchen wollte. Doch dies Argument will der Staatsanwalt nicht gelten lassen angesichts 1000 Mark Unterstützung, über die der Angeklagte verfügt. Ungerührt sagt auch der Richter: „Andere haben noch viel weniger und bezahlen doch."

Als der Staatsanwalt plädiert, redet Hans-Peter St. immer noch dazwischen und so geht beinahe unter, was der Ankläger schwergewichtig formuliert: „Es liegen hier die formellen Voraussetzungen des Rückfalls vor, das heißt, für jeden der vier Fälle ist eine Einsatzstrafe von sechs Monaten vorgesehen." Im Strafantrag ist es dann nicht mehr so heiß, immerhin: vier Monate ohne Bewährung. Das Urteil fällt allerdings doppelt so hart aus: acht Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung. „Das ist das mindeste, das dabei herauskommen kann", sagt der Richter und fügt hinzu: „Was Sie gemacht haben, ist ein allgemeinschädliches Verhalten."

Qu

aus: Hamburger Abendblatt, 25.5.83

W.D. Hasenclever zum Thema Volksentscheid

Perspektive über den Raketenherbst hinaus

Im Folgenden legt Wolfdieter Hasenclever dar:
— wie eine Volksentscheidkampagne der Friedensbewegung Schlagkraft und Zusammenhalt auch über den Herbst hinaus geben könnte;
— warum die Grünen „unbedingt zentral mit anpacken" sollten;
— ein Volksentscheid auch im Falle einer parlamentarischen Ablehnung erfolgreich werden kann.

AK: Das Thema „Volksentscheid" ist für Dich keineswegs neu. Schon öfter hast Du Dich für eine mehr plebiszitäre Demokratie ausgesprochen.
Hasenclever: Plebiszitäre Elemente sollten nicht nur auf regionaler Ebene — da sind sie auch wichtig — sondern ganz allgemein durch die Verfassung erleichtert werden. Das gehört zu meinem Verständnis von Basisdemokratie. Die positive Wirkung von Volksabstimmungen habe ich im übrigen aus erster Hand mitverfolgt. In Tübingen haben die Bürgerinitiativen gegen die sog. „Nordtangente" durch dieses Mittel einen enormen Erfolg verbuchen können, und zwar gegen den geschlossenen Widerstand der etablierten Parteien: Fast 90% der Wähler haben gegen dieses Projekt gestimmt und somit ihren Stammparteien die Gefolgschaft verweigert.
AK: Nun zum aktuellen Thema, Volksentscheid gegen die Raketenstationierung.



W. D. Hasenclever

„Gefühlsmäßige Mehrheiten" stabilisieren

Hasenclever: Grundsätzlich bin ich sehr dafür, weil die Chance besteht, einen für uns positiven Ausgang zu bekommen. Erforderlich sind allerdings Bedingungen, die einen Erfolg auch weitgehend sicherstellen. Bei solchen entscheidenden Fragen muß man natürlich unbedingt Niederlagen vermeiden.

Auf jeden Fall ist im Augenblick eine gefühlsmäßige Mehrheit gegen die neuen Raketen vorhanden. Andererseits ist das noch nicht sehr gefestigt, und könnte von der CDU-Regierung mit ihren publizistischen Machtmitteln wieder zu ihren Gunsten gewendet werden.
Auf jeden Fall ist im Augenblick eine gefühlsmäßige Mehrheit gegen die neuen Raketen vorhanden. Andererseits ist das noch nicht sehr gefestigt, und könnte von der CDU-Regierung mit ihren publizistischen Machtmitteln wieder zu ihren Gunsten gewendet werden.
Entsprechende Umbesetzungen in Redaktionen von Zeitschriften und Fernsehanstalten sind ja gerade im Gange.

Daher muß ein solches Projekt auf eine sehr breite gesellschaftliche Grundlage gestellt werden. Ein breites Volksentscheid-Bündnis müßte — neben der Friedensbewegung im engeren Sinne und den Grünen — z.B. umfassen:
— die Kirchen, die ich gerade wegen ihren neuen Rundbriefe und Enzykliken für sehr wichtig halte;
— zumindest große Teile der Sozialdemokratie, die ein wichtiger Träger werden könnten, sowohl finanziell als auch personell;
— den DGB, als vielleicht bedeutendste Säule.

Wenn das alles gelingt, wird das bestimmt eine großartige Sache.
AK: Aber Voraussetzuung für dieses breite Bündnis ist doch zunächst, daß die Friedensbewegung sich diese Sachen zu eigen macht und loslegt.
Hasenclever: Logisch. Dennoch braucht die Bewegung Verbündete über das derzeitige Spektrum hinaus. Verbündete, die die 30% der Bevölkerung erreichen können, die zwar von den Emotionen her gegen die Stationierung sind, aber noch keine klare argumentative Festigung haben.

Enorm wichtig ist natürlich jeder einzelne in der Friedensbewegung. Einer geballten Medienoffensive der Regierung sind wir nicht hilflos ausgesetzt, wenn wir bereit sind, unseren Fleiß und unsere Opferbereitschaft in die Waagschale zu werfen und wirklich von Tür zu Tür gehen. Gerade von unserem erfolgreichen Bürgerbegehren in Tübingen weiß ich, daß ein Erfolg oft das Ergebnis von verdammt harter Arbeit ist. Diese Arbeit ist graswurzelartig, d.h. wir müssen versuchen, in einer Art Schneeballsystem die ganze Bevölkerung zu mobilisieren. Mit einer solchen menschlichen Kontaktaufnahme sind wir den unpersönlichen Medien überlegen. Aber dazu gehört nicht nur guter Wille, sondern auch Organisation.

AK: Konkret nochmal zur SPD: Können wir sie zum „Mitziehen" bringen?
Hasenclever: Es gibt ja eine ganze Reihe von Kontaktstellen zwischen Friedensbewegung und SPD. Nimm jetzt den Kongreß für ein atomwaffenfreies Europa in Berlin. Oder nimm die Gustav-Heinemann-Initiative. Eine frühzeitige Einbindung gerade dieser Initiativen wäre sehr notwendig.
AK: Wie könnte diese Kampagne mit den anderen Aktionsfeldern der Bewegung abgestimmt werden. wie Demon-
Europa in Berlin. Oder nimm die Gustav-Heinemann-Initiative. Eine frühzeitige Einbindung gerade dieser Initiativen wäre sehr notwendig.
AK: Wie könnte diese Kampagne mit den anderen Aktionsfeldern der Bewegung abgestimmt werden. wie Demon-
strationen, Blockadeaktionen und ziviler Ungehorsam? Kritiker befürchten eine Überbeanspruchung der Basis.
Hasenclever: Wenn man diese Initiative ganz ernst nimmt, müssen sich natürlich alle aktiven Gruppen beteiligen. Gewissermaßen müßten die Arbeiten daraufhin konzentriert werden, was natürlich nicht heißt, daß z.B. gewaltfreie Aktionen weniger wichtig wären. Nur müßte das eingebettet sein in ein gemeinsames Konzept. So sind sich alle Gruppen dann einig, daß bis zum Herbst eine neue Stufe der Eskalation erreicht sein müßte. Dafür gibt es ja auch schon eine Menge sehr guter und sich ergänzender Vorschläge. Wieso nützen wir nicht den Stand, den wir im Herbst erreicht haben werden, zu einem Einstieg in die Volksentscheids-Kampagne? Durch die Aktionen werden wir sicher eine enorme Resonanz in der Bevölkerung finden, und das wäre ein vorzüglicher Startpunkt.
AK: Ein Zurückschrauben anderer Widerstandsformen würde einer Volksentscheids-Kampagne sicherlich viel mehr schaden, als nützen.
Hasenclever: Genau. Eine solche Volksbefragung soll keine Konkurrenz, sondern eher ein Kulminationspunkt für andere Aktivitäten sein. Es könnte ein wichtiges Gegengewicht gegen die Gleichschaltungspläne des CDU-Staates sein, weil Presse und Medien einfach darüber berichten müßten, und weil wir damit bis in den hintersten Winkel der Republik vordringen könnten. Nur so können wir das Gewicht der zentralistischen Fernsehanstalten unterlaufen. Für diesen zentralen Ansatz war auch die VoBo-Mobilisierung ein erfolgreiches Beispiel.

Vice versa heißt das natürlich auch, daß die anderen Aktivitäten geeignet sein müssen, Sympathie und Solidarität bei der Mehrzahl der Bürger zu erzielen, sonst können wir das Ziel einer Volksentscheids-Kampagne nicht erreichen. Das erfordert natürlich die strikte Einhaltung der Gewaltfreiheit bei solchen Aktionen. Sonst kommen wir nicht über den 10%-Turm hinaus.

„Nicht denken: Uns bleibt nur noch Zeit bis zum November, danach kommt der Weltuntergang"

AK: Kommt unsere Idee, kommt dieses Projekt nicht zu spät?
Hasenclever: Nun ist es ja so, daß die Stationierung nicht von einem Tag auf den nächsten erfolgt. Erstens gibt es die Pershing, die da aufgestellt werden sollen, noch gar nicht serienmäßig, und auch bei den Probeflügen kam es zu etlichen Bruchlandungen. Bei den Cruise Missiles sieht es ähnlich aus.

Zweitens dürfen wir nicht alles von einer Entscheidung im Herbst 83 abhängig machen. Wir dürfen nicht mit einer verengten Sichtweise herangehen und sagen: Uns bleibt nur Zeit bis zum November, danach kommt der Weltuntergang. Selbst wenn sich die Bewegung dieses Jahr nicht durchsetzt — was wir nicht hoffen —, sogar wenn die ersten Raketen hier ankommen, haben wir noch nicht verloren. Wir müssen verhindern, daß sich eine frühzeitige Frustration breit macht. In diesem Sinne sehe ich den Volksentscheid auch als eine Perspektive über den Herbst hinaus, z.B. als Ziel für das Frühjahr. So könnte man sogar eine Rückgängigmachung einer schon teilweise erfolgten „Nach"rüstung noch erzwingen.
AK: Auf jeden Fall ist Frustration so lange fehl am Platze, wie wir nicht versucht haben, unsere stärkste Trumpfkarte auszuspielen: nämlich die Mehrheit gegen die Stationierung, wie sie aus allen repräsentativen Umfragen hervorgeht. Eine Volksbefragung soll gerade diese Mehrheit in die Friedensbewegung miteinbeziehen. Anders ist das erstmal nicht möglich, weil man für Demonstrationen oder gar Widerstandsaktionen, selbst für Unterschriftensammlungen, immer nur Bruchteile der Bevölkerung gewinnen kann.

Hasenclever: Ich halte auch nicht viel von dem Mythos, die Bundesdeutschen würden plötzlich mit einem „gewaltfreien Aufstand" die Raketenstationierung verhindern

Volksentscheid und Generalstreik

AK: Sicherlich wäre ein Generalstreik eine schöne Sache, die die Herrschenden auch viel empfindlicher treffen würde als eine Blockade im Wald. Aber es ist illusorisch, das vom DGB zu erhoffen, der schon immer politische Streiks ablehnte.
Hasenclever: Das würde die Konzeption des DGB von Grund auf umdrehen. Man muß nüchtern sehen, daß das ein Bruch mit der Geschichte und Tradition des DGB wäre.

Auf der anderen Seite würde das Projekt Volksentscheid auch im DGB eine weitere Politisierung bedeuten, und könnte umgekehrt ohne die Unterstützung von Leuten wie unserem DGB-Landesvorsitzenden Pommerenke auch gar nicht erfolgreich werden. Gerade bei Pommerenke bin ich überzeugt, daß er so eine Sache unterstützen würde, da er doch in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen hat, sich als Gegener der „Nachrüstung" zu profilieren. Im Kampf für den Frieden hat die Arbeiterbewegung schon immer eine große Bedeutung gehabt, und das gilt auch weiterhin. Nehmen wir nur mal den 1. Weltkrieg, die Zustimmung der Arbeiterorganisation SPD und der Gewerkschaften zum Kriegseintritt des Deutschen Reiches. Das war auch innerhalb dieser Organisationen damals fürchterlich umstritten. Hätte es eine unabhängige Bewegung gegeben, die in diese Strukturen hinein Einfluß gehabt hätte, wäre es vielleicht anders gekommen.

Lehren aus der Geschichte zu ziehen, heißt für diesen Fall, daß existentielle Fragen nur durch breite Bündnisse beeinflußbar werden können. Und ganz katastrophal wäre es, wenn im Falle „Nach"rüstung diese Bündnisse an den arbeitenden Menschen — oder der Arbeiterklasse, wie ihr sagt — vorbei aufgebaut würden. Dann haben wir keinerlei Chancen.

Skepsis nicht angebracht

AK: Nun wird ja gegen unseren Vorschlag eingewendet, z.B. auch von Deinem Parteifreund Otto Schily, daß er eine verhängnisvolle Dynamik auslösen könnte bis hin zum Volkentscheid für die Todesstrafe.
Hasenclever: Zunächst hat das den richtigen Kern, daß die Bevölkerung in sehr vielen Fragen anders denkt al s wir. Aber in unserem Fall geht es ja darum, ein Grundrecht der Menschen, nämlich in Frieden leben zu wollen, überhaupt artikulieren zu können. Anders ist das kaum mehr möglich. Negative Dinge und reaktionäre Vorschläge dagegen können ja derzeit schon über bestehende Parlamentsmehrheiten durchgesetzt werden.
AK: Zusätzlich könnte eine Forderung nach Volksabstimmung in Sachen „Nach"rüstung das Demokratieverständnis der Herrschenden viel besser entlarven als abstrakte Propaganda.
Hasenclever: Direkte Demokratie ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig die Möglichkeit zur objektiven Information besteht. Wenn die Bundesrepublik erstmal verkabelt ist, wenn 25 Fernsehprogramme abwechselnd mit Porno und Regierungspropaganda gefüllt sind, dann könnte man technisch sowieso sogar direkte Demokratie per Knopfdruck einführen. Dann würde das die Situation allerdings nur verschlimmern. Vielleicht wollte Otto Schily das mit seiner Kritik andeuten.

Noch trifft das jedoch nicht zu. Und gerade im Falle „Nachrüstung" sind auch unsere Argumente im Laufe der Jahre so gut verbreitet worden, daß die Bevölkerung wirklich w ü ß t e, worüber sie abstimmt. Das ist ja die Grundvoraussetzung von Demokratie: daß man weiß, worüber man abstimmt.
AK: Kommen wir zu den Grünen. Welchen Part könnten sie bei diesem Vor-
Bevölkerung wirklich w ü ß t e, worüber sie abstimmt. Das ist ja die Grundvoraussetzung von Demokratie: daß man weiß, worüber man abstimmt.
AK: Kommen wir zu den Grünen. Welchen Part könnten sie bei diesem Vor-
haben spielen?
Hasenclever: Den Grünen mit ihrem relativ hohen Mitgliederstand und ihren relativ dichten Parteistrukturen könnte als mithelfende Kraft eine wichtige Rolle zukommen.

Die Grünen müßte man unbedingt zentral mit einspannen, genauso wie andere Organisationen, die ich eingangs genannt habe. Hier in Baden-Württemberg diskutieren wir im Augenblick etwas Ähnliches im Zusammenhang mit dem geplanten AKW Wyhl. Vom Gesetz her gibt es in unserem Bundesland das Recht auf Volksabstimmung. Diese müßte allerdings durch ein Volksbegehren, für das 1,1 Millionen Unterschriften erforderlich sind, gefordert werden. Ich denke, es wäre sehr wichtig, auf diese Art ein Moratoriumsgesetz abstimmen zu lassen, und wir rechnen uns da auch Chancen aus. Doch das muß zunächst sehr sorgfältig und breit diskutiert werden, damit dürfen wir nicht leichtfertig umgehen.

So eine Kampagne hat — auch in Punkto Raketen-Stationierung — nur dann Perspektive, wenn große Massen davon überzeugt sind. Prominente Köpfe allein genügen nicht, das muß von unten voll mitgetragen werden.

Ist das der Fall, hat die parlamentarische Unterstützung beispielsweise durch die grüne Bundestagsfraktion einen gewaltigen Stellenwert. Allerdings dürfen wir Grünen uns nicht für d i e Friedensbewegung halten: die muß — gerade in diesem Fall — bedeutend vielfältiger sein. Der Anstoß muß also aus der Breite der Bewegung kommen; dann haben wir geradezu die Pflicht, uns außerparlamentarisch und parlamentarisch dafür stark zu machen.

Und wenn der Bundestag ablehnt?

AK: Kannst Du Dir auch einen landesweiten Volksentscheid gegen die Stationierung vorstellen?

Fortsetzung S.7

Gunnar Mathiessen (KOFAZ) zur

Volksbefragung

Aus gutem Grund hält die Bundesregierung die Sinus-Studie, die eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die neuen Atomraketen bekundet, immer noch unter Verschluß. Sie möchte stillschweigend das Wahlergebnis vom März als Zustimmung auch für die Stationierung von Pershing und Marschflugkörpern verstanden wissen. Die Entscheidung soll ins Parlament verlegt werden, mit der Behauptung, es hätte das Mandat dafür.

Dagegen hat die Friedensbewegung deutlich zu machen: Gerade in dieser Lebens- und Überlebensfrage muß das Volk selbst gefragt werden. Und es wird bereits gefragt, täglich von Haustür zu Haustür, von Straße zu Straße, in Hunderten von Städten. Alle Berichte stimmen dabei überein: zwischen 60 und 80 Prozent der Haushalte fordern von der Bundesregierung, die Zustimmung zum NATO-Beschluß zurückzuziehen. Millionen haben sich bereits so entschieden mit ihrer Unterschrift. Die Bundesregierung weiß, daß sie die Mehrheit für die Raketenstationierung politisch nicht gewinnen kann. Deswegen wird sie sich mit allen Kräften gegen eine offizielle Volksbefragung wenden. Gegen diese Weigerung muß Druck entwickelt werden, von allen Seiten, mit verstärkten Aktivitäten und verstärkten Anstrengungen bei der Unterschriftensammlung. Denn im Parlament wird erfolgreich sich nur etwas bewegen, wenn wir uns außerparlamentarisch bewegen. Die parlamentarische, juristische Entscheidung, eine Volksbefragung durchzuführen, wird nur politisch durchzusetzen sein, durch die Aktivitäten der Friedensbewegung außerhalb des Parlaments. Die Kampagne für die Volksbefragung ist und darf aus Gründen des politischen Erfolgs also keine Alternative zur Kampagne für atomwaffenfreie Straßen und Städte oder für den Krefelder Appell sein. Sie ist deren Fortführung und Ergänzung. Um sie zu ermöglichen, müssen vielfältige Kräfte gewonnen werden für diese Forderung, in den Gewerkschaften, in den Kirchen, in den Parteigruppen, Betriebsräte, Lehrerkollegien, durch Abstimmungen für die Kirchen, bei Vertrauensleuteversammlungen, in Universitäten und Schulen, in Stadträten usw. Die Forderung, eine Volksbefragung durchzuführen, wird nur dann erfolgreich sein, wenn möglichst viele gesellschaftliche und politische Gruppierungen auf sie drängen und mit ihr praktisch begonnen wird, bzw. sie verstärkt weitergeführt wird. Besonders in bereits atomwaffenfreien Städten und Gemeinden sollte jetzt geprüft werden, ob von unten her die Stadträte nicht eine Volksbefragung, wenn möglich, mit Unterstützung der lokalen Friedensinitiativen, durchführen können. Auch könnten durch Postkartenaktionen oder Unterschriftenlisten die Abgeordneten aufgefordert werden, die Volksbefragung zu unterstützen. Dies würde den Druck aufs Parlament verstärken, die Möglichkeit, nein zu sagen, einengen.

Ergebnispapier der AG »Volksbefragung« auf der Internationalen Konferenz in West-Berlin, 9.—14. 5. 83:

Europäisch-koordinierte Friedenskampagne für einen Volksentscheid oder Volksabstimmung

Die Arbeitsgruppe »Volksabstimmung« schlägt vor: In den Ländern Westdeutschland, England, Italien, Niederlande und Belgien eine europäisch-koordinierte Friedenskampagne für einen Volksentscheid gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Europa durchzuführen.

Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase des Friedenskampfes. Trotz des massiven Protestes der europäischen Völker halten die Regierungen der europäischen NATO-Länder bisher an ihrem Vorhaben fest, unsere Länder für die Stationierung der US-Erstschlagwaffen zur Verfügung zu stellen. Die Installierung dieser Massenvernichtungsmittel, die innerhalb weniger Minuten das Herz der Sowjetunion erreichen können, bringt die akute Gefahr des Ausbruchs eines atomaren III. Weltkrieges mit sich.
Wir müssen die verbleibenden Monate nutzen, um die Raketenstationierung politisch undurchführbar zu machen! Das ist möglich!
Entscheidend wird sein, ob es der Friedensbewegung gelingt, die deutliche Mehrheit der Bevölkerung für ein entschlossenes NEIN gegen die Raketenstationierung zu gewinnen.
Unsere Arbeitsgruppe sieht in der **Kampagne Volksbegehren für einen Volksentscheid** ein entscheidendes Mittel, um den Friedenskampf zu verbreitern und zu verschärfen. Die Friedenskampagne ist unsere Antwort auf die psychologischen Kriegsvorbereitungen der Herrschenden.
Trotz der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern sprechen folgende Gründe dafür:

1. Eine Forderung nach Volksbegehren oder Volksabstimmung bedeutet eine offensive statt einer defensiven Strategie.
   Sie bedeutet, daß wir von unten her die Initiative ergreifen und nicht darauf warten, daß die Regierungen und Parlamente ihre endgültige Entscheidung über die Köpfe der Menschen hinweg fällen. Wir dürfen uns nicht in die Defensive bringen lassen, sondern die Zügel in die Hand nehmen, um über unser Schicksal selbst zu entscheiden.
2. Die Kampagne für einen Volksentscheid bedeutet fortlaufende Mobilisierung. Die Friedensbewegung tritt überall in direkten persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung, was eine zusätzliche Chance der Aufklärung bietet. Auf diese Weise können immer neue Aktivisten für den Frieden gewonnen werden, die so motiviert sind, für ein konkretes, greifbares Ziel persönlichen Einsatz zu leisten.
3. Ein Volksbegehren zum Volksentscheid verschafft der Friedensbewegung Respekt und Legitimation — besonders auch in den Augen der »schweigenden Mehrheit«.
4. Wir verstehen die Sorge, daß ein Volksentscheid auch verloren werden kann. Aber bedeutet nicht ein Verzicht auf dieses Mittel eine selbstverschuldete moralische Niederlage der Friedensbewegung? Wir könnten es später bitter bereuen, dieses Mittel nicht genutzt zu haben.
   Aber selbst wenn ein Volksentscheid für uns negativ ausfallen sollte, hat er unsere Reihen verbreitert und kann notwendig werdenden Aktionen zivilen Ungehorsams mehr Legitimation und Gewicht verleihen. Wir können uns bei Aktionen des gewaltfreien Widerstandes, die dann vor unserem Gewissen notwendig werden, darauf berufen, daß wir zuvor alle sogenannten legalen Mittel voll ausgeschöpft haben.
5. Streik ist ein wichtiges und weitergehendes Mittel. Darüber müssen die Arbeiter und Angestellten und die Gewerkschaften selbst entscheiden. Was wir als Friedensbewegung tun können, ist, durch ein Volksbegehren für einen Volksentscheid die Arbeiter und Angestellten in vielen tausend Gesprächen von der Notwendigkeit des Friedenskampfes zu überzeugen.

6. Die im Oktober geplanten Demonstrationen in vielen westeuropäi-
tausend Gesprächen von der Notwendigkeit des Friedenskampfes zu überzeugen.

6. Die im Oktober geplanten Demonstrationen in vielen westeuropäischen Ländern sind sehr wichtig. Wir wissen aber, daß es auch Menschen gibt — besonders aus kirchlichen Kreisen —, die es nicht gewohnt sind zu demonstrieren. Durch eine Kampagne für Volksentscheid können wir auch diese Menschen mobilisieren. Nach einer Demonstration entsteht erfahrungsgemäß ein Vakuum. Das kann vermieden werden durch eine Kampagne für Volksentscheid, die den Druck auf die Regierungen und Parlamente laufend verstärkt.
7. Die Regierungen unserer Länder sprechen viel von Demokratie, besonders, wenn es um den Osten geht. Das Demokratie-Verständnis der Herrschenden muß sich aber an der Bereitschaft messen lassen, das Volk über sein Schicksal selbst entscheiden zu lassen. Im Sinne einer solchen volks-souveränen Entscheidung müßte eine Regierung mit demokratischem Anspruch darüber hinaus die Finanzierung und den Zugang zu den Medien für die Durchführung der Abstimmung sicherstellen.
8. Aus den Erfahrungen mit Volksabstimmungen in Norwegen, Schweden und Österreich ist deutlich geworden, daß die Fragestellung:
   also ein klares JA
   oder ein klares NEIN
   eine äußerst wichtige Rolle spielt. Jegliche andere Art der Fragestellung birgt die Gefahr einer Manipulation in sich.
9. Diese Friedenskampagne für Volksentscheid gegen die Raketenstationierung gibt auch die Möglichkeit, zugleich eine finanzielle Unterstützungsaktion zur Stärkung der Friedensbewegung durchzuführen, weil wir uns an die breiten Bevölkerungsschichten wenden.
10. Eine Friedenskampagne zum Volksbegehren ist die einzige gewaltlose Aktionsform, die in der Lage ist, die breite Mehrheit gegen die Raketen zu mobilisieren.
11. Ein Volksbegehren zum Volksentscheid gibt uns die Möglichkeit, mit Millionen Menschen nicht nur über die unmittelbare Kriegsgefahr zu sprechen, sondern auch über die weitergehenden Fragen des friedlichen Zusammenlebens der Völker und des Überlebens der Menschheit zu diskutieren.

Eine besondere Bedeutung für die europäische Friedensbewegung hat, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik die Initiative zu einem Volksbegehren zum Volksentscheid aufgreift. Darum unterstützen wir die Arbeitskonferenz zu diesem Thema am 12. Juni in Hannover.
In Italien gibt es schon weitergehende Planungen und Aktionen zur Durchführung einer Volksabstimmung. Auch in den Niederlanden gibt es im Nationalen Komitee gegen Cruise Missiles (Komite Kruis-raketten Nee) eine Kommission zu diesem Thema.
Wir schlagen vor, diese nationale Bestrebungen in einem europäischen Koordinierungskomitee zusammenzufassen und in einem ständigen Erfahrungs- und Informationsaustausch sich gegenseitig zu unterstützen.
Wir regen für den Zeitraum unmittelbar nach dem 12. Juni eine internationale Konferenz an und bitten die europäischen Friedensorganisationen, dies zu organisieren.
Es ist wichtig, wenn die Friedenskampagne für einen Volksentscheid gegen die Raketenstationierung zum gleichen Zeitpunkt stattfindet.
Wir rufen alle Friedensfreunde auf, in den nächsten Wochen in ihren örtlichen und betrieblichen Friedensinitiativen diesen Vorschlag zu diskutieren und ihn zu unterstützen.

Im Auftrag der Arbeitsgruppe:
Dr. Hans Feddema, Niederlande/Woubrugge
Arno Bast, Bundesrepublik Deutschland/Solingen
Tord Björk, Schweden/Stockholm
Karin Bodien, Bundesrepublik Deutschland/West-Berlin

Volksentscheid



Im Wortlaut:

26.5.83 FR

„Enorme Beunruhigung"

Das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" hat in einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten den Vorschlag gemacht, die Bevölkerung zu befragen, ob sie für oder gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen ist. Das Komitee, dessen Beirat unter anderen Pastor Heinrich Albertz, die Professoren Helmut Gollwitzer und Horst Eberhard Richter und der ehemalige Atommanager Klaus Traube angehören, empfiehlt eine sogenannte konsultative, also nicht bindende Volksbefragung.

Sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete! Wir wenden uns an Sie als Bürgerrechtsorganisation, die zugleich in der Friedensbewegung mitarbeitet. Heute stehen wir aktuell vor der Frage der immer
tion, die zugleich in der Friedensbewegung mitarbeitet. Heute stehen wir aktuell vor der Frage der immer
wahrscheinlicher werdenden Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles, die eine neue Runde des Wettrüstens einleiten, die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in Europa vergrößern und vor allem die Bundesrepublik mehr noch zum Abhängigen der amerikanischen Regierung und zur Zielscheibe sowjetischer Vergeltungsschläge machen würden.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Genfer Verhandlungen nicht ernsthaft genug geführt werden und voreilig als gescheitert erklärt werden könnten. Wir befürchten zudem, daß die Regierung von US-Präsident Ronald Reagan beabsichtigt, mit Billigung der Bundesregierung im Herbst 1983 mit der Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu beginnen.

Es ist bekannt, daß es nicht nur eine starke Friedensbewegung in unserem Land gibt. Nach Meinungsumfragen lehnt auch die Mehrheit der Bundesbürger eine weitere Eskalation des Wettrüstens und insbesondere die sogenannte „Nachrüstung" ab. Wir sind zudem der Auffassung, daß die geplante Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles der Präambel des Grundgesetzes widerspricht, das die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, „dem Frieden der Welt zu dienen".

Aus dieser grundsätzlichen Einschätzung und angesichts der enormen Beunruhigung in der Bevölkerung über eine wachsende Kriegsgefahr durch immer erneute Anhäufung atomarer Vernichtungswaffen, halten wir es für erforderlich, den Bürgerinnen und Bürgern unsers Landes die Möglichkeit eines Votums in dieser Frage zu geben.

Da das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit eines Referendums (bzw. eines vom Volk beschlossenen Gesetzes) nicht vorsieht, fordern wir den Deutschen Bundestag auf, im Wege eines einfachen Gesetzes rechtzeitig, bevor eventuell mit der Stationierung begonnen werden soll, eine konsultative Volksbefragung in dieser lebenswichtigen Sache anzusetzen. Wir bitten Sie, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, einen entsprechenden Gesetzesentwurf in das Bundesparlament einzubringen.

Damit die wahlberechtigten Bür-
chenden Gesetzesentwurf in das Bundesparlament einzubringen.

Damit die wahlberechtigten Bür-
gerinnen und Bürger im Rahmen einer solchen konsultativen Volksbefragung eine eindeutige Aussage treffen können, schlagen wir vor, folgende Formulierung zur Abstimmung zu bringen: „Ich lehne die Stationierung neuer amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab und fordere Bundestag und Bundesregierung auf, keine Stationierung zuzulassen: Ja/Nein".

Uns ist klar, daß eine derartige konsultative Volksbefragung Bundestag und Bundesregierung rechtlich nicht binden. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß die gewählten Volksvertreter und die Regierung das Votum einer Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen die Stationierungspläne respektieren und die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland geltend machen, indem sie die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles durch die USA nicht zulassen würden.

Gerade weil aus Meinungsumfragen hervorgeht, daß die Menschen mehrheitlich Frieden durch Abrüstung wollen, gerade weil empirisch erwiesen ist, daß die Stationierung, weil sie die Gefahren eines atomaren Holocaust vermehrt, auf breite Ablehnung bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes stößt (auch bei denjenigen, die bei den Wahlen am 6. März 1983 mehrheitlich die Parteien gewählt haben, die die derzeitige Bundesregierung stellen), sollten Sie den Mut haben, in dieser lebenswichtigen Entscheidung die wahlberechtigte Bevölkerung zu befragen. Die geplante Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles macht den Frieden nicht sicherer, sondern im Gegenteil unsicherer. Sie darf deshalb nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden.

Wir bitten Sie, diesen Vorschlag sorgfältig zu prüfen. Folgen Sie den amerikanischen Plebiszit-Beispielen in der Freeze-Frage (Einfrieren der Atomrüstung). Geben Sie den mündigen Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in der Raketenfrage eine Chance der direkten Mitbestimmung.

Fortsetzung von S.1

Bern, 19. Mai (dpa). Die Schweizer Bürger werden darüber zu entscheiden haben, ob das Volk bei zukünftigen Rüstungsvorhaben mitreden darf. Wie am Mittwoch in Bern bekanntgegeben wurde, sind für eine von der Sozialdemokratischen Partei (SPS) eingeleitete „Initiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben" knapp 110.000 Unterschriften zusammengekommen. Die Regierung muß ein Volksbegehren ausschreiben, wenn 100.000 Unterschriften vorliegen. Die SPS will „einen großen Posten der Bundesausgaben der demokratischen Kontrolle unterwerfen."
(aus: „Frankfurter Rundschau" vom 20.5.83)

***

Vorsitzender des „Republikanischen Anwaltvereins" für Volksbefragung zur Aufstellung von US-Mittelstreckenraketen

PDI/Der Vorsitzende des „Republikanischen Anwaltvereins", das PDI-Mitglied Dr. Werner Holtfort, äußerte sich zu der Berechtigung einer Volksbefragung über die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen: *„Nach der demoskopischen Infas-Umfrage vom Dezember 1982 sind 69% unserer Bürger (darunter 53% der CDU/CSU-Wähler) gegen die Stationierung solcher Waffen im Bundesgebiet, die nur geeignet sind zu einem Überraschungsangriff, niemals aber als Verteidigungswaffen.*

Die regierungsnahe ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' (20.5.83) sieht im Bundestagswahlausgang ‚kein Plebiszit über den Nato-Doppelbeschluß'. Im Gegensatz dazu behauptet Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, daß das Ergebnis der Bundestagswahl eine ausreichende Legitimation für die Zustimmung zur Stationierung darstelle. Daher befürworte ich die Auffassung des Bundesverfassungsrichters Dr. Helmut Simon, eine konsultative Volksbefragung durchzuführen. Dies insbesondere bei dem Bestreben der CDU/CSU, dieses für unser Volks lebensbedrohende Problem mit der Begründung aus dem Parlament herauszuhalten, eine solche Entscheidung sei angeblich nur Sache der Regierung. Es ist erforderlich und legitim, den eigentlichen Souverän, das betroffene Volk, darüber zu befragen."
(aus PDI Nr. 59 vom 1.6.83)

***

***

Aus dem Protokoll der Sitzung des BHA (Bundeshauptausschuß) der Grünen Partei am 7./8.5.83

Antrag: Der BHA unterstützt den von einigen Organisationen eingebrachten Vorschlag, einer „konsultativen Volksbefragung" gegen die Nachrüstung. Er empfiehlt allen Kreisverbänden, sich daran zu beteiligen und fordert die Fraktion auf, ein Gesetz über die „Konsultative Volksbefragung" einzubringen.

Ergänzungsantrag (Peter Puppe): Der BHA unterstützt außerparlamentarische Aktivitäten der „Volksbefragung" im Sinne einer „Volksaufklärung" und schlägt entsprechende Konsultationen unter den interessierten Kräften der Friedensbewegung vor. Der BHA fordert die KV's auf, neben ihren bisherigen Formen des gewaltfreien Widerstands, diese zusätzliche Chance zur Verhinderung der geplanten Raketenstationierung aktiv zu nutzen.

Bei Abstimmung Ja- und Nein-Stimmen **etwa gleich**

Daher wurde der vermittelnde **Antrag** (Rudolf Boch) vorgelegt: Der BHA unterstützt außerparlamentarische Aktivitäten der „Volksbefragung" im Sinne einer Volksaufklärung und schlägt entsprechende Konsultationen unter den interessierten Kräften der Friedensbewegung vor.
Der BHA fordert die Fraktion auf, über die Einbringung eines Gesetzes über die „Konsultative Volksbefragung" zu beraten. Nach der Bundesversammlung, die u.a. ebenfalls über diese Aktionsform beraten wird, soll gemeinsam mit der Fraktion auf dem nächsten BHA eine Entscheidung gefällt werden. Bei positiver Entscheidung dürfen die Aktivitäten zur Volksbefragung nicht zu einer Schwerpunktverschiebung unseres Kampfes gegen die Nachrüstung führen.

mehrheitlich **angenommen**

Das Bundesverfassungsgericht zur Volksbefragung

Das Bundesverfassungsgericht hat sich 1951 mit dem Problem der konsultativen Volksbefragung beschäftigt, wobei schließlich die Volksbefragung über die Remilitarisierung verboten wurde. Interessant ist an der Begründung, daß nicht die Volksbefragung an sich für verfassungsdwidrig erklärt wurde, sondern die Absichten der Initiatoren:

»Dadurch allein, daß (der Hauptausschuß) sich für eine Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung einsetzte und sie durchzuführen versuchte, obwohl eine solche Abstimmung im Grundgesetz nicht vorgesehen ist, war seine Tätigkeit noch nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet. Sofern es nur darum ging, die Meinung der Volksmehrheit über die geplanten Verträge mit der Folge der Wiederbewaffnung zu erforschen sowie festzustellen, und dann durch das Ergebnis die Mitglieder des Bundestages in ihrer Meinungsbildung bei einer bestimmten gesetzgebenden Aufgabe zu beeinflussen, handelt es sich um ein — von der verfassungsmäßigen Ordnung her gesehen — neutrales Ziel . . .«

Aber:

»Die Veranstalter der Volksbefragung treten also mit dem Anspruch auf, nach dem Ergebnis der Volksbefragung die Entscheidung der verfassungsmäßig bestellten Organe beiseite zu schieben und als rechtlich unbeachtlich hinstellen zu dürfen. Es handelt sich dabei um eine typisch kommunistische Agitationsmethode, mit der bereits in der Weimarer Republik aus Anlaß des Abschlusses Internationaler Verträge (wie Young-Plan und Dawes-Plan) gearbeitet wurde. Das Volk wird gegen die verfassungsmäßig bestellten Organe des Volkswillens ausgespielt. Dabei soll mit der Berufung auf die ›Entscheidung des Volkes‹ dieser Agitationsmethode der Anschein einer demokratischen Rechtfertigung gegeben werden. In Wirklichkeit bedeutet sie die Unterhöhlung der staatlichen Ordnung, indem die wesentlichen Grundlagen der repräsentativen Demokratie und ihre Anerkennung durch das Volk angegriffen und erschüttert werden.«

[redacted]

[redacted]

Fortsetzung von Seite 4

Hasenclever: Nein. Rein rechtlich wird das nicht gehen. Schon im Falle Wyhl wird das etwas heikel werden. Juristisch gesehen ist die Stationierung eine Bundesangelegenheit und muß von uns auch so angepackt werden. Obwohl wir Grünen natürlich so föderalistisch sind, daß wir auch das für eine Ländersache halten, gerade wo in Baden-Württemberg die allermeisten Raketen aufgestellt werden sollen

AK: Stell Dir vor, der Bundestag lehnt einen solchen Vorschlag ebenfalls ab. Was dann?

Hasenclever: Dann müßte man sowas eigenständig machen, eine Art alternativen Volksentscheid.

AK: Eventuell parallel zu den Landtagswahlen in Hessen und Bremen?

Hasenclever: Das düfte zeitlich zu knapp sein. Aber vielleicht bei den Wahlen im März in Baden-Württemberg. Eigentlich müßte das schon gehen: Man stellt sich neben die Wahllokale hin und fordert die Bürger zum Abstimmen auf. Das müßte klappen. Denn angenommen, die lehnen das im Bundestag ab: Dann kann man wirklich gut argumentieren, daß die Herrschaften sich nicht trauen, sich der Meinung des Volkes zu stellen. Das wird sich verbreiten wie ein Lauffeuer. Notwendig ist dafür aber auch eine ganz klare und verständliche Fragestellung, nichts Verwaschenes und nicht zu viele Alternativen. Ich halte eine knappe und einfache Formulierung für das beste: „Sind Sie für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik — ja oder nein."

Dann werden wir sehen, wo die Mehrheit steht.

AK: Vielen Dank für das Gespräch.

Für den AK interviewte Hans/KB-Stuttgart (19.5.83).

Volksbefragungs-Kampagnen in der Geschichte der BRD

In der Geschichte der BRD gab es bisher zwei große Volksbefragungskampagnen, die beide grundsätzliche militärpolitische Weichenstellungen zum Anlaß hatten:

1. 1950-1952 ging es um die Remilitarisierung der Bundesrepublik. Im engen Zusammenhang damit standen damals strategische Fragen wie:

- Soll die Bundesrepublik in einen westlichen Militär- und Wirtschaftsblock integriert werden? (Die NATO war gerade gegründet worden.)

- Soll damit auf die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone, die nur unter der Bedingung der Neutralität Westdeutschlands möglich gewesen wäre, verzichtet werden?

- Unter welchen Bedingungen soll die Bundesrepublik staatliche Souveränität erlangen?

- Kurz gesagt: Welche Rolle soll die zukünftige BRD im Kampf gegen die Sowjetunion spielen?

2. 1957/58 war die BRD bereits souverän, Mitglied der NATO, hatte eine Wehrpflichtigen-Armee und einen Verteidigungsminister Strauß. Nun ging es um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen, die mit Atombomben ausgerüstet werden konnten, und im Zusmmenhang damit um das Ziel der Adenauer-Strauß? Regierung, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, bzw. selbst Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen.



Beide Volksbefragungskampagnen wurden letztlich verboten, die politischen Hintergründe und Bedingungen, unter denen sie stattfanden, waren allerdings voneinander völlig verschieden. Ebenso unterschiedlich waren Rolle und Funktion, die sie im Zusammenhang mit dem laufenden Widerstand gegen Remilitarisierung bzw. Atombewaffnung einnahmen. Das soll die folgende Darstellung beider Kampagnen etwas anschaulich machen.

I.

Die Volksbefragungskampagne gegen die Remilitarisierung von 1950-1952

Das war die Situation, in der es im Spätsommer 1950 zum Vorschlag einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung kam:

Das war die Situation, in der es im Spätsommer 1950 zum Vorschlag einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung kam:

Ein Jahr zuvor, am 14. August 1949, hatten die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag folgendes Ergebnis gebracht:

CDU/CSU:	139 Sitze
SPD:	131 Sitze
FDP:	52 Sitze
KPD:	17 Sitze
Bayernpartei:	17 Sitze
Deutsche Partei:	17 Sitze
diverse andere:	31 Sitze

Dieses Ergebnis ist deshalb von Bedeutung, weil es die Patt-Situation zum Ausdruck bringt, die zumindest annähernd zwischen CDU und SPD betanden hat. Adenauer wurde dann auch nur mit der hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme zum ersten westdeutschen Bundeskanzler gewählt. Der SPD gelang es in den folgenden Monaten, verschiedentlich Mehrheiten für ihre Anträge zusammenzubekommen.



Die Voraussetzung, den Bundestag zu einem Instrument gegen die Remilitarisierung zu nutzen, war also für die SPD so gut wie in den folgenden rund 20 Jahren nie wieder.

Bereits 1949 wurde in Kontakten zwischen der US-Regierung und Adenauer über Wiederaufrüstungspläne gesprochen, auch die SPD-Führung war eingeweiht. Es fanden diverse Geheimtreffen statt, u.a. zwischen Adenauer und alten Hitler-Militärs wie Graf von Schwerin, Adolf Heusinger, Hans Speidel usw., in denen Strukturund andere Probleme der neuen Wehrmacht erörtert wurden.

Das entscheidende Argument für die Öffentlichkeit wurde dann der am 25.Juli 1950 von den Pro-US-Truppen Südkoreas begonnene Korea-Krieg benutzt. Korea war — wie Deutschland — in der Folge des 2. Weltkrieges geteilt worden und bot deshalb Material

Südkoreas begonnene Korea-Krieg benutzt. Korea war — wie Deutschland — in der Folge des 2. Weltkrieges geteilt worden und bot deshalb Material

für platte Analogien. Auf dem Boden allgemeiner Uninformiertheit über die tatsächlichen Ursachen des Korea-Krieges und eines weitverbreiteten antikommunistischen Bewußtseins konnte der westdeutschen Bevölkerung die Furcht vor dem aggressiven Ostblock ohne nennenswerte Schwierigkeiten eingehämmert werden. Die SPD beteiligte sich nicht nur an dieser Kampagne äußerst engagiert, z.T. gebärdete sie sich auch antikommunistischer als die CDU, um sich von der KPD abzugrenzen, mit der sie von Adenauer ständig in einen Topf geworfen wurde.

Am 18.August sprach sich Adenauer in einem Interview mit der „New York Times" dafür aus, eine westdeutsche Verteidigungstruppe zu schaffen, die in ihrer Größe und Stärke der Volkspolizei der Ostzone entsprechen sollte. Damit war der offizielle Startschuß gegeben, die Aufregung in Westdeutschland, aber auch international war groß.

„Ein deutscher Beitrag zu einer Verteidigungsarmee war in der Bundesrepublik ausgesprochen unpopulär", schreibt Adenauer selbst in seinen Erinnerungen. Gerade an der Basis der SPD stieß die prinzipielle Ablehnung jedweder Aufrüstung auf starke Zustimmung. Außerdem wurde von sozialdemokratischer Seite argumentiert, die militärische Integration der Bundesrepublik in den Westblock mache eventuell vorhandene Wiedervereinigungschancen von vorneherein zunichte. Um so verwunderter registrierte die Öffentlichkeit die Position des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, der zwar immer wieder Adenauers Pläne ablehnte, gleichzeitig aber eine Offensivarmee an der Elbe forderte und sich unter diesen Bedingungen zur Aufrüstung bereiterklärte. Die französische Sozialisten-Zeitung „Le Populaire" schrieb in einem Leitkommentar, Herr Schumacher aus Westpreußen verlange nicht mehr und nicht weniger als „*einen Angriffskrieg, um die von der Sowjetunion und Polen annektierten Ostprovinzen zurückzuerobern*" (nach „Spiegel", 31.8.50).

Das alles hinderte allerdings die SPD nicht, die allgemeine antimilitaristische Stimmung in der Bevölkerung („Ohne

„Spiegel", 31.8.50).

Das alles hinderte allerdings die SPD nicht, die allgemeine antimilitaristische Stimmung in der Bevölkerung („Ohne

mich") aufzugreifen und z.B. in das Zentrum ihrer Landtagswahlkämpfe im Herbst 1950 zu rücken. Sie verbesserte damit nicht nur ihre Führungsposition in Hessen, sondern wurde auch — erstmalig nach dem Kriege — stärkste Partei in Württemberg-Baden und Bayern. Im Bundestag trat die SPD-Fraktion dafür ein, angesichts der entscheidenden Bedeutung der Wehrfrage Bundestagsneuwahlen auszuschreiben. Die Bürger hätten 1949 gewählt, ohne daß von Remilitarisierung die Rede gewesen wäre.

„Volksbefragung!"

Gleichzeitig tauchte zum ersten Mal die Idee einer Volksbefragung öffentlich auf. Der „Spiegel" schrieb dazu in einem Kommentar:

„Eine Volksbefragung ist bislang lediglich von einem Mann gefordert worden, der das Talent hat, die ungeschicktesten Dinge zum unglücklichsten Zeitpunkt in möglichst unangenehmer Form zu sagen, von Martin Niemöller. Diesmal hatte sich der Kirchenpräsident den Vorabend des Wahlschwindels in der Ostzone ausgesucht, um den Bundeskanzler unter Protest zu einer Volksbefragung zu animieren.

Sie ist im Grundgesetz tatsächlich nicht vorgesehen. Dieser Mangel hat es der SPD leichtgemacht, einen taktischen Coup großen Stils zu landen, die Forderung auf Neuwahlen zum Bundestag. Mit Recht kann die SPD darauf hinweisen, die Wahlen zum Bundestag seien nicht unter dem Aspekt der deutschen Wiederaufrüstung erfolgt. Zu Unrecht fordert die SPD einen Bundestag, der unter dem Aspekt der deutschen Aufrüstung gewählt würde und der dann durch die Hintertür rüstungsbremsender Parolen der planlosen Planwirtschaft und anderen ungenügend durchdachten Experimenten ans Licht helfen könnte. Was dagegen der quirlige Kirchenpräsident gefordert hat, ist demokratisch und vernünftig, auch wenn es keine Stütze im Grundgesetz hat. Die Bevölkerung muß abstimmen, ob

— eine bewaffnete Truppe aufgestellt

auch wenn es keine Stütze im Grundgesetz hat. Die Bevölkerung muß abstimmen, ob

— eine bewaffnete Truppe aufgestellt

werden soll, die über die Belange der inneren Sicherheit hinausreicht,

— Westdeutschland einem Paktsystem bewaffneter Staaten angeschlossen werden soll.

Ob die Volksbefragung ein positives oder negatives, ein vernünftiges oder unvernünftiges Ergebnis haben wird, ist belanglos (...)". Soweit der „Spiegel" vom 18.Oktober 1950.

Bereits vier Wochen später ist klar, daß es keine offizielle Volksbefragung geben wird, sowohl CDU als auch die SPD haben sich dagegen ausgesprochen. Die Wogen in der Aufrüstungsfrage waren aber im gleichen Zeitraum noch ein ganzes Stück höher geschlagen. So war u.a. Bundesinnenminister Gustav Heinemann aus Protest gegen den Remilitarisierungskurs Adenauers zurückgetreten. Während sich in der Bevölkerung die „Ohne-uns-Bewegung" langsam politisiert und verbreitert, verschiedene Resolutionen von Ortsvereinigungen der SPD oder der Gewerkschaften die Forderung nach einer Volksbefragung aufstellen, näherte sich die SPD-Bundestagsfraktion immer weiter der CDU an. Das veranlaßte den „Spiegel", eigenständig eine Befragungsaktion unter seiner Leserschaft durchzuführen. Unter dem Titel „Auf zur Abstimmung!" schrieb Rudolf Augstein:

„Die Bundestagsdebatte über eine Remilitarisierung hat gezeigt, daß der Kanzler und Schumacher so sehr verschiedener Ansicht gar nicht sind. (...) Das sind zwei Standpunkte, und es wäre nichts dagegen zu sagen, wenn nicht zu befürchten stünde, daß die Genossen Abgeordneten ihren Führern wie schon so oft blinde Fraktions-Gefolgschaft leisten werden und daß Schumacher den Rüstungskarren nur bremst, um selber zu Adenauer auf den



aus: Spiegel, 25.12.1950

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Kutschbock steigen zu können. Der Bevölkerung liegen taktische Manöver dieses Genres fern. Die Bevölkerung über diese wahrhaft entscheidende Frage nicht abstimmen zu lassen, sind sich beide Taktiker dann auch einig.

Nun hat aber der Kanzler des öfteren versichert, er werde nur durch die Presse informiert. Durch die Presse wird aber auch die Öffentlichkeit informiert, so daß niemand annehmen kann, der Kanzler habe etwa sehr viel tieferen Einblick als die Steuerzahler. Und ob er einen intuitiv richtigen Blick hat, muß sich erst noch erweisen. Es gibt also keinen vernünftigen Grund, dem Kanzler eine Entscheidung zu überlassen, die im Ernstfall die gesamte Bevölkerung eher ausbaden müßte als Dr. Adenauer.

Da nun aber der Kanzler es ablehnt, die Bevölkerung zu befragen, muß die Bevölkerung ihren Willen notbehelfsweise kundtun. Darum gibt der SPIEGEL allen seinen Lesern, allen ihren Freunden und Bekannten Gelegenheit, mit einigen wenigen Strichen und einer 4-Pfennig-Marke ihre Meinung zu sagen. (...)''

Jeder ,,Spiegel''-Ausgabe waren vier Postkarten beigelegt, die notfalls auch ohne Porto abgeschickt werden konnten. Das Ergebnis, das im Dezember vom ,,Spiegel'' veröffentlicht wurde, war eindeutig: die Zahl von 33.000 eingegangenen Postkarten dokumentierte das Interesse an dieser Befragung, die klaren Mehrheiten (siehe Abbildungen) die Positionen der Befragten. Viele Befragungen dieser Art, aber auch demoskopische Umfragen bestätigten alle dasselbe Ergebnis: Die ,,Wehrbereitschaft'' war 6 Jahre nach dem Krieg noch ,,absolut mangelhaft''.

Das führte verständlicherweise zur schnellen Verbreiterung der Volksbefragungsidee. Der Historiker Jürgen Kuczynski schreibt darüber:

,,Am 28.Januar 1951 wird in Essen unter der Losung ,Rettet den Frieden' eine Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung durchgeführt. 1.700 Delegierte aus allen Teilen der Bundesrepublik beschlossen ein ,Manifest gegen die Remilitarisierung Deutschlands' und forderten von der Regierung in Bonn eine Volksbefragung, die diese natürlich ablehn te. Aber hören wir das Manifest:

,Wir Vertreter von Millionen Männern und Frauen aus allen Schichten des deutschen Volkes, Arbeiter und Bauern, Ingenieure, Ärzte und Wissenschaftler, Pfarrer beider christlicher Konfessionen, Schriftsteller und Künstler, Soldaten, Offiziere und Generale des zweiten Weltkriegs, sind in der Zeit einer geschichtlichen Krise unseres Vaterlandes zusammengekommen, um ernst und unvoreingenommen

seres Vaterlandes zusammengekommen, um ernst und unvoreingenommen

zu prüfen, wie die Gefahr eines Krieges gebannt werden kann. Wir stellen fest, daß das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll. Dieser Krieg würde in Deutschland beginnen und unser Volk als erstes mit seiner ganzen Schwere treffen... Ein dritter Weltkrieg wird verhindert und der Frieden gerettet werden, wenn das deutsche Volk von seinem demokratischen Recht Gebrauch macht, über sein Schicksal, über Krieg oder Frieden selbst zu entscheiden und seinen Willen zur Ablehnung der Remilitarisierung durch eine Volksbefragung zum Ausdruck bringt. Nur so kann eine friedliche und glückliche Zukunft für unser Volk gesichert werden.'

Am 14.April 1951 war dann ein ,Hauptausschuß zur Volksbefragung gegründet worden — die Frage lautete ganz einfach: Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages? In allen Bundesländern hatten sich bereits Landesausschüsse sowie zahlreiche Ausschüsse auf Kreis-, Orts- und Betriebsebene, denen sich zehntausende Helfer zur Verfügung stellten, gebildet. Bei der Einleitung eines Volksbegehrens durch die Volksbefragungsausschüsse des Landes Rheinland-Pfalz trugen sich in zwei Tagen 25.000 ein und überboten so die nach der Landesverfassung erforderliche Zahl von 20.000 Unterschriften.

Die Bewegung schwoll immer stärker an. Antikommunismus und andere Demagogie halfen nichts. Die Regierung sah nur noch einen Weg: das Verbot. Man kann sagen: das verfassungswidrige Verbot aufgrund der Verfassung. Zehn Tage nach der Konstituierung des Hauptausschusses, am 24.April 1951, erließ die Bundesregierung eine Verordnung gegen die Volksbefragung. Es wurde erklärt, die Volksbefragung untergrabe die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik und ,stellt einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar'.

Mit dieser Begründung, die sich auf Art.9 Abs.2 des Grundgesetzes stützen wollte, wurden die Volksbefragung und die dazu berufenen Ausschüsse verboten. Bei der Begründung vor dem Bundestag mußte Innenminister Lehr zugeben, daß die Ermittlung der Volksmeinung durch eine nichtamtliche Befragung ,in der Regel nicht zu beanstanden ist', die Volksbefragungsaktion aber sei ,ein Glied einer planmäßigen Aktion, die den aktiven Widerstand gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes und deren Beseitigung zum Ziel hat' '' (J. Kuczynski, So war es wirklich, 1969).



Leere Stiefel ,,Daily Herald", London

SPD hetzt gegen Volksbefragung

Daß der Adenauer-Innenminister Lehr nichts von der Volksbefragung hielt, ist ja verständlich. Die Art und Weise aber, in der SPD-Führung und offizielle SPD-Organe wie sozialdemokratische Wochen- und Tageszeitungen gegen die Volksbefragungs-Kampagne und deren Unterstützer gehetzt haben, ist selbst für hartgesottene Kenner der sozialdemokratischen Geschichte ein schwerer Brocken.

In den meisten Darstellungen über diese Zeit wird dieses dunkle Kapitel verschwiegen. Man kann heute ganz klar sagen, daß die SPD damals in der Lage gewesen wäre, der Volksbefragungs-Kampagne zum Erfolg zu verhelfen. Stattdessen trug sie Entscheidendes dazu bei, die Kampagne in der

dendes dazu bei, die Kampagne in der

Öffentlichkeit zu verteufeln und die Kriminalisierung der KPD, die maßgeblich an der Organisierung der Kampagne beteiligt war, vorzubereiten. Zu dem Zweck war sie ohne Übertreibung zu jeder Lüge, Diffamierung und Demagogie bereit. Als anschauliches Beispiel werden einige Leitartikel der sozialdemokratischen ,,Fränkischen Tagespost'' ausführlich zitiert (siehe Kasten). Dort wird z.B. die Volksbefragung als gefährlicher für die deutsche Bevölkerung dargestellt als die Aufrüstungspläne der Adenauer-Regierung. Die SPD forderte von sich aus ein Verbot der Kampagne, besonders der Abgeordnete Wehner tat sich dabei hervor. Er ging dabei so weit, ein Schnellgesetz zu fordern, das den Volksbefragungsinitiativen den juristischen Weg dagegen abschneidet, also quasidiktatorische Maßnahmen von der Bundesregierung zu verlangen. Unterstützt wurde er dabei übrigens vom SPD-Abgeordneten Dr. Arndt, der genau 7 Jahre später als ,,Kronjurist'' der SPD die verfassungsmäßige Unbedenklichkeit der — nunmehr sozialdemokratischen — Volksbefragungs-Initiative attestierte (siehe Kasten).

Dennoch stellten sich viele SPD-Mitglieder und Gewerkschafter hinter die Forderung nach einer Volksbefragung, wofür etliche mit ihrem Parteiausschluß oder ihrer Enthebung von Funktionen bezahlen mußten.

Trotz Verbot: Volksbefragung wird durchgeführt

Der Hauptausschuß erklärte öffentlich, die Volksbefragung trotz des Verbots weiterhin durchführen zu wollen und begründete dies in einem Massenflugblatt ,,Die Volksbefragung beginnt!'':

,,....Entgegen den Lebensinteressen unseres Volkes haben die ausländischen und inländischen Rüstungsmagnaten und Kriegsinteressenten die Hetze gegen die Volksbefragung entfacht. Aus Furcht vor der Meinungsäußerung des Volkes hat die Regierung Adenauer das Grundgesetz gebrochen und ein Verbot der Volksbefragung erlassen. Wir erklären feierlich, daß ein solcher Beschluß der Bundesregierung keinerlei Gültigkeit besitzt und uns nicht bindet. Denn er basiert auf offenkundigem Rechtsbruch, auf der Vergewaltigung des elementarsten demokratischen Rechts der Bürger der Bundesrepublik, ihre Meinung frei zu sagen. Die im Grundgesetz zugesicherte Freiheit der Persönlichkeit beginnt mit der Freiheit des Bürgers, selbst über Frieden oder Krieg zu entscheiden... Die Volksbefragung bedeutet nichts anderes als eine freie demokratische Willenskundgebung des deutschen Volkes... Aus allen diesen Gründen erklären wir feierlich: Die Volksbefragung wird durchgeführt! Kein Rechts- und Verfassungsbruch kann sie aufhalten!''

Tatsächlich wurde die Kampagne die größte außerparlamentarische Initiative nach dem Krieg. Welche konkreten Schwierigkeiten dabei manchmal zu überwinden waren und wie sich die Volksbefrager zu helfen wußten, zeigt ein Bericht aus dieser Zeit:

,,Die Befragung wurde durch die Bundesregierung verboten. Es bedurfte darum sorgfältiger und oft sogar recht ausgedehnter Vorbereitungen, damit eine Befragung schlagartig durchgeführt und vor dem Eintreffen der Polizei beendet werden konnte. Als zum Beispiel die hessische Stadt Hanau durch mehrere hundert Volksbefragungshelfer — zumeist waren es Frau-

gungshelfer — zumeist waren es Frau-

en — befragt werden sollte, wurden die Polizeibehörden durch fingierte Anrufe aufgeschreckt. Die Polizei sollte den Eindruck gewinnen, ganz Darmstadt werde von Volksbefragungshelfern überschwemmt. Die südhessische Bereitschaftspolizei, die Polizeireserven wurden nach Darmstadt in Marsch gesetzt, wo sie ins Leere stießen. Unterdessen wurde die Befragung in Hanau vorgenommen. Als die Polizei endlich dort eintraf, war die Aktion bereits abgeschlossen. In anderen Fällen waren es vor dem Fabriktor dichte Arbeiterketten, die der Polizei das Vordringen zu den Befragungshelfern unmöglich machten. Oft entbrannte auch der Kampf um die Wahlurnen. In manchen Fällen wurden Reserveurnen mitgenommen, um sie der Polizei zur Täuschung in die Hände zu spielen. Es gab Fälle, in denen der Polizei die Beschlagnahmung echter Wahlurnen gelang. Kluge Helfer veranlaßten dann bisweilen die Häscher, deren Inhalt zu quittieren: So kam es zur polizeilichen Zählung und Bestätigung des Abstimmungsergebnisses.'' (aus: KPD 1945-65, Berlin 1966)

,,Trotz allem ging im Januar 1952 die Befragung weiter! Bei einer Befragung in der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen, gaben 20.023 Arbeiter und Angestellte ihre Stimme ab, davon sprachen sich 18.893 gegen die Remilitarisierung aus. Bei Krupp in Essen stimmten von 12.308 Befragten 11.921 auf die schon genannte Frage mit Ja.

Tausende von Befragungen wurden entgegen dem Verbot durchgeführt, und noch nicht ein Jahr nach dem Verbot konnten wir melden, daß sich 9.119.667 Bürger gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages ausgesprochen hatten.

Noch einmal erreichte die Bewegung einen Höhepunkt, als der 1.Mai 1952 zum Kampftag gegen die EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) erklärt wurde und am 11.Mai eine Jugendkarawane für den Frieden, an der sich 30.000 beteiligten, im Ruhrgebiet stattfand. Die Polizei schoß auf die Teilnehmer und tötete Philipp Müller.'' (aus: Kuczynski, s.o.)

Die Bundesregierung schlägt zu

Hand in Hand mit dem wachsenden Kampf gegen die Remilitarisierung, der sich — neben der Volksbefragungs-Kampagne — in vielfältigsten Aktionen, Demonstrationen, Streiks u.ä. ausdrückte, baute die Bundesregierung ein Repressionsinstrumentarium auf, das es ihr ermöglichte, immer härter nicht nur gegen die KPD und die ihr nahestehenden Gruppen, sondern auch alle anderen Personen und Organisationen vorzugehen, die sich nicht auf einen antikommunistischen Kurs einschwören lassen wollten.

Bereits im Herbst 1950, während der ersten öffentlichen Diskussionen über die neue Aufrüstung, verstärkten sich die propagandistischen und handgreiflichen Angriffe auf die KPD. Partei-Büros wurden durchsucht, Demonstrationen der KPD mit Polizeiknüppeln aufgelöst, 12 von 16 der KPD nahestehenden Zeitungen wurden verboten. Auf einer Innenministerkonferenz wurde ein rigoroses Vorgehen gegen Remilitarisierungsgegner beschlossen.

Am 19.September 1950 trat der sogenannte Adenauer-Erlaß in Kraft, ein Berufsverbots-Gesetz, das Mitgliedern der KPD, der FDJ (Jugendorganisation der KPD), der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) u.a. den Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrte.

Am 24.April 1951 wurde dann die Volksbefragung verboten, zwei Monate später die FDJ — übrigens hatte die SPD bereits im Sommer 1950 gefordert, die FDJ von staatlichen und kommunalen Zuwendungen auszuschließen.

Im Juli 1951 wurde innerhalb von zwei Tagen das sogenannte ,,Blitzgesetz'' durchgepeitscht. Die Kategorien ,,Hoch- und Landesverrat'' wurden verschärft und ergänzt um ein neues Delikt ,,Staatsgefährdung''. Diese Verschärfungen richteten sich ausschließlich gegen Antimilitaristen und Kommunisten und waren ein entscheidender juristischer Hebel zu ihrer Kriminalisierung. Denn jeder Rüstungsgegner vertrat praktisch die gleiche Position wie das ,,moskaugesteuerte SED-Regime'', und von da bis zur Konstruktion von ,,hochverräterischen Beziehungen'' zu diesem Regime war es dann nicht mehr weit.

Am 22.November 1951 stellte die Bundesregierung einen Antrag auf Überprüfung der Verfassungswidrigkeit der KPD und leitete damit ihr Verbot ein. In der Begründung für diesen Antrag hieß es u.a.:

,,Die kommunistischen Abgeordneten des Bundestages haben die Parole des aktiven Widerstands gegen die Remilitarisierung ausdrücklich gebilligt.''

Zwischen 1950 und 1965 wurden 35.189 Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche eröffnet, wegen Zugehörigkeit zur FDJ bzw. Beteiligung an Aktionen gegen die Remilitarisierung. Im gleichen Zeitraum wurden 6.429 Jugendliche aus den gleichen Gründen verhaftet und in 425 Prozessen zu 1.012 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden 15.000 Jugendliche vorübergehend verhaftet wegen Beteiligung an Demonstrationen, Kundgebungen u.ä. gegen die Remilitarisierung. Allein auf Grundlage des ,,Blitzgesetzes'' wurden zwischen 1952 und 1954 über 8.000 politische Verfahren eröffnet. Die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen KPD-Mitglieder nach §90a zwischen 1954 und 1964 wird mit 100.000 bis 150.000 angegeben.

II.
Die Volksbefragungskampagne gegen die Atombewaffnung 1958

Die Situation, in der 1958 der Vorschlag für eine Volksbefragung in die Diskussion kam, unterschied sich in vielfacher Hinsicht von 1950.

Zum einen herrschte insgesamt in der BRD ein anderes politisches Klima. Der ,,Kalte Krieg'' lief auf vollen Touren, der Antikommunismus war zum allgemeinen ,,Bürgerbewußtsein'' geworden, das ,,Wirtschaftswunder'' — bedingt durch amerikanische Unterstützung und Korea-Krieg — verstärkte die soziale Befriedung, die KPD existierte nicht mehr, die SPD war somit einzige ,,linke'' Oppositionspartei — allerdings mit eindeutiger Verschiebung des Kräfteverhältnisses: Die Bundestagswahlen zum 3. Deutschen Bundestag 1957 bescherten der CDU/CSU die absolute Mehrheit (50,2%), der SPD dagegen ein Fiasko (31,8%).

Zum anderen entwickelte sich der Protet gegen die von den USA geplante Stationierung atomar zu bestückender Raketen in der BRD völlig anders als noch vor 7 Jahren. Aus Anlaß der berüchtigten Erklärung Bundeskanzler Adenauers:

,,Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie'' (5.April 1957),

übergaben eine Woche später 18 der

Anzeige

namhaftesten westdeutschen Atomforscher der Öffentlichkeit eine Erklärung, die als „Göttinger Erklärung" berühmt geworden ist. Darin lehnten sie es als Wissenschaftler ab, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Diese Art des Protestes — Resolutionen und Erklärungen prominenter Persönlichkeiten — bestimmt für fast ein Jahr das Instrumentarium der Atomwaffengegner. Während kaum überschaubare Mengen an Stellungnahmen, Petitionen verschiedener Gruppen, Personen und Gremien verfaßt werden, treten alle anderen Formen des Protests oder Widerstands, wie Demonstrationen u.ä., fast völlig in den Hintergrund.

Gleichzeitig erfaßt — u.a. auch dadurch, daß die SPD diesmal ihre Rolle als Oppositionspartei spielt — die Gegnerschaft zur atomaren Bestückung der BRD wesentlich breitere Kreise der Gesellschaft.

„Vergleichen wir all die ‚Offenen Briefe', Aufrufe und sonstige Erklärungen mit der Basis der Opposition gegen die Wiederbewaffnung, so können wir feststellen, daß (...) das Potential für den politischen Kampf gegen die Atombewaffnung zu diesem Zeitpunkt nicht unerheblich breiter war, als das Potential des Kampfes gegen die Wiederbewaffnung: Neben den Gruppen, die auch schon gegen diese agitiert hatten, lehnten die atomare Bewaffnung der Bundeswehr — wie direkt und indirekt aus ihren Bekundungen hervorgeht — von vornherein ganze Kommunalparlamente , Studentenvertretungen verschiedener Universitäten, Gliederungen von Frauenorganisationen und politisch keineswegs vorgeprägte Gruppierungen von Wissenschaftlern und Pädagogen ab (...) Während sich Anfang der fünfziger Jahre selten mehr als 50% der Befragten allgemein gegen eine Wiederbewaffnung ausgesprochen hatten, sprachen sich jetzt einmal 64%, ein andermal 72% gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aus." (Rupp, 1970)

Als deutlich wurde, daß sich der Protest in der Bevölkerung nicht auf Resolutionen beschränken würde — das war im Januar 1958 der Fall — begann die SPD-Führung, durch Gründung eines Komitees „Kampf dem Atomtod", eine entscheidende Rolle auch im außerparlamentarischen Bereich zu übernehmen. Das Komitee umfaßte ein beachtliches Spektrum der bundesdeutschen demokratischen Prominenz aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft und Literatur. Es entstanden aber auch von der SPD unabhängige Komitees.

Auf Initiative von Adenauer kam es zwischen dem 20. und 25.März zur großen Debatte um die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Mitten in diese Debatte fiel die Auftaktkundgebung des Aktionsausschusses „Kampf dem Atomtod". Nicht nur die auf dieser Kundgebung immer wie-
taktkundgebung des Aktionsausschusses „Kampf dem Atomtod". Nicht nur die auf dieser Kundgebung immer wie-
der lautwerdende Forderung nach Generalstreik, auch eine völlig unerwartete Streikaktion in den Kasseler Hentschel-Werken am 25.März 1958, von der sich der örtliche IG-Metall-Vorsitzende scharf distanzierte, machte die Brisanz der Lage deutlich. Die SPD konnte unmöglich die sichere Abstimmungsniederlage im Bundestag abwarten, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wie mit der Empörung in der Bevölkerung weiter umzugehen ist. Inzwischen war bekannt, daß 52% der gesamten erwachsenen Bevölkerung der BRD einen Streik zur Verhinderung der Atomrüstung befürwortete, nur 31% einen solchen ablehnten.

Kurz vor der Abstimmung im Bundestag, deren Ergebnis von vornherein klar feststand, beschloß die SPD-Fraktion deshalb noch am selben Abend, direkt im Anschluß an die Abstimmung, einen Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen, der innerhalb von drei Monaten eine Volksbefragung über zwei Punkte vorsah:

„1. Will die deutsche Bevölkerung die Aufrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen?
2. Ist das deutsche Volk damit einverstanden, daß auf seinem Boden ausländische Raketenbasen aufgebaut werden?"

Von der CDU/CSU wurde diese Gesetzesinitiative von vornherein als verfassungswidrig abgelehnt. Die SPD kündigte deshalb gleich zu Anfang an, daß sie im Falle der Ablehnung durch den Bundestag auf Länder- und Kommunalebene offizielle Volksbefragungen durchführen lassen will.

Im Verlauf der Diskussionen darübver präzisierte die SPD ihre Vorstellung von „konsultativer Volksbefragung", die keineswegs im Gegensatz zum Grundgesetz stünde. Aber nicht einmal innerhalb der SPD herrschte Einigkeit über dieses Mittel; so wird in Berlin und im Saarland die Initiative bis auf weiteres verschoben, die Landtagsfraktionen von Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz hatten es ebenfalls nicht eilig und verzichteten dann z.T. ganz darauf, im Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.

Nur in Hamburg und Bremen beschlossen die Bürgerschaften Gesetze zur Durchführung einer Volksbefragung. Das war der Anlaß für die Bundesregierung, Anfang Juni 1958 beim Bundesverfassungsgericht Klage einzureichen. Sie wurde u.a. damit begründet, daß eine Volksbefragung gegen die Beschränkung plebiszitärer Einrichtungen durch das Grundgesetz verstoße.

Mit Datum vom 30.Juli entschied das Karlsruher Gericht: es erklärte die Volksbefragungsgesetze von Bremen und Hamburg für null und nichtig. Allerdings nicht mit der Begründung der Bundesregierung, sondern hauptsächlich aus dem Grund, weil der Inhalt der Volksbefragung Belange des Bundes und nicht der Länder betreffe.

Damit war das Scheitern dieser Kampagne besiegelt. Es wurde auch nicht versucht — wie noch 1951 — sozusagen „autonom" Volksbefragungen durchzuführen — wer hätte das auch machen sollen?

„Es ist anzunehmen, daß die Hauptentscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 30.Juli, die die Volksbefragungsgesetze der beiden Hanse-Städte für nichtig erklärte, selbst von einem Teil des SPD-Vorstands eher als Befreiung aus einer unangenehmen Situation empfunden wurde denn als das, was es immerhin war: eine erhebliche Einschränkung der Manövrierfähigkeit der Opposition bei der Bekämpfung der Regierungspolitik." (Rupp, s.o.)

Nach der BVG-Entscheidung zeigte es sich jetzt, daß die Anti-Atomtod-Bewegung nicht in der Lage war, selbständige — unabhängig von DGB- oder SPD-Unterstützung — Aktionen durchzuführen. Von den ursprünglich vorhandenen Orts- und Kreisausschüssen „Kampf dem Atomtod" arbeiteten schon Mitte 1958 nur noch etwa 20%.

KB/Gruppe Nürnberg

Dokumentation

SPD und Volksbefragung 1951 und 1958

1. 1951

Fränkische Tagespost, 21. April 1951, Titelkommentar

Freie Wahlen!

Die Kommunisten versuchen jetzt, nachdem ihr Überumpelungsmanöver mit dem gesamtdeutschen konstituierenden Rat gescheitert ist, durch eine sogenannte Volksbefragung über die Remilitarisierung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages doch noch ihr Ziel zu erreichen: die Einbeziehung ganz Deutschlands in den Kommunistischen Block.

Die sogenännte Volksbefragung gegen die Remilitarisierung ist eine rein kommunistische Angelegenheit und wird von der sowjetzonalen Regierung finanziert. Zweck der Volksbefragung ist es, die Autorität der Bundesregierung, des Bundestages und aller anderen verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik zu untergraben und die Bevölkerung für einen kommunistischen Umsturzversuch reif zu machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird versucht, die Bevölkerung durch die Drohung „Remilitarisierung bedeutet Krieg" einzuschüchtern und in Angst und Schrecken zu versetzen. Tatsache ist es, daß von einer Remilitarisierung in der Bundesrepublik keine Rede sein kann. Alle von den Kommunisten und ihren Helfershelfern ausgestreuten Meldungen über Rüstungsproduktion sind erlogen.

Jeder, der sich an der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung beteiligt, leistet damit dem Kommunismus Vorschub und gefährdet damit seine eigene Sicherheit sowie die aller Deutschen. Unsere Forderung heißt nicht „Volksbefragung gegen Remilitarisierung" sondern „Freie Wahlen in ganz Deutschland".

Fränkische Tagespost, 21.4.1951, S.3

Bundesregierung muß zuschlagen!
SPD fordert Sofort-Gesetz gegen illegale SED-KP-Aktion

Die Sozialdemokratische Partei verlange von der Bundesregierung die Vorlage eines Sofort-Gesetzes, daß von allen demokratischen Parteien unterstützt werden müsse und die weitere Bedrohung der Demokratie, wie sie jetzt in der kommunistischen „Volksbefragungsaktion gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag 1951" zum Ausdruck komme, unmöglich mache, erklärten am Freitag die SPD-Abgeordneten Wehner und Dr. Arndt.

Die beiden Abgeordneten stellten mit Bedauern fest, daß sich die Bundesregierung nicht zu einer offiziellen Erklärung bereitgefunden habe, durch die die kommunistische Volksbefragungsaktion als ungesetzlich gebrandmarkt worden wäre.(...)

Das in aller Schnelligkeit zu erlassene Gesetz, das sich auf den Grundgesetz-Artikel 9 stütze, müsse den Länder-Innenministern die Möglichkeit geben, zuzuschlagen, ohne daß den anti-demokratischen Kräften die Chance gegeben werde, die Gerichte anzurufen. (...)

Fränkische Tagespost, 27.4.1951, S.1

Kommunistischer Schwindel verboten

Der Bundestag befaßte sich am Dienstag aufgrund einer Interpellation der Koalitionsparteien in einer erregten Diskussion mit der SED-kommunistischen „Volksbefragungs"-Aktion, die von allen Rednern, mit Ausnahme der KP, als eine Bedrohung der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik abgelehnt wurde. Bundesinnenminister Dr. Lehr bezeichnete die Aktion als den bisher massivsten Angriff gegen die Demokratie, der nach Weisung von Ulbricht und Grotewohl umfassend geplant worden sei. Die Propaganda laufe auf vollen Touren und verwende auch Nichtkommunisten als Aushängeschilder. (...)

Fränkische Tagespost, 7.5.1951, S.2

Fragt lieber in der Ostzone!

Daß sich die Bundesregierung nach langem Zögern und Schwanken entschlossen hat, die illegale Aktion der von Pankow ferngesteuerten „Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag im Jahre 1951" zu verbieten und Anweisung gegeben hat, gegen die Tarnorganisationen einzuschreiten, die sich zu Trägern dieser „Volksbefragungs"-Aktion gemacht haben, ist zu begrüßen. (...)

Die grenzenlose Verlogenheit des Manövers geht daraus hervor, daß die einzig berechtigte, weil auf vorhandene Tatsachen bezogene Volksbefragung: „Sind Sie gegen die Volkspolizei, das Terorregime der Sowjet-Zone und die Oder-Neiße-Grenze?" dort nicht zugelassen würde, wo man die „Volksbefragung" für die Bundesrepublik ausheckt und wo man freie Wahlen nicht zulasssen will. (...)

2. 1958

Fränkische Tagespost, 26.3.1958, große Titelschlagzeile

SPD fordert Volksbefragung
Erklärung der Opposition: Es droht der nationale Notstand

Fränkische Tagespost, 28.3.1958, S.2

Gesetzentwurf zur Volksbefragung
Von der SPD bereits eingereicht

(...) Der aus vier Paragraphen bestehende Entwurf sieht vor, daß innerhalb von drei Monatenm nach Verkündigung des Gesetzes eine Volksbefragung durchgeführt wird. (...) Von führenden CDU-Politikern wurde festgestellt, wenn die parlamentarische Demokratie überhaupt einen Sinn haben soll, müsse die politische Entscheidung beim Parlament und der vom Wähler bestimmten Mehrheit liegen.

Fränkische Tagespost, 31.3.1958, S.2

Volksbefragung — Demokratisches Recht
SPD Kronjurist Dr. Arndt klärt verfassungsrechtliche Zweifel

BILD-Zeitung, 21.11.1957:

Gestern war Bußtag. In drei Tagen ist Totensonntag. In vier Wochen ist Weihnachten. „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!". In diesen vier Wochen entscheidet es sich, ob Westdeutschland mit Abschußrampen für Atomraketen bestückt und ob es selbst mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll. Oder ob es sich nach dem skandinavischen Vorbild — Dänemark, Norwegen und auch Schweden — anschließen oder beides ablehnen wird. In diesen vier Wochen entscheidet sich, ob Deutschland — das westliche und das östliche, das ganze Deutschland — zum Vorfeld und vordersten Graben eines möglichen Atomkrieges werden soll ... Ja oder Nein? BILD sagt NEIN! Keine Atomwaffen für Westdeutschland und keine Abschußrampen für Atomraketen! Deutschland muß atomfrei (sic!) bleiben! Deutschland weiß, was Trümmer und Ruinen bedeuten! Keiner von uns kann die Verantwortung tragen, JA zu sagen. Es ist deshalb Zeit für die deutsche Politik, sich zu einer atomfreien Zone in Mitteleuropa zu bekennen. Polen und die Tschechoslowakei haben schon vorgeschlagen. Dänemark, Norwegen und Schweden haben es ebenfalls getan. BILD sagt Ja zu dieser atomfreien Zone! BILD sagt Nein zur Bestückung Westdeutschlands mit Raketenrampen und zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr!

(nach: Rupp)

Literaturliste zum Thema:

* Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, H.-K. Rupp, 1970
* Antimilitaristische Oppositon in der BRD 1949-1955, Friet Krause, 1971
* Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, U. Albrecht, Pahl-Rugenstein 1980
* Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band III, Osterroth/Schuster, 1978
* Die SPD nach Hitler, Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964, Theo Pirker 1977
* Bikini, Die fünfziger Jahre, Politik-Alltag-Opposition, Elefanten Press 1981
* Das lädierte Grundgesetz, Pahl-Rugenstein 1977
* Entstehung und Entwicklung der BRD, Restauration und Spaltung 1945-1955, R. Badstübner und S. Thomas, 1975
* Wie wir wurden, was wir sind, Bernt Engelmann, 1980
* Wir sind wieder wer, Bernt Engelmann, 1981
* Blaubuch, Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, 1958
* SPD und Friedenspolitik?, Broschüre der KB-Gruppe Nürnberg, 1982 (Eine Zusammenfassung von AK-Artikeln zu diesem Thema).

AK-Artikel zu diesem Thema:

- 1954: Hochverratsprozeß gegen Volksbefragung, AK 214
- 1951/52: Volksbefragung gegen Remilitarisierung, AK 213
- „Friedenspolitik" im Schlepptau der Militaristen, Zur Friedenspolitik des DGB in den fünfziger Jahren, AK 207
- Die Bewegung der Atomwaffengegner in den fünfziger Jahren und die Politik der SPD, KB-Broschüre „Sicher in die 80er Jahre", Unser Weg 33

Der Erfolg einer Strategie und Taktik mißt sich am Nutzen für die Sache

Ein Beitrag zur "Gewaltfreiheits"-Debatte in der Friedensbewegung

Je näher der Zeitpunkt der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen rückt, je aufdringlicher sich die Frage nach Möglichkeiten der Verhinderung stellt, desto lautstärker werden auch die Forderungen an die Friedensbewegung, in ihren Aktionen absolut gewaltfrei zu bleiben. Nicht nur die Rüstungsbefürworter, die staatstragenden Parteien,Verbände und Institutionen versuchen damit, der Friedensbewegung ihre Kampfmittel vorzuschreiben, sondern ebenso haben sich einflußreiche Kräfte in der Friedensbewegung diese Forderungen zu eigen gemacht. Selbst innerhalb des „linken Flügels" der Friedensbewegung, dem Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF), ist es um diese Frage auf der Konferenz am 26./27.2. in Frankfurt zu einem Bruch gekommen, als eine Mehrheit die Festlegung auf absolute Gewaltfreiheit ablehnte und daraufhin eine gemeinsame Koordination von Standortaktionen platzte. Im Anschluß daran wandte sich eine der Initiatorinnen dieser Konferenz im ARBEITERKAMPF (Nr. 232, S. 11/12, Friedensbewegung im Stationierungsjahr: Radikal ins Abseits oder Blümchen für die Polizei?) an den KB mit der Frage, weshalb er sich das Konzept des direkten gewaltfreien Widerstands nicht zu eigen machen könne und weshalb seine Vertreter für ein Offenhalten der „Gewaltfrage" eingetreten seien. Auf diese und weitere in dem Artikel angesprochene Fragen soll dieser Beitrag eingehen.



Blockade in Kellinghusen Foto: argus

Üblicherweise wird von den Befürwortern einer gewaltfreien Strategie heute von allen Teilen der Friedensbewegung a priori verlangt, sich auf gewaltfreie Widerstandsaktionen zu beschränken. Sie umgehen dabei in der Regel die zentrale Frage, welche Mittel eingesetzt bzw. angestrebt werden müssen, um die „Nach"rüstung, weitere Rüstungsschritte und direkte Kriegsvorbereitungen zu verhindern. Wenn diese Ziele mit gewaltfreien Widerstandsaktionen zu erreichen wären, ließe sich gegen diesen Weg nichts einwenden. Aber alle Erfahrungen im Zeitalter der imperialistischen Kriege ebenso wie die Erfahrungen des innenpolitischen Kampfes der BRD sprechen gegen eine solche Annahme. Wenn es überhaupt gelang, den Imperialisten ihre Kriegsziele zu verbauen, so geschah dies mit dem re-

rungen des innenpolitischen Kampfes der BRD sprechen gegen eine solche Annahme. Wenn es überhaupt gelang, den Imperialisten ihre Kriegsziele zu verbauen, so geschah dies mit dem re-

volutionären, gewaltsamen Sturz der eigenen Herrschaft (Rußland im 1. Weltkrieg), dem revolutionären Befreiungskampf (in der Periode nach dem 2. Weltkrieg) oder dem bewaffneten Kampf an der Seite anderer Staaten (Frankreich, Italien im 2. Weltkrieg). So schön die Vorstellung auch sein mag, aber es gibt bisher kein einziges Beispiel, wo ein Krieg durch gewaltfreie friedliche Mittel verhindert oder die Aggressionsmacht allein durch moralischen Widerstand besiegt wurde. Selbst das einzige Beispiel, das in diesem Zusammenhang gern genannt wird, Indien, kann nicht als Gegenbeweis gelten, da die indische Unabhängigkeit in erster Linie eine Folge des vollständigen Zusammenbruchs des britischen Empiresystems war. Aber selbst wenn diese Einschränkung nicht akzeptiert würde, wer wollte seine Strategie ernsthaft auf diese hauchdünne geschichtliche Hoffnung stützen?

Ein gleichlautendes Resümee muß für die innenpolitischen Kämpfe der BRD gezogen werden. Keine der großen Massenbewegungen hat auch nur annähernd ihr Ziel erreicht, obwohl sich auch diese oft eines großen Rückhalts in der Bevölkerung sicher waren. Weder konnte die Remilitarisierung verhindert werden, noch die Stationierung von Atomwaffen; die Notstandgesetze wurden durchgesetzt, AKWs werden immer noch gebaut; selbst die Startbahn West, gegen die sich der regional breiteste Protest organisiert hatte, war nicht aufzuhalten. In allen Fragen, in denen es um die Herausbildung der BRD als industrielle und militärische Großmacht und um deren innenpolitische Absicherung ging, hat sich die herrschende Klasse mit ihrer Macht und ihrer G e w a l t gegen die Protestbewegungen durchgesetzt.

Nun mag manch einem der schöne Erfolg im Kampf gegen die Volkszählung als Beweis dafür gelten, daß es auch anders herum geht. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, um w a s es dabei ging. Das Bundesverfassungsgericht hat ja nicht umsonst in seiner Urteilsbegründung festgestellt, daß das Ergebnis,das mit dieser Zählung erreicht werden könne, in keinem Verhältnis zu der Unruhe stehe, die die Zählung verursache. Es hat also eine klare Abwägung getroffen und den Preis für zu hoch befunden. Und wer würde behaupten, daßdie nicht durchgeführte Volkszählung entscheidend etwas an der durchleuchteten Gesellschaft ändern würde? Ganz anders verhält es sich mit der „Nach"rüstung.

Die Kriegsvorbereitung gegen die UdSSR ist d i e zentrale Strategie des imperialistischen Systems in den kom-

Die Kriegsvorbereitung gegen die UdSSR ist d i e zentrale Strategie des imperialistischen Systems in den kom-

menden Jahren, worin die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen ein äußerst wichtiges Kettenglied bildet. Sie zu verhindern käme tatsächlich einem hohen militärischen, politischen und psychologischen Sieg gleich.

Wenn die Friedensbewegung es ernst meint mit ihrer Behauptung, mit der Stationierung werde die Enthauptung der UdSSR vorbereitet, werde die BRD zum Magneten der sowjetischen Raketen, dann muß sie auch bereit sein, alle Mittel einzusetzen, die Rüstungsprogramme und die Kriegsaufmarschpläne zu stoppen. Und wenn aus vielfältigen Erfahrungen heraus erkennbar ist, daß hierfür allein friedliche, gewaltfreie Mittel nicht ausreichen, dann müssen auch alle gewaltsamen Mittel in Betracht gezogen werden. Wer, wie beispielsweise die Grünen, der Bundesregierung im Zusammenhang mit der „Nach"rüstung die Vorbereitung eines Angriffskrieges und eines Völkermordes vorwirft, gleichzeitig aber bekundet, er werde dagegen nur friedlich und gewaltfrei kämpfen, der macht es den herrschenden Kräften zumindest leicht, kann sich diese Klasse doch darauf verlassen, daß es bei einem ähnlich radikalem Gehabe bleiben wird wie seinerzeit vor dem 1. Weltkrieg durch die SPD.

Und: wie soll mensch angesichts einer solchen Weigerung, zur Verhinderung eines beispiellosen Massenmords a l l e Mittel anzudrohen und in Betracht zu ziehen, den sowjetischen Völkern ernsthaft raten, ihre Regierung zu Abrüstungsschritten zu bewegen?

Die Erfolgsaussichten einer gewaltfreien Strategie schwinden noch mehr, weil sich unter diese Fahne Kräfte einreihen, denen es gar nicht in erster Linie um die Verhinderung von Rüstungsvorhaben bzw. Kriegsvorbereitungsschritten geht, sondern die sich vornehmlich um die Einhaltung der rechtsstaatlichen Spielregeln in der Bewegung sorgen, wobei an die vielfältigen Einflußnahmen sozialdemokratischer (Spitzen)Politiker und der Jusos gedacht ist.

Gewaltsame Kriegsverhinderung — Nicht massenwirksam?

Eines der beliebtesten Argumente gegen gewaltsame Aktionen gegen die „Nach"rüstung ist, daß diese den Kampf isolieren und durch sie die Friedensbewegung die Unterstützung durch die Massen verlieren würde. So argumentiert auch die Autorin des oben genannten Artikels: *„Ein politi-*

durch die Massen verlieren würde. So argumentiert auch die Autorin des oben genannten Artikels: „Ein politi-

sches Massenkonzept, welches die Gewaltfrage 'offenläßt', wie es immer so schön heißt, ist hier und heute undenkbar". Als Begründung wird angeführt: *„Verbreitete Ablehnung von Gewaltanwendung - aus Angst, aus politischen, moralischen, religiösen Gründen - stehen dem absolut entgegen."* Nun sei dies für heute zutreffend unterstellt. Nur stellt sich dann die Frage, ob dies als unumstößlich hingenommen wird und ob dies nicht gleichzeitig wiederum als Vorwand genommen wird, die eigene dogmatische Auffassung in der Gewaltfrage zu begründen. Wir können zumindest beobachten, daß der Großteil der Bevölkerung (darunter auch der Teil, den wir gewinnen wollen und müssen) der Gewaltandrohung und -anwendung d a n n nicht negativ entgegensteht, wenn er sich kollektiv oder individuell bedroht fühlt. Darauf baut ja unter anderem die Zustimmung zur NATO. Wenn trotz mehrheitlicher Ablehnung der neuen Mittelstreckenraketen gewaltsame Aktionen gegen deren Stationierung abgelehnt werden, dann zeigt das zunächst nur, daß die Bedrohung von der Bevölkerungsmehrheit noch nicht als so existentiell empfunden wird, wie dies in der Friedensbewegung allgemein behauptet wird, und daß das Vertrauen in die Regierung und die Parteien noch dahin geht, daß die Raketen zum eigenen Schutz (wenn auch verfehlten) aufgebaut werden sollen. Und wenn sich dann die Friedensbewegung auch noch darauf festlegt, nur mit friedlichen, gewaltfreien Mitteln auf die Stationierung zu reagieren, wie soll sich dann die Erkenntnis verbreiten, daß es tatsächlich in absehbarer Zeit um Leben oder totaler Vernichtung geht?

Dies heißt selbstverständlich nicht, jetzt und heute die Atomwaffenstützpunkte in militanten Märschen anzugreifen, ein Sektierertum, das oftmals gleich unterstellt wird. Von allen ernsthaften Kräften, die dafür plädieren, die Gewaltfrage „offen zu lassen", wird eingeräumt, daß gerade der militärische Bereich ein besonders vorsichtig zu handhabendes Gebiet ist. Allerdings wird damit die Aufforderung verknüpft, Schritte in der Agitation, Propaganda und konkreten Aktionen einzuplanen, die das herrschende Bewußtsein in der Frage der Gewaltanwendung a u f z u b r e c h e n in der Lage sind. Dem diametral entgegensteht, wenn heute vom Großteil der Führungskräfte der Friedensbewegung verlangt wird, daß Aktionen auf absolut gewaltfreier Basis verlaufen müssen.

Gemischte Aktionen — unmöglich?

Gemischte Aktionen — unmöglich?

Sabine behauptet in dem erwähnten Artikel, ein „Offenlassen" der Gewaltfrage sei heute in Aktionen nicht möglich: *„Genauso wie es immer Menschen geben wird, die der Staatsgewalt mit Gegengewalt antworten, wird es immer solche geben, die Gewaltanwendungen ablehnen. Wollen beide Seiten gemeinsame Aktionen durchführen, werden sich b e i d e , gelinde gesagt, gestört fühlen."* Sie begründet damit im weiteren die Notwendigkeit einer Koordination allein für direkte gewaltfreie Aktionen und empfiehlt denjenigen, die die Gewaltfrage „offen lassen wollen", eine eigene Koordination zu bilden.

Nun kann sicherlich nicht bestritten werden, daß es immer Teilnehmer solcher Aktionen geben wird, die sich durch die andere Seite „gestört" fühlen. Nur, den Nachweis, daß dies für die Masse der Demonstranten gilt und daß ein „Offenlassen" der Gewaltfrage zum Abbruch der Mobilisierung führen würde, wird sie schwerlich erbringen können. Sowohl bei den Anti-AKW-Demonstrationen, als auch im Kampf gegen die Startbahn West hat es oftmals gemischte Aktionen gegeben, die von der Beteiligung und der Durchschlagskraft her kaum durch eine rein friedliche Demo zu ersetzen gewesen wären.

Weiterhin wird immer wieder behauptet, militante Aktionen bzw. militante Kerne in großen ('friedlichen') Demonstrationen würden die Bewegung isolieren. Selbst wenn mensch dies beim herrschenden Bewußtsein als Möglichkeit annimmt, so kann dies keinesfalls generell angenommen werden, da es nachweislich auf den Anlaß der Aktion ankommt. So haben beispielsweise die militanten Aktionen im Zusammenhang mit dem Anti-AKW-Kampf nicht zur Isolierung beigetragen, sonst wäre schwerlich zu erklären, warum in der Hochburg der Militanz, Brokdorf, immer wieder Zigtausende zusammenströmten. Und daß dort heute nicht mehr diese Bewegung existiert, wird mensch nicht ernsthaft auf den militanten Flügel schieben wollen, denn sonst müßte für Gorleben ein Salto Mortale geschlagen werden. Ebensowenig haltbar ist eine solche Behauptung für die Häuserkampfbewegung. Keinesfalls hat sich diese Bewegung an ihrer Militanz isoliert, im Gegenteil hat sie eine für die Herrschenden geradezu erschreckende Sympathie hervorgerufen.

In beiden Fällen ist entscheidend gewesen, daß es eine große Anzahl von Menschen gab, die mit den Zielen und dem Anliegen der Bewegung sympathisierten und dafür teils in Kauf nahmen, teils befürworteten, daß diese Ziele auch mit radikalen, militanten Mitteln durchgesetzt würden.

Warum sollen diese Erfahrungen nicht auch auf die Friedensbewegung anwendbar sein, geht es dabei doch um existentiell noch wichtigere Fragen? Warum dies gerade heute so umstritten ist, dazu muß mensch sich wohl auch einmal die unterschiedliche Struktur der Bewegungen ansehen. Die Anti-AKW-Bewegung wurde „beherrscht" von neu entstandenen Bürgerinitiativen, in denen, speziell nach Brokdorf, die radikale Linke einen sehr starken Einfluß hatte. Die traditionellen reformistischen Verbände, speziell die SPD und die Jusos, haben dort nur sehr schwer Fuß fassen können; dementsprechend gering war anfangs ihr Einfluß, die Bewegung in die seichten Fahrwasser der damaligen Regierungspolitik zu lenken. Aktionen und Demonstrationen wurden selbst noch dann, als die Ziele der Bewegung sich schon großer Zustimmung erfreuten, durch die Initiativenstruktur bestimmt.

Gänzlich anders verhält es sich dagegen mit der Friedensbewegung. Zwar gibt es heute eine Vielzahl von Friedensinitiativen (wahrscheinlich mehr als jemals gegen AKWs), aber die Aktionen werden weitgehend von einem Bündnis von SPDlern, Jusos, linken SPDlern, DKP/KOFAZ und kirchlichen Gruppen bestimmt (hinzu kommt eine Anzahl von Prominenten, die in der Regel mit der SPD sympathisieren). Aus dieser Richtung ist von Anfang an die „Gewaltfrage" in den Mittelpunkt gezerrt worden. So kommt es nicht von ungefähr, daß die Forderung, die gewaltfreien von den militanten Kräften zu trennen, massiver denn je erhoben wird und schon jetzt den „linken Flügel" der Friedensbewegung zu spalten droht.

In diesem Zusammenhang spielt auch die Auseinandersetzung um die Koordination der Standortaktionen eine Rolle. Direkt und gewaltfrei sollten sie sein, mehr sein als symbolische Aktionen, eine direkte Behinderung des Militärapparates bewirken usw. Aber selbst als auf der Frankfurter Konferenz der Teil des BAF, der für ein Offenhalten der Gewaltfrage plädiert, einer Formulierung zustimmte, daß Gewalt gegen Personen und unbeteiligte Sachen aus-

Teil des BAF, der für ein Offenhalten der Gewaltfrage plädiert, einer Formulierung zustimmte, daß Gewalt gegen Personen und unbeteiligte Sachen aus-

geschlossen werden solle, reichte dies dem Vorbereitungskreis für eine Koordination des gewaltfreien Widerstandes noch nicht: Er wollte auch gleich noch die „Gewalt" gegen beteiligte Sachen ausgeschlossen sehen. Spätestens dann stellt sich die Frage, wie ernsthaft von einer Behinderung des Militärapparates gesprochen werden kann, wenn außerhalb von Sitzblockaden alle weiteren Mittel ausgeschlossen werden (so z.B. auch Sachblockaden u.ä.). Noch schärfer muß diese Frage nach den Osterblockaden gestellt werden, wo es in keinem Fall zu wirklichen Behinderungen gekommen ist, und wo auch die angestrebte *„politische Konfrontation"* (im Aufruftext) nicht verfolgt wurde.

Der Gedanke der Gewaltfreiheit beinhaltet ja zunächst nur den Respekt vor dem menschlichen Leben und der körperlichen Unversehrtheit. Nach und nach werden jedoch immer neue Spielregeln eingebaut: keine Gewalt gegen u n b e t e i l i g t e Sachen (ja, wenn da wirklich nur der parkende PKW drunter verstanden würde!), keine Gewalt gegen b e t e i l i g t e Sachen, keine Sachblockaden, kein Stillegen von Angriffswaffen der Polizei (wie beispielsweise Wasserwerfer). Die Einhaltung dieser perversen Spielregeln wird dann von einigen Kräften, speziell aus dem Lager der SPD, weit vor die Frage gestellt, wie das Z i e l , eine wirkliche Behinderung, zu erreichen ist.

Die Auseinandersetzung und der Kampf um Krieg oder Frieden wird mit Sicherheit d i e zentrale gesellschaftliche Frage der kommenden Jahre. Leider läßt es der Fahrplan der herrschenden imperialistischen Kräfte nicht zu, in Ruhe eine Strategie nach der anderen auszuprobieren. Und da alle Erfahrungen darauf hindeuten, daß die Imperialisten sich durch friedliche Mittel nicht von ihrem Vorhaben abbringen lassen werden, muß alles getan werden, um einen Ausschluß von gewaltsamen Mitteln gegen die Kriegsvorbereitungen aus der Friedensbewegung zu verhindern.

Dies fordert nicht von d e r Friedensbewegung den Einsatz dieser Mittel und es fordert nicht einmal heute den Einsatz gewaltsamer Mittel, sondern das bewußte Offenhalten dieser Möglichkeiten; und für die heute stattfindenden Aktionen keinerlei Einschränkungen durch unsinnige und von der Sache her nicht zu begründende Gewaltbegriffe.

he./HH/Kt.

Regionalkonferenzen der Friedensbewegung:

Wieviel Widerstand, wieviel Appell?

Am 22.10. sollen (wie im letzten AK berichtet) als zentraler Höhepunkt der Herbstaktionen drei Großaktionen stattfinden, in Bonn und je an einem Ort in Nord- und Süddeutschland, die auf Regionaltreffen an dem ersten Juni-Wochenende festgelegt werden sollen.

In Bonn ist alles „klar". Es wird keine Regionalkonferenz geben, der 26-Koordinationsausschuß bzw. ein inzwischen gebildetes Sekretariat (aus DFG/VK, ASF, BBU, VDS, BuKo und Frauen für den Frieden) wird die Sache in die Hand nehmen.

Auf der Nord- und der Südkonferenz ist erst einmal eine Kraftprobe über Ort und Ausrichtung der Aktion unvermeidlich geworden. Der Kompromiß, nicht nur in Bonn zu demonstrieren, wird zwar inzwischen von allen Kräften getragen, aber der Beschluß wird unterschiedlich ausgelegt. Auf der Aktionskonferenz in Köln hatte ein breiteres Spektrum gegenüber KOFAZ- und sozialdemokratischen Kräften gefordert, daß nicht nur eine Appelationsdemonstration (in Bonn) stattfinden sollte, sondern auch Aktionen an Standorten und militärischen Einrichtungen oder geplanten Stationierungsorten, um den Willen zu Widerstandsaktivitäten deutlich zu machen. Alles andere könne nur als „Rückschritt" bezeichnet werden. Trotzdem wird der Beschluß für die „Volksversammlungen" in Nord und Süd von KOFAZ- und sozialdemokratischen Kreisen so ausgelegt, als solle auch dort jeweils eine sogenannte „Breitendemo" mit Appellationscharakter stattfinden. Für den Süd-Bereich wird Suttgart favorisiert, für Norddeutschland Hamburg, wobei der Traum ist, daß diese Demo in Hamburg mit Parlamentariern und Senatoren an der Spitze auf dem Rathausmarkt endet. Spitze wäre, wenn dort das Einschwenken der SPD für ein Atomwaffenfreies Hamburg verkündet und gefeiert werden könne. Gegen ein Rahmenprogramm, gegen andere Aktionen und auch Blockaden wird dabei nichts eingewendet, auch nicht gegen „Auftakt"-Veranstaltungen für die Aktionswoche am 15.10. an Militäranlagen. Das restliche Spektrum ist sich zumindest einig, daß zentrales Gewicht einer Aktion, z. B. Blockaden und Aktion um, in und vor Militäranlagen bei diesen Aktionen zukommen müßten. Insofern läßt sich jetzt schon ohne prophetische Gabe voraussagen, daß die beiden Regionalkonferenzen wohl zu den bestbesuchtesten Aktionsplanung-

phetische Gabe voraussagen, daß die beiden Regionalkonferenzen wohl zu den bestbesuchtesten Aktionsplanung-

streffen werden (das Hamburger Forum spricht sogar von Busorganisierung, damit alle Friedensgruppen vertreten sein können).

Vor der Nordkonferenz treffen sich am Vortage noch die Befürworter von Standortaktionen, um möglichst einheitlich vorgehen zu können. Hier noch kurz die Schilderung der einzelnen Vorschläge:

Neu-Ulm/Süden

Die Münchener Vereinigten Friedensinitiativen schlagen Neu-Ulm (geplanter Pershing-Stationierungsort) als Demo-Ort vor, wo bereits Erfahrungen mit den vorgeschlagenen Aktionen vorliegen. Es soll mit einer Blockade an den „Wiley-Barracks' beginnen und nach einem Zug durch die Innenstadt mit einem Volksfest in der Nähe der Kaserne enden.

Stuttgart/Eucom

Nach dem gleichen Muster ist eine Aktion für Stuttgart (mit einer Blockade am Eucom) im Gespräch.

Bremerhaven (Norden)

Aus Bremen (Krieg dem Krieg) und Bremerhaven wird Bremerhaven/Nordenham als Standort favorisiert. Es wird angeführt, daß in Bremerhaven die Pershing II anlanden könnte (falls sie per Schiff kommen sollte). Insbesondere wird hervorgehoben, daß sich dort ein „Military Sealift Commando" befinde, daß die Häfen für den Nachschub (auch in die Dritte Welt) dienten und US-Einheiten dort stationiert seien. Das weise auch Perspektiven über eine Anti-Raketenbewegung und über die Stationierung selbst hinaus, schreibt „Krieg dem Krieg". Zudem biete Bremerhaven Anhaltspunkte für verschiedene Aktionsformen.

Zweitägige Aktion in Hamburg

Teile der Hamburger Friedenskoordination schlagen vor, eine zweitägige Aktion in Hamburg zu organisieren, dabei könnten Widerstandsaktionen an den zahlreichen militärischen Einrichtungen der Stadt organisiert werden. Für Hamburg spreche dabei insbesondere, daß entsprechende Erfahrungen und ein entsprechendes Potential vorhanden seien, um solche Aktivitäten wirkungsvoll zu gestalten, ähnliches könne aber auch anderswo organisiert werden.

Kellinghusen

Ein weiterer Vorschlag aus der Hamburger Friedenskoordination ist, eine Aktion an dem A-Waffen-Lager Kellinghusen zu organisieren, die in dem „verbotenen" militärischen Gelände um das A-Waffen-Lager enden sollte, um unseren Widerstandswillen deutlich zu machen.

Das Göttinger Aktionsbündnis hat ebenfalls Kellinghusen als zentralen Aktionsort vorgeschlagen, weil hier eine Aktion am wenigsten zu einer Appellaktion umgemünzt werden könnte.

Regionalkonferenz Nord

am Sonntag, dem 5.6.83 in Hannover, 9.30 bis 15.00 Uhr
Ort: Audi-Max (Alte PH) der Uni Hannover, FB Erziehungswissenschaften, Bismarkstraße 2
Kontakt für Informationsmaterial Hamburger Friedenskoordination c/o Bernd Kruse, Jungfrauenthal 16, 2000 Hamburg 13,
Tel.: 040/47 63 21

Treffen der Standortbefürworter

am Sonnabend, dem 4.5. in Hannover
ab 12.00 Uhr im Büro der GABL, Brüderstraße 8
Tel.: 0511/168 - 5250 oder 4619

Regionalkonferenz Süd

am Samstag/Sonntag, de 4./5.6.83 in Ulm
Beginn Samstag ab 17.00 Uhr (wegen DGB-Demo zum EG-Gipfel)
Ort: DGB-Haus Ulm
Kontakt: Ohne Rüstung Leben Kornbergstraße 32, 7 Stuttgart 1
Koordination BAF-Bayern über die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen
c/o Schreyer, Rudi-Seiboldstraße 24, 8000 München 21

Sternmarsch und Blockaden in Bitburg geplant

Auf einem regionalen Arbeitstreffen in Trier am 7.5.83 wurden Aktionen für August/September für Bitburg (dem geplanten Stationierungsort für Cruise Missiles) beschlossen.

In den letzten zwei Wochen im August soll in Bitburg ein Friedenscamp für maximal (?) 200 Leute durchgeführt werden. Eine Blockade der US Air-Base (Bitburg oder Spangdahlem) soll ebenfalls in diesem Zeitraum vorbereitet werden. Für Mitte/Ende September haben sich die Graswurzler aus Amsterdam zu einer weiteren Blockade dort angesagt. Ab 20./21. August sollen dann mehrere Sternmärsche beginnen, die am 1.9. (dem Antikriegstag) in Bitburg zusammentreffen, wo dann bis zum 3.9. Aktionstage durchgeführt werden sollen. Als Ausgangsorte sind Saarbrücken, Pirmasens, Mainz, Koblenz, Kaiserslautern, Köln/Bonn und Aachen m Gespräch. Diese Märsche sollen auf Regional- und Routentreffen in nächster Zeit vorbereitet werden.

Das nächste Koordinationstreffen findet am 2. Juli 1983, ab 10.00 Uhr (voraussichtlich im Friedenszentrum in der Palaststraße) statt.

Militärspektakel in Braunschweig

Vom 9.-13. Mai fand in Braunschweig eine breit angelegte Werbekampagne der Bundeswehr statt. Im Rahmen einer „Woche der Militärmusik" („Der Tradition verpflichtet, dem Forschritt nicht verschlossen" war das Motto) gab es Konzerte in der Stadt, in Schulen und Kirchen und ausgerechnet in Altersheimen und der Lebenshilfe für geistig Behinderte, wo die Auswirkungen der Sparpolitik am deutlichsten werden. Am Himmelfahrtstag (!) konnten Besucher sich am Tag der offenen Tür an der vernichtenden Technik in der größten Braunschweiger Kaserne aufgeilen und auch mal ein bißchen schießen. Höhepunkt beim Versuch, Bevölkerungsnähe der Bundeswehr zu suggerieren, war eine öffentliche Rekrutenvereidigung am Abend des 11.Mai.

Widerstand dagegen regte sich in allen friedenspolitisch engagierten Kreisen und äußerte sich in vielfältigen Aktionsformen. Einige Beispiele:

Frauen der Gruppe ‚Frauen gegen Militarismus' entrollten während des Gelöbnisgottesdienstes im Dom Transparente, auf denen stand: „Du sollst

Militarismus' entrollten während des Gelöbnisgottesdienstes im Dom Transparente, auf denen stand: „Du sollst

nicht töten" und „Aufrüstung tötet auch ohne Krieg". Am Tag der offenen Tür gab es einen Menschenteppich gewaltfreier Aktionsgruppen, die so einen Menschenauflauf und Diskussionen provozierten.

Zentral war der Widerstand gegen das öffentliche Gelöbnis. In Bündnisgesprächen zwischen Autonomen, Grünen, AGBF (AG Braunschweiger Friedenstage), DS, DFG-VK, kirchlichen Gruppen und gewaltfreien Aktionsgruppen, die sich bei dem Spektrum recht schwierig gestalteten, kristallisierte sich bald heraus, daß die Mehrheit eine gemeinsame Demonstration aller vom Kundgebungsplatz zum Ort des Gelöbnisses mittragen konnte und der größere Teil der Anwesenden gewaltfreie Blockaden und Störversuche mit Lärminstrumenten favorisierte.

Lediglich den kirchlichen Gruppen war dies zu gewalttätig, den Autonomen zu gewaltfrei. In weiteren Gesprächen einigte man/frau sich darauf, die zwei Haupteingänge zum Gelöbnisplatz zu blockieren, um so zu versuchen, die Öffentlichkeit vom Gelöbnis fernzuhalten und bei weiträumiger Absperrung des Geländes durch die Polizei Punktblockaden in der Stadt zu machen.

Am Tag des Geöbnisses sahen wir uns mit dem größten Polizeiaufgebot konfrontiert, das es je in Braunschweig gegeben hat, samt Hundestaffeln, Hubschraubern und Pferden. Außerdem war kurzfristig zwei Tage vorher das Gelöbnis um 2 Stunden auf 19.30 Uhr verschoben worden. So kamen zur Kundgebung um 16 Uhr nur ca. 400 Leute. Der Demozug teilte sich wie verabredet und zog vor die 2 Haupteingänge. Angesichts fehlender Masse und massiver Bullenpräsenz zog der eine Teil gleich auf den Platz, was ohne Schwierigkeiten möglich war, bei den anderen aber für Ratlosigkeit sorgte, was jetzt zu tun war. Ein Teil ging auch auf den Platz, ein Teil machte, wie geplant, eine Sitzblockade vor dem Zugang, eine weitere Gruppe zog in die Stadt, um dort die Zeit bis zum Gelöbnis zu nutzen. Kurzfristig wurde von ca. 40 Leuten eine Hauptverkehrsstraße blockiert und Flugblätter verteilt. Die Polizei war innerhalb weniger Minuten auch da und zeigte sich aggressiv und knüppelbereit. Die Gruppe teilte sich in kleine Grüppchen auf, ca. 10 Leute wurde von einem Bullenwagen verfolgt, der über Straßenbahnschienen und einen Fußweg fuhr. Als Stühle und Stelltafeln in den Weg gestellt wurden, wurden die Bullen sehr böse und stiegen mit Schlagstöcken aus, woraufhin einige die Nerven verloren, wegliefen und festgenommen wurden; einer wurde am Boden liegend verprügelt. In der Braunschweiger Zeitung liest sich das so: *„Drei Personen, alle Anfang 20, wurden von der Polizei etwa eine Stunde vor Beginn des Gelöbnisses vorläufig festgenommen, weil sie auf dem Bohlweg randaliert hatten, indem sie Flaschen vor Autos warfen oder Reklameschilder umstürzten."*

Die Blockade am Gelöbnisplatz wurde sehr unsanft geräumt, wobei 60 (!) Leute festgenommen und ihre Personalien festgestellt wurden. Das harte Vorgehen der Polizei bei allen Aktionen, die über Pfeifen auf dem Platz hinausgingen, führte dazu, daß sich schließlich der Widerstand der mittlerweile 1000 bis 1500 Gelöbnisgegner/innen in dem verzweifelten Versuch beschränkte, durch Lärm die Lautsprecheranlage zu übertönen. So konnte zwar verhindert werden, daß die Gelöbnisfeier „In Würde über die Bühne ging" (Oberst Haasler, Kommandeur der Panzerbrigade 2 in der „BZ" vom 14.5.), aber sie ging über die Bühne.

KB Braunschweig

Auch die SPD war vertreten

In dem BZ-Bericht vom 13. Mai über die Gelöbnisfeier heißt es im zweiten Absatz: „SPD-Abgeordnete waren auf dem Löwenwall nicht auszumachen". Dies ist nicht richtig, weil ich an dieser Veranstaltung teilgenommen und auf der rechten Ehrentribüne gesessen habe. Als derzeitiger Major d.R., der fast jährlich eine Reserveübung ableistet, war es für mich selbstverständlich, an dem feierlichen Gelöbnis teilzunehmen.

Siegfried Rackwitz, SPD-Ratsherr im Rat der Stadt Braunschweig



Leserbrief und Fotos aus: "Braunschweiger Zeitung", 13.5.83





Der bislang jüngste Kriegsdienstverweigerer in der BRD (rechts)

Kampagne zur Kriegsdienstverweigerung

Auf ihrer letzten Bundeskonferenz am 15./16. April in Frankfurt hat die SOdZDL beschlossen, folgenden Aufruf an alle Jugendlichen zu starten:
„Verweigert den Kriegsdienst — jetzt erst recht. Verweigert vor dem 1.Juli 1983." Denn wer seinen Antrag bis zum 30.6. stellt, leistet 16 Monate Zivildienst, egal wann er einberufen wird.

Der Antrag kann von jedem unabhängig vom Alter (also auch mit 14, 15 Jahren) und auch vor der Wehrerfassung gestellt werden. Der Antrag muß nicht sofort begründet werden. Euch erwartet zwar dann die mündliche Gewissensprüfung, das ist aber im Vergleich zu dem, was kommt, das geringere Übel. Für alle, die erst nach dem 30. Juli verweigern, gilt: Die Gewissensprüfung bleibt!!! Der KDV-Antrag kann erst mit 17 1/2 Jahren gestellt werden, er muß sofort ausführlich begründet werden, ein polizeiliches Führungszeugnis wird gefordert und schon Formfehler sind ein Ablehnungsgrund. Der Zivildienst dauert 20 Monate.

Der Zivildienst wird verschärft: heimatferne Einberufung, Einsatz in arbeitsdienstähnlichen Einrichtungen, Kasernierung in Dienstunterkünften. Genug Gründe, den Kriegsdienst sofort zu verweigern".

Informationen bei der Bundeszentrale der SOdZDL, Hochstraße 56, 6 Frankfurt 1; Tel.:0611/29 44 88 (Di ab 20 Uhr). Dort sind die Aufkleber, Flugblätter und Plakate zum Selbstkostenpreis zu erhalten.

die Kampagne wird unterstützt von: BBU, DFG-VK, Jusos Hessen, Die Grünen LV Bayern, Bremen, Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz, Die Grünen im Landtag Hessen, im Bundestag, Hamburger Friedenskoordination.

When the saints

When the saints go marchin' in

Anläßlich einer „Luftfahrtschau" auf der US Air-Base am Frankfurter Flughafen stürzte ein Starfighter auf eine der meist befahrenen Ausfahrtsstraßen im Süden Frankfurts. Es passierte am Pfingstsonntag-Mittag und hätte ebenso zehntausende treffen können: die Passagiere des Flughafens, die Zuschauer auf der Air-Base, wo die Amerikaner einen „Tag der offenen Tür" veranstalteten, oder aber die Frankfurter, die einen halben Kilometer von der Unglücksstelle entfernt ihren „Wäldchestag" (eine Art Rummel) feierten. Es traf eine Familie, die in der hiesigen Friedens- und Ökologie-Bewegung jede(r) kennt. Pfarrer Martin Jürges und vier weitere Familienmitglieder wurden, im Auto fahrend, von brennenden Wrackteilen der todbringenden Maschine getroffen. Sie sind Opfer einer kriminellen Propaganda, die den Krieg als technische Faszination, als Spielzeug des Mannes, verkaufen will. Martin Jürges gehörte zu denjenigen kirchlichen Basisarbeitern, Kämpfern müßte man besser sagen, für die man mehr als Bewunderung empfindet. Es ist kein Zufall, daß er als unermüdlicher Stadtjugendpfarrer der CDU unerträglich war und der Wallmannschen Personalpolitik weichen mußte. Er übernahm eine Gemeinde im Bahnhofsviertel — ein härterer Arbeitsplatz ist für einen Pfarrer in Frankfurt wohl kaum zu finden. Er unterzeichnete nicht nur Aufrufe für Abrüstung, Rock gegen rechts, gegen Ausländerfeindlichkeit oder gegen die Startbahn. Er kümmerte sich auch um die Menschen.

Die US-Luftwaffe will weiter militaristische Vorführungen veranstalten. Die Bundeswehr will weiter Rekrutenvereidigungen durchführen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" wendet sich vehement dagegen, das „Unglück" politisch zu sehen — noch bevor irgendjemand etwas gesagt hat. Das Wort „Gewissen" haben sie noch nie gehört.

KB/Gruppe Frankfurt

Die lügen, die sagen: „Friede, Friede!" und es ist kein Friede.
Jeremia 8, 11

Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg.
Micha 4, 3

Irmtraud Jürges-Kiesling
* 27. 1. 1945

Martin Jürges
* 21. 5. 1942

Jan Jürges
* 14. 8. 1972

Katharina Jürges
* 22. 6. 1982

Erna Jürges
geb. Rode
* 15. 9. 1905

Am Pfingstsonntag wurden sie getötet durch eine Maschine, die dazu erdacht ist, Leben zu vernichten.

Wir haben keinen Frieden, der Krieg hat längst angefangen. Gott, dessen Geist Leben schafft, helfe uns, daß wir endlich umkehren.

Wir sind sehr traurig und sehr zornig:

Jutta Jürges-Helm und Lothar Helm
Gertrud und Peter Wagner
Franz Grabauer
Sabine und Frieder Stichler
Kathy Geiß
Horst Ackermann
Regina Maleiski
Helma Sauer
Felicitas und Ottomar Heß
Gisela und Maurice Rothe
Karin und Gottfried Bender
Andrea Voß
Rüdiger Stockenberg
Cordelia Kopsch
Karl Langensiepen
Hans-Christoph Engler
Renate und Dieter Heesemann
Horst Ackermann
Martin, Helia und Wolfram Spitta
Hans Christoph Stoodt
Keith Chamberlain
Joachim Grein
Young Bin Lie und Sun Whan Lie
Reiner Röhrborn
Burkhard und Renate Ellmenreich
Christian Müller
Dietmar Treber
Werner Lechtenfeld
Walter Bohris
Karsten H. Petersen
Manfred Weschke
Christa Weschke
Christoph Busch
Eugen Eckert
Harro Betzold
Burkhard Sulimma
Rudolf Dahrmann
Rita Dahrmann
Andreas Schüßler
Monika Niedling
Siegfried Hock
Christhild Becker-Hock
Reinhard Heinzel

Die Trauerfeier ist am Montag, dem 30. Mai 1983, um 9.30 Uhr in der Katharinenkirche an der Hauptwache in Frankfurt, die Beisetzung am selben Tag um 13.00 Uhr auf dem Waldfriedhof in Oberrad.

Statt Blumen wird eine Spende für den Förderverein für Kinder und Jugendliche im Bahnhofs- und Gutleutviertel erbeten (Konto-Nr. 281 220 bei der Frankfurter Sparkasse von 1822, BLZ 500 502 01).

aus: "FR", 27.5.83

Ursula Schwarzenberger

Über das Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden

Viele in der Friedensbewegung engagierte Katholiken, sogar progressive Priester haben „Das Wort der deutschen Bischofskonferenz zum Frieden" (vom 18.4.83) begrüßt. Es heißt, das Papier brauche den Vergleich mit dem entsprechenden Dokument ihrer Amtsbrüder in den USA nicht zu scheuen. In der Tat stellen auch die deutschen katholischen Bischöfe das Konzept der atomaren Abschreckung in Frage, einen Verzicht darauf lassen sie dann allerdings „noch" offen. Sie fordern, daß die *„sittliche Tolerierung der Abschreckung, sofern auf sie zur Aufrechterhaltung der Sicherheit auf dem mühsamen Weg zur Abrüstung nicht sofort und ersatzlos verzichtet werden kann, an strenge Bedingungen geknüpft"* werden müsse.
Lassen sich nun die gegebenen Kriterien mit Reagans Politik oder mit der vorbehaltlosen Ja-Sager-Politik der BRD-Regierung dazu vereinbaren ?
- Vorhandene oder geplante Waffen dürfen einen Krieg weder „führbar" noch „wahrscheinlicher" machen.
*- Nicht **mehr** Waffen dürfen produziert und aufgestellt werden als für eine tatsächlich an der Kriegsverhütung orientierte Abschreckung gerade noch erforderlich sind.*
- Alle militärischen Mittel müssen sich mit einer wirksamen beiderseitigen Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbaren lassen.
Liest man dazu noch die Forderung : *„Eine Politik der Rüstungsminderung muß ergänzt werden durch die Planung*
stungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbaren lassen.
Liest man dazu noch die Forderung : *„Eine Politik der Rüstungsminderung muß ergänzt werden durch die Planung*
einer Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Zwecke", dann mögen viele hoffen, *daß sich die Friedensbewegung in der Bundesrepublik nun auf die katholischen Bischöfe berufen und der Politik der CDU/CSU und der FDP von christlicher Seite die Spitze abgebrochen werden könne.*

Aber zuerst **ein Blick auf die Vorgeschichte des Papiers :** Noch im Herbst 1981 waren in dem Papier des ZK der deutschen Katholiken (Vorsitz Hans Mayer, CSU-Minister in Bayern) ganz andere Töne zu hören gewesen. Seit 1979 planen die Bischöfe wohl schon ein eigenes Papier, hatten aber zuerst wohl ein mehr biblisch-theologisches Werk ins Auge gefaßt. Die Veröffentlichung des 1. Entwurfes des US-Hirtenbriefes und das immer stärker werdende Engagement - vor allem der katholischen Jugend für die Friedensbewegung - haben wohl eine wichtige Rolle dabei gespielt, daß im Herbst 1982 drei katholische Theologie-Professoren und ein theologischer Mitarbeiter des Militärbischofsamtes (Prof. Böckle, Moral-Theologe, Lehmann, Dogmatik-Professor, Kertelge, Neues Testament) mit der Erstellung eines 1. Entwurfes betraut wurden. Als er im Januar 1983 fertig vorlag, arbeitete eine Kommission aus Bischöfen an dem Thema (u.a. ein Bischof vom Präsidium von Pax Christi, ein Vertreter der innerkirchlichen Arbeitsgemeinschaft „Entwicklung und Frieden"). Nach Aussagen von Prof. Böckle (am 25.4.83 in Aachen) war auch der Rat „namhafter" Friedensforschungsinstitute herangezogen worden, das hessische Institut für Friedens- und Konfliktforschung wurde ausdrücklich genannt. Der 2. Entwurf wurde dann nach vielen Änderungsvorschlägen zahlreicher Bischöfe auf der Konferenz in Trier schließlich abgestimmt. Die einen, so heißt es, hätten es noch „prophetischer" gewünscht, die anderen - vor allem Bischof Hengsbach und Kredel (Militärbischöfe) versuchten Änderungen auf der Linie des CDU/SPD-Gespanns im bundesdeutschen Katholizismus, Alois Mertes und Georg Leber, die beide großen Einfluß im ZK besitzen, durchzusetzen. Leber und Mertes hatten erst kürzlich in einem ‚Offenen Brief' an die US-Bischofskonferenz vor einer militärischen Schwächung des Westens gegeüber dem Osten gewarnt. Es heißt nun, daß gerade die Änderungsversuche in dieser Richtung fehlgeschlagen seien, aber stimmt das wirklich ? Ist dieses „typische Kompromißpapier" wirklich eine Hilfe für die Friedensbewegung, besonders für ihre Vertreter aus dem katholischen Raum ?

Warnung an die christlichen „Friedensbewegten"

Meines Erachtens können wir uns nicht damit zufrieden geben, die für die Friedensbewegung positiven Aussagen herauszunehmen, auch wenn wir weitere aus dem Papier aufzählen können (z.B. zum Zivildienst, Gewaltverzicht, Schaden der Rüstung für die Armen in der 3.Welt, usw.).
In den nächsten Monaten werden in den Gemeinden auf Wunsch der Kirchenleitungen überall Vorträge und Diskussionen zum Thema Frieden stattfinden. Da heißt es, „gewappnet" zu sein. Bestimmte Leute werden uns Stellen des Papiers „um die Ohren hauen", sie wirken auf mich wie ein Korrekturlack auf die in der Presse hochgelobten so „weitgehenden" Aussagen : In Abgrenzung zu dem USA-Bischofspapier heißt es, daß Waffen, auch nukleare Waffen im Zusammenhang mit der Strategie der Abschreckung als *„politisches Ziel im Rahmen der Kriegsverhütung"* beurteilt werden müßte, denn, so bemerkt das Papier schlau : *„eine losgelöste Beurteilung.. müßte zwangsläufig zu*
hang mit der Strategie der Abschreckung als *„politisches Ziel im Rahmen der Kriegsverhütung"* beurteilt werden müßte, denn, so bemerkt das Papier schlau : *„eine losgelöste Beurteilung.. müßte zwangsläufig zu*
einer radikalen Verurteilung führen"..Zwei Tage vor der Veröffentlichung des Papiers ließ sich Prof. Böckle dazu lobend in Aachen aus: anders als die US-Bischöfe wären die dt. Bischöfe eben **nicht** von der **Beurteilungden der Waffen,** sondern von einer theologischen Sicht augegangen, die die Weisungen der Bergpredigt für den politischen Bereich — für die **Friedenssicherung** fruchtbar machen sollte. Dazu hätte eben vor allem auch das hessische Institut für Friedensforschung (siehe oben) **nachdrücklich** geraten — sonst sonst wäre man in einer Sackgasse gelandet — ‚man hätte sie zwangsläufig nur noch ablehnen können!!
Wie in den USA gehen auch die katholischen Bischöfe hierzulande von einer „Güterabwegung" aus, doch gerade hier zeigen sich wesentliche Unterschiede. Zur Erhaltung der Sicherheit, sprich einer „Aggression totalitärer Staaten", müßten wir jetzt n o c h die nuklearen Waffen einbeziehen. Wir hätten dafür noch eine *„Galgenfrist"* (Kardinal Höffner bei der Vorstellung des Papiers), bzw. eine *„Zwischenzeit"*, wie es in Anlehnung an Papst Paul VII im Text heißt. Wem fallen dabei nicht andere Worte wie „Zwischenlösung" ein, zumal der Text dies gerade im Zusammenhang von Abrüstungsverhandlungen einführt.
Trotz so starker Worte der Bischöfe, wie *„Heute ist der Krieg weniger denn je ein Mittel, um politische Ziele zu erreichen. Es darf niemals sein"* wird dann *„unter verschiedenen Übeln jenes, das uns nach menschlichem Ermessen als das geringere erscheint"*, gewählt. Die Bischöfe reden an vielen Stellen recht *„bekümmert"*, von *„einem großen Dilemma, vor dem sie stehen"*,was nun das „größere Übel" sei. Es wird dem „Marxismus-Leninismus", gemeint ist die Sowjetunion, eine *„Doktrin der Todfeindschaft"* und *„Hegemonialstreben"* unterstellt, *„gegenüber der anhaltenden Bedrohung durch totalitäre Systeme bleibt der Bürger zur Verteidigung eines Friedens aufgerufen"*, schreiben die Bischöfe, auch wenn dies *„nicht allein und nicht in erster Linie"* militärisch geschehen solle. Man muß dazu die immer wieder auftretenden Beteuerungen zur Wahrung der Menschenrechte zur Kenntnis nehmen, die angeblich nur von „totalitären Systemen" mißachtet würden.
Der Nord-Süd-Konflikt wird zwar auch beschrieben, aber die Darstellung bleibt bei abstrakten, allgemeinen Feststellungen. Roß und Reiter, - Kapitalismus, BRD-Wirtschaft, US-Imperialismus und Waffenexport -, sind für die Bischöfe unbekannte Vokabeln, nur „den Russen" schiebt man noch schnell den schwarzen Peter zu, da sie zu wenig Entwicklungshilfe leisten würden. Ansonsten spricht man davon, daß der *„Rüstungswettlauf...unerträglich die Armen schädigt"*, mahnt allgemein zur *„gemeinsamen Verantwortung und Partnerschaft"*. Nach der Erwähnung der Krisensituation der Industrienationen weist man darauf hin, was es alles in der 3.Welt zu beseitigen gibt: Soziale Ungerechtigkeiten, Hunger und Not, die Vorenthaltung von Menschenrechten und Politischen Rechten. An der Ungerechtigkeit der heutigen Weltwirtschaftsordnung werden die „wirtschaftlichen Interessen" der Industrieländer als *„nicht schuldlos"* benannt. Wie aber für „mehr Gerechtigkeit" einzutreten ist, bleibt unerklärt.

Ursula Schwarzenberger :

ist Mitglied im Bundesvorstand der Grünen, sie kommt aus der kirchlichen 3.Welt- und Friedensarbeit. Sie hat ihre Stellungnahme zum Friedenspapier der deutschen Bischöfe für den AK abgegeben

chen 3.Welt- und Friedensarbeit. Sie hat ihre Stellungnahme zum Friedenspapier der deutschen Bischöfe für den AK abgegeben

Eure Rede sei ja, ja und nein, nein und was darüber ist, ist vom Übel

Mathäus Evangelium, 5,37

Das ganze Papier - und das ist der Stolz der Bischöfe - ist eingebettet in theologische Aussagen, die den richtigen Zusammenhang bieten. Immer wieder wird auf die *„Gebrochenheit der Menschen"* durch die Sünde hingewiesen, die es den Menschen doch nicht erlaubt, letztlich Frieden zu schaffen, sondern letztlich ist alles *„ein harter Kampf gegen die Mächte der Finsternis...!"* Die Bergpredigt wolle zwar den *„Teufelskreis der Gewalt"* sprengen, aber *„nicht blind gegenüber dem Bösen"* machen, *„die Rechtsebene wird nicht aufgelöst"*.

Wen wundert es nun, nach aufmerksamer Lektüre, daß Herr Dregger von der CDU das Dokument der US-Bischöfe zwar hart beschimpft, Kardinal Höffner und dem Kreis der Bischöfe um ihn aber bescheinigt, daß sie es mit Abrüstung so ernst nicht gemeint hätten.
Wer zu denselben Punkten die Regierungserklärung von Herrn Kohl liest und sie mit der Erklärung der Bischöfe vergleicht, den wundert wirklich bald nichts mehr ! Es ist schwer, Unterschiede zu finden.

Neuerscheinung:

Broschüre über Zivilschutz und Notstandsplanung

Wer „Zivilschutz“ hört, denkt an Bunker. Doch die Bunker sind nur der sichtbarste Teil der Kriegsvorbereitung im sogenannten zivilen Bereich. Sorgfältig vor der Öffentlichkeit geheimgehalten werden die Pläne, was denn tatsächlich mit uns allen im Krieg geschehen soll. Mit zynischer Präzision werden heute schon Landkarten über Flüchtlingsströme angelegt, werden Polizei und Bundeswehr darauf vorbereitet, die Flüchtlinge in Schach zu halten. Die Notstandsgesetze liefern bis ins Detail die Handhabe, wie der Alltag der Bevölkerung kriegsmäßig organisiert wird und wie schon in der Vorkriegszeit der Widerstand im Keim erstickt werden kann.

Eine neue Broschüre mit dem Titel **„Der Tag X hat schon begonnen — Die Gefahren der Zivilverteidigung“** stellt zu diesen Themen umfangreich recherchiertes Material zusammen. Neben der Erläuterung von Zivilschutzpropaganda und Notstandsgesetzen enthält die Broschüre Material über geheime Pläne zum Einsatz der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung, eine
Pläne zum Einsatz der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung, eine
Auflistung entsprechender Manöver, ein eindringliches Szenario über unsere Verhaltensmöglichkeiten kurz vor Kriegsbeginn, eine Darstellung des Nazi-Reichsluftschutzbundes und Beispiele heutiger Widerstandsaktionen. Im Wortlaut werden dazu parlamentarische Anfragen der GAL Hamburg und die Antworten des Senats dokumentiert. Abgerundet durch Literatur-Hinweise gibt die Broschüre auch eine gute Grundlage, in anderen Regionen Nachforschungen über die Tabu-Zone der inneren Kriegsvorbereitungen anzustellen, sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch.

„Der Tag X hat schon begonnen“
52 Seiten Din A 4 DM 4,50

zu bestellen über:

GAL Hamburg
Bartelsstr. 30
2000 Hamburg 6

DER TAG „X“ HAT SCHON BEGONNEN...



Die Gefahren der Zivilverteidigung
Evakuierung nicht vorgesehen?
Putschparagraphen im Grundgesetz
Wenn die NATO das Sparbuch beschlagnahmt

Spione, U-Boote, Herzinfarkte
Zurück in die 50er Jahre

„Die Wende“ ist bereits in vollem Gange. Und das nicht bloß in Bonn und draußen im Lande, sondern weltweit. Durch Massenausweisungen angeblicher sowjetischer Spione, kunstvoll inszenierte Jagden auf nicht vorhandene sowjetische U-Boote und deutscherseits durch das Hochspielen zweier Todesfälle an der DDR-Grenze werden wir auf die Rückkehr zum Klima des „Kalten Kriegs“ der 50er und frühen 60er Jahre sorgfältig eingestimmt. Wie es sich für eine gute Propaganda-Kampagne gehört, muß man gelegentlich Pausen eintreten lassen, um das Volk nicht zu übermüden. Die derzeitige Ruhephase bietet eine passende Gelegenheit zum Rückblick auf die Ungeheuerlichkeiten, die man uns in den vergangenen Wochen zugemutet hat.

Neuer Ausweisungs-Rekord

Ein grober Überblick über die Entwicklung der Zahl von Sowjetbürgern mit diplomatischem Status, die in den letzten Jahren als Spione ausgewiesen wurden, zeigt bereits eine klare Tendenz: 1981 waren es weltweit 27 Sowjetbürger, die das Schicksal traf. 1982 waren es 49, also nahezu eine Verdoppelung. Aber schon jetzt steht fest, daß das Jahr 1983 alle Rekorde brechen wird: Seit Jahresbeginn bis ungefähr Anfang Mai sind insgesamt 72 sowjetische Diplomaten und Journalisten unter Spionage- und Geheimdienst-Vorwürfen ausgewiesen worden (Anm. 1), davon fast 50 allein aus Frankreich.

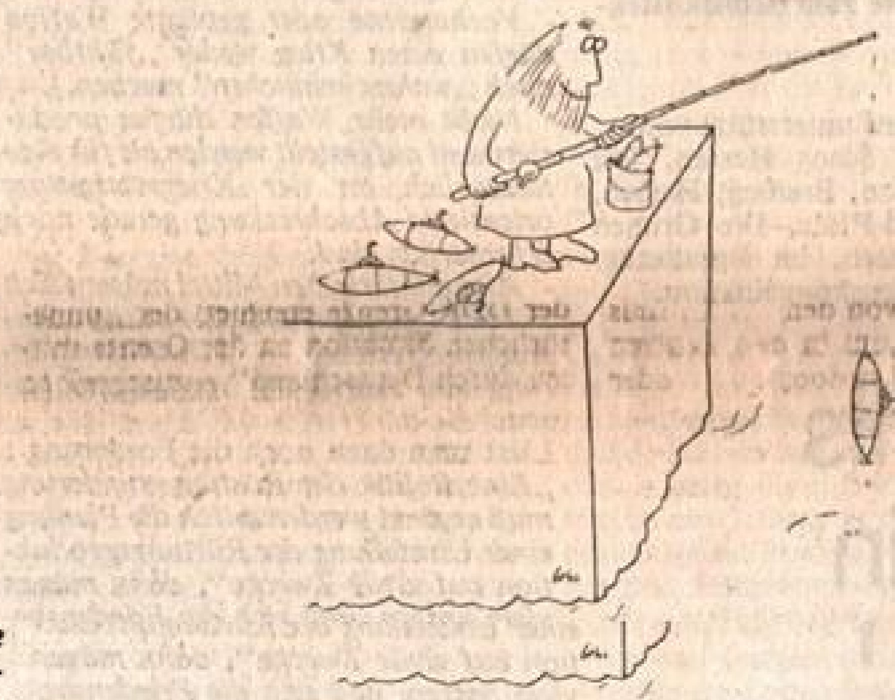
Man könnte vielleicht vermuten, daß der sowjetische Geheimdienst KGB frecher und unvorsichtiger geworden ist, oder daß die Spionageabwehr der Freien Welt ihre Methoden enorm vervollkommnet hat. Der Sachverhalt liegt jedoch in Wahrheit sehr viel einfacher, nämlich auf der politischen Ebene begründet. Das Beispiel der Bundesrepublik zeigt, worum es dabei geht: Laut Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurden 1981 im Bundesgebiet 109 — man beachte die Exaktheit der Zahl! — Sowjetbürger in der BRD und Westberlin *„als aktive Beauftragte des Geheimdienstes be-*
der BRD und Westberlin „als aktive Beauftragte des Geheimdienstes be-
trachtet, während 77 weitere unter Verdacht standen“. Es wird also unterschieden zwischen solchen, die nur verdächtigt werden, und solchen, bei denen man sich angeblich sicher ist. Wie bei soviel deutscher Gründlichkeit nicht anders zu erwarten, gibt der Jahresbericht des Bundesamtes sogar Auskunft, wie sich die angeblich sicher festgestellten sowjetischen Spione verteilen: 31 sitzen in der Botschaft in Bonn, 13 im Hamburger Generalkonsulat, 50 in den sowjetischen Militärmissionen (Baden-Baden, Frankfurt, Bünde), 6 in der Handelsmission in Köln (Anm. 2).

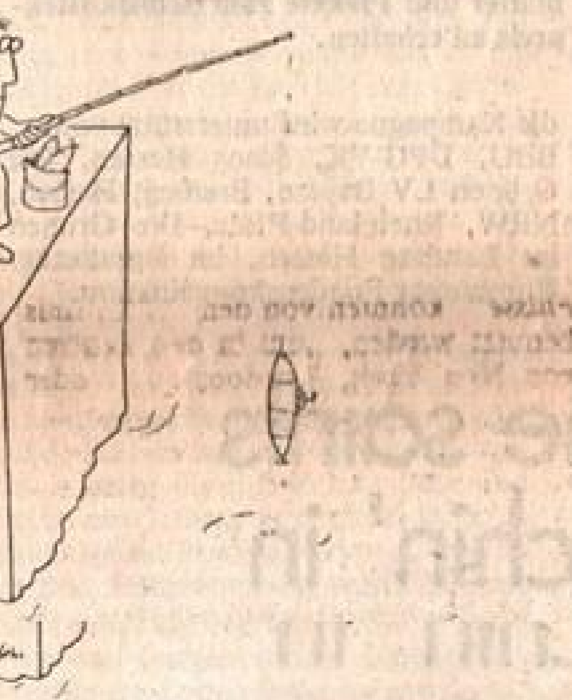
Ob das nun alles stimmt oder alles erfunden ist, spielt im Endeffekt gar keine Rolle mehr: Auf jeden Fall verfügt die Bundesregierung über ausreichendes Material der einschlägigen Behörden, um zu einem beliebigen Zeitpunkt beliebig viele östliche Diplomaten unter Spionagevorwurf auszuweisen. Ob das geschieht, wann und in welchem Umfang, ist ausschließlich eine Frage des politischen Kalküls. Man macht sich angesichts der bekannten Trotteligkeit in breiten Kreisen der einheimischen Bevölkerung noch nicht einmal große Mühe, diesen Sachverhalt abzutarnen: Ziemlich offen befaßten sich Ende April die zuständigen Gremien der BRD mit der Frage, *„ob die Bundesregierung dem Beispiel anderer Länder folgen und osteuropäische Diplomaten, die als Spione enttarnt sind, des Landes verweisen soll“*. Die Führung des Bundesamtes für Verfassungsschutz übernahm die „Aufbereitung“ und „Wertung“ der Fakten für die Debatte. **„Die Entscheidung darüber, ob Bonn Ausweisungen vornimmt, hat politischen Charakter. Die Spionageabwehr tendiert eher zu der Empfehlung, von Ausweisungen abzusehen oder allenfalls zwei oder drei ‚Köpfe‘ des Landes zu verweisen“**. Bei dieser Gelegenheit wurde öffentlich eine Gesamtzahl von 238 „erkannten“ Agenten unter den osteuropäischen Diplomaten in der BRD genannt; weitere 199 seien „Verdachtspersonen“ (Anm. 3).

Die Regierung folgte übrigens dem Rat der Geheimdienste: Bisher keine Ausweisung östlicher Diplomaten aus der BRD. Damit bildet die BRD eine bemerkenswerte Ausnahme unter den Hauptländern der Freien Welt. Im Rahmen der eben zitierten Empfehlung bleibt auch das halboffiziell lancierte Gerücht, man wolle demnächst die Sowjetunion dazu veranlassen, stillschweigend und in normalem Einvernehmen vier ihrer Diplomaten als „enttarnte Spione“ aus der BRD zurückzurufen (Anm. 4). Derartige abgesprochene Abberufungen ohne viel Skandalgeschrei sind ohnehin der in gemäßigteren Zeiten übliche Weg zwischen den Großmächten, die gegenseitige Spionage nicht überhand nehmen zu lassen. Wenn es im Gegensatz zu dieser üblichen Praxis zu Massenausweisungen mit lautstarker Begleitmusik der Medien kommt, ist da ausschließlich eine politische Entscheidung, die zweifelsfrei signalisieren, daß aus irgendwelchen Gründen eine Verschlechterung des zwischenstaatlichen Klimas und eine Aufheizung feindseliger Stimmungen angestrebt wird.

Wie man Spione „macht“

Die Entscheidung der französischen Regierung, am 5. April 47 sowjetische Diplomaten, Journalisten u.a. auszuweisen, muß so interpretiert werden. Die extrem schikanösen Umstände des Vorgangs — die Ausgewiesenen mußten Frankreich noch am selben Tage verlassen — unterstreichen die provokatorischen Absichten der Regierung.





Einige der Ausgewiesenen befanden sich erst seit wenigen Wochen in Frankreich; andere ‚Ausgewiesene‘ hielten sich schon längst nicht mehr dort auf.

Die Voraussetzungen der Masseausweisung sind offenbar im Einzelnen so windig, daß jeder Staatsanwalt seine Karriere ruinieren würde, wenn er darauf eine Anklage aufbauen würde. Konkrete, nachprüfbare Vorwürfe gegen die Ausgewiesenen wurden von der französischen Regierung gar nicht erst erhoben. Ganz nichtssagend ist von „ihrem Status widersprechenden Aktivitäten“ die Rede. Das kann im diplomatischen Sprachgebrauch auch Spionage bedeuten, muß aber nicht. Zugleich wurden die durch das offizielle Schweigen spitz gemachten Medien mit gezielten „Indiskretionen“ gefüttert, die sie sofort ins Land tropeten. Da war vor allem von Wirtschaftsspionage die Rede, die „beängstigende Formen“ angenommen habe. Die Sowjetunion habe sich durch Vervielfachung ihrer Agenten *„rund 30 % der hochentwickelten Technologie der Franzosen“* verschafft. Bevorzugtes Ziel der Ausspähung seien Nuklearwaffen, U-Boot-Systeme, Zielelektronik und der Raumfahrtsektor gewesen (Anm. 5). Auch für die Entwicklung einer französischen Neutronenbombe in Kleinformat hätten sich Moskau's Agenten brennend interessiert (Anm. 6). Andere gezielt ausgestreute Gerüchte behaupteten, daß der Grund für die Ausweisungen vor allem in der Ermordung eines Top-Agenten der französischen Spionage-Abwehr (am 15. Februar in der Nähe von Nizza) zu finden sei. Der Tote habe belastendes Material zum Attentat auf den Papst gehabt (Anm. 7).

Daß von der französischen Regierung die Ausgewiesenen keine konkreten Vorwürfe erhoben wurden, hängt damit zusammen, daß es einfach keine konkreten Vorwürfe gibt, zumindest keine beweisbaren. Das liegt in der Natur der Sache. Es kommt zwar gelegentlich vor, daß ein besonders dreister oder dusseliger Diplomat auf frischer Tat erwischt wird, wenn er gerade einen Militärstandort fotografiert oder einen Toten Briefkasten leert. Aber das ist selbstverständlich die Ausnahme. Wenn man als wahr unterstellt, daß die Sowjetunion Zehntausende von Agenten in aller Welt unterhält — allein in Frankreich sollen es 10.000 - 12.000 sein (Anm. 8) — dann wird sie nicht gerade die begrenzte und bestens von der Gegenseite überwachte Schar ihrer Diplomaten zu problematischen Einsätzen schicken, die man besser dem anonymen „Fußvolk“ überläßt. (Das gleiche gilt für alle Geheimdienste dieser Welt).

Wenn trotzdem Zahlen über östliche Spionage-Diplomaten in die Welt gesetzt werden, und wenn diese Zahlen gar Exaktheit vortäuschen (siehe Berichte des Verfassungsschutzamtes), dann handelt es sich allenfalls um Vermutungen und fragwürdige Hochrechnungen, wenn nicht gar um Bluff und Stimmungsmache. Nach oben hin sind dem Schwindel kaum noch Grenzen gesetzt. Ein NATO-Bericht spricht z.B. allen Ernstes davon, daß 70 % sämtlicher Beschäftigter in den sowjetischen Botschaften der Freien Welt für den KGB arbeiten. Auch 70 % der TASS-Korrespondenten sollen — nach Angaben eines Überläufers — KGB-Agenten sein (Anm. 9).

Die Zahlen werden schon stimmen. Es ist alles bloß eine Frage der Definition. Sofern ein sowjetischer Diplomat oder Journalist nicht außer Verdacht ist, weil er auf der Lohnliste eines westlichen Geheimdienstes steht, muß angenommen werden, daß er loyal zu seinem Staat steht und womöglich Anhänger der verbrecherischen kommunistischen Ideologie ist. Daraus ergibt sich, daß er politisch für seinen Staat eintritt und zur Weiterleitung von ihm zugänglichen Informationen bereit ist. Fertig ist der Agent. Wenn a priori vorausgesetzt wird, daß 70 % der sowjetischen Diplomaten und Journalisten in der Freien Welt Spione und Agenten sind, kann man kaum fehlgreifen, wenn man irgendwann beliebige von ihnen als „enttarnte Agenten“ ausweist.

Ein sehr wichtiger Nebeneffekt ist, daß es für den westlichen Normalbürger immer riskanter wird, irgendeine Art von Kontakt zu östlichen Diplomaten, Journalisten, Wissenschaftlern usw. zu unterhalten. Mit 70 %iger Wahrscheinlichkeit ist sein Gegenüber ein gefährlicher Ostagent, sodaß selbst das harmloseste Gespräch zum strafbaren geheimdienstlichen Kontakt werden kann. Der Austausch von Meinungen, Wissen und Kultur zwischen Ost und West — in der Schlußakte von Helsinki garantiert — wird auf das von den Behörden des Freien Westens zugelassene und kontrollierte Maß reduziert.

Modellhaft für die weitere Entwicklung ist eine Affäre, die im April in Japan für große Aufregung sorgte. Dort hat der sowjetische Journalist Lewtschenko sich plötzlich als langjähriger KGB-Agent bekannt. Den Behörden erklärte er, 200 japanische Journalisten und Politiker hättn für ihn, also auch für den KGB „gearbeitet“. Nur wenige Namen (zunächst 8) wurden jedoch sogleich bekanntgegeben; die übrigen bilden ein Reservoir, aus dem man sich jederzeit beliebig bedienen wird, wenn man wieder einen Skandal braucht, wenn unbequeme Personen abgeschoben werden sollen usw. Im ersten Schub wurden u.a. zwei prominente Politiker und der Chefredakteur einer großen konservativen Tageszeitung als angebliche Helfer des KGB-Agenten „enttarnt“. Alle Vorwürfe stützen sich lediglich auf die Abgaben des übergelaufenen sowjetischen Journalisten, aber das reicht völlig aus, um Karrieren zu ruinieren. Angeblich sollen „vertrauliche Mitteilungen“ ausgetauscht worden sein. Der erwähnte Chefredakteur, der inzwischen selbstverständlich zum Rücktritt gezwungen wurde, hatte sich z.B. von dem Sowjetbürger ein gefälschtes Testament Tschu Enlai's andrehen lassen.

Wenn man in den letzten Wochen in der Springerpresse bestimmte Vorwürfe gegen Journalisten des „Stern“ verfolgt hat (z. B. daß dem „Stern“ bestimmtes Kartenmaterial über Atomwaffen vom Osten zugespielt worden sei), dann läßt sich ermessen, was mit dem in Japan praktizierten Modell zukünftig noch alles angestellt werden könnte.

Kampf dem „sowjetischen Einfluß“!

Noch zukunftsträchtiger und interessanter ist das kürzlich in der Schweiz erprobte Modell. Dort hielt man sich mit so altmodischen Dingen wie Spionage-Vorwürfen gar nicht erst auf, sondern machte die politische „Einmischung“ der Sowjetunion zum Gegenstand eines Skandals: Das Berner Büro der sowjetischen Presseagentur „Nowosti“ wurde auf Anordnung der Schweizer Regierung geschlossen; der Büroleiter und „Nowosti“-Direktor für die Schweiz, Dumow, wurde ausgewiesen. In der Begründung heißt es, das „Nowosti“-Büro sei eine *„Desinformations-, Subversions- und Agitationszentrale“* gewesen. Vorgeworfen wird dem Büro u. a. *„die Beeinflussung von Teilen der schweizerischen Friedensbewegung, die ideologische Schulung und Kriminalisierung Jugendlicher, die Wahrnehmung eigentlicher Desinformationsaufträge sowie die Organisation von zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen aller Art“*: Das alles sei *„eine klare Einmischung in innerschweizerische Angelegenheiten“* und *„gefährdet die innere und äußere Sicherheit unseres Landes“* (10).

Der wirkliche Sachverhalt ist ebenso einfach wie normal: Sämtliche Vorwürfe betreffen die Tätigkeit der beiden Schweizer Mitarbeiter des „Nowosti“-Büros, Spillmann und Schwander. Beide sind Mitglieder der PdA, d. h. der Schweizer KP, beide be-
Schwander. Beide sind Mitglieder der PdA, d. h. der Schweizer KP, beide be-
tätigen sich politisch. Gelegentlich sollen sie auch mal politische Gespräche während ihrer Arbeitszeit, vom Arbeitsplatz aus geführt haben. Ihr Einfluß in Bewegungen, soweit sie sich dort engagierten, ist so minimal zu veranschlagen wie überhaupt der Einfluß der PdA. Einige knackige Details, die etwas Würze in die laue Brühe der Vorwürfe bringen sollten, erwiesen sich als freie Erfindungen: Schwander habe paramilitärische Geländeübungen mit Jugendlichen veranstaltet und bei einem Krawall vorm Berner Jugendzentrum sozusagen selbst die Molotow-Cocktails ausgeteilt.

Gegen die Schließung des „Nowosti“-Büros und die Argumentation der Regierung protestierten die Schweizer Friedensbewegung und der Schweizer Journalistenverband. Linke Gruppierungen, ansonsten der PdA überhaupt nicht wohlgesonnen, wandten sich entschieden gegen die offiziellen Darstellungen.

Der Skandal um das „Nowosti“-Büro findet ein internationales Echo in anwachsender Medienhetze über die „getarnte sowjetische Einflußnahme“, vor allem natürlich auf die Friedensbewegung, die als von Moskau gesteuert und finanziert diffamiert werden soll. Bereits bei der Massenausweisung von Sowjetbürgern aus Frankreich im April spielte neben den lancierten Spionage-Vorwürfen auch der „sowjetische Einfluß“ eine eindeutige Rolle. Der ehemalige Innenminister Poniatowski kommentierte: *„Bei den Umweltschützern, bei der kommunistischen Partei, bei der CGT gibt es Elemente, die Verbindungen zum Apparat des KGB haben. Oft unwissentlich“*. — Unter den Ausgewiesenen befand sich der Botschaftsrat Stupischin. Ihm wurde in den rechten Medien vorgeworfen, daß er Vorträge und Interviews zum Thema Friedenspolitik gegeben habe, insbesondere über autonome Sender. Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen“ („FAZ“): *„Für die Abteilung A (Desinformation) des KGB gehört die Kampagne gegen die Aufstellung amerikanischer Raketen in Europa gegenwärtig zu den wichtigsten Aufgaben“*. Womit wohl feststeht: Wer sich an dieser Kampagne beteiligt, arbeitet für den KGB, wenn auch viel-

Antimilitarismus

leicht unwissentlich (Anm. 11). Details sind einem Ende März veröffentlichten Bericht des Bundeskriminalamtes der USA (FBI) zu entnehmen. Dort wird beispielsweise als „sowjetische Einflußnahme" genannt:

— Die Sowjetunion habe den Weltfriedensrat „angewiesen", eine Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung „in Gang zu setzen".

— Sowjetische Delegationen bereisen die USA, um Vorträge zu halten und „*die Abrüstungspolitik der US-Regierung in Mißkredit zu bringen*".

— Der „prosowjetische" Friedensrat der USA habe eine „wichtige Rolle" bei der großen Friedensdemonstration in New York im Juni 1982 gespielt.

— Der KGB versuche, Kontakte zu Geistlichen in den USA aufzunehmen.

„*Ursprünglich hatte Präsident Reagan den Anstoß zu dem FBI-Bericht gegeben, als er in Reden im Oktober und November erklärte, daß viele ‚ehrliche Leute' in Amerika von anderen ‚manipuliert' worden seien. Es sei keine Frage, hatte Reagan damals erklärt, daß ausländische Agenten ausgesandt worden seien, die Bewegung zum Einfrieren der Atomwaffenarsenale in Gang zu setzen und am Leben zu erhalten*" (Anm. 12).

Das alles klingt vielleicht immer noch eher komisch als gefährlich. Das Lachen darüber könnte uns aber noch vergehen, denn die hier vorgelegte Propaganda-Linie wird in den kommenden Jahren zunehmend das innenpolitische Klima in den Hauptländern der „Freien Welt" vergiften. Es wird, wenn die Dinge in dieser Richtung nach den Vorstellungen der Herrschenden weiterlaufen, soweit kommen, daß heute übliche friedenspolitische Forderungen (z. B. nach einseitiger Abrüstung oder nach der Nicht-Durchführung bestimmter Rüstungspläne) in die Nähe von Landesverrat gerückt werden. Und zwar nicht allein im diffamierenden politischen Sinn, sondern auch im juristischen. Ob es dann als Alibi noch ausreichen wird, daß man schließlich auch schon einmal in Ostberlin demonstriert hat, ist zweifelhaft.

Rote U-Boote auf Feindflug

Zum passenden Zeitpunkt — die wildwestlichen Medien brachten fast täglich neue Meldungen über enttarnte Russenspione, in der BRD erregten deutsch-deutsche Herzinfarkte die Nation — tauchten vor der schwedischen Küste wieder die geheimnisvollen Russen-U-Boote auf. Das Arrangement war höchst beeindruckend: In den letzten Tagen des April lag der Öffentlichkeit ein Bericht vor, der sich mit einem Vorfall im Oktober 1982 befaßte. Damals hatte die schwedische Marine tagelang auf ein oder mehrere sowjetische U-Boote Jagd gemacht, ohne eine Spur von ihnen zu finden. Der nun vorgelegte Untersuchungsbericht behauptet an Hand von Schleifspuren u. ä. auf dem Meeresgrund, daß damals gleich sechs sowjetische U-Boote, darunter drei völlig neuartige

mit einem Vorfall im Oktober 1982 befaßte. Damals hatte die schwedische Marine tagelang auf ein oder mehrere sowjetische U-Boote Jagd gemacht, ohne eine Spur von ihnen zu finden. Der nun vorgelegte Untersuchungsbericht behauptet an Hand von Schleifspuren u. ä. auf dem Meeresgrund, daß damals gleich sechs sowjetische U-Boote, darunter drei völlig neuartige

und unbekannte Spezial-Minis, sich in schwedischen Gewässern dicht vor der Küste getummelt hätten. Zugleich mit der Vorlage des Berichts forderte die schwedische Marine ganz dringend erhebliche finanzielle Zuwendungen, da sie offenbar ihren Aufgaben nicht gewachsen sei. Die schwedische Öffentlichkeit war gebührend empört — natürlich nicht über die Chuzpe ihrer Marineleitung, sondern über die „grobe Verletzung der territorialen Integrität Schwedens" durch die Sowjetunion. (Daß es sich, wenn überhaupt, nur um s o w j e t i s c h e U-Boote gehandelt haben kann, wird vermutlich durch eine auf dem Meresboden zurückgelassene Hammer-und-Sichel-Fahne bewiesen?). Die schwedische Regierung schickte eine außerordentlich schroff und beleidigend formulierte Protestnote nach Moskau!

Aber das war lediglich die Ouvertüre! Die Aufregung über den Bericht zum Oktober 1982 hatte sich noch gar nicht gesetzt, als am 1. Mai ein ganz „schwerer Zwischenfall" vor der norwegischen Küste gemeldet wurde: Ein „eingedrungenes" U-Boot (selbstverständlich ein sowjetisches, was denn sonst!?) sitze im Hardangerfjord in einer „Todesfalle". 15 Raketen und 2 Wasserbomben wurden auf den frechen Eindringling abgeschossen. **„Danach sprudelten Luftblasen über dem Wasser. Ist das rote U-Boot leckgeschossen? Kämpfen die 60 russischen Seeleute in der Tiefe ums Überleben?"** („Bild", 2.5.83). Tierisch geil wie im Kino. Danach ließ man das rote U-Boot lieber im eigenen Saft schmoren und aus den Medien verschwinden. Machte nichts, denn inzwischen hatte die schwedische Marine ein neues entdeckt. Und schon wieder ein Volltreffer: **„Schwedens Marine hat gestern offenbar ein fremdes U-Boot versenkt. Gegen 22.00 Uhr zündeten sie vor Sundvall (nördlich von Stockholm) eine gewaltige Wassermine. Wenig später wurde im Bottnischen Meerbusen eine große Öl-Lache entdeckt"** („Bild", 5.5.83). Aber das rote U-Boot spukte weiter durch die Medien. Am nächsten Tag bekam es schon wieder zwei schwere Wasserbomben aufs Blech gekübelt. Zugleich ließ man dezent „aus NATO-Kreisen" durchsickern, schwedische Kampfschwimmer hätten schon vor mehreren Tagen das U-Boot „eindeutig" als sowjetisches „identifiziert", und nur „aus politischen Gründen" habe Schweden auf eine Versenkung verzichtet (Anm. 13).

Während die hitzige U-Boot-Hatz vor Sundsvall weiterging, entdeckte an einer anderen Stelle die schwedische Küstenwacht ganz deutlich ein aus dem Wasser ragendes U-Boot-Periskop. Es konnte allerdings nicht ausgeschlossen werden, daß es sich um ein schwedisches U-Boot gehandelt hatte ... Vor Sundsvall wurde die Lage mittlerweilen hektisch, 13 Wasserbomben wurden an einem einzigen Tag dem Phantom geopfert. War man anfänglich noch 100%ig sicher gewesen, daß d i e s m a l der freche Eindringling in der Falle sei und nur noch die Wahl zwischen Auftauchen oder Seemansgrab vor sich habe, wurden allmählich Spekulationen in die Medien lanciert, daß der Feind vielleicht doch wieder entkommen sei. Mitte Mai wurde ohne viel Lärm die „Suche" eingestellt. — U-Boote, die entweder gar nicht vorhanden oder zumindest nicht sichtbar sind, haben gegenüber realen U-Booten einen unschätzbaren Vorteil: Man kann sie beliebig oft auftauchen und wieder verschwinden lassen. Ihre Verwandtschaft mit dem Monster von Loch Ness ist offensichtlich.

Den wohl stärksten Beitrag zum Thema lieferte ein Herr Ring in der „Süddeutschten" (14.5.83): Ausgehend von der Hypothese der schwedischen Marine, die Sowjetunion verfüge über völlig neue, im Westen absolut unbekannte Mini-U-Boote, entwickelte Herr Ring „*eine neue Marine-Strategie*" der Sowjetunion. Mit Hilfe der Minis könne die Sowjetunion **„praktisch jeden Küstenstaat atomar verminen"**. „*Selbst seichte Wasserstraßen, Sunde und Flüsse*" könnten von den roten Minis benutzt werden, **„um in den Zentren von New York, London, Paris oder Hamburg Atomminen zu verankern, die im Bedarfsfall gezündet werden können"**. Es sei „*denkbar, daß die sowjetische Unterwasserstrategie darauf hinausläuft, in einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten alle europäischen Länder mit einem Minimum an Aufwand in Schach zu halten durch die Drohung, die vorsorglich verankerten Atomminen zünden zu wollen*".

Den springenden Punkt an der Sache hat der Ring richtig erfaßt: Die von den unsichtbaren roten Minis verlegten roten Atomminen „*können selbst dort eine paralysierende Wirkung haben, wo es sie gar nicht gibt, weil sie eben unkontrollierbar sind*". Und da hilft uns nur noch eins: **„Wenn sich die letzten**

Atomminen zünden zu wollen".

Den springenden Punkt an der Sache hat der Ring richtig erfaßt: Die von den unsichtbaren roten Minis verlegten roten Atomminen „*können selbst dort eine paralysierende Wirkung haben, wo es sie gar nicht gibt, weil sie eben unkontrollierbar sind*". Und da hilft uns nur noch eins: **„Wenn sich die letzten**

Schockwellen dieser Erkenntnis gelegt haben, ist die Umrüstung auf Unterwasser-Waffensysteme und deren Abwehr kaum zu vermeiden". Eine „Nachrüstung" mit Mini-U-Booten und Unterwasser-Atomminen wird sich in den nächsten Jahren wohl nicht vermeiden lassen, falls wir nicht Sicherheit, Freiheit und Wohlstand leichtfertig aufs Spiel setzen wollen.

Deutsch-deutsche Herzinfarkte

Die Gelegenheit, ein Rudel roter U-Boote im Rhein vor Bonn sicher zu orten und ihnen mit Wasserbomben und Raketen das Leben schwer zu machen, hat die Bundesregierung sich erst einmal entgehen lassen (Anm. 14). Verzichtet wurde auch auf die Möglichkeit, ein paar sowjetische Diplomaten als „enttarnte Agenten" unter lautem Gezeter von Löwenthal bis „taz" nach Hause zu schicken. Es reichte nur zu einer, allerdings gründlichen, Verschlechterung der Beziehungen zur DDR. Offen bleibt die Frage, ob man sich die größeren Brocken für später aufheben will, ob man aus handelspolitischen Rücksichten jetzt lieber keine Showkämpfe mit der Sowjetunion will, oder ob U-Boot-Jagd und Ausweisungsspektakel der unsäglichen Provinzialität unseres Bundeskanzlers zum Opfer gefallen sind.

Ausgangspunkt der gegen die DDR entfachten Kampagne war ein Todesfall an der Grenze am 10. April. Die Details sollen hier nicht referiert werden, denn sie sind sicher noch in frischer Erinnerung. Einige Umstände des Todes konnten in der Tat Zweifel an der amtlichen Darstellung durch die DDR-Behörden geben. Aber das gilt für Dutzende von der bundesdeutschen Polizei in den letzten zehn Jahren verursachte Todesfälle ganz genauso. Der Unterschied besteht nur darin, daß beispielsweise die Erschießung eines Lehrlings durch bundesdeutsche Polizei noch niemals eine öffentliche Intervention der Bundesregierung veranlaßt hat, noch niemals Top-Meldung in sämtlichen Medien war. Auch haben Tötungen durch die bundesdeutsche Polizei noch niemals Politiker und Medien zu dem Begriff „Mord" veranlaßt.

Trotzdem wäre die Kampägne um den Tod von Rudolf Burkert im Sande verlaufen, wenn nicht bei den Regierenden von vornherein die Absicht vorhanden gewesen wäre, die Sache unbedingt auf die Spitze zu treiben. So wurde gleich der nächste Herztod an der DDR-Grenze, am 26. April, zu neuem Skandalgeschrei benutzt, obwohl diesmal von Anfang an alle Umstände völlig klar waren. Die „Bild" servierte sofort auch noch einen dritten Toten an der Grenze als Schlagzeile. Dieser Fall hatte sich allerdings, wie dem Artikel am Ende zu entnehmen war, bereits im Januar ereignet.

Daß es insgesamt um a b s o l u t nichts anderes ging als eine Hetzkampagne zu einem politisch gewählten Zeitpunkt, macht die Statistik deutlich: In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind bereits 62 Bundesbürger auf Besuch in der DDR verstorben, davon 43 aufgrund von Herzversagen. Im Jahr 1982 starben 241 Bundesbürger in der DDR, davon 158 an Herzleiden (Anm. 15). Allein im Bereich der DDR-Kontrollstellen sind in den vergangenen fünf Jahren 34 Reisende an Herzversagen, Herzinfarkt oder vergleichbaren Herzkrankheiten gestorben. 1978 waren es zwölf Tote, 1979 fünf, 1980 zehn, 1981 sieben und 1982 kein Todesfall. Heuer waren es drei Tote in den ersten vier Monaten (Anm. 16).

Es wäre natürlich interessant, diese Zahlen einmal mit Todesfällen an anderen BRD-Grenzen zu vergleichen, um festzustellen, ob es überhaupt an der DDR-Grenze eine signifikat h ö h e r e Sterblichkeit gibt, die einer besonderen Streßsituation zugeschrieben werden könnte.

Daß selbst ein ganz normaler Herzinfarkt, wenn er sich zufällig gerade an der DDR-Grenze ereignet, der „unnatürlichen Situation an der Grenze mitten durch Deutschland" zuzuschreiben ist, ist nicht nur Konsens der öffentlichen Meinung in der BRD, sondern entspricht auch dem Denken vieler Grün-Alternativer und Linker. Das „Unnatürliche" besteht offenbar darin, daß dort ü b e r h a u p t eine Grenze ist, an der auf die Einhaltung bestimmter Zollbestimmungen geachtet wird. — Bestimmt ist die Grenze zwischen Belgien und Frankreich sehr viel angenehmer zu überqueren als die zwischen den „beiden deutschen Staaten". Ebenso sicher ist, daß für eine s o l c h e Regelung an der „deutsch-deutschen" Grenze viele Voraussetzungen fehlen — und daß durch Hetzkampagnen wie die gerade erlebte die Voraussetzungen noch schlechter werden.

zwischen Belgien und Frankreich sehr viel angenehmer zu überqueren als die zwischen den „beiden deutschen Staaten". Ebenso sicher ist, daß für eine s o l c h e Regelung an der „deutsch-deutschen" Grenze viele Voraussetzungen fehlen — und daß durch Hetzkampagnen wie die gerade erlebte die Voraussetzungen noch schlechter werden.

Und diese Verschlechterung wird von den Herrschenden und den Medien der BRD g e z i e l t herbeigeführt.

Anmerkungen

1) „Welt", 5.4.83; „bresche", 16.5.83
2) „Welt", 5.4.83
3) „Welt", 25.4.83. Zum selben Thema CSU-Landesgruppenchef Waigel in der „Bild" vom 11.4.83 (auf die Frage, warum die BRD noch keine Sowjetdiplomaten ausgewiesen hat): „Das ist eine Frage der Güterabwägung. Wenn unser Staat konsequent wäre, müßte er die sowjetische Botschaft schließen. Die Folge wäre, daß unsere Botschaft in Moskau ebenfalls geschlossen würde. Wir hätten keine diplomatischen Kontakte mehr. Und wenn wir 30 mutmaßliche Sowjetagenten zurückschicken, würden 30 neu kommen, die genau das gleiche machen ...".
4) „taz", 19.5.83
5) „Welt", 9.4.83
6) „FAZ", 12.4.83 und 23.4.83; „taz", 7.4.83
7) „Bild", 6.4.83 und „FAZ", 23.4.83
8) „FAZ", 23.4.83
9) ebenso
10) „Hamburger Abendblatt", 30.4.83; „Frankfurter Rundschau —„FR", 2.5.83; „Spiegel", 9.5.83
11) „FAZ", 23.4.83
12) „Welt", 28.3.83
13) ausführlich zur U-Boot-Jagd u. a.: „SZ" 14.5.83; „FAZ", 10.5.83; „FAZ", 6.5.83; „Welt", 15.1.83; „Welt", 28.4.83; „Europ. Wehrkunde" 4/83 (Hintergrundmaterial zur skandinavischen Rüstung)
14) Extrem provinziell mutet das bundesdeutsche Gegenstück zur grandiosen schwedischen Inszenierung an: Die „Bild" berichtete am 15.4.83, vor Sylt sei vermutlich ein sowjetisches Spionageschiff gesunken. Erschlagende Beweismittel: Eine Flaschenpost mit einem Zettel in russischer Sprache („Wir brennen ... Bitte Meldung an Tallin-Hafen ... wir sinken") und angespülte sowjetische Seefahrtsbücher, auf denen gerade noch die Adresse eines Fischereibetriebs in Tallin zu identifizieren war. Kümmerlich, kümmerlich ...
15) „FAZ", 3.5.83
16) „Welt", 14.5.83

DEMONSTRATION
gegen die gewaltsame deutsche Wiedervereinigung

Fortsetzung von Seite 1

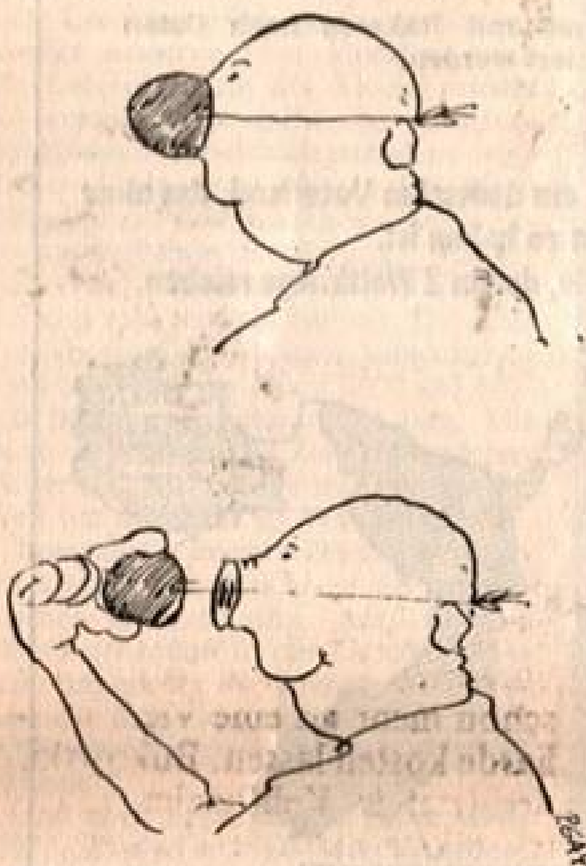
Fünf Grüne in Ostberlin



Petra Kelly und Ernst Hoplitschek bringen den Ost-West-Dialog wieder in Gang (Foto aus „taz", 18.5.83)

Inzwischen hat man sich wieder vertragen, wie die Pressekonferenz und ein liebenswürdiges Foto von Kelly/Hoplitschek bei der gemeinsamen Lektüre des SED-Zentralorganes zeigen. So geht es nun einmal zu in guten Familien. Sozusagen ein deutsches „Dallas".

Daß die Aktion auf dem Alex wirklich s p o n t a n war, wie seither beteuert wird, wollen wir lieber gar nicht erst bezweifeln. Also muß es purer Zufall gewesen sein, daß dieser Auftritt geistig vorbereitet wurde mit einem Artikel von Max Thomas Mehr und Klaus Wolschner in der „taz" vom 3. Mai.



„Ich habe hier völlig meine Meinung vertreten. Ich werde das weiterhin tun, denn die Gruppe, mit der ich es getan habe, ist eine Bezugs- und Affinitätsgruppe, mit der ich Vertrauen hatte. Wir müssen so viele von diesen Aktionen machen in der DDR, in Polen, in der Türkei, in Nikaragua."
(Petra Kelly im Deutschlandfunk, 13.5.83)

Mehr und Wolschner (übrigens ein langjähriger Kampfgefährte von Hoplitschek, was aber auch bloß Zufall ist) gehören zu einer Elitetruppe der „taz", die jederzeit für „provokante Thesen" und „komplizierte Aktionen" gegen die Linke gut ist. In ihrem Artikel am 3. Mai ermahnten sie die Grünen, endlich einmal „deutschlandpolitisch aktiv" zu werden. Die „*Unhaltbarkeit der deutsch-deutschen Grenzanlagen*" müßten die Grünen „*anprangern*"; als „*mörderisch*" und „*menschenunwürdig*" müßten die Zustände an der DDR-Grenze gegeisselt werden. Die Grünen müßten „*Pressionen gegen soziale Protestbewegungen in Polen oder der DDR zum Anlaß nehmen*", „*um eine Entspannungspolitik in Frage zu stellen, die auf die innere Stabilität der Herrschaftsordnung angewiesen ist*". **„Die Grenzen der Entspannungspolitik"** müßten von den Grünen deutlich gemacht werden.

Nach der Aktion in Ostberlin war selbstverständlich die Freude groß: Mehr und Wolschner feierten in der „taz" vom 16. Mai die Manifestation auf dem Alexanderplatz als **„Ausgangspolitik einer neuen Ost-West-Politik"** und Beginn einer **„grünen Entspannungspolitik"**. Diese Illusion, mächtig beflügelt durch das prompte Antwortschreiben von Erich Honecker, wird von vielen Grünen und Angegrünten geteilt. Man sieht sich selbst tatsächlich, so grotesk es klingt, als eigenständige Kraft auf der Ost-West-Bühne. Mit soviel Naivität hat „Honny" bestimmt nicht gerechnet. Daß Kinder Briefe an den Weihnachtsmann schreiben, kommt immer noch häufig vor. Bei Erwachsenen ist dieses Phänomen sehr viel seltener.

Extra peinlicher Auftritt des Trio Z

Einen Tag nach der Aktion in Ostberlin sorgte ein ätzend formuliertes Statement prominenter linker Grüner für neue Aufregung. Akteure waren diesmal Thomas Ebermann (Bürgerschaftsabgeordneter der GAL in Hamburg), Jürgen Reents (Bundestagsabgeordneter) und Rainer Trampert (Sprecher im Bundesvorstand). Alle drei stammen bekanntermaßen aus der sagenumwobenen Gruppe Z und gehören der ISP/„Moderne Zeiten" an. Ihre Stellungnahme enthält in erster Linie neben machem grundsätzlich Richtigen in erster Linie unsinnige und ungeschickte Argumente, die allen Gegnern der Gruppe Z — und das sind ziemlich viele — große Freude bereiteten.

1. Die Aktion auf dem Alex wir bezeichnet als *Spektakel, das den Anschein von prominenter Eigenbrötelei und Geltungsbedürfnis weckt*", sowie als „*mediengerechte Show*", die nur auf „*politische Vermarktung*" berechnet gewesen sei. Mit dem Schlußsatz des Statements — **„Auch Bundestagsabgeordnete müssen es ertragen können, mal eine Woche lang nicht im Fernsehen zu sein"** — wird Mediengeilheit explizit als Haupttriebkraft der Aktion unterstellt.

Offenbar hatte die Gruppe Z gehofft, mit dieser Akzentsetzung das verbreitete Unbehagen vieler Grüner über den Umgang ihrer Oberen mit den Medien ausnutzen zu können. Gerade der Gruppe Z ist aber in ihrer e i g e n e n Arbeit bewußt, daß es auf die politischen Inhalte ankommt, und daß es durchaus lobenswert ist, wenn g u - n e n Arbeit bewußt, daß es auf die politischen Inhalte ankommt, und daß es durchaus lobenswert ist, wenn g u - t e Inhalte „mediengerecht" ans Publikum gebracht werden. **Drum hat auch kein Linker von „Show" und „Spektakel" gesprochen, als sich Gert Bastian zu Ostern während der Blockade in Neu-Ulm von der Polizei wegtragen (und dabei von der Presse fotographieren) ließ.** Dasselbe gilt für die Festnahme des Abgeordneten Ebermann bei einer Hausbesetzung, von seinem wahrhaft „mediengerecht" inszenierten Bad in der Elbe gar nicht zu reden.

2. Die Fünf vom Alex hätten „*nicht unterstützend für die Friedensbewegung in der DDR*" gehandelt, sondern sich „*eine stellvertretende Handlung für sie angemaßt*. Ähnlich argumentierten auch einige Kritiker der Aktion in der AL Westberlin. Ihnen allen fiel anscheinend die Absurdität ihrer Argumentation gar nicht auf: Sie selbst sind jedenfalls von niemanden legitimiert worden, die „eigenständige Friedensbewegung" der DDR gegen grüne Stellvertreterpolitik in Schutz zu nehmen. Die gemeinten „Eigenständigkeiten" in der DDR werden schon selbst beurteilen und mitteilen müssen, was sie von dem Kurzauftritt der grünen Westprominenz auf dem Alex halten. Und die großen Befürworter der Aktion haben vermutlich recht mit ihrer Behauptung, daß in der „unabhängigen Friedenbewegung" der DDR Freude über die Aktion überwiegt. Beschwerden wegen unerwünschter „Stellvertreterpolitik" sind jedenfalls bisher aus der DDR nicht bekannt geworden.

3. Die Aktion sei ein „*politischer Alleingang*", ohne Absprache innerhalb der Grünen Partei.— Das ist richtig und hat auch einige Grüne zu kritischen Bemerkungen veranlaßt, die grundsätzlich mit der Aktion sympathisieren. Das wirkt aber letztlich wohl doch überzeugend, wenn die Akteure darauf verweisen, daß eine Aktion dieses Typs nicht im großen Kreis abgesprochen werden kann, falls sie nicht gefährdet werden soll. Entscheidend ist, daß die Manifestation in Ostberlin vollkommen im Rahmen grüner Programmatik und Politik liegt, und daß sie nachträglich zweifellos von der großen Mehrheit aller Grünen im Prinzip gutgeheißen wird.

Mit ihrem unglückseligen Papier gegen die Alex-Aktion stehen die Vertreter der Gruppe Z in der Grünen Partei ziemlich isoliert da. Ausdrücklich angeschlossen hat sich der Z-Kritik lediglich Ursula Schwarzenberger (Bundesvorstand). Ähnliche Positionen vertreten außerdem in der Bundestagsfraktion noch Christian Schmidt (GAL Hamburg) und Dirk Schneider (AL Westberlin).

In einer prompten Replik warfen die fünf Ostmanifestanten plus Horacek den Kritikern vor, sie hätten das Wesen des gewaltfreien Widerstands nicht begriffen. Mit ihrer Kritik an der Alex-Aktion hätten sie sich als Propagandisten des „*bewaffneten Kampfes*" (jawohl, das ist kein Witz!) entlarvt. Sie hätten „*sich als ernstzunehmende Gesprächspartner disqualifiziert*" und müßten sich „umgehend" von ihrer Kritik „d i s t a n z i e r e n". Was widrigenfalls passieren soll, steht nicht in dem Brief, aber der inquisitorische Ton ist nicht zu überhören. Er erinnert fatal an die überstanden gewähnte Hexenjagd gegen die Z-Fraktion in der Grünen Partei 1980/81. Möglicherweise steht eine Neuauflage ins Haus, falls die Z-Vertreter nicht rasch die weiße Fahne aus dem Fenster hängen.

Krach in der AL Westberlin

Mit einem Schnellschuß aus der Hüfte noch am 12. Mai reagierte der Geschäftsführende Ausschuß (GA) der AL Westberlin: Im Ton sehr viel sachlicher und moderater als die Gruppe Z wird die Alex-Aktion als „*Stellvertreterpolitik*" kritisiert, durch die der „DDR-Friedenspolitik" ein Bärendienst erwiesen worden sei. „*Angesichts der derzeit sehr empfindlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten*" würden durch die Aktion „*alte Feindbilder reaktiviert, die entspannungsfeindliche Kalte-Kriegs-Politik allemal benötigt*".

Kaum war diese Erklärung heraus, setzte ungeheurer Krakeel ein. Es nützte dem GA auch nichts mehr, daß er sich für „unglückliche Formulierun- setzte ungeheurer Krakeel ein. Es nützte dem GA auch nichts mehr, daß er sich für „unglückliche Formulierun- gen" und „Mißverständnisse" entschuldigte und beteuerte, im Prinzip sei er gar nicht gegen „*Aktionen der westlichen Friedensbewegung in der DDR und Ostberlin*, sondern nur gegen den konkreten Zeitpunkt und die Umstände.

Man schäme sich für den GA, tönte es vielstimmig aus der AL und aus der Berlin-Ausgabe der „taz". „Einäugigkeit und Leisetreterei" gegenüber dem Osten sei doch noch nie Sache der AL gewesen. Auch der Ruf nach dem Kopf der Schuldigen war zu vernehmen.

Am 18. Mai mißbilligte der Delegiertenrat der AL „einmütig" die Stellungnahme des GA. Insbesondere distanzierte man sich von der Passage der Erklärung, die Aktion mit „alten Feindbildern" und „entspannungsfeindlicher Kalter-Kriegs-Politik" in Verbindung gebracht hatte.

Daß der Schnellschuß zum Rohrkrepperer werden würde, hätten die GA-Mitglieder eigentlich voraussehen müssen. Denn es gibt in der AL Westberlin eine langjährige Tradition und eine deutliche Mehrheit in Sachen „Deutsche Frage". Wie eine Moorleiche im Torf ist in Westberlin die politische Kultur der 1980 aufgelösten „KPD" konserviert worden — soweit es diese deutscheste aller Fragen angeht. Daran kritisch zu rühren, kommt dem Mordanschlag auf eine heilige Kuh gleich. Friedenspolitik wird dort noch allemal in erster Linie als Hebel begriffen, um „die deutsche Frage zu lösen" und den „Kampf gegen die Supermächte" voranzubringen. Man kann es kaum schöner formulieren als Johann Legner (ein weiterer Gardist aus der „taz"-Elitetruppe): **„Westberlin liegt näher an polnischen Städten, die vom Kriegsrecht reagiert werden, als an Nato-Raketenstandorten!"** („taz", 18.5.83). Der Insulaner vierliert die Ruhe nicht. Das ist die Frontstadt mit Schnauze und Herz, in der eine Zeitung leitartikeln kann: „*Der Tod von Wilhelm Burkert zeigt vor allem die Absurdität der deutschen Spaltung mit ihren Folgen: Transitwege, Verdachtskontrollen, alle möglichen Verbote wie Übergabe von Geschenken. Es scheint leichter zu sein, vom Schicksal eines Westdeutschen in Südamerika zu erfahren, als von den Todesumständen in Drewitz, wenige hundert Meter vor Westberlin*". Kommentar des AL-Zentralorgans „Stachel", Ausgabe Mai 1983. Aufregung gab es wegen dieses Kommentars nicht. Wieso auch, schließlich ist er konsensfähig.

Und immer schön ausgewogen

Die Fünf plus Zwei vom Alexanderplatz konnten sich von vornherein darauf verlassen, daß ihre Aktion in der eigenen Partei auf überwiegende Zustimmung stoßen würde. Der Auftritt in Ostberlin entspricht im Prinzip dem mehrheitlichen Selbstverständnis der Grünen, wie es vor allem im „Friedensmanifest" vom Herbst 1981 festgeschrieben ist. Grundlage dieser Weltanschauung ist die totale Gleichsetzung von USA und Sowjetunion, NATO und Warschauer Pakt, BRD und DDR. Ins „Friedensmanifest" wurden zudem gut identifizierbare Klischees aus der Werkstatt der „KPD" über die sowjetische „Überrüstung" aufgenommen. Im „Friedensmanifest" der Grünen Partei erscheint die SS 20 als sowjetische Vorrüstung, die als Gegenmaßnahme die NATO-Nachrüstung produziert habe. Der Ausgewogenheitsideologie entsprechend haben sich prominente Grüne wie Petra Kelly mehrfach für Reagan's „Null-Lösung" ausgesprochen (SS 20 muß weg), ohne selbstverständlich wirklich die Konsequen- für Reagan's „Null-Lösung" ausgesprochen (SS 20 muß weg), ohne selbstverständlich wirklich die Konsequen- zen dieser Politik zu wollen.

Zweifellos bilden sich viele Grüne ehrlich ein, durch ihr Beharren auf „Ausgewogenheit", d.h. Gleichstellung beider „Machtblöcke", könne die Friedensbewegung glaubwürdiger und dadurch auch wirkungsvoller werden. Das ist ein tragischer Irrtum. Wenn die Forderung nach „einseitiger Abrüstung" nicht nur an den eigenen Staat und den eigenen „Machtblock" erhoben wird, sondern zugleich an a l l e Staaten dieser Welt, speziell den gegnerischen Machtblock, so heben sich die Dinge am Ende gegeneinander auf. Wer die Forderung nach Abrüstungsschritten der NATO ständig durch den Zusatz ergänzt, natürlich müsse auch die Sowjetunion mit einseitiger Abrüstung beginnen, der signalisiert am Ende bloß, daß er es mit der Forderung nach e i n s e i t i g e r Abrüstung an die e i g e n e Regierung nicht ernst meint, daß er im Grunde selbst an diese Forderung nicht glaubt. Wer in d i e s e r Weise „Abrüstung in West und Ost" fordert, ist am Ende gar nicht mehr so weit von den Regierenden entfernt, die ihrerseits gern beteuern, daß sie Frieden mit immer weniger Waffen schaffen möchten, aber daß dies am fehlenden guten Willen des Osten leider scheitere. Abgesehen davon ist es eine typisch deutsche Überheblichkeit und „Vergeßlichkeit" gegenüber der eigenen Geschichte, ausgerechnet die Sowjetunion darüber belehren zu wollen, wieviel Waffen wir ihr gerade noch zur eigenen Verteidigung zubilligen — und was darüber hinaus unserer Ansicht nach eine „Überrüstung" ist, die gefälligst abgeschafft werden soll. So festgeschrieben im „Friedensmanifest" der Grünen Partei.

Daß hier ein brisantes Potential an Widersprüchen vor sich hin schmort, wurde spätestens bei der Vorbereitung der Bonner Großdemo vom 10.6.82 deutlich: die grüne Prominenz um Petra Kelly und Rudolf Bahro wollte der Friedensbewegung im Handstreich eine ganz neue Orientierung aufzwingen. Weniger konkret und unversöhnlich gegen Reagan, Nato und „Nachrüstung", dafür schön ausgewogen Hineinnahme von Polen und Afghanistan in die Thematik. Der Vorstoß geriet zum grandiosen Fiasko und rief auch innerparteilich viel Kritik hervor. Mit dem Ausflug zum Alexanderplatz hat man es diesmal offensichtlich sehr viel geschickter angefangen.

Die Aktion auf dem Alex hat im Übrigen zwei Strömungen der grünen Prominenz zusammengeführt, zwischen denen es in der Vergangenheit manchen Streit gegeben hatte. Auf der einen Seite Petra Kelly und Gert Bastian, die als Mitträger des von DKP-Einflüssen nicht ganz freien „Krefelder Appells" mehrfach von Leuten angegriffen wurden, die auf Ausgrenzung der DKP und Spaltung der Friedensbewegung drängen. Auf der anderen Seite die alten Gurus der BUS-Fraktion: Hoplitschek, Wolschner, Beckmann und Horacek. Ihnen war die Mitarbeit von Kelly/Bastian im Spektrum des „Krefelder Appell" immer ein großes Ärgernis gewesen. Die Alex-Aktion muß insofern als politischer Sieg der BUS-Gruppe gesehen werden. Petra Kelly und Gert Bastian waren dabei die geschobnen Figuren, auch wenn sich sich vermutlich etwas ganz anderes einbilden. Gedient hat die Aktion in erster Linie dazu, Kelly/Bastian in Widerspruch zu wichtigen linken Kräften in der Grünen Partei und innerhalb der Friedensbewegung zu bringen. Das Ziel wurde, soweit sich jetzt schon übersehen läßt, voll erreicht. In ihrer objektiven Wirkung stellt sich die Alex-Aktion als grüner Beitrag zur Wende dar. Sie paßt in die politische Landschaft, die durch hysterische, vor keiner Anmaßung zurückschreckende Hetze gegen paßt in die politische Landschaft, die durch hysterische, vor keiner Anmaßung zurückschreckende Hetze gegen die DDR gekennzeichnet ist. Petra Kelly hat diesen Charakter der Aktion leider noch verstärkt, indem sie über „brutale und sexistische Behandlung" durch die DDR-Polizisten klagte; man habe auf ihr Herzleiden keine Rücksicht genommen usw. Assoziationen zu der gerade eben verklungenen Hetzkampagne um Herzinfarkte an der DDR-Grenze stellen sich automatisch ein.

Damit soll nicht etwa unterstellt werden, die Akteure vom Alexanderplatz, und namentlich Kelly/Bastian, hätten solche Wirkungen gegen die DDR b e a b s i c h t i g t. Nichts dürfte ihnen ferner liegen. Aber es gibt selbstverständlich eine politische Verantwortlichkeit nicht nur für Absichten, sondern auch für mißliche Auswirkungen. Daß die Springerpresse die Aktion sofort entsprechend eingeordnet und mit heißem Beifall bedacht hat, braucht an sich noch nicht viel zu bedeuten. Absolute Sicherheit vor Beifall von irgendeiner falschen Seite gibt es kaum. Man hätte sich gewünscht, daß die Akteure das von vornherein bedacht und in ihren Äußerungen zu der Aktion wenigstens ein paar „Sicherungen" gegen solchen Beifall eingebaut hätten. Aber schwerwiegender als die Begeisterung in der Springerpresse wiegen die schrägen Töne, die die Aktion vor dem Alex vor allem in der Westberliner Szene und in der „taz" hervorgerufen hat. Sich von d i e s e r Art „Deutschlandpolitik", die in erster Linie von Feindschaft und Verachtung gegenüber der DDR lebt, deutlich abzusetzen, wäre eigentlich ein Gebot für Petra Kelly und ihre Bezugsgruppe.

Es ist zu erwarten, daß die Aktion auf dem Alexanderplatz und die folgenden Auseinandersetzungen auch Gegenstand auf der Bundeskonferenz der Grünen Partei Anfang Juni sein werden. In dieser wie in anderen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung steht ein neues Kräftemessen um den Kurs der Partei bevor. Die Linken haben, soweit es sich nach einem Blick über die Schulter beurteilen läßt, ziemlich schlechte Karten.

Dokumentation

Erklärung von Rainer Trampert, Jürgen Reents und Thomas Ebermann

an:
Gert Bastian
Lukas Beckmann
Petra Kelly
Gaby Potthast
Roland Vogt

13. Mai 1983

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir wollen Euch unsere Kritik an Eurer Aktion am 12. Mai auf dem Alexanderplatz in Ostberlin mitteilen.

Ihr habt eine Aktion durchgeführt, auf die ihr absolut nicht stolz sein könnt. Sie war weder von Zivilcourage noch von politischer Vernunft getragen. Sie war eher ein Spektakel, das den Anschein von prominenter Eigenbrötelei und Geltungsbedürfnis erweckt, und das zudem der vorgetragenen Absicht, *„das Engagement aller um Frieden und Entspannung bemühten Menschen zu fördern und zu ermutigen“*, unseres Erachtens kaum dienlich ist.

Das Engagement aller um Frieden und Entspannung bemühten Menschen zu fördern und zu ermutigen heißt ja auch: den gegen die Friedensbewegung stehenden Kräften Argumente und Möglichkeiten zu nehmen. Man kann dabei über Eure Aktion in beiderlei Hinsicht im Zweifel sein. Eure Aktion hat am Rande der internationalen Abrüstungs- und Friedenskonferenz in Westberlin stattgefunden. Ihr wißt, daß namentlich viele ausländische Mitveranstalter und Teilnehmer dieser Konferenz, aber auch Teile der westdeutschen Friedensbewegung selbst die begründete Sorge hatten, daß diese Konferenz von einigen Leuten zur Tribüne gemacht werden würde, um hauptsächlich in eine Diskussion der „deutschen Frage“ einzutreten. Eure Aktion wirkt in dieser Richtung und bricht alle Vereinbarungen der Kongreßvorbereitung. Das ist für diejenigen, die ihr Engagement gegen die Raketenstationierung und für Abrüstung aus gutem Grund davon freihalten wollen, und wiederum namentlich in der ausländischen Friedensbewegung, keine Ermutigung. Wer glaubt, mit solchen Aktionen dem Vorwurf der „Einäugigkeit“ begegnen zu können, der macht nur eine Verbeugung vor der herrschenden Meinung, d.h. vor der Meinung der Herrschenden. Man kann übrigens im öffentlichen Bewußtsein unsere gemeinsame Auffassung unterhöhlen, daß die NATO eine aggressive Kriegsvorbereitungsstrategie verfolgt und mit den Pershing II hier Erstschlagwaffen stationiert.

Gerade zu einer Zeit, da die Bundesregierung hier wieder von den „Grenzen von 1937“ spricht und im Verhältnis zur DDR insgesamt wieder einen Konfrontationskurs einschlägt, muß man bei jeder Aktion sorgfältig überlegen, ob man nicht an der Renaissance von Feindbildern mitwirkt.

Wir haben unsere Kritik ohne Zurückhaltung formuliert und behandeln sie auch als eine öffentliche Kritik, da Eure Aktion ja auch eine öffentliche war und wir uns nicht von ihr politisch vereinnahmen lassen. Bei so sensiblen Fragen sollte übrigens auch beachtet werden, daß Absprache sinnvoller ist als politischer Alleingang, der das Bild der GRÜNEN zeichnet.

Und ein letzter Satz: auch Bundestagsabgeordnete müssen es ertragen können, mal eine Woche lang nicht im Fernsehen zu sein.



Keine „mediengerechte Show“? Bei einer Blockade-Aktion in Neu-Ulm, Ostern dieses Jahres, wird Gert Bastian weggetragen.

Antwort von Petra Kelly, Gert Bastian, Lukas Beckmann, Gaby Potthast, Roland Vogt und Milan Horacek

Liebe Freunde,

Eure als „Brief“ deklarierte Presseerklärung vom 13.5.83, mit der ihr uns wegen der Aktion vom 12.5.83 auf dem Alexanderplatz in Berlin kritisiert, ist nach unserer Auffassung ein recht bedenklicher Akt politischer und menschlicher Infamie, wie sie in der grünen Bewegung bisher nicht üblich war und auch nicht zur Regel werden darf.

Dümmliche Unterstellungen und unangebrachter Politikunterricht sind als Ersatz für Argumente, über die wir diskutieren könnten, ebenso ungeeignet wie das von Euch in Anspruch genommene Urteil, über einen angeblich angerichteten Schaden, den Ihr eilfertig behauptet, aber nicht mit einer überzeugenden Begründung belegen könnt, weil die vielen positiven Reaktionen von Bürgern der DDR und anderer sozialistischer Länder das Gegenteil bezeugen.

behauptet, aber nicht mit einer überzeugenden Begründung belegen könnt, weil die vielen positiven Reaktionen von Bürgern der DDR und anderer sozialistischer Länder das Gegenteil bezeugen.

Mit unserer Erklärung vom 12.5. haben wir sachlich und für jedermann verständlich dargelegt, welche Absichten uns bei der Aktion geleitet haben und daß es uns allein darauf angekommen ist, auch in der DDR auf die besondere Verantwortung aller Deutschen für Frieden und Entspannung in Europa hinzuweisen sowie jede Unterdrückung entsprechender Bürgerinitiativen zu verurteilen. Wir nehmen an, daß Euch diese Erklärung bei Abfassung Eures Briefes bekannt gewesen ist. Wenn Ihr sie dennoch in den Wunsch ummünzt, eine mediengerechte Show zu veranstalten, disqualifiziert Ihr Euch als ernstzunehmende Gesprächspartner.

Ebenso abwegig ist Euer Hinweis darauf, daß wir bei unserer Aktion kein großes Risiko eingegangen seien, weil wir das erstens selbst wissen und auch nie anders dargestellt haben und weil wir zweitens ablehnen, die Frage des persönlichen Risikos zum Maßstab für den Wert oder Unwert einer politischen Handlung machen zu lassen.

Wer wie Ihr den Eindruck erweckt, er würde nur mit hohem Risiko verbundene Aktionen als glaubwürdig ansehen, beweist nur, daß er das Wesen des gewaltfreien Widerstandes, der Schäden zu vermeiden trachtet, nicht begriffen hat. Er muß sich außerdem fragen lassen, ob er nicht in Wahrheit den mit einem Höchstmaß an Risiken und Schäden verbundenen bewaffneten Kampf zur einzig glaubwürdigen Form des Protestes erhebt oder zumindest in dieser Weise mißverstanden werden kann. Da wir jede Tendenz zum gewaltsamen Widerstand ablehnen, weisen wir Euren Versuch zurück, eine andersartige Ideologie — als Kritik an unserer Aktion getarnt — der gewaltfreien grünen Bewegung einzuimpfen. Wir verlangen deshalb, daß Ihr Euch umgehend von Eurer Presseerklärung distanziert.

Zusatz von Roland Vogt: Ich halte den Brief der drei Hamburger (als Pressemitteilung Die Grünen mit Anschrift Bundesgeschäftsstelle) keineswegs für einen dümmlichen Akt, sondern für ein wohlkalkuliertes Manöver, das darauf abzielt, die Wirkung dieser gewaltfreien Aktion und die Integrität der Akteure öffentlich zu zerstören. Wehret den Anfängen.

Zivilcourage und Aktionen des Ungehorsams haben etwas mit politischem Mut zu tun. Ihr seid mit Eurer Aktion — im Gegensatz zu denen, die in der DDR wegen Teilnahme an der Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ politischer Unterdrückung ausgesetzt sind — kein Risiko eingegangen. Als Bundestagsabgeordnete und prominente Repräsentanten der GRÜNEN habt Ihr mit der von Euch sicher einkalkulierten kurzweiligen Festnahme schlicht eine mediengerechte Show geliefert. Man muß bei Voraussetzung einiger politischer Überlegung sogar unterstellen, daß der politische Zweck Eurer Aktion haargenau in der Dokumentation — ein weniger freundliches Wort wäre: in der politischen Vermarktung — Eurer kurzweiligen Festnahme durch die DDR-Sicherheitsbehörden gelegen hat.

Politische Vernunft und von politischer Vernunft geleitete Initiativen zur Herstellung einer blockübergreifenden Solidarität der Friedensbewegung zeichnen sich dadurch aus, daß sie einen Charakter von realer Unterstützung der jeweils unterschiedlichen nationalen und gesellschaftlichen Bedingungen unterworfen, und auch deswegen eigenständigen Friedensbewegungen tragen. Ihr habt aber nicht unterstützend für die Friedensbewegung in der DDR gehandelt, sondern Ihr habt Euch eine stellvertretende Handlung für sie angemaßt. Überlegt mal, welche Schwierigkeiten und Bedenken wegen möglicher Nichtkenntnis und Nichtbeachtung konkreter Bedingungen und Bewußtseinsprozesse in den sozialen Bewegungen unseres Landes häufig bereits geltend gemacht werden, wenn zentrale Demonstrationen und Anreisen vom Ort eines regionalen Widerstandes stattfinden. Dabei handelt es sich aber in jedem Fall immer noch um gleiche gesellschaftliche Verhältnisse und um eine dann ggf. national unterstützende Teilnahme an einer Aktion. Ihr habt Euch mit Eurer Aktion aber nicht nur in ganz andere gesellschaftliche Verhältnisse hineinbegeben, Ihr habt nicht nur am Euch (wie uns) fremden Ort des Protestes teilgenommen, sondern Ihr habt den Ort des Protestes schnurstracks von auswärts eingenommen. So etwas würde sich bei uns nicht einmal eine regionale oder lokale Bürgerinitiative bieten lassen — zu Recht.

Gibt es eine "blockübergreifende Friedensbewegung?"



Die Manifestation prominenter Grüner auf dem Ostberliner Alexanderplatz sollte der Solidarität mit der ,,unabhängigen Friedensbewegung'' der DDR dienen. Das kleine Beiwort ,,unabhängig'' deutet bereits an, daß es sich um eine spezielle Gattung handelt, die sich wesentlich von anderen Phänomen in der DDR unterscheidet, die vielleicht auc h als Friedensbewegung gelten möchten. Wenn in der DDR beispielsweise zehntausende Jugendliche für den Frieden demonstrieren, dann ist das keine Friedensbewegung, jedenfalls keine u n a b h ä n g i g e. In so einem Fall sind eher abwertende, eindeutig negativ besetzte Begriffe am Platz. Beispielsweise:,,offiziell'', ,,staatsfinanziert'', ,,staatlich gelenkt''. Wenn eine Kundgebung in der DDR erstens Tausende vonTeilnehmern hat und zweitens von der Regierung nicht auseinandergeknüppelt wird, kann es sich zweifelsfrei nicht um echte Friedensbewegung handeln. Jene ,,unabhängige Friedensbewegung'' , auf die sich grüne Solidarität immer bezieht, zählt nach Dutzenden oder allerhöc hstens nach Hunderten. Sie steht notwendigerweise im Gegensatz zu den Regierenden der DDR, denn das macht ja gerade ihre Unabhängigkeit aus. Die ,,unabhängige Friedensbewegung'' in der DDR ist, wie man auf den ersten Blick erkennen kann, eine Sekte von sehr beschränktem Umfang. Dabei kann man sich selbstverständlich einbilden, daß e i g e n t l i c h alle anständigen Menschen in der DDR ganz genauso denken wie die ,,Unabhängigen'', aber sich nicht trauen, das offen auszudrücken. Ob das stimmt, ob es insbesondere für die Jugend der DDR wirklich stimmt, ist allerdings sehr die Frage.

Die Frage ist auch, wieweit die ,,unabhängige Friedensbewegung'' eine äußere Ausdrucksform für allgemeine Opposition gegen das System der DDR ist, ohne unbedingt wirklich friedenspolitisch im Sinne der Grünen zu sein. Wenn allein das Verlangen nach Entwaffnung der DDR und der Sowjetunion bereits die Definition ,,Friedensbewegung'' rechtfertigen würde, dann hätten Schmidt und Kohl wohl recht, daß die NATO die allergrößte Friedensbewegung ist. Erinnert sei an jenen Kriegsdienstverweigerer Nico Hübner, der vor ein paar Jahren zusammen mit Bahro aus der DDR ausgewiesen wurde. Er hatte keine Prbleme, sich hier

Kriegsdienstverweigerer Nico Hübner, der vor ein paar Jahren zusammen mit Bahro aus der DDR ausgewiesen wurde. Er hatte keine Prbleme, sich hier

der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen, da seine Verweigerung nicht pazifistisch, sondern lediglich systemfeindlich begründet war. Den Freien Westen wollte er gern verteidigen. Daß diese Haltung eigentlich nicht im Sinne von Friedensbewegung ist, werden die Grünen wahrscheinlich anerkennen.

Aber immerhin, der Anspruch der Grünen auf eine ,,blockübergreifende Friedensbewegung'' kann in der DDR jedenfalls auf einen realen Partner verweisen. Das ist zwar nur ein sehr kleiner, sektiererhaft agierender Partner, aber er ist wirklich vorhanden. Wie verhält es sich jedoch in den übrigen Staaten des ,,realsozialistischen'' Machtbereichs? An zweiter Stelle hinter der ,,unabhängigen Friedensbewegung'' der DDR wird von den führenden Grünen meist die Verbundenheit mit der polnischen Solidarnosc genannt. Aber es ist eine Tatsache, daß sich die Solidarnosc, solange sie in legalen und demokratischen Strukturen arbeiten konnte, immer wieder geweigert hat, friedenspolitisch Stellung zu nehmen, beispielsweise gegen die NATO-,,Nachrüstung''. Die Solidarnosc hat lediglich Forderungen zur Entwaffnung des Warschauer Paktes formuliert , aber das tut Reagan schließlich auch. Wie wenig dahinter wirklich Friedenspolitik gestanden hat, wird aus allen bekanntgewordenen Äußerungen von Solidarnosc-Funktionären seit Verhängung des Kriegsrechts deutlich: Im Vordergrund stehen Aufrufe an den Freien Westen und die NATO, gegenüber der Sowjetunion eine Politik der (militärischen) Stärke und der wirtschaftlichen Erpressung zu betreiben. Ein bezeichnendes Dokument zur Veranschaulichung dieses Wesenszuges der ,,unab hängigen Friedensbewegung'' Polens publizierte die ,,taz'' kürzlich. Es handelt sich um einen Artikel der im Untergrund erscheinenden Solidarnosc-Zeitung ,,Tygodnik Mazowsze'' vom 13.1.83. Der Artikel legt ein klares Bekenntnis zur NATO-,,Nachrüstung'' ab, da nur Stärke und Festigkeit die Sowjetunion in die Knie zwingen könne. Außerdem verringere die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen die Kriegsgefahr für Polen. Der Artikel polemisiert scharf gegen die westliche Friedensbewegung,,,*die von Moskau geschürt wird und die mit ihrer Forderung nach einseitiger Aufrüstung zum Vorteil der UdSSR arbeitet*''. Kaum weniger scharf wird auch gegen die Kritiker Reagans in den bürgerlichen Kreisen der USA gewettert.

Nicht weniger interessant ist das von der ,,taz'' (16.5.83) publizierte Interview mit dem Sprecher der Ausland-

sen der USA gewettert.

Nicht weniger interessant ist das von der ,,taz'' (16.5.83) publizierte Interview mit dem Sprecher der Ausland-

sabteilung von Solidarnosc, Jerzey Milewski. Milewski erzählt, daß in Polen sowieso schon Krieg herrsche und daß man daher völlig uninteressiert sei, sich um solche Fragen wie Kalter Krieg und neue Atomraketen der NATO zu kümmern. Später räumt er ein, man sei natürlich an der Vermeidung eines Atomkrieges interessiert.,,*Aber auf der anderen Seite wissen wir, daß, wenn Westeuropa zu schwach werden würde, würde Westeuropa durch den Sowjetblock erobert werden*''. Also sei man an westlicher Stärke interessiert,,,*denn das schafft für uns bessere Chancen darauf, die Bedingungen zu haben, die Sie hier haben.*''

Alle publizistischen Äußerungen zeigen eindeutig, daß die von den Grünen erfundene ,,unabhängige Friedensbewegung'' Polens zwar gegen die Rüstung des Ostens, aber f ü r die Rüstung des Westens ist, weil sie darin eine Verbesserung ihrer eigenen Kampfbedingungen sieht. Mit einigem Wohlwollen könnte man diese Strömung im ,,realsozialistischen'' Machtbereich als Spiegelbild der DKP b ezeichnen. Dann müßte von den Grünen aber bitteschön immer noch erklärt werden, warum man einerseits die Ausgrenzung der DKP betreibt, während man andererseits die NATO-fixierte ,,Friedensbewegung'' Polens als Partner begreift.

> ,,Der Kreml hat sich die Unterstützung der Friedensbewegung im Westen, nach Berechnung des aus der Sowjetunion ausgebürgerten Wladimir Bukowski, schon mehr als eine Viertelmilliarde kosten lassen. Bukowski, der jetzt in Kalifornien arbeitet, erklärte gestern in London, die aufmerksame Lektüre der amtlichen Sowjetpresse lasse keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Bewegung von Moskau gesteuert werde.''
> (,,Welt'', 28.1.83)

Ebenso trostlos ist der Blick auf die ,,unab hängige Friedensbewegung'' in der Sowjetunion. Was zum Thema

Ebenso trostlos ist der Blick auf die ,,unab hängige Friedensbewegung'' in der Sowjetunion. Was zum Thema

Friedenspolitik aus der sowjektischen Dissidentenszene zu uns dringt, sind in erster Linie haßerfüllte Flüche auf die westliche Friedensbewegung, die als Verbündete des östlichen Herrschaftssystems gesehen wird. Aus diesen Quellen können die Medien des Westens jederzeit ihre Legenden über die Finanzierung und Steuerung der Friedensbewegung durch die Sowjetunion zapfen. Der ideale Ansprechpartner dieser ,,unabhängigen Friedensbewegung'' des Ostens sind die Falken unter den NATO-Politikern: Ronald Reagan, Margret Thatcher.

Die von den Grünen beschworene ,,blockübergreifende Friedensbewegung'' ist, mit kurzen Worten zusammengefaßt, ein Phantom. So, wie sie von ihren Erfindern konstruiert worden ist, fehlt ganz einfach ein östlicher Partner. Denn auf die Rüstungs- und Kriegshetzer der östlichen Dissidentenszene wird man sich ja nicht im Ernst k o n k r e t beziehen wollen. Das Dilemma hat seinen Ursprung in der künstlichen Trennung zwischen ,,unabhängiger'' und ,,offizieller'' Friedensbewegung. Diese Trennung versperrt von vornherein den Zugang zu den M a s s e n von Menschen, die sich in den Ländern des Ostens friedenspolitisch engagieren. Die Konfrontation mit dem östlichen Machtsystem wird zum Qualitätsmesser der ,,Unabhängigkeit''. Kein Wunder, daß das Unternehmen ,,blockübergreifende Friedensbewegung'' tragikomische Züge der pro-chinesischen oder pro-albanischen ML-Internationalen alten Stils bekommt. Viel Schaum und wenig Bier.

BILD-Kommentar

Demonstration 1

Pfingsten in der „DDR“:

● In Potsdam winken hunderttausend Mitglieder der FDJ-Staatsjugend mit lila Tüchern und fordern „Frieden schaffen gegen NATO-Waffen“ (von den sowjetischen Atomraketen ist nicht die Rede).

● Am Berliner Grenzübergang Friedrichstraße wehren sich vier junge Männer, zwei Frauen und zwei Kinder, gegen ihre Ausbürgerung aus der „DDR“. Sie hatten in Jena „Frieden schaffen ohne Waffen“ (also auch ohne Sowjetraketen) gefordert.

So schnell werden Honeckers Friedensparolen entlarvt.

Demonstration 2

Pfingsten in Wien:

● 130 000 Sudetendeutsche gedenken der Heimat, aus der sie '45 vertrieben wurden. Sie bekennen sich zum friedlichen Miteinander.

Wenn alle Vertriebenen dieser Welt so besonnen wie die Sudetendeutschen handelten – es gäbe weniger Krisen und Sorgen.

aus: BILD, 24.5.83

Kt., Hamburg

Gespräch im Bundeshaus, Bonn

Eines hatten sich alle Beteiligten an diesem Interview vorher geschworen und das wurde auch durchgehalten: von den neuen Lebensumständen, von Streß, Alkoholismus, Beziehungsknatsch und permanenten Vereinigungsparteitagen der frischgebackenen Parlamentarier sollte nicht die Rede sein. Nicht geplant, aber wohl kein Zufall war, daß die Diskussion praktisch ausschließlich um ein einziges Thema kreiste: Friedensbewegung, Vorbereitung auf den Herbst, Volksbefragung über die Raketenstationierung. MdB Jürgen Reents muß den Lesern dieser Zeitung nicht erst vorgestellt werden. Christian Schmidt wurde auf Vorschlag der AL Hamburg von den GRÜNEN auf den zweiten Platz der Hamburger Landesliste gesetzt; er ist jetzt also „Nachrücker". Innerhalb der Arbeitsteilung der grünen Bundestagsfraktion befaßt sich Christian mit Wirtschafts- und Finanzpolitik, Jürgen ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuß.

de

ARBEITERKAMPF: 100 Tage sind seit dem 6. März noch nicht rum, aber den GRÜNEN wurde von Anfang an keine Schonfrist gegönnt. In der Presse sind immer wieder Negativ-Schlagzeilen über Euch zu lesen. Könnt ihr mal was richtig Positives über die Arbeit der GRÜNEN im Bundestag berichten?

Christian Schmidt: Erstens ist positiv, daß sie im Bundestag sind. Zweitens ist für mich jetzt stärker als vorher absehbar, daß es erhebliche Möglichkeiten gibt, auf der informellen Ebene politisch zu arbeiten. Was an Besuchen, Kommunikation oder Beratung mit den verschiedensten Basisinitiativen läuft, ist eigentlich schon sehr positiv, selbst wenn das, was wir inhaltlich daraus machen können, im Moment natürlich sehr begrenzt ist, weil wir im Grunde für die anstehende Arbeit schon rein technisch nicht gerüstet sind — die meisten jedenfalls. Zum Beispiel gibt es für die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die jetzt bearbeitet werden müssen, nichts an programmatischen Grundlagen, was hinreichend konkret wäre, daß man zu irgendwelchen Einzelinitiativen präzise Auskunft geben könnte. Wie man etwa auf die Stahlkrise antwortet, dazu gibt es keine richtungsweisenden Beschlüsse. Positiv ist aber, daß man sieht, daß hier eine wichtige Schaltstelle eingerichtet ist.

Jürgen Reents: Man muß wohl insgesamt sagen, daß sich die Fraktion in den zurückliegenden Wochen mehr mit der Innenwelt als mit der Außenwelt beschäftigt hat. Wenn man aber mal versucht, die ersten Auftritte im Parlament einzuschätzen, dann ist dies unter'm Strich positiv gelaufen. Man kann an einzelnen Punkten sicher kritisch diskutieren, welche Positionen rübergekommen sind, und ob das genügend konkret war. Aber durch dieses Auftreten ist dokumentiert worden, daß wir tatsächlich zurecht den Anspruch stellen, mit der SPD um die führende Rolle in der Opposition zu streiten. Zum zweiten würde ich positiv erwähnen, daß es uns bei der konstituierenden Sitzung des Bundestags gleich zu Anfang gelungen ist, eine aktuelle Stunde zum Volkszählungs-Gesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Man soll das nicht übertreiben, daß das eine große Relevanz für die Bewegung draußen gehabt hätte. Für die weitere Arbeit der Fraktion war es aber ziemlich wichtig, daß wir vom ersten Moment unseres Auftretens an versucht haben, mit Sachthemen zu kommen.




Christian Schmidt (Foto: H.W.)

AK: Was die Rede von Marie-Luise Beck-Oberdorf angeht, hätte man sich gerade mehr Sachbezug, konkretere Kritik, mehr Aggressivität oder Offensive gewünscht. Stattdessen habe ich von vielen gehört, es sei zu allgemein gewesen und zu sehr ins Weltanschaulich-Betrachtende gegangen. Werden solche Reden vorher abgestimmt, zumindest der groben Linie nach, oder sind es mehr Einzel-Leistungen?

Jürgen: Es hat Auseinandersetzungen gegeben, wie der Charakter unserer Antwort auf die Regierungserklärung sein soll. Um es in Stichworten zu sagen: Eine Position, die vor allem Willi Hoss vertreten hatte, war, daß unsere Antwort zu 90% Darstellung eigener Ziele und Utopien sein müsse und zu 10% Kritik am Bestehenden. Die entgegengesetzte Position war, daß wir uns zu 90% kritisch mit der Politik und den Vorhaben der Regierungskoalition wie auch mit den zurückliegenden Verantwortlichkeiten der SPD auseinandersetzen müssen und nur zu 10% vortragen, was unsere Zielvorstellungen sind. Denn momentan haben unsere grundsätzlichen Zielvorstellungen sicher keine Chance, realisiert zu werden, vor allem nicht über das Parlament. Insofern kommt es hauptsächlich darauf an, die Kritik an der Regierungs-Politik zu entfalten. Was dabei herausgekommen ist, ist praktisch ein Kompromiß gewesen und wurde je nach dem, wer geredet hat, unterschiedlich gehandhabt. Zum Beispiel war der Beitrag von Antje Vollmar zur Agrarpolitik — vielleicht für viele ein Nebenthema — meines Erachtens sehr konkret und sehr gut. Bei Marie-Luise hat, da würde ich zustimmen, ein bißchen überwogen, das grüne Gefühl und die grüne Atmosphäre deutlich werden zu lassen. Wir haben bislang leider noch keine Auswertung dieses ersten Auftritts gemacht. Es steht noch an, daß in der Fraktion darüber diskutiert wird und auch Schlußfolgerungen für die nächsten Sitzungen gezogen werden.

AK: Inwieweit wird es wirklich politisch relevant, daß ihr an einer sogenannten „Schaltstelle" sitzt? Inwieweit ist das mehr als der äußere Eindruck, der zur Zeit in allen alternativen Feuilletons beschrieben wird — die Palazzos, die Dienstfahrzeuge usw. Kommt man an Informationen heran, die man sonst auch bei aufmerksamer Pressclektüre und Archivarbeit nicht kriegt?

Christian: Es handelt sich hierbei um eine Herrschaftszentrale. In welchen Gebäuden sich das vollzieht, ist nebensächlich. Das fällt vielleicht ins Auge, ist aber ungeheuer oberflächlich. Es ist also die Herrschaftszentrale des bürgerlichen Staates. Es ist nicht so, daß wir darin eingedrungen wären und Sand im Getriebe sein könnten. Realistischerweise kann man das bei den gegenwärtigen Kräftekonstellationen nicht sein. Man ist aber immerhin zu einer intensiveren Konfrontation mit dem System an der Stelle, wo es sich konzentriert, gezwungen. Rein technisch arbeiten jetzt hier rund hundert dem Anspruch nach System-Oppositionelle — jedenfalls von den Grundlagen her —, die sicher ungeheuer viel mehr Informationen aufnehmen und weitergeben können, als das vorher geschehen ist. Wie das qualitativ läuft und ob diese Chance genutzt wird, ist eine politische Frage, deren Beantwortung damit zusammenhängt, wie man die GRÜNEN in so einer systemalternativen Rolle einschätzt, ob sie das leisten können und wollen oder nicht. Aber die Chance dazu ist gegeben.

AK: Ein Beispiel. Eine wichtige Neuigkeit, die man anderweitig nicht bekommt.

Christian: Ich weiß nicht, ob das anschaulich ist: Aber wer hat sich z.B. in der linken, grünen und alternativen Szene um Finanzpolitik gekümmert? Alternativen zur Sparpolitik, Steuerrecht und so etwas. Es gibt nur ungeheuer wenig Bearbeitungen dazu. Dort informativ hineinzuwirken..., gewisser-
recht und so etwas. Es gibt nur ungeheuer wenig Bearbeitungen dazu. Dort informativ hineinzuwirken, gewisser-
maßen Schulung zu machen zu diesem Bereich, in dem von der Fraktion 10 bis 12 Leute tätig sein werden, ist von großer Wichtigkeit. Man muß auch auf dieser, sagen wir mal: technokratischen Ebene gegenhalten können.

Jürgen: Der Bundestag hat einen wissenschaftlichen Dienst, in dem 400 Leute arbeiten. Diesen Apparat kann man sich zunutze machen — vorausgesetzt die Fraktion versteht es, diejenigen Fragen zu stellen und diejenigen Materialien herauszuziehen, die auch für die Bewegung außerhalb interessant sind. Ein Beispiel aus meiner Arbeit: Ich hatte beim wissenschaftlichen Dienst eine Ausarbeitung über den möglichen Stationierungsbeginn der Mittelstreckenraketen in Auftrag gegeben. Dabei kam eine etwas umfangreichere Zusammenstellung von Dokumenten heraus und eine Bewertung, aus der für mich eine neue Information hervorgeht, nämlich daß es bei der Stationierung eine Unterscheidung in zwei Phasen gibt: sog. Vorbereitungsmaßnahmen und sog. vorgezogene Maßnahmen. Der wissenschaftliche Dienst argumentiert dazu, daß es vorgezogene Maßnahmen zur Stationierung geben müsse, wenn die Einsatzfähigkeit der Raketen noch zum Ende dieses Jahres hergestellt werden soll. Dann müssen diese Maßnahmen also früher liegen. Daraufhin habe ich eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, ob es irgendwelche Vereinbarungen mit anderen NATO-Staaten oder den USA gibt, wann die Einsatzfähigkeit der Systeme hergestellt werden soll, ob das zu Ende dieses Jahres geplant ist oder zu welchem Zeitpunkt sonst. Staatsminister Möllemann hat jetzt gerade eine Antwort geschickt, in der es heißt, daß der Beginn der Stationierung, wie die Bundesregierung schon häufiger erklärt habe, Ende dieses Jahres erfolgen soll.

Das bedeute auch, daß die Einsatzfähigkeit Ende dieses Jahres hergestellt wird. Ich entnehme daraus, daß die Stationierung offenbar doch — wie schon von der Friedensbewegung vermutet — früher beginnen soll, als bislang öffentlich behauptet wird. Das ist vielleicht ein kleines Beispiel. Wenn wir uns diesen Apparat eine Zeitlang angesehen haben, wenn wir vor allem bei uns selbst präzisere Vorstellungen entwickelt haben, welches die Punkte sind, an denen wir hauptsächlich Politik entwickeln wollen, dann gibt es hier einige Möglicheiten der Informationsbeschaffung für unsere Arbeit — nicht nur als grüne Partei, sondern auch für die außerparlamentarische Bewegung insgesamt, die sie wieder in ihrer Informations- und Öffentlichkeitsarbeit draußen nutzen kann. Aber sicher: der Apparat wird deswegen nicht von uns angekratzt und schon gar nicht eine neue „Schaltstelle" für uns.

AK: Wenn es darauf hinausläuft, daß die Bundesregierung im November oder Dezember, wenn der Widerstand eskaliert, vielleicht erklärt, daß die Raketen schon da sind und es nur noch darum geht, sie einsatzfähig zu machen, dann wäre das ein enormer Schlag gegen die außerparlamentarische Bewegung, ein enormer Volksbetrug, und von daher keine Nebensächlichkeit, die durch eine solche Information eventuell aufgedeckt werden könnte.

Jürgen: Ja.

könnte.

Jürgen: Ja.

AK: Streifen wir noch einmal die negativen Schlagzeilen, die es gegeben hat. Sind da Dinge von der bürgerlichen Presse hochgespielt worden oder gibt es da tatsächlich unschöne Erscheinungen, die weit über das Übliche hinausgehen, was auf dem Jahrmarkt linker Eitelkeiten sowieso gang und gebe ist? Also Profilierungsbestrebungen, Eifersüchteleien ...

Christian: Ich glaube, es ist das Übliche. Etwas präziser: Wenn nicht von oben nach unten diskutiert wird — also Fraktionsvorstand gibt irgendetwas vor, die Fraktion vollzieht das nach, Personalentscheidungen werden von oben durchgezogen und solche Sachen — wenn man das anders machen will, braucht das zwangsläufig Zeit. Das nervt, und insofern ist das ein notwendiges, ja gewolltes Übel. Für mich wichtiger ist, das hinter den Querelen auch massive politische Kontroversen stehen, die in der ersten Zeit praktisch auf Nebenschauplätzen ausgetragen worden sind. Aber natürlich gibt es Streit darum, wie etwa Friedenspolitik zu machen ist, ob man eben „Schwerter zu Pflugscharen" aufgreift und „weltumfassende Abrüstung" in den Mittelpunkt stellt, ober ob man konkret auf die NATO-Nachrüstung und die Politik, die in diesem Zusammenhang gemacht wird, hinweist. Daraus leiten sich verschiedene Aktionsformen ab, um die es Streit gibt, was sich dann auch in persönlichen Auseinandersetzungen niederschlägt.

AK: Von der Aktion eurer Kollegen in Berlin/DDR scheint ihr nicht besonders begeistert zu sein.

Jürgen: Zunächst ist diese Aktion von vier Bundestagsabgeordneten und einem Bundesgeschäftsführer ein politischer Alleingang gewesen. Sie ist nirgendwo diskutiert worden, weder in der Fraktion noch in anderen Teilen der Partei. Das mag nicht das Gravierendste sein, weil man sicherlich sagen kann, das es Aktionen geben kann und geben wird, bei denen es nicht immer sinnvoll ist, vorher breit zu diskutieren. Es muß aber vom Grundsatz her diskutiert sein. Bei dieser Aktion hat es sich meines Erachtens um eine sehr sensible Geschichte gehandelt, die man inhaltlich kritisieren muß. Es gibt dazu eine Erklärung, die Rainer Trampert, Thomas Ebermann und ich zusammen am folgenden Tag gemacht haben. Darin haben wir gesagt, daß wir das, was da passiert ist, für unvernünftig halten. Ohne daß ich bisher mit einem der Akteure darüber sprechen konnte, meine ich, daß diese Aktion in erster Linie darauf angelegt war, zu demonstrieren, daß es in der DDR nicht möglich ist, öffentlich für Abrüstung in Ost und West aufzutreten. Für mich stellt sich die Sache so dar, daß die Festnahme oder die Einholung des Transparents politischer Zweck dieser Aktion gewesen ist. Noch entscheidender ist aber, was inhaltlich damit transportiert wird. Es ist ja von den fünf eine Erklärung herausgegeben worden, in der an die DDR appelliert wird, sie möge sich gegenüber der Sowjetunion genauso für Abrüstung einsetzen ...

AK: ...wie sich unsere Bundesregierung gegenüber den USA einsetzt.

Jürgen: ... wie wir unsere Bundesregierung auch auffordern, daß sie das tun soll. Das klingt alles sehr staatsmännisch. Wenn man aber selbst der Ansicht ist, daß es sich bei Pershing II und Cruise Missiles um Erstschlagswaffen handelt, die in eine aggressive Kriegsvorbereitungsstrategie der NATO eingebunden sind, dann ist es problematisch, einfach zu sagen, wir sind für Abrüstung in Ost und West. Natürlich ist das richtig, natürlich ist es unsere Zielvorstellung, daß es Abrüstung in Ost und West, atomwaffenfreie Zonen und überhaupt keine Waffen mehr geben soll. Aber man muß in diesem aktuellen Konflikt ja konkret Stellung nehmen, also auch konkret in seinen Aktivitäten darauf achten, daß die entscheidende Frage, ob Mitteleuropa weiter an den Rand des dritten Weltkriegs gedrängt wird, nicht davon abhängt, ob die Sowjetunion ihre SS 20 zurückzieht, sondern davon, ob es uns gelingt, die NATO-Strategie des auf Europa begrenzbaren Atomkriegs, die NATO-Strategie der Gewinnbarkeit eines Atomkriegs mit den dazugehörigen, hier zu stationierenden Waffen undurchführbar zu machen.

Das ist die inhaltliche Kritik. Dieser Vorfall ist ja auch sehr unterschiedlich aufgenommen worden. Diejenigen, die diese Aktion durchgeführt haben, weisen jetzt darauf hin, daß sie eine ganze Reihe von Grußtelegrammen aus der DDR bekommen haben, in denen für diese Unterstützung gedankt wird. Das mag sein, das will ich gar nicht infrage
DDR bekommen haben, in denen für diese Unterstützung gedankt wird. Das mag sein, das will ich gar nicht infrage
stellen, aber das sagt allein noch nichts über den Wert dieser Aktion aus.

AK: Die Vertriebenenverbände oder Löwenthal bekommen ja auch eine Menge Post aus der DDR.

Jürgen: Das ist deplaziert. Das mag ein bißchen euer Stil sein, ist aber nicht meiner. Diese Aktion hat nichts mit Revanchismus zu tun. Aber man muß darauf achten, daß eine Aktion, deren Intention durchaus sehr gut gemeint sein mag, nicht mitwirkt an der Renaissance von Feindbildern, und nicht die zu erreichenden aktuellen Ziele vernebelt. Das ist, glaube ich, bei dieser Aktion passiert.

AK: Ich will mich jetzt nicht um Begriffe streiten — im Fahrwasser des Revanchismus oder aber mögliche Bestärkung von vorhandenen Feindbildern. Ich stelle aber mit Bedauern fest, daß diese Aktion offenbar nicht ein einzelner Ausrutscher war, sondern daß von Teilen der GRÜNEN weiter in diese Richtung gegangen werden soll. Ich höre gerade vom Landesparteitag der hessischen GRÜNEN, daß unser Frankfurter Bundestagsabgeordneter für den Herbst Aktionen an der „Zonengrenze", wie er sich wörtlich ausdrückte ...

Jürgen: Wer?

AK: Fischer — Aktionen an der „Zonengrenze" vorschlägt, eine für uns irgendwie ungute Tradition, in die man sich da einreiht. Das ist wohl das Spektakulärste, mal abgesehen, daß daraus bestimmt nichts wird. Außerdem gibt es die Vorstellung, in Frankfurt von der sowjetischen Militärmission zu den US-Einrichtungen solange hin und her zu demonstrieren, bis die Ausgewogenheit hergestellt ist.

Jürgen: Dazu kann ich nichts sagen. Das ist für mich erstmal ein Gerücht, weil ich darüber keine Informationen habe. Richtig ist aber, daß es nicht nur innerhalb der Fraktion, sondern auch in der gesamten Partei und darüberhinaus auch in der Friedensbewegung schlechthin, speziell auch im alternativen Lager, genau dieselben unter-

schiedlichen Positionen gibt, wie die US-Strategie einerseits und der Warschauer Pakt andererseits einzuschätzen sind. Überall dort gibt es Leute, die von einer Gleichgewichtigkeit sprechen, und die ihre Appelle immer möglichst an beide Seiten meinen richten zu müssen. Daß das weiter Probleme schaffen wird, ist völlig klar. Deswegen halte ich es für sehr wichtig, daß man diese Aktion jetzt wirklich zum Anlaß nimmt, geade in Vorbereitung auf den Herbst diese Frage nochmal etwas tiefergehend zu diskutieren. Nur will ich eines dazusagen: Wenn ich diese Aktion kritisiere, weiß ich gleichzeitig von allen Beteiligten, soweit ich sie bislang politisch erlebt habe, daß sie die Auffassung teilen, daß die NATO eine aggressive Kriegspolitik betreibt — insbesondere Petra Kelly und Gert Bastian. Wer Bastians Rede im Bundestag gehört hat, weiß, daß man ihm absolut nicht vorwerfen kann, er würde irgendwie versuchen, von der NATO-Hochrüstung abzulenken oder sie mit Hinweisen auf die sowjetische Rüstung abzuschwächen wollen. Auch Petra Kelly hat sowohl auf dem Tribunal in Nürnberg gegen die Raketenstationierung als auch schon vorher, als der grüne Bundesvorstand eine Klage gegen die Bundesregierung wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges eingereicht hat, sehr klar politisch Position bezogen. Was ich kritisiere, ist, daß sie offensichtlich nicht bedacht haben, wie diese Aktion wirken kann, und daß sie sich dabei auch zu staatsmännisch gegeben haben.

AK: Das war natürlich auch nicht der Sinn der Frage, Petra Kelly oder Bastian pauschal runterzumachen. Sondern ich wollte wissen, in welcher Richtung es weitergehen soll.

Jürgen: Bastian bereitet gerade eine große Anfrage an die Bundesregierung zur Raketenstationierung vor, die wir demnächst im Bundestag einbringen werden, und die zu einer Debatte führen wird. Darin ist auch sehr eindeutig von den Kriegsvorbereitungen der NATO die Rede. Da bin ich sehr beruhigt. Auf der anderen Seite weiß ich, daß es diesen Streit gibt, aber das ist wie gesagt nicht einfach nur ein grün-interner Streit.

AK: Ihr habt Honneckers Antwort auf den Brief der grünen Abgeordneten gelesen?

Jürgen: Ja, sehr klug gemacht.

AK: Er ist, glaube ich, sogar noch über die Forderung der GRÜNEN hinausgegangen, hat das Territorium der DDR nochmal als atomwaffenfreie Zone angeboten ...

Jürgen: Das ist ja nicht neu. Das ist von Seiten der DDR-Staatsführung in jüngster Zeit schon mehrfach erklärt worden. Das halte ich für einen positiven Effekt. Ich glaube aber, daß dieser Effekt genauso hergestellt worden wäre, wenn man den Ostberliner Transparent-Auftritt gelassen hätte und z.B. ein ausführliches Schreiben an die DDR gerichtet hätte. Aber auch der

Transparent-Auftritt gelassen hätte und z.B. ein ausführliches Schreiben an die DDR gerichtet hätte. Aber auch der

Kontakt zur DDR-Friedensbewegung — es geht ja nicht darum, deren politische Unterdrückung zu leugnen — muß anders und vorsichtiger laufen als durch solche Aktionen.

AK: Es erstaunt mich, wie großzügig und freundlich dieser Honecker-Brief an die GRÜNEN gehalten ist. Das heißt doch, daß ihm an den GRÜNEN sehr liegt. Wenn ich andererseits betrachte, wie ein Sozialist, also Udo Lindenberg, monate- ja jahrelang auf eine Antwort warten muß, macht es mich irgendwie betroffen.

Jürgen: Vielleicht können wir da ja auch nochmal was machen. Aber Spaß beiseite: Man kann diesen Brief wohl nicht nur mit einem Interesse an einem Dialog mit den GRÜNEN erklären. Ich glaube, er ist auch eine Auswegsuche aus dem Konfrontationskurs, dem die DDR von Seiten der Bundesregierung momentan ausgesetzt ist. Die neue Diskussion über die Grenzen von 1937 und ähnliches muß in der DDR ja Angst und Schrecken verbreiten. Von daher finde ich es politisch nur vernünftig, wenn auch die DDR dazu übergeht, in eine wirkliche Diskussion mit denjenigen hier zu kommen, die Gegner dieser Politik der Bundesregierung sind. Dazu gehören auf parlamentarischer Ebene seit dem 6. März die GRÜNEN.

AK: Keine Biertisch-Einschätzung, sondern eine politische Antwort: Läßt sich die Nachrüstung, oder das, was an politischen und militärischen Zielen damit verbunden ist, noch verhindern?

Christian: Da kannst du nur von Erfahrungswerten ausgehen. Wenn der bürgerliche Staat eine für ihn zentrale Frage entschieden hat, hat er auch die Machtmittel, das durchzusetzen. Erstmal muß festgestellt werden, daß man in einer militärischen oder quasi bürgerkriegsmässigen Konfrontation die Sache nicht verhindern kann. Das ist wichtig festzustellen, weil etwa in der Euphorie der Wahlnacht manche Grüne so getan haben, als sei das mit Hilfe irgendwelcher militanter Aktionen möglich. Wesentlicher ist, daß man alles tut, um den Widerstand möglichst breit und die Sache für die Herrschenden möglichst schmerzhaft zu machen. Schmerzhaft ist, wenn die Einbindungsfunktion, die sie haben, dabei bröckelt und der Widerstand erheblich wird. Dazu gehört auch die Bereitschaft, aktiven Widerstand zu praktizieren — in erster Linie wegen des Symbolwerts, den das hat. Dann kann auf mittlere Sicht bewirkt werden, daß sich die politischen Verhältnisse ändern. In dem Maße, wie es gelingt, etwa über das Mittel Volksbefragung-Volksentscheid eine wirkliche Massenmobilisierung hinzubekommen, könnte ohne Frage ein wichtiger Beitrag geleistet werden, um Schritte zum Abbau der Raketen hinzukriegen.

Jürgen: Um das wirklich realistisch einschätzen zu können, muß man nochmal darauf zurückkommen, welche Absicht die USA und die Bundesregierung verfolgen. Von Teilen der Friedensbewegung ist in der zurückliegenden Zeit häufiger darauf hingewiesen worden, daß Militärstrategen wie etwa Colin S. Gray gesagt haben: Es wird auf alle Fälle stationiert — egal, ob die Sowjetunion mit den SS 20 zurückgeht oder nicht. Was politisch bislang zu wenig in der Diskussion gewesen ist, ist, daß das nicht nur unterstellte, sondern auch tatsächliche Absicht des NATO-Doppelbeschlusses ist, der — jedenfalls in der Veröffentlichung der Außen- und Verteidigungsminister, die damals zusammengesessen haben — explizit davon spricht, daß Verhandlung und Modernisierung der Mittelstreckensysteme „sich ergänzende" Ansätze sind. Das heißt, es geht in der NATO-Strategie auf keinen Fall darum, wie Vogel immer sagt, die Sache noch verzichtbar zu machen — egal wie man jetzt zu den Genfer Verhandlungen steht. Es gibt auf westlicher Seite den unbeugsamen Willen, diese Raketenstationierung durchzuführen, und dies ist Bestandteil eines durchaus weitergreifenden Konzeptes. Es geht um sehr viel mehr, als „nur" in Europa einen Krieg vorzubereiten, es geht auch um die dritte Welt. Die Chancen, das zu verhindern, sind denkbar gering, kaum noch vorhanden. Das heißt aber nicht, daß wir aufgeben sollten oder aufgeben dürften, sondern es kommt darauf an, in den nächsten Wochen und Monaten durch eine Vielfalt unterschiedlicher Aktionen öffentlich die Frage aufzuwerfen: Stimmen die Meinungsumfragen, daß 60% der Bevölkerung gegen die Raketenstationierung sind, oder stimmt die Behauptung der Bundesregierung, die sagt, mit den 55% Stimmen für CDU/CSU und FDP gäbe es ein positives Votum der Bevölkerung für diese Stationierung. Ich

gäbe es ein positives Votum der Bevölkerung für diese Stationierung. Ich

glaube, das wird die Frage sein, um die herum wir in der nächsten Zeit öffentliche Aktionen gestalten müssen, und da würde ich auch der Initiative zu einer Volksbefragung eine Bedeutung beimessen, wenngleich von vornherein klar sein muß, daß wir eine solche Volksbefragung, wenn sie abgelehnt wird, nicht im Alleingang werden durchziehen können. Aber damit schaffen wie uns eine weitere politische Legitimation, um tatsächlich auch Widerstand vor Ort, an den Stationierungsorten, praktizieren zu können.

Christian: Neben einer solchen demoskopischen Betrachtung muß aber auch die Frage geklärt werden, inwieweit diese 60% — wenn ich mal unterstelle, daß so viele gegen die Raketen sind — bereit sind, aktiv Widerstand zu leisten gegen die Legitimität dieses Staates. Die CDU geht ja inzwischen so weit zu sagen, die NATO-Mitgliedschaft und die entsprechende Umsetzung von NATO-Beschlüssen gehöre zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung nach ihrer Definition. Wieviele sind also bereit, gegen solche Grundsätze des Staates aktiv Widerstand zu leisten? Das ist sozusagen ein zweites Barometer, das wir anlegen müssen. Ziel muß sein, gegen einen in gewisser Weise legalen Beschluß Widerstand zu leisten. Das ist für die langfristige Auseinandersetzung sowohl auf diesem Feld wie auch auf dem der Datenüberwachung oder der Atompolitik eine ganz wichtige Frage. Bei all diesen Aktionen geht es ja nicht darum, hier und heute etwas zu verhindern, eine atomwaffenfreie oder sozialistische Zone zu errichten, sondern in aller Regel darum, das Widerstandspotential zu vermehren. Ich glaube, das muß das eigentliche Ziel sein.

AK: Die Bundesrepublik hat in ihrer Geschichte schon einmal eine umfassende und schwerwiegende Auseinandersetzung um Rüstung und Atombewaffnung gehabt, und es ist ja nicht so, daß damals weniger Leute auf die Straße gegangen wären. Trotzdem ist mittelfristig im Grunde eine Stärkung der Sozialdemokratie dabei herausgekommen. Das Ganze ist also in systemkonformen Kanälen aufgefangen worden, und auch die damaligen Debatten um Streiks und Volksbefragung — das ist ja auch nichts Neues — konnten daran erstmal nichts ändern. Bei genauerer Betrachtung waren aber die Überlegungen zu Volksbefragungen, die es damals speziell in Hamburg und Hessen gegeben hat, darauf gerichtet, daß sich sozialdemokratische Länderregierungen, die sich im Bundesrat in der Minderheit befanden, einen zusätzlichen Wählerauftrag geben lassen wollten, um ihrer Minderheitenposition gegenüber dem CDU-Staat mehr Gewicht zu verleihen. D.h. es war von Anfang an nicht mehr als die Stärkung der Stimme der SPD, wenn man so will. So war es z.B. 1958 in Hessen. Wenn wir also heute die Legitimation der Kohl/Genscher-Regierung in Sachen Stationierung infrage stellen wollen, dann muß es auf einen Bruch hinsteuern. In diesem Sinn haben die GRÜNEN als neue Kraft, die nicht zum etablierten Parteienspektrum gehört, natürlich eine ungeheure Verantwortung.

Christian: Die Frage nach den 60% zielt ja eigentlich auf das parlamentarische System, auf die Legitimität von politischen Entscheidungen. Was über 50% ist, ist legal und muß vollzogen werden, und was darunter liegt, eben nicht. Das ist genau die SPD-Strategie in all diesen Auseinandersetzungen gewesen. Wenn du historisch zurückgreifen willst, ist die Frage des Bruchs mit der bürgerlichen Legitimität mal in älteren Zeiten systematisch in der Generalstreiks-Debatte diskutiert worden. Dabei bedeutet der Generalstreik eine Aufkündigung der parlamentarischen Spielregeln. Deswegen muß als zweites Element die Bereitschaft gestärkt werden, gegen dieses parlamentarische Regelspielchen Widerstand zu organisieren und das Bewußtsein, daß es eine Legitimität jenseits der parlamentarischen Spielregeln gibt, in die Köpfe zu bekommen und damit Massenpolitik betreiben zu können. Ein anderes Beispiel wäre die Frage von Streiks oder Betriebsbesetzungen bei Massenentlassungen. Die SPD wird, vielleicht abgesehen von Einzelaktionen, so etwas nicht mittragen, und wenn sie sich an die Spitze stellt, dann eben um ihnen die Spitze abzubrechen und die Bewegung wieder ins parlamentarische Fahrwasser zu bringen. Sie wird jetzt bei Stahl und Werften ebenso wenig aktive Widerstandsformen unterstützen wie sie das im Herbst bei Installierung der Raketen tun wird. Sie wird in der Friedensbewegung zwar mitmachen, aber darauf achten, daß die ganze Bewegung rein exemplarisch und parlamentsgebunden bleibt.

mitmachen, aber darauf achten, daß die ganze Bewegung rein exemplarisch und parlamentsgebunden bleibt.

AK: Die Frage der Mehrheitsentscheidung ist nicht identisch mit der Frage der parlamentarischen Spielregeln. Die parlamentarische Regel besagt, Kohl hat 55% hinter sich und mit denen kann er in den nächsten vier Jahren machen, was er will. Er wird sich immer auf dieses Wahlergebnis vom 6.März berufen.

Christian: Nein, nein. Zum parlamentarischen System, nicht zu unserem unbedingt, gehört auch die Volksbefragung. Das ist Element der parlamentarischen Demokratie und auch in Weimar und sonstwo integriert gewesen. Es geht aus von den 50%. Das ist doch immer die marxistische Kritik gewesen, ob das Hinüberwachsen in den Sozialismus mithilfe der 50% geht oder nicht geht. Die Volksbefragung arbeitet auch mit diesen 50%.

Jürgen: Dieser grundsätzlichen Kritik würde ich zustimmen. Wenn man aber diese Frage jetzt konkret diskutiert, dann nützt es meines Erachtens sehr wenig, einfach auf diese grundsätzliche Kritik am Parlamentarismus hinzuweisen. Wenn man ernsthaft diskutieren will, ob noch eine Möglichkeit besteht, die Stationierung zu verhindern bzw. die politischen Kosten dafür so hoch wie möglich zu treiben, dann muß man sich schon auf die Frage einlassen, wie wir eine größtmögliche und d.h. in der Tendenz möglichst mehrheitlich aktive Bewegung hinkriegen. Was heißt Bruch? Bruch stellt ja immer die Frage: mit wem und gegen wen? Natürlich müssen wir einen politischen Bruch vollziehen mit der NATO-Strategie, mit dem CDU/CSU-Staat, wie er sich jetzt darstellt, wir müssen auch mit der sozialdemokratischen Ideologie brechen. Wir müssen uns in dieser Frage aber ein konkretes Ziel setzen, und ein solches wäre für mich, auch in der Sozialdemokratie zu erreichen, daß nicht mehr diese dummen Sprüche von Vogel — „wir wollen es entbehrlich machen" usw. — eine Rolle spielen, sondern daß sich auch dort ein größtmöglicher Teil einer Kampagne 'Nein zur Raketenstationierung' anschließt. Ich glaube auch nicht, daß die These richtig ist, seinerzeit sei die Stärkung der Sozialdemokratie Resultat dieser Bewegung gewesen. Das ist ja nicht so gewesen, sondern trotz dieser starken Bewegung ist es der Sozialdemokratie damals gelungen, einen Kurs der vollen Integration in die NATO zu verfolgen.



Jürgen Reents (Foto: H.W.)

Das müssen wir heute einmal dadurch zu durchbrechen versuchen, daß wir dieses historische Bewußtsein wieder beleben und auch nicht in Vergessenheit geraten lassen, was die Sozialdemokratie in den zurückliegenden 13 Jahren und vor allem in der letzten Phase an Aufrüstung vollzogen hat. Außerdem dürfen wir uns tatsächlich nicht nur mit Umfragen, Volksbefragung und ähnlichem befassen, sondern müssen ein integrales Konzept von aktivem Widerstand und Mobilisierung vorhandener, gesetzlich und verfassungsmäßig zulässiger demokratischer Möglichkeiten in Angriff nehmen. Das Problem ist doch, daß wir gar keine Angst davor zu haben brauchen, weil diese Regierung und diese Parlamentsmehrheit eine Volksbefragung niemals zulassen werden. Wir können den Streit auf dieser Ebene ganz gelassen eingehen. Selbst wenn eine Volksbefragung — angenommen sie würde gemacht — keine 60% erreichen, sondern sogar unterhalb von 50% bleiben würde, wäre die politische Legitimation, diese Raketen zu stationieren, derart angekratzt, daß das ein weiteres Motiv für aktiven Widerstand gegen die Stationierung sein kann

AK: Also hätten wir an dieser Frage doch einen Bruch. Auf der einen Seite eine Regierung, die sich auf das Wählervotum vom 6.März beruft und daraus ableitet, die Raketen tatsächlich zu stationieren, und auf der anderen Seite der Versuch, die Mehrheit zwischen den Wahlen zu einem Repräsentativorgan ganz direkt zu einer Lebensfrage zu befragen, oder was eigentlich richtig wäre: die Mehrheit entscheiden zu lassen. Das kann die Regierung in der Tat nicht zulassen, weil es die bisherige Art des Regierens bzw. des Regiertwerdens infrage stellen würde, wenn die Bevölkerung in einer Lebensfrage eine echte eigene Entscheidung treffen könnte.

Christian: Ich muß dir nochmal widersprechen. Ich glaube nicht, daß hier ein Bruch mit dem parlamentarischen System besteht. Wenn nämlich diese Volksbefragung gemacht wird, ist das genauso eine parlamentarische Aktion wie meinetwegen Wahlen. Es ist ein herausgegriffener Punkt und bringt ein Stück mehr direkte Demokratie, wenn du so willst. Das ist schon richtig. Aber vom Systematischen her geht es darum, die herrschende Legalität zu bekämpfen. Beispiele, was ich unter Bruch verstehen würde, sind, daß man das Eigentum an Produktionsmitteln im Zeichen von Massenentlassungen bestreitet, daß man als Reaktion auf Betriebsstillegungen Betriebe besetzt, oder daß man das Recht auf Eigentum, was mißbraucht wird, durch Hausbesetzungen bekämpft. Das sind die Brüche, die für mich systematisch sind und die wirklich über das parlamentarische System hinausweisen, weil sie die Demokratie auf der Ebene der Produktion oder der Wohnorte angehen.

AK: Ich will jetzt nicht die Frage erörtern, wieviele Kriege vielleicht hätten verhindert werden können, gäbe es wirklich das Prinzip, daß man die Betroffenen vorher fragt. Und zwar ernsthaft, nicht nur zur Manipulation von Kriegsstimmungen.

Jürgen: Also jetzt redest du gegen dich selbst.

AK: Wieso?

Jürgen: Ihr haltet doch gerade die Volksbefragung für ein relativ wichtiges Mittel, um den Widerstand gegen die Raketenstationierung weiter zu entfalten.

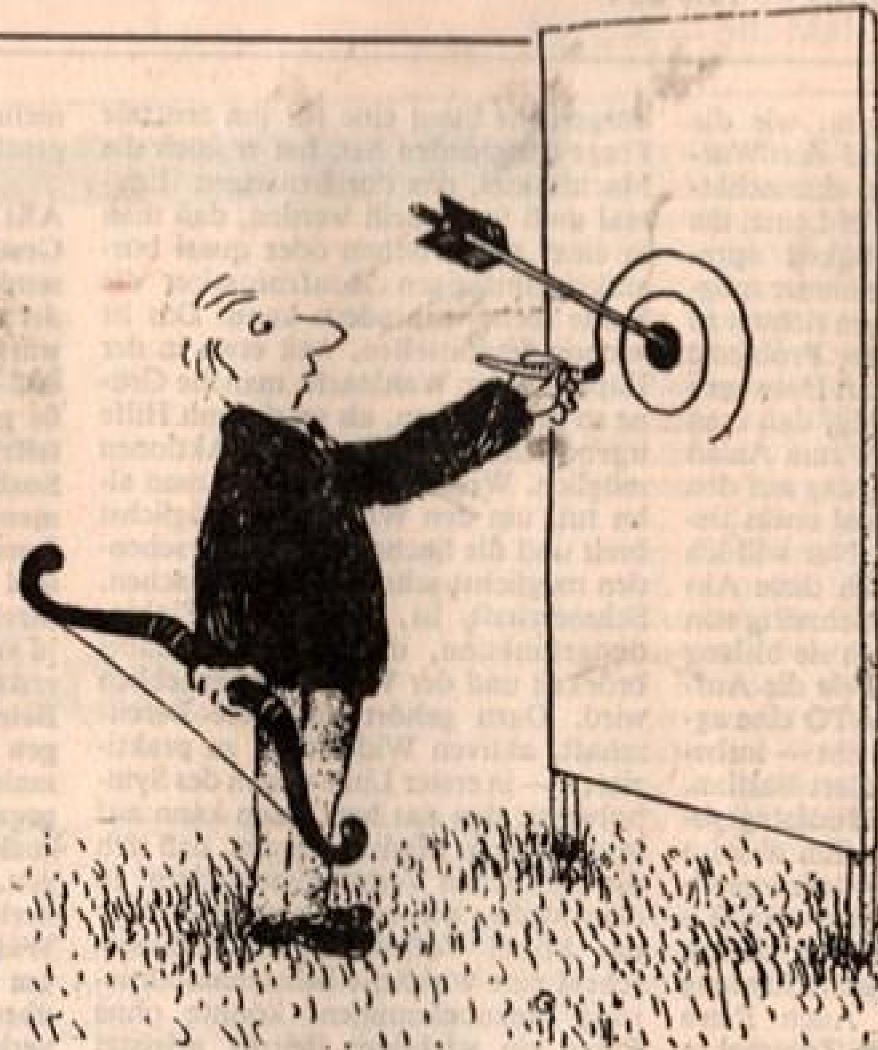
AK: Natürlich. Nur sagt Christian, eine Volksbefragung — oder besser noch ein Volksentscheid — sei im Grunde genommen nichts, was über das parlamentarische System hinausgeht. Und natürlich muß ich ihm insofern recht geben, daß Volksentscheide und Volksbefragungen längst nicht der Idealzustand wirklicher Demokratie sind. Das ist richtig. Wirkliche Demokratie muß sich vor allem auch dezentral vollziehen, muß im Betrieb, in der Schule, im Stadtteil usw. entwickelt und praktiziert werden, wenn wir jetzt mal an die Gesellschaft denken, die uns vorschwebt. Andererseits kann man solchen zentralen Fragen wie etwa Krieg und Frieden nicht einfach Konflikte gegenüberstellen, die sich in einem einzelnen Betrieb oder in einer einzelnen Stadt abspielen. Sondern das sind Fragen, die die gesamte Bevölkerung betreffen, und da halte ich es durchaus für richtig, dieses Mittel der plebiszitären Demokratie anzustreben. Es wäre ein wahnsinniger Fortschritt im Den-

für richtig, dieses Mittel der plebiszitären Demokratie anzustreben. Es wäre ein wahnsinniger Fortschritt im Den-

ken der Menschen, wenn sie gerade in den entscheidenden Fragen nicht von Vordenkern, Vertretern, Politikern oder auch von Presseleuten Entscheidungen serviert bekämen, sondern wenn sich die Bevölkerung darüber selbst den Kopf zerbricht und eine Meinung bildet. Das ist in gewissem Sinn systemsprengend. Es ist nicht meine Meinung, daß das im Rahmen des parlamtarischen Systems wäre, denn das parlamentarische System ist per se ein Stellvertreter-System, ein Repräsentativsystem.

Christian: Ich habe ein konsequenteres Verhältnis zum Begriff direkte Demokratie. Dies ist für mich keine direkte Demokratie, wobei ich sagen muß: Ich halte diese Aktion für sinnvoll. Ich halte es aber nicht für sinnvoll, sie zu einer Sache hochzustilisieren, die einen Bruch mit dem bürgerlichen Parlamentarismus beinhaltet.

Jürgen: Das ist richtig. Die Frage ist nur ganz konkret, welches momentan die Aktivitäten sein können, die noch sinnvoll und nützlich dazu beitragen, die Kosten für die Stationierung hochzutreiben. Ich würde auch sagen, man darf es nicht übertreiben mit der Volksbefragung, und wenn sie parlamentarisch gekippt worden ist, dann wird man sich nicht in irgendwelche Gedanken verlieren können, wie wir diese Volksbefragung jetzt gegen das Parlament duchsetzen könnten. Alles was dann gemacht würde, müßte sich an den vier Millionen Unterschriften des Krefelder Appells messen lassen. Das eigenständig zu erreichen, wird sehr schwierig, meines Erachtens sogar unmöglich sein. Denn dann könnte man



genauso gut sagen, wir arbeiten weiter, um diese Millionen Unterschriften auf zehn Millionen zu bringen. Damit könnte man den gleichen Effekt erzielen. Sinnvoll ist zu sagen: Wir nehmen voll für uns in Anspruch, eine demokratische Legitimation gegen die Stationierung herbeizuführen. Damit können wir auch den Widerstand vor Ort und die Überlegungen und Diskussionen beflügeln, die ja vereinzelt im Gang sind, aber abgeblockt werden, nämlich politische Streikmaßnahmen gegen die Raketenstationierung in den Betrieben anzustreben. Die Frage des Generalstreiks ist ja sogar von Oskar Lafontaine auf dem Berliner Kongreß in die Debatte geworfen worden. Ich halte es momentan für nicht besonders nützlich, an dieser Frage nachzudenken, wie man das parlamentarische System aushebeln kann. Welche Relevanz soll das momentan für die Entfaltung von Widerstand und von Bewußtsein haben?

AK: Für die Entfaltung von Bewußtsein hat es meiner Meinung doch eine ziemliche Relevanz, wenn wir uns überlegen, daß der Imperialismus auf einem Entwicklungsstadium angelangt ist, wo es ihm erstmals möglich wird, ganze Erdteile zu zerstören und das dort vorhandene Leben auszulöschen. Das ist heute nicht nur eine abstrakt denkbare Möglichkeit, sondern Inhalt konkreter Kriegsführungsstrategien. Wir sehen uns als Betroffene in einer solchen konkret vorliegenden Kriegsstrategie. Für die Menschen in Europa geht es ja im Grunde genommen darum, daß ihr Leben, ihre Kultur und Zivilisation aufs Spiel gesetzt werden. Wenn das für uns nicht nur Phrasen sind, wenn wir das also ernst nehmen, dann müßte es in einer solchen historischen Situation eigentlich ein unveräußerliches Recht dieser Menschen sein, selbst darüber zu entscheiden, ob sie sich einer solchen Strategie und einem solchen Risiko anschliessen oder nicht. Ich meine, daß die Forderung, daß dies ein unveräußerliches Recht sein müßte, Schaden nimmt, wenn man das Ganze überspitzt gesagt zu einer kurzlebigen parlamentarischen Initiative herunterwürdigen würde. D.h. wenn man sagen würde, o.k. das kann stattfinden, wenn der Bundestag es beschließt — wenn der Bundestag es nicht beschließt, dann kann es eben nicht stattfinden.

Jürgen: Das sind Träume, wenn Du mehr davon erhoffst.

AK: Also wenn wir wirklich mit dem Untergang konfrontiert sind, dann geht es jetzt nicht darum, von irgendwelchen schönen Zuständen zu träumen, sondern wirklich das Letzte geltend zu machen, sämtliche Rechte auszuschöpfen, um diesen Untergang zu verhindern.

Jürgen: Dazu zwei Bemerkungen, die erste konkret zu dieser Initiative. Dann mußt du sagen, was du eigentlich willst. Ich halte es für sinnvoll, daß man öffentlich die Forderung nach einer Volksbefragung in dieser Sache erhebt. Ich sage auch deutlich: nach einer Volksbefragung und nicht nach einem Volksentscheid. Einfach deswegen, weil ich das von Nebenkriegsschauplätzen freihalten und keinen Verfassungsstreit daraus machen will, daß alle möglichen Leute darüber diskutieren, ob es überhaupt sinnvoll ist, einen Volksentscheid neu im Grundgesetz zu verankern. Das würde nur von der konkreten Frage, um die es geht, ablenken. Sondern es muß öffentlich die Initiative zu einer Volksbefragung eingeleitet und dazu ein Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht werden. Und ich sage jetzt schon: Das Ding wird gekippt; CDU/CSU und FDP werden dagegen stimmen. Bei der SPD wage ich mal zu vermuten, daß sie große Schwierigkeiten haben wird. Ich bin aber überhaupt nicht sicher, ob sie sich einer solchen Sache anschließt oder nicht. Bislang gibt es keine positiven Erfahrungen, daß sachliche Initiativen von uns Zustimmung der SPD im Bundestag erfahren würden. Wenn das aber gelaufen ist, mußt du dir die Frage stellen, ob man mit diesem Instrument weiter operieren kann. Da würde ich sagen, mit diesem Instrument kann man dann nicht weiter operieren. Sondern du kannst nur damit argumentieren, daß eine Volksbefragung abgelehnt worden ist, und begründen, warum sie abgelehnt wird: nämlich aus Furcht davor, daß diese Volksbefragung g e g e n die Raketenstationierung ausgehen oder zumindest eine so große Gegnerschaft dokumentieren würde, daß die Regierung die Stationierung nur unter großen Schwierigkeiten weiter politisch legitimieren könnte. Damit kann man weiter arbeiten, aber man kann dieses Instrument selbst nicht weiter benutzen. Sonst müßtest du sagen, ob du etwa darauf abzielst, so etwas selbst zu machen, und wie das organisiert werden soll u.ä.m. Das halte ich alles für Kinderkram. Sondern man kann das bis zu dem beschriebenen Effekt treiben und das Resultat dann als zusätzliches Motiv für die Entfaltung von konkreten Aktionen, von Widerstand, von Demonstrationen, zur Entfaltung von Streikaktionen usw. benutzen. Das ist die begrenzte Bestimmung dieser Sache. Inhaltlich würde ich gern noch etwas zu der These von der Ausrottung ganzer Erdteile sagen, und worauf die NATO-Strategie wirklich abzielt. Ich glaube, daß es wichtig ist, die Friedensbewegung in der nächsten Zeit ein bißchen von ihrer Eurozentriertheit und von der ausschließlichen Diskussion, daß ein Atomkrieg hier in Mitteleuropa droht, wegzubringen. Wir haben von unserer Seite aus schon seit dem Libanon-Krieg versucht, diese Diskussion stärker in Gang zu bringen. Man kann ja feststellen, daß die Friedensbewegung immer noch keine reale Anti-Kriegs-Bewegung ist und daß sie sich herzlich wenig um das kümmert, was außerhalb Europas an realen Kriegsvorbereitungen läuft. Ich halte das für umso schlimmer, weil mir scheint, daß die Intention des NATO-Doppelbeschlusses nicht in erster Linie ist, in Mitteleuropa einen Atomkrieg zu entfalten. In erster Linie wird hier ein atomares Drohpotential von ungeheurem Ausmaß aufgebaut, das es den USA und den mit ihnen verbundenen Staaten ermöglicht, zukünftig noch freier in der Dritten Welt zu schalten und zu walten, wie sie wollen, ohne daß die Sowjetunion, wie man sich ausdrückt, „Störmanöver" machen könnte, weil sie dann Gefahr laufen müßte, mit einem Atomschlag von Mitteleuropa aus bedroht zu werden. Das wird im übrigen auch ziemlich offen ausgesprochen. Der vormalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Brandt, hat vor ungefähr einem Jahr auf einer Kabinettssitzung deutlich gesagt, daß die Nachrüstung keine Antwort, Reaktion oder Gegengewicht zu den SS 20 sei. Das hat Strauß auch schon Anfang 1980 auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der CDU erklärt. Sondern dies ist eingebunden in eine umfassende Neubelebung eines Interventionismus seitens der USA in der Dritten Welt. Interessant ist, daß, seitdem die CDU/CSU im Sattel ist, auch von einer sog. „neuen deutschen Außenpolitik" gesprochen wird, die jetzt auch die deutschen Sicherheitsinteressen rund um den Globus definiert. D.h. alle möglichen Regionen der Welt werden zu Sicherheitszonen der Bundesrepublik erklärt, und es wird eine Diskussion geführt, die eine militärische Präsenz der BRD vorbereiten soll — sei es im Pazifik, seien es Entlastungs-Präsenzen der BRD bei möglichen Interventionen der USA in Zentralamerika u.ä.m. Diese Dimension, die hinter dem NATO-Doppelbeschluß steht, halte ich aktuell für noch bedrohlicher, als den Gedanken an die Inszenierung eines Atomkriegs hier in Mitteleuropa. Das soll letzteren nicht als Hirngespinst der Friedensbewegung abtun, aber den Zusammenhang dieser Gefahr deutlich machen, und die „eigene Betroffenheit" mal etwas internationaler einfärben.

AK: Es ist zweifellos richtig, gegen einen Eurozentrismus in der Friedensbewegung anzugehen, insofern daraus eine Art europäischer bzw. westeuropäischer Nationalismus resultieren könnte und zum Teil auch schon resultiert. Aber auf der anderen Seite sollte darüber nicht vergessen werden, daß es in der Tat doch Bestrebungen gibt, den sog. sowjetischen Machtbereich in Osteuropa einzudämmen und dort mindestens Risse und Friktionen zu schaffen. D.h. die Sowjetunion soll in eine Situation der Handlungsunfähigkeit und des zurückgehenden Einflusses gebracht werden. Das ist ja nun das Mindeste, was in der US-Strategie ins Auge gefaßt wird, und die Risiken, die man dabei einzugehen bereit ist, sind doch offenbar sehr hoch.

Christian: Damit wird die Option eines Erstschlages eröffnet. Das wird dann gefährlich, wenn man es einordnet in die Gesamtstrategie, wozu die strategische Aufrüstung - MX, U-Boote, Trident - dazugehört, aber eben auch, worauf Jürgen hingewiesen hat, Schnelle Eingreiftruppe, engere Kooperation USA-BRD, Bundesrepublik als Drehscheibe für den Nahen Osten. Wenn man diese beiden Elemente zusammennimmt, hat man erst das Pulverfaß konkret gemacht. Das ist deshalb wichtig, weil wir ja vorhin schon darüber gesprochen haben, daß es falsch ist, Aufrüstung in Ost und West als gleichgewichtige Schrecken hinzustellen, und daß man stattdessen die Nachrüstung in die imperialistische Strategie der NATO einordnen muß. Der nächste Schritt muß sein, nicht nur allgemein oder nur auf Europa bezogen darüber zu reden, sondern das Gesamtkonzept zu verdeutlichen. Das ist ein wichtiger Punkt in der Vermittlung, die wir leisten müssen, um den Widerstand zu stärken.

AK: Ist es jetzt so gut wie sicher, daß von den Grünen im Bundestag eine Entschließung zur Volksbefragung eingebracht wird?

Jürgen: Nein, es gibt bislang keinen Beschluß dazu. Leider noch nicht, muß man sagen. Die Diskussion dazu ist noch nicht abgeschlossen. Ich würde aber davon ausgehen, daß die Chancen groß sind, daß es zu einer solchen Initiative von den GRÜNEN kommt. Wir werden diese Woche darüber diskutieren. Wenn das überhaupt noch irgendwie angepackt werden soll, dann hat das nur Sinn, wenn man es noch vor der Sommerpause macht.

AK: Welcher Art sind die Bedenken, die innerhalb der Fraktion vorgebracht werden? Schily soll ja gesagt haben, wenn wir jetzt auf Volksentscheid aus sind, kriegen wir demnächst eine Mehrheit für die Todesstrafe.

Jürgen: Diese Einwände halte ich für falsch; ich weiß nicht, wie weit sie verbreitet sind. Man muß schon auf der grundsätzlichen Notwendigkeit von demokratischen Befragungen und Entscheidungen über diesen Mythos der vierjährigen Wahlen hinaus beharren. Ich glaube aber auch, daß sich diese Diskussion ein bißchen deswegen ergeben hat, weil einige derjenigen, die diesen Vorschlag eingebracht haben, etwas unpräzise in der Frage Volksbefragung oder Volksentscheid gewesen sind. Man sollte dies momentan wirklich von Nebenfragen freihalten und keine zusätzlichen Angriffspunkte schaffen. Es geht uns momentan ja nicht darum, irgendeine Grundgesetzänderung oder derartiges zu bewirken. Uns geht es ganz konkret darum, zu dokumentieren, daß die Regierung sich zu Unrecht auf ihre 55% beruft, wenn sie sagt, daß die Bevölkerung für die Raketenstationierung ist. Um diese Frage allein geht es.

AK: Wie sieht es aus bei der SPD-Fraktion? Glaubt ihr, daß man Unterstützung einiger Abgeordneter am 'linken Rand' der SPD bekommen könnte, oder hat Vogel die Sache fest im Griff?

Jürgen: Man hört ja, daß die SPD-Fraktion eine Initiative ähnlich der Freeze-Kampagne in den USA in den Bundestag einbringen will. Das wird sich sicherlich von dem unterscheiden, was wir vorhaben. Denn wenn es Sinn hat, eine solche Volksbefragungsinitiative einzubringen, dann nur mit der ganz klaren Stoßrichtung „Nein zur Raketenstationierung", unabhängig von dem, was in Genf läuft. Eine Freeze-Resolution der SPD wird aber vermutlich darauf hinauslaufen, diese konkrete Frage etwas zu umgehen und sich sehr allgemein für ...

AK: Frieden!

Jürgen: Frieden ...

AK: Entspannung!

Jürgen: Entspannung und Abrüstung einzusetzen.

AK: Gibt es innerhalb der GRÜNEN ein unterschiedliches Herangehen sog. Realpolitiker und sog. Fundamentaloppositioneller an diese Frage?

Christian: Die Fundamentalopposition würde ich so definieren, daß sie sagt: Atomwaffen sind grundsätzlich schlecht. Von daher sind die Widersprüche eher an Fragen wie Abrüstung in Ost und West festzumachen und weniger an der Volksbefragungs-Geschichte. Das läßt sich auch etwa auf den Bereich der Ökonomie übertragen, wo unserer realpolitischen Haltung - Abschaffung des Kapitalismus - fundamentaloppositionell mit der Forderung Abschaffung des Industriesystems begegnet wird. Damit sind die Konfliktlinien, die bei den GRÜNEN angelegt sind, auch etwas systematischer gegeben, wo man zum Teil nicht weiß, worauf es hinausläuft. So eine Aktion wie die in Ostberlin kann eben darauf hinauslaufen, daß ein Bärendienst für die NATO-Nachrüstung geleistet wird.

AK: Zum Teil gehen die Konfliktlinien auch wieder quer. Die spezielle Frankfurter Variante der Realpolitik geht in der Friedenspolitik oder z.B. bezüglich der Ostberliner Aktion vollkommen konform mit der fundamentalen Linie.

Christian: Natürlich kann es bei der inhaltlichen Füllung solcher abstrakter Begriffe wie real und fundamental durcheinandergehen, was in diesem Fall schlicht daran liegen mag, daß es in den Köpfen der Betroffenen durcheinandergeht. Es gibt Leute, die vom Exterminismus und vom Aussteigen aus dem Industriesystem reden und gleichzeitig realpolitisch sagen, natürlich ist mir der Vogel und die SPD lieber, und es muß eine Aussage geben, daß wir mit denen zusammengehen wollen. Teilweise wird dann der Realismus so weit getrieben, daß gesagt wird, gerade weil wir wissen, daß das übelste Schurken sind, können wir auch keine hohen Anforderungen an sie stellen. Daß sich solche Positionen vermengen, ist kein Grund, solche grundsätzlichen Unterscheidungen nicht aufrechtzuerhalten. Das Problem liegt nicht im Begriff, sondern in den Köpfen der Leute, die Unvereinbares miteinander vermengen und zu eigenartigen Konstrukten kommen. Da mischt sich halt manchmal falsches Realpolitisches mit falschem Fundamentalem.

AK: Zum Schluß: Wie steht's mit der Zukunft der grünen Partei?

Christian: Natürlich ist eine Phase abgeschlossen. Die Arbeit der Bundestagsfraktion wird prägend sein und es gibt einen Trend dahin, daß die GRÜNEN das Firmenschild der außerparlamentarischen Bewegung in diesem Bereich darstellen. Andererseits unterstelle ich, daß sehr viele die GRÜNEN gewählt haben, die sich eher eine politische Organisation wie die AL Hamburg oder AL Westberlin oder andere grün-alternative Listen vorstellen als diese GRÜNEN.

Aktuell geht es darum, ob diese Gruppierungen oder Strömungen, zu denen ich mich auch zählen würde, weiter am Rande dieser grünen Partei arbeiten können, was nur gewährleistet ist, wenn sich die GRÜNEN politisch-inhaltlich weiter entwickeln und wenn die GRÜNEN eine Offenheit nach links gewährleisten. Dafür gibt es wichtige Markierungspunkte. Es ist möglich, daß in Bremen erstmals eine alternative Liste in Konkurrenz zu den GRÜNEN kandidieren wird. Da kann es zu Kontroversen kommen, die die ganze Diskussion neu aufrollen, wie es auch innerhalb der Bundestagsgruppe DIE GRÜNEN zu inhaltlichen Differenzen kommen kann, die eben auch den bisher erreichten Stand an gemeinsamer Arbeit infrage stellen können. Somit ist die Frage historisch allemal nicht entschieden, ob die GRÜNEN d i e Partei, der Hauptträger der Bewegung sein werden oder nicht.

AK: Da wird er ehemalige Herausgeber unseres Blattes bestimmt auch noch ein Statement mitgeben wollen ...

Jürgen: Ich bin erstens der Meinung, daß es momentan keine Alternative zur grünen Partei gibt. Damit meine ich nicht, daß die grüne Partei auch Ersatz für andere Zusammenschlüsse ist, sei es die „Initiative Sozialitische Politik" um die MODERNE ZEITEN herum, der z.B. Christian und ich angehören, oder ähnliche. Sondern auf der Ebene der bundesweiten parteilichen Zusammenfassung der sozialen, demokratischen und ökologischen Opposition gibt es für mich momentan keine Alternative. Zweitens bin ich allerdings der Meinung, daß die Grüne Partei, wie sie sich derzeit darstellt, nicht als ein fertiges Gebilde betrachtet werden kann — weder politisch noch organisatorisch. Es wird vor allen Dingen noch darum gehen, einen größeren Teil der außerparlamentarischen Linken und sozialen und politischen Bewegungen, die nicht Bestandteil dieser Partei sind, in ein Verhältnis hereinzubringen, daß man auf einen gemeinsamen organisatorischen Boden hinkommt. Davon erhoffe ich natürlich auch eine stärkere politische Ausprägung der Partei. Es geht nicht darum, die Mitgliederzahl von jetzt 25.000 um einige Tausend zu erhöhen. Zur weiteren Entwicklung würde ich sagen, daß das, was wir in Hamburg mit der GAL geschafft haben, nicht unbedingt ein kopierfähiges Modell für das gesamte Bundesgebiet sein kann, aber ein Anreiz, in welcher Richtung auch andernorts weiter gegangen werden muß. Wenn man beispielsweise nach Bremen guckt, gibt es dort ja nach wie vor sehr starke Hindernisse in der grünen Partei, einen solchen Weg zu gehen. Verunmöglichungen, nicht nur Hindernisse. Ich bleibe aber auch dabei, was ich vor ungefähr anderthalb Jahren im ARBEITERKAMPF schon einmal gesagt habe: Ich sehe mich nicht einem Eheversprechen der Grünen Partei gegenüber verpflichtet.

AK: Fremdgehen ist erlaubt?

Jürgen: Was heißt Fremdgehen ist erlaubt? Das soll nicht so mißverstanden werden, als ob ich auf der Suche wäre jetzt eine andere Partei aufzubauen.

AK: Also sagen wir: nicht ganz monogam.

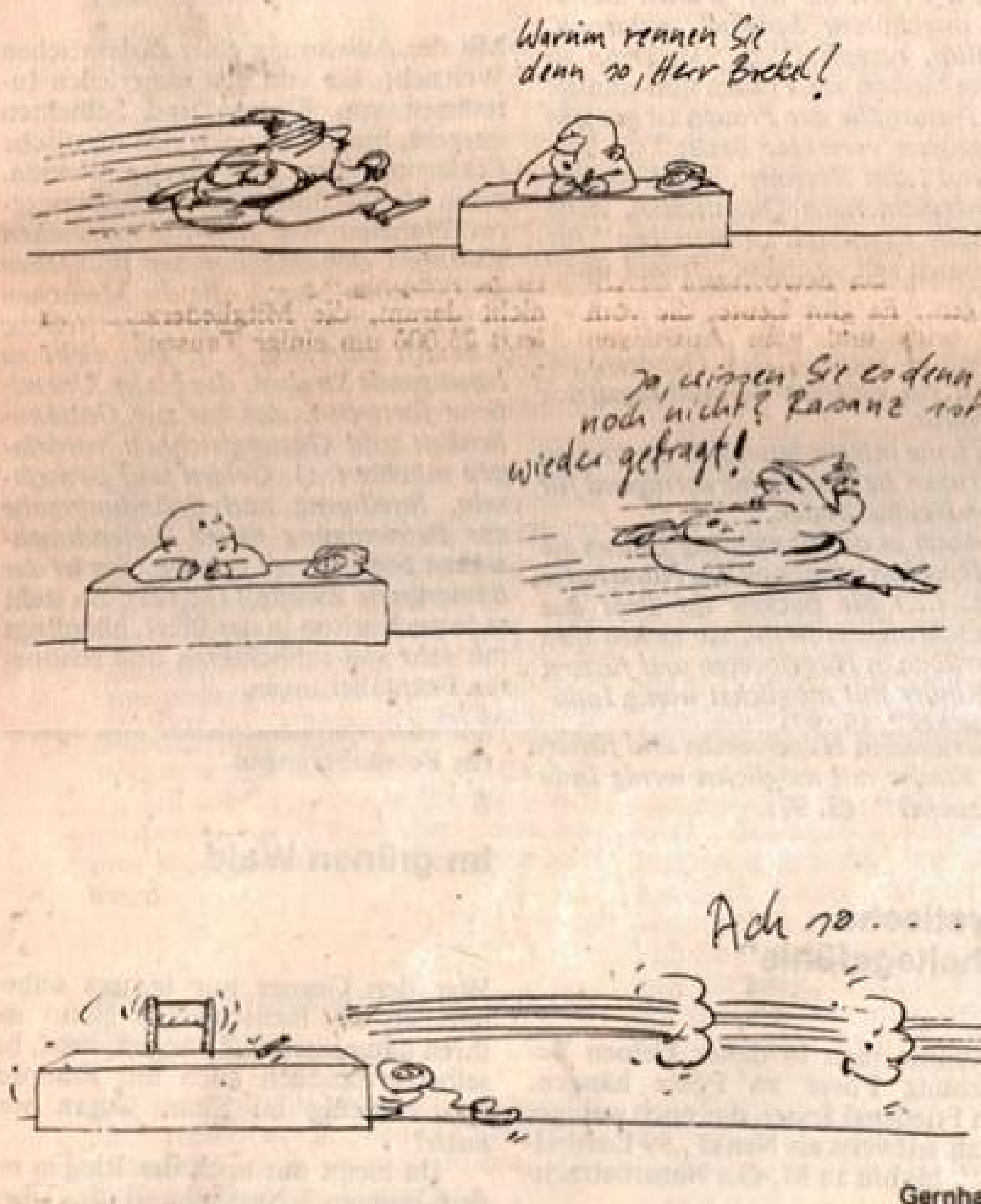
Jürgen: Die Sache mit den DS ist historisch tot und hat für mich auch nie als eine Alternative zu den GRÜNEN gestanden, sondern als eine Möglichkeit zu versuchen, daß daraus vielleicht etwas Gemeinsames zusammenwachsen kann. Das ist jetzt nicht der Fall gewesen. Konzepte wie die DS haben in der nächsten Zeit weder einen politischen Sinn noch eine Realitätschance. Den Stand der Grünen Partei muß man aber realistischerweise so einschätzen - bei all den Widersprüchen und Ungeklärtheiten, die es gibt -, daß diese Partei nicht von sich sagen kann, sie werde eine dauerhafte Existenz haben oder hätte es unter Beweis gestellt, daß sie das haben wird. Man muß erstmal abwarten, ob die GRÜNEN die nächsten vier Jahre unter dem politischen Druck, dem sie von außen und von innen ausgesetzt sind, standhalten können. Ich meine nicht, daß sie zwangsläufig an den jetzt neuen Anforderungen auseinanderbrechen, aber es gibt Gefahren in dieser Richtung. In dieser Dimension hat es für mich Bedeutung zu sagen, daß ich mich nicht mit einem Eheversprechen an die grüne Partei gebunden sehe.

AK: Na, ich drücke euch jedenfalls die Daumen für eure Arbeit.

Grüne bereiten Bundeskonferenz vor

Mit einigen Beschlüssen zur Friedenspolitik hat der Bundeshauptausschuß (BHA) der Grünen am 7./8. Mai wichtige Entscheidungen im Vorfeld der Herbstaktionen gegen die ,,Nachrüstung'' getroffen. Mehrere Delegierte kritisierten das Verhalten der Grünen auf dem Frankfurter Treffen autonomer Friedensinitiativen als ,,taktisch unklug''. Gemeint, wenn auch nicht wirklich ausgesprochen, war damit wohl, daß die Grünen durch unsinniges Beharren auf einem nicht näher definierten Begriff von Gewaltfreiheit dazu beigetragen hätten, eine vielleicht mögliche Einigung verschiedener Strömungen des BAF zu verhindern. Der Fehler vom letzten Jahr (als sich die Grünen durch ihr erpresserisches Vorgehen anläßlich der Anti-Reagan-Demo zwischen alle Stühle setzten) dürfe nicht wiederholt werden. Einstimmig wurde beschlossen, sich an dem nächsten BAF-Treffen zu beteiligen und ,,ernsthaft die Zusammenarbeit zu suchen''.

Sehr kritisch war die Haltung gegenüber der Kölner Konferenz der Friedensbewegung und den dort gefaßten Beschlüssen zur Aktionswoche im Herbst. Beklagt wurde die DKP-Dominanz und die mangelnde Präsenz der Grünen. Inhaltliche Kritik gab's an der mangelhaften Einbeziehung der Gesamt-Strategie der NATO und der dadurch entstehenden offenen Flanke zur SPD, die sich den objektiv vorhandenen zeitlichen Spielraum bei der ,,Nachrüstung'' zu Nutze machen werde. Als Beispiele wurden die Friedenskonferenz in Berlin und eine mögliche Freeze-Kampagne der SPD genannt.



Gernhardt

Das Konzept der zentralen Demonstration in Bonn stieß auf allgemeine Ablehnung; jedoch blieb Bahro mit seiner Forderung, man müsse den Kölner Zusammenhang endgültig aufkündigen, weil er eine Sackgasse darstelle, allein. Die Grünen wollen sich dafür einsetzen, daß in der Aktionswoche im Herbst und bei den geplanten Vollversammlungen Standortaktionen und direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams die wachsende Entschlossenheit der Friedensbewegung zur Verhinderung der Raketenstationierung deutlich machen. Kontrovers wurde es bei der Debatte um eine Gesetzesinitiative zum Volksentscheid gegen die ,,Nachrüstung''. Als vehementester Gegner eines solchen Plans tat sich der Bundestagsabgeordnete Schily hervor. Er führte generelle Bedenken gegen plebiszitäre Elemente ins Feld und warnte, daß eine derartige Kampagne Kräfte binden würde, die für die Aktionen im Herbst dringend gebraucht würden. Vor allem sei ein Volksentscheid parlamentarisch nicht durchsetzbar, und die Grünen seien nicht in der Lage, so etwas in Eigenregie durchzuführen. Hingegen sah Dieter Burgmann in einer öffentlichen Diskussion um einen Volksentscheid gegen die ,,Nachrüstung'' und dem zu erwartenden Scheitern einer entsprechenden parlamentarischen Initiative ein gutes Mittel zur Mobilisierung für die Herbstaktionen und die Möglichkeit, breitere Teile der Bevölkerung von der Notwendigkeit und Legitimität des außerparlamentarischen Widerstandes zu überzeugen. Nachdem eine Abstimmung zu diesem Thema kein eindeutiges Ergebnis brachte, soll die Diskussion auf der außerordentlichen Bundesversammlung im Juni fortgesetzt werden.

Die Debatte um den Volksentscheid wurde nicht zuletzt dadurch kompliziert und unübersichtlich, daß sie von Bahro zur breiten Darstellung einer neuen Schnapsidee genutzt wurde. Bahro geht von der durch kein praktisches Argument gestützten *,,optimistischen Hypothese''* aus, *,,daß eine CDU-Regierung eher als eine SPD-Regierung in der Lage wäre, den Bruch mit der NATO-Disziplin, den die Verweigerung der Stationierung bedeuten würde, zu vollziehen''*. Folgerichtig geht es ihm darum, die Mehrheit der CDU-Wähler gegen die ,,Nachrüstung'' zu mobilisieren, ohne das zu einem Votum gegen die CDU zu machen. Das rechte Weltbild der CDU soll dabei nicht angezweifelt, sondern gerade zum Ausgangspunkt der Argumentation gemacht werden, nach dem Motto: der Atomkrieg macht auch vor den von den Konservativen hochgehaltenen Werten nicht halt. Bahro's Einfall gipfelt in einer ,,Volksbefragung'' in Form einer 50millionenfach verteilten Doppelkarte mit einer Anfrage an den Kanzler: **,,Helmut Kohl, wissen Sie und wollen Sie wirklich, was Sie tun?''**. Denn Kohl, so meint Bahro, hat über die ,,Nachrüstung'' einfach noch nicht richtig nachgedacht.

Bahroś Projekt unterscheidet sich gravierend von einer parlamentarischen Gesetzesinitiative zur Durchsetzung eines Volksentscheides gegen die ,,Nachrüstung''. Mit letzterem will Bahro — Fundamentalist, der er nun einmal derzeit ist, — nichts zu tun haben, da es von der Notwendigkeit der radikalen Überwindung vorgegebener Strukturen und Denkmuster nur ablenke.

Vor allem auf Bahroś Initiative hin veranstalten die Grünen am 4./5. Juni in Hannover eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, die als *,,Begegnung zwischen den Grünen und den sie tragenden neuen sozialen Bewegungen sowie allen an der Entwicklung ihrer Politik orientierten Kräften''* vielversprechend angekündigt ist. Thema soll die politische Verarbeitung des Wahlergebnisses vom 6. März und daraus abgeleitet die Strategie für die nächsten Jahre sein. *,,Wir wollen uns möglichst weitgehend darüber verständigen, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt und wie wir dieser Herausforderung im Hinblick auf die absehbaren langfristigen Trends begegnen wollen. ... Wohin konstituieren wir unsere Kräfte?''* (Bahro)

Die bisher vorliegende Liste von Arbeitsgruppen-Themen für die Bundeskonferenz macht deutlich, daß es weniger um konkrete Antworten der Grünen auf aktuelle politische Entwicklungen als vielmehr um die Weiterentwicklung grüner Ideologie geht. So besonders bei Themen wie: *,,Können und sollen wir auf die Krise der Wirtschaft, der Lohnarbeit, des Sozialstaats mit einer breiten kommunitären Bewegung antworten? Soll grüne Politik die Alternativbewegung aktiv zu fördern suchen? Von welchen Bedingungen hängt der Einstieg ins Anders-leben ab?''* Oder: *,,Ein ,rot'-grüner Reformblock 1987 — Chance oder Fehlorientierung? Auf welcher Grundlage könnten sich die Kräfte assoziieren? Können wir mit einer ,Radikalisierung der Mitte' rechnen? Sollen wir das Profil der Grünen ,links von der SPD' als endgültig ansehen? Können wir uns ein kohärentes Programm und Verhalten jenseits des Rechts-Links-Schemas vorstellen?''* Gegenüber diesen Rundumschlägen nimmt sich eine so nützliche Frage wie: *,,Was wäre eine komplexe und effektive Strategie gegen das Waldsterben?!!* fast wie ein Irrläufer aus, was sie auch ist: ihre Aufnahme als Unter-Thema verdankt sie nur dem beharrlichen Druck von Wilhelm Knabe, Bundesvorstandsmitglied und hartnäckiger Kämpfer gegen den sauren Regen. Auch die zwei Arbeitsgruppen zu Themen der Friedensbewegung werfen Fragestellungen auf, die eher zu grünen Bekenntnissen, denn zur Diskussion über aktuell notwendige Schritte ermuntern: *,,Mit welcher umfassenderen Politik wollen wir das Wettrüsten stoppen und die Abrüstung erreichen? Wie gewinnen wir die Mehrheit für die Friedensbewegung — welche psychologischen Barrieren stehen dem entgegen a) in der Bevölkerung b) bei uns selbst?''*

Glücklicherweise wird bei den Grünen nicht alles so heiß gegessen wieś gekocht wird, und die BHA-Sitzung machte auch deutlich, daß zahlreiche Leute sich von der Bundesversammlung etwas mehr an Konkretion erwarten. Man kann also davon ausgehen, daß verschiedene Konzeptionen nebeneinander existieren und der Charakter der Plena und AGs nicht nur von den Referenten, sondern auch von den Teilnehmern bestimmt wird. Die ,,neuen sozialen Bewegungen'' sollten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den Grünen ihre Ansichten und vor allem ihre Forderungen hartnäckig zu präsentieren. Auf Beschluß des BHA soll zu dieser Bundesversammlung sowohl öffentlich als auch durch gezieltes Anschreiben eines breiten Kreises von Gruppierungen eingeladen werden.

Ein reichlich schmutziges Possenspiel leistete sich der Bundesvorstand im Hinblick auf die schon länger wegen politischer Eigenmächtigkeiten umstrittene Person des Bundesgeschäftsführers. Der auf einer Klausurtagung des Bundesvorstands und mit gezieltem Indiskretionen (und Lügen!) an die Presse geprobte Aufstand gegen den, immerhin erst kürzlich von einer Bundesversammlung bestätigten Lukas Beckmann brach unter peinlichsten Umständen zusammen. Da der Bundesvorstand schließlich nicht einmal eine politische oder sonstwie inhaltliche Kritik an Beckmann zustande brachte, ging dieser eher gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor. Wurde ihm doch auch von Bahro bestätigt, daß er ,,neben Petra Kelly einen der wichtigsten Beiträge zum Aufstieg der Grünen geleistet hat''.

Zur Diätenregelung der Grünen

Mit 7000 Piepen in den Konsumverzicht?

Auf der Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN in Sindelfingen wurde bekanntlich eifrig über die Verabschiedung eines Wirtschaftsprogramms gestritten; der radikalökologische Flügel um Bahro und die Bremer GRÜNEN wurden nicht müde, für eine Absage an ,,industrielles Wachstum'' zu kämpfen und den Volksmassen den Konsumverzicht zu predigen. Solcherlei Thesen fanden auch Eingang in das verabschiedete Wirtschaftsprogramm, wo der Lebensstandard *,,zu einem Teil auch der Ersatzbefriedigung für die Menschen''* definiert wurde (1) und stattdesen eine *,,neue Qualität des menschlichen Lebens''* treten sollte. Ein handfestes Gerangel gab es auf besagtem grünen Parteitag auch um die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, der nach langem Diskutieren für alle unteren und mittleren Einkommen gleten solle.

In der ebenfalls in Sindelfingen verabschiedeten Diätenregelung für die

In der ebenfalls in Sindelfingen verabschiedeten Diätenregelung für die Bundestagsabgeordneten der ,,Grünen'' sollten dann auch neue, alternative Zeichen gesetzt werden: Die Gehälter der grünen Parlamentarier/innen sollten einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn entsprechen. Vereinbart wurde folgendes:

1) Ein Grundlohn von monatlich 1.800 DM (= einem Facharbeiterlohn);
2) ein 13. Monatslohn von 1.800 DM, auf den Monat umgerechnet also zusätzlich 150 DM;
3) eine ,,Sozialzulage'' von zusätzlichen 500 DM im Monat *,,für jede zu unterhaltende Person''* (2);
4) hinzu kommen die sogenannten ,,Aufwandsentschädigungen'', die monatlich 1.500 DM betragen, wobei 500 DM ,,ohne Nachweis'' beim Abgeordneten verbleiben dürfen. *,,Darüber hinaus ist ein Mehraufwand bei vollständigem Nachweis abrechenbar''* (2).

Außerdem erhalten die grünen Bundestagsabgeordneten qua Funktion Freifahrttarife für die Bundesbahn erster Klasse, Freiflüge, eine freie Verpflegung in der Bundestagskantine und sonstige Vergünstigungen, wie beispielsweise Einladungen als ,,Prominente'', die gewissermaßen auch keine weiteren Kosten verursachen.

Die Diätenregelung hat inzwischen dazu geführt, daß sich einige GRÜNE schon längst nicht mehr mit einem ,,durchschnittlichen Facharbeiterlohn'' begnügen, wie das in er Öffentlichkeit gern hinausposaunt wird, sondern summa summarum an die 7.000 DM im Monat einkassieren — also ein Gehalt, daß dem eines Abteilungsleiters und unteren Managers der Firma Schering gut zu Gesicht steht!

Es sei den grünen Parlamentariern gegönnt, den Facharbeiterlohn mit so hohen Wachstumsraten zu versehen und es verbietet sich natürlich, darauf hinzuweisen, daß ,,Basisgrüne'' ihre Fahrtkosten zu Landesversammlungen oder ,,Parteitagen'' meist selbst im Rahmen ihrer politischen Arbeit finanzieren müssen.

Es sei den grünen Parlamentariern ebenso gegönnt, daß sie ihren Facharbeiterlohn beliebig nach oben variieren können, denn nur von dieser Warte aus läßt sich leichten Herzens der Abschied oder die Abkehr vom vielgeschmähten ,,Industriesystem'' abfeiern und Konsumverzicht predigen.

Zu diesem handfesten Skandal in einer Partei, die sonst immer auf die politische Glaubwürdigkeit pocht, hat der Bundesvorstand der GRÜNEN einen ,,Offenen Brief'' an die MdB's geschrieben, wo die *,,recht eigenwillig''* festgelegten ,,Facharbeiterlöhne'' angeprangert werden, um *,,zu verhindern, daß Ihr in einen politischen Skandal hineinschlittert''* (3). Tatsächlich befindet sich aber auch der Bundesvorstand in einem Dilemma, dem Finanzgebaren einiger grüner MdB's Einhalt zu gebieten, denn die Sindelfinger Diätenregelung ist nichts weiter als eine politische Absichtserklärung, wonach sich die MdB's am Facharbeiter-

tenregelung ist nichts weiter als eine politische Absichtserklärung, wonach sich die MdB's am Facharbeiter-

lohn von 1.950 DM zu orientieren haben und enthält ansonsten genügend Schlupflöcher und willkürliche Festlegungen, die den GRÜNEN im Bundestag zu mehr Wachstum verhelfen. Solche Schlupflöcher, die reichlich in Anspruch genommen werden, sind u. a.

— die ,,unterhaltspflichtigen Personen'', die bei entsprechender Begründung und Anführung von ,,Härtefällen'' beliebig gesteigert werden können;
— die Anmietung einer Bonner Zweitwohnung, die je nach Komfort und Ausstattung stark variierende Kosten verursachen kann;
— und vor allem die ,,Aufwandsentschädigungen'', hinter denen mensch so ziemlich alles an Kosten abrechnen und unterbringen kann. Da ließe sich jede Reise, jedes Essen als ,,Aufwandsentschädigung'' verrechnen. Außerdem sind — daraus ist aus dem Schreiben des Bundesvorstands zu schließen — zumindest einige GRÜNE bereits dazu übergegangen, die monatliche Aufwandsentschädigungs-Pauschale von 1.500 DM ins Gehalt mit einzubeziehen, da sie diese dann nicht zu versteuern brauchen. Allein das macht also schon ein Einkommen von monatlich 3.450 DM aus!

Die grünen MdB's scheint es nicht sonderlich zu stören, auf die *,,politische Intention des Delegiertenbeschlusses''* (3) von Sindelfingen zu achten, sie können sich genausogut darauf berufen. Daß einige grüne MdB's so aus dem vollen schöpfen und so langsam Gefallen an diesem verruchten ,,Industriesystem'' samt perversem Parlament finden, ist offenbar nur Bestandteil einer Entwicklung, die der Westberliner Bundestagsabgeordnete Dirk Schneider so beschrieb: **,,Ich sehe derzeit die Gefahr, daß sich in der Fraktion Arbeits-, Organisations- und Denkformen etablieren, die mit denen**

Dirk Schneider so beschrieb: **,,Ich sehe derzeit die Gefahr, daß sich in der Fraktion Arbeits-, Organisations- und Denkformen etablieren, die mit denen**

der anderen Parteien deckungsgleich sind ... In der Bonner Fraktion wird schon nicht mehr nach alternativen Regeln bezahlt ...

Ich sehe hier den Anfang zu einer Entwicklung, die wesentliche Elemente unseres Selbstverständnisses eliminieren wird'' (4).

— Aus der Traum? ... —

Anmerkungen

1) Aus dem Bundesprogramm der GRÜNEN gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, 15./16.1.83 in Sindelfingen
2) Beschluß der Bundes-Delegiertenversammlung der GRÜNEN in Sindelfingen zu Rotation, Diäten und Basisanbindung.
3) ,,Offener Brief'' des Bundesvorstands der GRÜNEN vom 2.5.83
4) Berichte aus Bonn, von Dirk Schneider, in: AL-Mitgliederrundbrief Nr. 22/23, Mai 1983, S. 27 und 29



Zu Maren-Grisebachs „Philosophie der Grünen"

Grüner Konfirmandenunterricht



Ökologisches Abendmahl am Kachelofen; frau beachte die naturgegebene Sitzordnung!

> *„Sitacuises, philosophus mansises"*
>
> *„Hättest Du geschwiegen, wärst Du ein Philosoph geblieben"*

Daß Manon Maren-Grisebach eine der drei Bundesvorsitzenden der Grünen ist, wissen viele. Wem das bisher schwer begreiflich war, der wird nach dieser Buchveröffentlichung klarer sehen: Immerhin hat sie es geschafft, auf 130 Taschenbuchseiten alles an Quark zusammenzufassen, was im rechten Flügel dieser 'Partei gehandelt wird.

„Philosophie ist keine zuletzt kommende Luxusgabe. Sondern wenn wir in unserem Kopf keine Ordnung schaffen, und wenn wir nicht intensiv über die täglichen Aufgaben nachdenken, dann sind wir in dem ungeheuren Labyrinth von Problemen und Anforderungen verloren." (S. 7). Leider hat man bei Frau M.-G. eben diesen Eindruck. Ein weiteres Ärgernis ist der Stil des Traktätchens, eine Mischung aus Konfirmanden-Unterricht und Naturmystik, von M.-G. selbstbegeistert als *„Frischzellentherapie"* für die *„derzeit tote politische Sprache"* gepriesen (S. 131).

Grün zu sein, bedarf es wenig

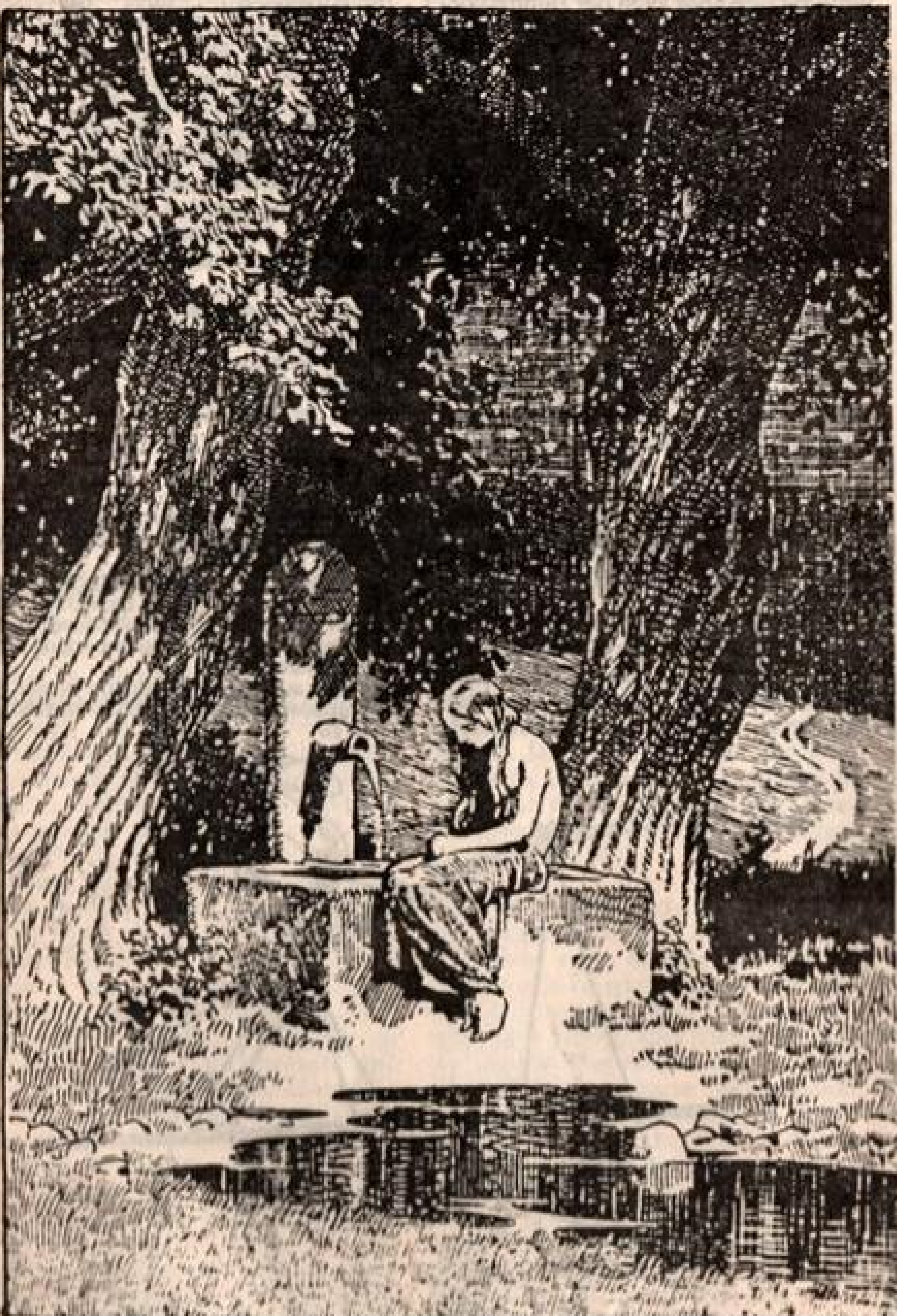
Wenigstens erfahren wir von M.-G. etwas über ihre Vorstellung vom ideelen Gesamt-Grünen und über dessen friedfertiges Zusammenleben im Öko-Nirwana.

„Die Grünen sind nicht eine Partei des Lebens im Sinne seichter Lebenslust, als Oberfläche banaler, todloser Freude" (S. 15). Stattdessen: *„So rücken wir zusammen in Wohngemeinschaften, abends in kleinen Gruppen, erdhockend oder im Gras, sind gerne still miteinander"* S. 23). Man erkennt die Erdhocker schon von weitem: *„Allein das Aussehen ist Zeichen des Inneren: Selbstgestrickte Pullover, Sandalen aus Leinen oder Rohleder, nein, da wird kein Hang zum Kleider-Luxus getrieben"* (S. 21). Und: *„Grüne drängen nicht nach Geld"* (S. 21). Daß die Grünen im Schnitt bestimmt deutlich besser verdienen, als der Rest der Bevölkerung, ist zwar wahr, aber die Grünen können nichts dafür: Sie drängen sich nicht!

„Einschränkungen werden erforderlich, (...) wenn dadurch die Voraussetzungen für unser Leben und das unserer Nachkommen erhalten" bleiben sollen (S. 50). Auf jeden Fall werden *„die sicher Verdienenden (...) ihren Beitrag zu leisten haben"* (S. 50). Praktischer Vorschlag zur Bekämpfung des Sauren Regens: *„Wenn nötig, Entschwefelungspfennig auf Strompreis aufschlagen"* (S. 51).

Die Menschen in Betrieben und Büros sind den grünen Idealen leider noch

Die Menschen in Betrieben und Büros sind den grünen Idealen leider noch ziemlich weit entfernt: *„Millionen von Arbeitenden hatten und haben bisher am Leben der Kunst, das doch einstimmig von den Gelehrten als Höchstes im Menschen gepriesen wird, keinen Anteil"* (S. 69). Doch auch für diese dumpfe Masse gibt es jetzt Hoffnung: Die Arbeitslosigkeit — von M.-G. neckisch zur *„Arbeitsfreiheit"* umlackiert — *„wird durch die Pflege aller Kräfte des Subjetiven zur Voraussetzung für eine weiter verbreitete Menschlichkeit"* (S. 70). Und das gleich milionenfach! Wir taumeln herrlichen Zeiten entgegen: *„Ohne großartige Reflektion oder Theorie entwickeln sich immer mehr Freizeitaktivitäten, Vereine verschiedenster Art werden gegründet. Da können die Mitglieder selber entscheiden, selbst verwalten, in kleinen Gruppen kommt keine Isolation auf, Geborgenheit wärmt, und die Freizeit gibt so freundlichen Lebenssinn, ohne den Makel des Nichtstuns"*. Leider verrät uns M.-G. nicht, welche Art von Vereinen sie solcherart als Keimzelle ihrer Öko-Gesellschaft entdeckt hat. Die Bierseligkeit („Geborgenheit") am Vereins-Stammtisch und im Gesangverein („kleine Gruppe") ist in jedem Fall ein neuer Quell grüner Utopie, an dem sogar Altmeister Bahro bislang achtlos vorüberging.



Grüne Frauen: "Sensibel, naturnah, gewaltlos, rezeptiv" (S.93)

Grüne Frauen: Nur 2 K's

Auch in einem anderen Bereich legt M.-G. überlieferte Werte als Elemente grüner Philosophie frei. Was M.-G. in ihrem Frauenkapitel anbietet, das klingt, so sagt sie selber, *„wieder nach traditioneller Frauenrolle: Küche und Kinder"* (S. 97). Dem sei aber gar nicht so: *„Die einstmals als Beschränkung gedachte Rollenfixierung (wird) jetzt zur Rettung und Bereicherung des verflachten, technizistischen Lebens"* (S. 97).

Daß das Patriarchat die Frauen zu Dummerchen machen will, ist vielleicht gar nicht so schlimm. M.-G. verweist auf das Positive: *„Das, weshalb die Frauen verachtet wurden, das wird plötzlich hoch geschätzt: Als rezeptiv und empfangend galten sie, und jetzt sollen a l l e Menschen weniger aktiv, weniger leistungsbegierig und mehr beschaulich werden"* (S. 91). ... *„Halten wir ruhig das den Frauen Zugeschriebene fest, dann entpuppen sich diese Eigenschaften als gar nicht so schlecht, dann sehen Frauen ja geradezu so aus, als m ü ß t e n sie der grünen Bewegung angehören: Sensibel, naturnah, gewaltlos, rezeptiv!"* S. 93). Denn so sind un bleiben alle Frauen nun einmal: *„Die Naturnähe der Frauen ist ein uns von langher vererbter Besitz"* (S. 95), während *„das Rechnen, das Kalkulieren, Medizin nach Quantitäten, nach rationaler Kausalität zu betreiben"* für die Frauen seit altersher *„fremd war"* (S. 97).

Daraus folgt: *„Das Gebärenkönnen ist ein weiterer Verbindungsstrick zur Natur."*
2. *„Heute interessieren sich die Frauen der grünen Bewegung hervorragend für Natur-Heilmethoden."*
zur Natur.
2. *„Heute interessieren sich die Frauen der grünen Bewegung hervorragend für Natur-Heilmethoden."*
3. *„Auch in der Ernährung führen sie die Menschen wieder an das Naturhafte heran: (...) Sie backen ihr Brot aus selbgeschrotetem Mehl, sie ziehen ihre Mohrrüben in Hügelbeeten und füttern ihre Kinder mit möglichst wenig Industriezucker"* (S. 97).

„Mystische Einheitsgefühle"

So könnte man in dieser kleinen Besprechung Posse an Posse hängen. Vom Friedenskapitel, das noch weniger Gehalt aufweist als Nenas „99 Luftballons", bis hin zu M.-G.s Naturbetrachtungen.

Um Langeweile zu vermeiden, sollte hier aber nur ein kurzer Überblick geboten werden.

Grundsätzlich läßt sich vielleicht resümieren, daß Frau M.-G. jede Widersprüchlichkeit und Dialektik zu *„mystischen Einheitsgefühlen"* S. 43) verrührt, auch als „Ganzheitsdenken" oder „Lehre von der Vernetzung" bezeichnet. So gibt es beispielsweise die Arbeitslosigkeit nicht wegen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, sondern ganz einfach weil *„Arbeitsmöglichkeiten geringer werden"* (S. 66); *„der Mensch als Arbeitstier stirbt aus"* (S. 70). Interessant. Und wie geschieht das? Indem menschliche Arbeitskraft total durch Technologie (Pfui Teufel!) verdrängt wird? Oder indem es nach gut biblischer Sitte plötzlich wieder Manna und Wachteln zu regnen beginnt Fragen genug für ein weiteres Buch.

Die Widersprüche zwischen Mann und Frau sollen nicht durch *„Geschlechterkampf"*, sondern durch *„ineinandergreifendes Zusammen"* gelöst werden. Vorbild sei *„Androgyn (...), eine uralte, mythische Vorstellung vom zweigeschlechtlichen, noch ungeteilten Wesen"*. Krieg ist nicht das Resultat von Widersprüchen zwischen den imperialistischen Staaten untereinander und dem Rest der Welt, sondern entsteht, weil *„die Menschenwelt"* in *„die Naturwelt"* *„die Vernichtungskapazität einbringt"* (S. 60). Kein Wunder, daß M.-G. auf Grundlage dieser skurilen Weltanschauung auf dem letzten Parteitag einen Entwurf für die Wahlplattform vorlegte, der im Friedensteil der Reagan'schen „Null-Lösung" sehr nahe kam.

„Dämonische Zwänge"

Mit der Ablehnung einer dialektischen Weltsicht, die von den materiellen Interessen von Klassen und Schichten ausgeht, bleibt nur noch eine mystische Erklärung für das Weltgeschehen. Nach M.-G. rühren die Probleme unseres Planeten von den *„dämonischen Zwängen, den eingeborenen Wünschen und Trieben"* her, *„die die Menschen zum Hinausschreiten über ihre tierische Abkunft antreiben (...). Das nicht zu bändigende Streben, das bis ins Unendliche forttreibt, das bis zur Gottähnlichkeit und Gottesgleichheit vordringen möchte (...). Gehirn und Bewußtsein, Intelligenz und Erfindungsgabe*
lichkeit und Gottesgleichheit vordringen möchte (...). Gehirn und Bewußtsein, Intelligenz und Erfindungsgabe
zur Befriedigung dieser Tiefendimensionen benutzen zu müssen, das ist der dämonische Zwang" (S. 121). So steht es ja auch schon in der Bibel, allerdings mit sehr viel schlichteren und schöneren Formulierungen.

Im grünen Wald

Wer den Gegner nur in uns selber, nämlich der menschlichen Natur mit ihren dämonischen Zwängen, sieht, hat selbstverständlich auch mit Kämpfen relativ wenig im Sinn. Gegen wen auch?

Da bleibt nur noch das Ringen mit dem inneren Schweinehund, der Überzeugungskraft der Pfadfinderbewegung: Jeden Tag eine gute Tat. M.-G. beschreibt das unter dem völlig unzutreffenden Titel „Die Machtfrage" folgendermaßen: *„Sie (die Grünen) halten sich ans Überzeugen, ans Gespräch und ans eigene praktische Tun, das vorbildhaft zu wirken imstande ist: Fahrradfahren statt Auto, biologischen Anbau von Gemüse oder doch dessen Kauf, Schreiben auf Umweltschutzpapier, Eigenbau von Sonnenkollektoren — Alltagsdinge, die höchstens andere anregen, aber niemals zwingen"* (S. 84). Und wenn selbst menschliches Tun in dieser Sanftheit nichts nützt, ist Mutter Natur immer noch am überzeugendsten: *„So wurde schon ein Straßenbau im letzten Augenblick abgesagt, als die verantwortlichen Planer in die Mitte des betroffenen Waldes geführt worden waren, als sie die riesigen Buchen sahen, die Stille spürten, das Tal und den Bach in sich aufnahmen (...)"* (S. 49). Da wissen die hessischen Grünen jetzt endlich, wie die Startbahn West doch noch zu verhindern wäre: Am besten Frau M.-G. schnappt sich Holger Börner höchstpersönlich und lustwandelt mit ihm im Flörsheimer Wald. Wie wärs, Manon?

Jürgen, Stuttgart

Maren-Grisebach, Philosophie der Grünen, Günther Olzog-Verlag, 6.80.

Bremen:

Betrieblich- Alternative Liste gegründet

Grüne lehnen Einigung endgültig ab

Am 26. Mai gründeten in Bremen 450 Menschen die Betrieblich-Alternative Liste (BAL), der noch am Gründungsarbeit fast 350 Personen beitraten. Damit folgten die Bremer der Vorgabe aus der Nachbarstadt Bremerhaven, in der bereits vierzehn Tage vorher die „Liste der Kommunalpolitischen Konferenz" gegründet werden war. Beide Listen, die gemeinsam zu den Bürgerschaftswahlen im Herbst antreten könnten, vereinen das Spektrum der im BAB (Betrieblich-Alternatives Bündnis) zusammengeschlossenen aktiven Gewerkschafter und Betriebsleute, Menschen aller Strömungen der Friedens- und Frauenbewegung sowie weiterer alternativer und autonomer Gruppierungen.

Der monatelange Diskussionsprozeß zwischen den unterschiedlichen Kräften war bereits vorher in einer politischen Grundsatzerklärung der BAL zusammengefaßt worden. Die BAL-Erklärung, die nicht wenige Teile der programmatischen Entwürfen der Bremer Grünen bzw. der Bundespartei annäherte, spiegelt in allen Abschnitten die fortschrittlichen Positionen der alternativen Gruppen und der progressiven betrieblichen Kräfte wider. In die politischen Strukturen der BAL wurden sowohl das Rotationsprinzip wie das „imperative Mandat" und die Atonomie des Frauenbereichts aufgenommen. Die „Beitrittswelle" und der im Zusammenhang mit der Gründung überall anzutreffende Elan lassen Raum für die berechtigte Hoffnung,
Zusammenhang mit der Gründung überall anzutreffende Elan lassen Raum für die berechtigte Hoffnung,
daß die BAL tatsächlich „die inhaltliche Qualität alternativer und linker Politik" wird verbessern können. — In einem offenen Brief an „Grün 83" Vorbereitungsgruppe des grünen Programms) wurde betont, „daß eine gemeinsame politische Arbeit möglich ist", und die Grünen alle Einigungsmöglichkeiten zur Bildung einer gemeinsamen Bürgerschaftsliste ausnutzen sollten.

BAL — Trojanisches Pferd der SPD?

Auf ihrer Mitgliederversammlung aum 28.5. setzten die Grünen die Beschäftigung mit dem Bündnisangebot der BAL an die erste Stelle ihres „Wahlparteitags". Runde 130 Leute, fast ausschließlich Grüne hatten es in der Hand, einen auch für die Grünen bisher unerreichten Zusammenschluß mit betrieblichen Aktivist/inn/en und der alternativen Linken zu fördern. Doch der Bremer Landesverband wurde einmal mehr seiner Rolle als sektiererische Blüte innerhalb der Bundspartei und der Bremer „Scene" gerecht: Nachdem Bahro Anfang Mai die Parole erneuert hatte, den Bremer LV als Bastion gegen die falsche gewerkschaftlich orientierte Politik der GAL Hamburg aufzubauen, wurde eine bereits im Vorfeld der Mitgliederversammlung von 60 Leuten unterzeichnete Beschlußvorlage vorgelegt, die jeglichem Bündnis mit der BAL eine strikte Absage erteilte.

Da auch die Grünen nicht daran vorbeikonnten, die Nähe der Grundsatzerklärung der BAL zu grünen Positionen festzustellen, halfen sie sich über diese Tatsache mit den üblichen Drahtzieher-Märchen hinweg; während die BAL in dem einstimmig verabschiedete Beschlußpapiera wahlweise als Tarnkappe der DKP, Gruppe Arbeitpolitik und des KB oder nur der DKP denunziert wird, ohne die neue Qualität der Listengründung auch nur ansatzweise zu berühren, war es Jo Müller vorbehalten, den gewagtesten Beitrag des Tages zu halten. In den Fußstapfen des SPD-Landesvorsitzenden Kunick, der das BAB als „trojanisches Pferd der DKP" bezeichnet hatte, bezeichnete Müller die BAB als letzten Versuch der SPD, die grünen Angriffe auf die absolute Mehrheit abzuschlagen. Dies
Müller die BAB als letzten Versuch der SPD, die grünen Angriffe auf die absolute Mehrheit abzuschlagen. Dies
zu einem Zeitpunkt zu verbreiten, zu dem Kunick per Rundbrief die Unvereinbarkeit von Mitarbeit im Betrieblich-Alternativen Bündnis und in der SPD erkären läßt („Weser-Kurier", 28.5.83) und die Ausschlußanträge vermutlich schon bearbeitet werden, zeugt von absoluter Dummheit oder skrupelloser Denunziatorentum. Noch in Rechnung gestellt, daß Bürgermeister Koschick schon vor einem Jahr den Einzug einer grünen Gruppierung unter Führung von ex-BGLer Peter Willers begrüßt hatte, fällt vor allem die Ähnlichkeit der Angriffe von SPD und Grünen gegen BAB und BAL auf.

Die nächste Mitgliederversammlung der Betrieblich-Alternativen Liste am 6. Juni wird entscheiden, ob sie zur Bürgerschaftswahl im September antreten wird.

KB/Gruppe Bremen



„Das Steuer von Ihnen oder von mir aus nach links...?"

Massenkampagne zur Energiebroschüre versackt?

400.000 Exemplare einer Energiebroschüre der Anti-AKW-Bewegung mit dem Titel „Energieversorgung ohne Atomkraft — Eine Information der Bürgerinitiativen" wurden im Februar und März unter die Leute gebracht, über 90.000 DM wurden dafür aufgewendet. Eine solche Broschüre war auf der Anti-AKW-Bundeskonferenz 1980 nach dem Vorbild einer Kampagne der OOA (Dänemark) beschlossen worden, aber erst nach zweijährigem Streit fertiggestellt worden. Geplant ist nun eine 2. Auflage, deren Herausgabe allerdings aus finanziellen Gründen in der Luft hängt.

Über den Stand der Kampagne soll hier berichtet werden. Diese Kampagne ist nicht nur wegen des enormen Einsatzes an Mitteln von Bedeutung, sondern auch wegen der Tatsache, daß bei den Inhalten bis weit ins radikale Lager der Anti-AKW-BIs sozialdemokratische Argumentationen Fuß fassen konnten.

Mit der Broschüre und Kampagne sollte eine inhaltliche Offensive der Atomkraftgegner gegen die Propaganda der Atomkraftlobby auf breiter Ebene erreicht werden. Im ersten Anlauf blieben dabei eine ganze Reihe Inhalte auf der Strecke.

Die Hamburger BUU hat zwar den Beschluß der Bundeskonferenz vom Oktober 82, die Broschüre als Herausgeber zu tragen, respektiert, eine Verteilung wegen ihres Inhaltes allerdings abgelehnt, obwohl andererseits die Hamburger GAL im Eilverfahren gleich 10.000 DM in die Broschüre gesteckt hat. Die Kritik der BUU ist im letzten Atomexpress (Nr. 34) abgedruckt. Nach zweijähriger Diskussion und einem Gegenentwurf aus Bremen war dennoch die ursprüngliche Fassung (mit redaktionellen Überarbeitungen) ohne inhaltliche Veränderungen genommen worden, viele waren froh, daß überhaupt etwas zustande kam. Unsere Kritik (am ersten Entwurf) ist
überhaupt etwas zustande kam. Unsere Kritik (am ersten Entwurf) ist
im AK 213 (23.11.81) ausführlich vorgestellt worden. Unter weitgehendem Verzicht auf die bisherige Agitation der Anti-AKW-Bewegung über die Gefährlichkeit von AKWs, ihr Zusammenhang mit militärischer Nutzung werden in der Broschüre im wesentlichen die technischen Möglichkeiten zum Energiesparen bzw. für andere Technologien aufgezeigt. Danach soll allerdings nicht nur die Wende „Weg von AKWs", sondern auch „Weg vom Öl" propagiert werden.

Dabei werden Sparvorschläge unabhängig davon betrachtet, ob damit dem Verbraucher letztlich die Kosten aufgebrummt werden. Auch der Bundesregierung wird lediglich mangelnde Konsequenz beim Energiesparen vorgehalten. Die Orientierung „Weg vom Öl" entspricht ja nicht nur den ökologischen, sondern vor allem imperialistischen Gesichtspunkten, um die „Erpressung" durch die Ölscheichs nach der Ölkrise wieder umzudrehen, was ja inzwischen mit Erfolg gelungen ist. Pate bei der Broschüre hatten insbesondere die Vorstellungen des Freiburger Ökologie-Instituts gestanden, die eine entsprechende „Energiewende" in der BRD in einem Szenario dargestellt hatten (siehe dazu auch AK 202). Diese Wende „Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran" nimmt den Gedanken der „Erpressbarkeit" der BRD vollkommen auf. Was Wunder, daß diese Gedanken in der Enquete-Kommission des Bundestages mit Eingang genommen hatten. Einer ihrer Vertreter, Meyer-Abich (von der Uni Essen), ist inzwischen zum Energieberater Vogels im Wahlkampf aufgestiegen.

Die Propagandisten dieser Wende kommen dann in der Broschüre auf einer ganzen Seite (von insgesamt 12) mit ihrem Modell zu Wort. Solche Vorstellungen haben nicht nur in der Broschüre und bei der Lobby-Arbeit des BBU in die SPD und in den Bundestag hinein, sondern auch in großen Teilen der Grünen und auch alternativen Listen Eingang gefunden. Entsprechend alternative Energiemodelle sind inzwischen sehr in Mode gekommen.

Als Offensive taugt die Broschüre wesentlich nur gegen die Atommafia im Streit mit kommunalen Politikern, wie er z.B. in Hamburg seit Jahren mit der HEW schmort.

Zur Kampagne

Von der ersten Auflage waren 110.000 im Raum Braunschweig und Salzgitter verteilt worden, 90.000 in Schwandorf und Regensburg, 50.000 im Raum Whyl/Freiburg, 40.000 in Hanau, 40.000 in Kiel und Flensburg, 15.000 in Lüchow-Dannenberg und ebensoviele in Neckarwestheim und auch in Geesthacht (AKW Krümmel). D.h. insgesamt gingen diese Exemplare vorrangig in Gegenden um (geplante) Atomanlagen herum. Doch nur in Braunschweig und Salzgitter wurde die Aktion durch eine öffentliche Kampagne begleitet, in den anderen Orten verschwanden die Broschüren „bei Nacht und Nebel" ohne erkennbare Resonanz in den Briefkästen, wie die Organisatoren selbst angeben. In Braunschweig wurde mit Film- und Diavorträgen, Podiumsdiskussion und Veranstaltungen zu Problemen wie ‚Energie und Arbeitsplätze' und ‚AKWs und Atombombenproduktion' (die in der Broschüre nicht enthalten sind) die öffentliche Auseinandersetzung gesucht. In einer Abschlußerklärung wird dazu gesagt, die BIs hätten wieder „Ansprechpartner für den Bürger" durch diese Kampagne werden können. In einem Bilanzpapier nach einem Auswertungstreffen im März in Kassel (auf dem kaum verteilende BIs anwesend waren) hieß es dazu, daß *„von einer inhaltlichen Offensive...nicht viel zu merken"* gewesen sei. Gründe für einen Abbruch seien das allerdings nicht. Und nun sollen für die 2. Auflage, für die immerhin schon 1 Mio. Bestellungen vorliegen, Finanziers gesucht werden. 10.000 DM von den Grünen aus Hessen und 2.000 DM aus Niedersachsen und 15.000 DM Spendengelder (ohne Rückzahlung der Kredite für die 1. Auflage) liegen vor. 50.000 DM fehlen für die geplante Auflage von einer halben Million Exemplare.

Was lag dort näher als sich an die Bundesgrünen zu wenden? Nachdem bisher schon 56.000 DM Gelder und Kredite von Landesverbänden aufgewendet worden sind, erwarten die Initiatoren auch den Restbetrag von den Bundesgrünen. Immerhin sollen von den 8.5 Mio. DM erwarteter Wahlgelder ein ganzer Batzen über einen Ökofond in solche Projekte fließen, (die taz — 26.5.83 — behauptet, daß 3-4% im Gespräch seien - = 250.000 bis 360.000 DM), wobei allerdings schon für 1 Mio. DM Anträge vorliegen sollen.

Die Grünen haben sich dann nicht (selbst Befürworter nicht) an diesen Happen herangetraut und das Problem hin- und herverschoben, ohne eine inhaltliche Stellungnahme dazu abzugeben. Immerhin empfahl der Bundesvorstand nach drei Sitzungen dem Bundeshauptausschuß, die Gelder zu genehmigen. Der hat sich damit aber nicht befaßt, das Problem ist jetzt an den (noch zu bildenden) Ökofond verschoben worden. Die Träger der Kampagne sind darüber kräftig ärgerlich, zumal es sich doch um eine Kampagne d e r Anti-AKW-Bewegung handle (sie sollte es werden), außerdem bringe das ihre Planung durcheinander, da die 2. Auflage im Juni verteilt werden sollte. Für Ende Mai ist deshalb eine „Krisensitzung" derjenigen anberaumt worden, die diese Auflage verteilen wollten. Da allerdings die BIs mangels des zu erwartenden Effekts kaum entsprechende Spenden eintreiben werden, könnte das Problem ohne weiteres wieder bei den Grünen landen und ggf. mit noch größerem moralischem Druck vorgetragen werden, selbst wenn es keine Kampagne ist, die in der Anti-AKW-Bewegung noch Identifikationen hervorruft.

Gedankensplitter zur Volkszählung

Einige
müssen immer gleich Bezüge zu 1984
herstellen
wo es doch noch ein halbes Jahr hin ist

Made in Germany macht's möglich
noch vorm orwellschen Stichjahr
Big Brother zu erproben

Einige
sind stolz
stolz auf die
„zukunftsorientierte Planung im Interesse der Bevölkerung"
die in ihrer Perfektion
kaum Vergleichbares findet.

Deutsche Qualität auch beim
ERFASSEN SPEICHERN KONTROLLIEREN

Einige
sind skeptisch
„im Interesse der Bevölkerung"
?
Zu oft hat diese Floskel schon gezeigt
daß ihr die Wahrheit fehlt

Einige
müssen immer gleich Bezüge zu 1939
herstellen
wo es doch nun schon solange her ist
Nur weil da
zufällig
die „erste großdeutsche Volks-, Berufs- und Betriebszählung" durchgeführt wurde
Nur weil hier
zufällig
auch wieder
Juden, Kriminelle und Behinderte erfaßt werden.

Deutsche Gründlichkeit vergaß auch
sie nicht beim
ERFASSEN SPEICHERN
KONTROLLIEREN SELEKTIEREN
DEPORTIEREN

Einige
mögen sagen
1984! 1939! Ist doch alles Quatsch
Eben.

P.S.:

Viele
mögen aufatmen
jetzt
wo das Bundesverfassungsgericht
die Volkszählung stoppte
Ein Sieg für die Demokratie?

Viele
glauben
Manche
hoffen
Einige
sind
skeptisch

Zu oft schon
enthielten die kleinen Niederlagen
JENER
heute bereits die großen Niederlagen
VON UNS
morgen
Weil wir uns blenden ließen
von dem Sieg

Aufgeschoben
aber nicht entschieden
was sich nicht bewegt
muß nicht tot sein
Oft
ruht es sich nur aus
und tritt hervor
gestärkt

Big Brother
steht nun nicht in der Tür
aber wer glaubt
daß er schläft
der irrt
er hat nun Zeit
bis 1984

wir nicht

Brinki

15 Demonstranten sollen 160.000 Mark zahlen



160.230,20 DM fordert die Bremer Senatskommission für das Personalwesen (SKP) von 15 bei der Massendemonstration gegen die Rekrutenvereidigung am 6.Mai 1980 festgenommenen Frauen, Männern und Jugendlichen. Es wird Ersatz verlangt für Schäden am Waffen, Dienstkleidung, für Lohnausfall und Heilbehandlungskosten der Polizei. Außerdem stellt die SKP die Reparatur der Schäden an Straßen, Anlagen und am Weserstadion in Rechnung.

Für den Gesamtbetrag von über 160.000 DM soll jede(r) einzeln nach zivilrechtlichen Grundsätzen voll haftbar gemacht werden. Nachdem innerhalb der gesetzten Frist (vom 20.April bis 6.Mai!) die Betroffenen der Zahlungsaufforderung nicht nachgekommen sind, hat die SKP nunmehr Klage vor dem Landgericht erhoben.

Schon am 23.März hatte die Bundeswehr gegen zwei Demonstranten Mahnbescheide über 99.392 DM plus Verfahrenskosten Von 2.253 DM für die ihr entstandenen Schäden erwirkt. Die Empfänger der Rechnungen bzw. Bescheide hatten alle einen Prozeß wegen der 6.Mai-Demonstration. Einer wurde (nicht rechtskräftig) freigesprochen; alle anderen wurden — z.T. ebenfalls noch nicht rechtskräftig — verurteilt.

Mit diesen Zahlungsaufforderungen übernimmt der Bremer SPD-Senat Maßnahmen, die der Einschränkung der Demonstrationsrechte in CDU-regierten Bundesländern in nichts nachstehen bzw. sie mit der existenzvernichtenden gesamtschuldnerischen Haftung teilweise noch übertreffen.

— Noch immer müssen 200 Teilnehmer des Anti-Atom-Dorfes in Grohnde für die Räumung im Sommer 1978 gesamtschuldnersich 230.000 DM berappen.

— Für Räumung und Polizeieinsatz im Frühjahr 1980 an der besetzten Bohrstelle 1004 bei Gorleben verlangt die niedersächsische Bezirksregierung Lüneburg von 40 AKW-Gegnern ca.2,8 Mio. DM („FR", 25.2.83).

— 31 Demonstranten blockierten im März 1982 mehrere Stunden lang die Zufahrt zu dem im Bau befindlichen atomaren Zwischenlager in Gorleben und werden für Polizeieinsatzkosten Zufahrt zu dem im Bau befindlichen atomaren Zwischenlager in Gorleben und werden für Polizeieinsatzkosten mit je 75 DM zur Kasse gebeten („Weserkurier", 12.4.83).

— In Baden-Württemberg haben mehr als 300 Menschen, die sich im August 1982 in Großengstingen auf der Schwäbischen Alb an der ersten großen Blockadeaktion gegen ein Atomwaffenlager in der BRD beteiligt hatten, inzwischen Strafbefehle zwischen 500 und 2.000 DM wegen Nötigung erhalten („FR", 29.3.83).

— Nach der Blockade des Hauptquartiers der US-Armee für Europa am 12.Dezember 1982 in Stuttgart wurden 292 Kostenbescheide über 23.000 DM verschickt, die pro Einzelbescheid zwischen 25,90 DM und 116,10 DM liegen („FR", 2.2.83).

— Gesetzesänderung in Bayern ab 1.Juli 1983: *„CSU will Demonstranten zur Kasse bitten: Den Luxus auch bezahlen"* („FR", 23.4.83).

Als *„politischen Skandal ersten Ranges"*, der *„die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Alternativen zur Politik der C-Parteien ... zugrunderichtet"*, kennzeichnen die Bremer Jusos die Maßnahmen des Senats. Sie weisen darauf hin, daß die SPD als Oppositionspartei z.B. in Baden-Württemberg die Haftbarmachung einzelner Demonstranten für Polizeieinsatzkosten *„zu recht als üble reaktionäre Anschläge auf die Demonstrationsfreiheit verurteilt"* hat. Originalton des SPD-Landesvorsitzenden von BaWü: *„Die CDU (betrachtet offenbar) das Land Baden-Württemberg als Exerzierfeld für den Marsch in den Nachtwächter- und Überwachungsstaat"* und mache durch die „Demonstrationsgebühr" die Freiheit kostenpflichtig. Zweck solcher Maßnahmen sei es, Demonstranten vom Demonstrieren abzuschrecken. So sagt auch der ehemalige Verfassungsrichter und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Martin Hirsch. (zit. nach „FR", 19.2.83).

Besonders peinlich für den Bremer SPD-Senat ist, daß im Frühjahr 1983 in der Bremer Bürgerschaft auf Antrag der SPD-Fraktion ein Polizeigesetz verabschiedet wurde, in dem die Kostenerstattung für Polizeieinsätze gerade ausgeschlossen wurde, und der Senat jetzt nichts besseres zu tun hat, als die „Demo-Gebühren" auch in Bremen einzuführen — und zwar gleich in abenteuerlicher Höhe. Den jetzt Betroffenen kann es egal sein, auf welcher „Rechtsgrundlage" sie zeitlebens ruiniert werden sollen und ihre persönliche und soziale Zukunft vernichtet werden soll.

Gemessen daran, daß es leider schon fast zum täglichen politischen Alltag gehört, daß willkürlich festgenommene Demonstranten Monate und Jahre spä- fast zum täglichen politischen Alltag gehört, daß willkürlich festgenommene Demonstranten Monate und Jahre spä-ter für unser aller Recht auf Demonstrationsfreiheit Hunderttausende oder gar Millionen DM an die Staatskasse blechen sollen, waren Reaktionen und Proteste der demokratischen Öffentlichkeit in Bremen recht erfreulich.

Eine erste Presseerklärung der Betroffenen (u.a. einige Hamburger), in der der Bremer Senat aufgefordert wird, die skandalösen Zahlungsaufforderungen zurückzunehmen, wird mittlerweile unterstützt von
— Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei", Bremen;
— Humanistische Union, Brenfen;
— Jungdemokraten, Bremen;
— Alternative Liste, Bremen;
— Die Grünen, Bremen (Peter Willers);
— Betrieblich-Alternatives Bündnis (BAB);
— DFG/VK Hamburg;
— Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Hamburg;
— Graue Panther e.V., Hamburg;
— Grün-Alternative Liste, Bürgerschaftsfraktion, Hamburg;
— BBU;
— FRIKO, Hbg.

Ein schönes Beispiel für die Basisdemokratie der Grünen lieferte Peter Willers: Er preschte einen Tag früher als abgemacht mit der Presseerklärung in die Öffentlichkeit, um die Publicity der Erstveröffentlichung für sich persönlich einzuheimsen.

Der Republikanische Anwaltsverein und die Jusos formulierten eigene Erklärungen, in denen in aller Schärfe die existenzvernichtende Konsequenz der Erstattungskosten kritisiert wird. Obwohl von einigen Betroffenen bereits rechtskräftig festgestellt wurde, daß sie sich an Ausschreitungen beteiligt hätten, was Jusos und andere Kreise ja meist vor Solidaritätsbekundungen zurückschrecken läßt, meinen die Bremer Jusos mit Recht, daß es darauf politisch nicht entscheidend ankomme. **„Die Frage ist, ob das Zivilrecht als Waffe zur Vernichtung sozialer Existenzen angewendet und als politisches Disziplinierungsmittel eingesetzt wird."**

Nach den ersten Presseveröffentlichungen hat sich auch innerhalb der Bremer SPD einiges getan.

Dr. Waldemar Klischies, einer der innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, glaubte erst an Fälschungen und *„den üblen Versuch, den Senat und die SPD in Mißkredit zu bringen"*. Mittlerweile hält nicht nur er das Vorgehen des Senats für *„politisch unsinnig und unverantwortlich"*. SPD-Fraktionschef Wedemeier will, daß der Senat *„die Sache in Ordnung"* bringt: die Stimmung in der Fraktion *„ist dem Siedepunkt nahe"*. Einige Bremer Un- Senat *„die Sache in Ordnung"* bringt: die Stimmung in der Fraktion *„ist dem Siedepunkt nahe"*. Einige Bremer Un-terbezirke der SPD haben bereits Resolutionen verabschiedet, in denen die Rücknahme der Kostenbescheide gefordert wird.

Auf dem kommenden Bremer SPD-Parteitag am 28.Mai wird sich zeigen, wie weit es mit dem Demokratieverständnis der SPD als Herrschaftspartei her ist.

KB Bremen; 24.5.83

Presseerklärung

1. Am 20. April 1983 verschickte die Senatskommission für das Personalwesen nach eigenen Angaben Aufforderungen an 15 Personen, die als Kriegsgegner gegen die Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 demonstriert hatten, innerhalb von 12 Tagen jeweils als Gesamtschuldner/innen

160.230,20 DM

zu bezahlen.

Begründet wird diese Zahlungsaufforderung damit, daß sich die/der Betroffene *„aktiv am 6. Mai 1980 zusammen mit anderen an einer gemeinschaftlich begangenen Handlung (Körperverletzung und Sachbeschädigung) als Mittäter bzw. Helfer beteiligt"* (habe). Unterstellt wird der gemeinsame Wille zur Störung der Rekrutenvereidigung, wobei der Tatbeitrag der Einzelnen unerheblich sei.

Auch die Bundeswehr ließ sich nicht lumpen und verschickte Mahnbescheide über Schäden in Höhe von 90.000,-- DM, u.a. an einen im 6.Mai-Prozeß Freigesprochenen.

Jetzt sollen also 15 von damals rund 15.000 Demonstranten für Schäden (an Dienstkleidung, Waffen und Gerät der Polizei und am Weser-Stadion) aufkommen, die die Folge eines staatlich verordneten Militärspektakels waren und demnach auch von den politisch Verantwortlichen zu tragen sind.

Frage:
— Haben nicht am 6. Mai 1980 auch einige Bremer SPD-Größen an der Demonstration teilgenommen und damit das antimilitaristische Ziel der Demonstration unterstützt?
— Müßten nicht Herr Scherf und Herr Walthemate nach der Logik der Senatskommission ebenso für Schäden verantwortlich sein wie die damals zufällig und willkürlich Verhafteten?

2. Nicht genug damit, daß die meisten der Betroffenen in Gerichtsprozessen auf der Grundlage höchst zweifelhafter Zeugenaussagen teilweise bis zu 19 Monaten Gefängnis (z.T. nicht einmal rechtskräftig!) verurteilt worden sind, die so Verurteilten sollen auch noch zusätzlich in den finanziellen Ruin getrieben werden. Solche Zahlungsaufforderungen machen die Teilnahme an einer Demonstration zum existentiellen Risiko. Sie sind mit einem Rache- und Verfolgungsdenken zu erklären, in dem die verantwortlichen Bürokraten des Senats offenbar befangen sind.

3. Das Vorgehen der bremischen Senatskommission ist umso skandalöser, als die SPD in Baden-Württemberg die dort von der CDU-Landesregierung erlassene

3. Das Vorgehen der bremischen Senatskommission ist umso skandalöser, als die SPD in Baden-Württemberg die dort von der CDU-Landesregierung erlassene Polizeikosten-Ersatzregelung bei Demonstrationen scharf kritisiert hat. Der Zweck beider Forderungen, ob für Polizeieinsätze oder für entstandene Schäden, ist derselbe: die Abschreckung und Einschüchterung von Demonstranten. Als Opposition im Baden-Württembergischen Landtag hat die SPD treffend von einem *„Marsch in den Nachtwächter- und Überwachungsstaat"* gesprochen, wenn in Zukunft durch eine *„Demonstrationsgebühr die Freiheit kostenpflichtig gemacht"* werde.

Auch nach Ansicht des früheren Bundesverfassungsrichters Martin Hirsch (SPD) gehe es bei einer Demonstrations-Kostenerstattung in Wahrheit darum, Demonstranten vom Demonstrieren abzuschrecken. Die Praxis der Bremischen SPD-Landesregierung unterscheidet sich in nichts von der CDU-Regierung in Baden-Württemberg.

4. Die Unterzeichnenden verurteilen aufs Schärfste die massive Einschränkung des Demonstrationsrechts durch den SPD-Senat und fordern ihn auf, die skandalösen Zahlungsaufforderungen sofort zurückzunehmen.

einige Betroffene

Diese Erklärung wird bislang unterstützt von:
— Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei", Bremen
— Humanistische Union, Bremen
— Jungdemokraten, Landesverband Bremen
— Alternative Liste, Bremen
— Die Grünen, Landesverband Bremen
— Peter Willers, MdBB
— Betrieblich-Alternatives Bündnis
— DFG/VK Hamburg
— Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Hamburg
— Graue Panther e.V., Hamburg
— Grün-Alternative Liste, Bürgerschaftsfraktion, Hamburg

Kontaktadresse:
Reinhard Seekamp
Grundstraße 21
2800 Bremen 1
Tel.0421/70 2009

Weitere Unterstützer: Katholische Studentengemeinde Hamburg, Evangelische Studentengemeinde Hamburg, Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Uni-Vollversammlung Bremen, 5.5., Juristinnentreffen, 6./7.Mai in Bremen. Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Kommunisti scher Bund (KB)

Letzte Meldung

aus: "taz", 26.5.83

Bremer Leistungsbescheide reduziert

Nicht das letzte Wort

Bremen (taz) - Um 120.000 DM hat der Bremer Senat seine Forderungen für die Schäden bei der Rekrutenvereidigung im Mai 1980 reduziert. Insgesamt 39.000 DM will er jetzt noch von den 15 Personen haben, die im April Kostenbescheide über mehr als 160.000 DM erhielten.

Schon als der Senat beschloß, auf Grund der nach drei Jahren anstehenden Verjährungsfrist an 15, zum Teil nicht rechtskräftig verurteilte Frauen und Männer Rechnungen für die Schäden bei der Rekrutenvereidigung am Weserstadion zu schicken, war es unter Senatoren zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Ein Teil von ihnen war nicht bereit, das als „rechtlich zweifelhaft" eingestufte Vorgehen des Senats mitzutragen. Zahlreiche Organisationen hatten sich danach gegen die Kosteneintreibung gewandt, darunter auch der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft.

Nach diesen Diskussionen mußte sich der Senat am Dienstag in seiner ordentlichen Wochenzusammenkunft erneut damit beschäftigen. Nunmehr sollen nur noch die Kosten für beschädigte Polizeiausrüstung und verletzte Polizeibeamte eingetrieben werden. Der Rest, so ein Sprecher des Senats, wäre durch Versicherungen ohnehin gedeckt.

Aus den Behörden, die sich gegen die Eintreibung ausgesprochen hatten, war allerdings auch am Mittwoch zu erfahren, daß man sich „nicht wie auf einem Basar herunterhandeln" ließe. In erster Linie war von dieser Seite kritisiert worden, daß ohne konkreten Tatnachweis von jedem angeklagten Demonstranten die gleiche Summe eingetrieben wird.

Die Betroffenen erhielten derweil eine Klageerhebung über die alte Summe. Ihre Devise, die sie am Dienstag auch auf dem örtlichen Marktplatz vortrugen, lautet weiterhin mit Dario Fo: Bezahlt wird nicht. In den nächsten Wochen wird sich auch die Bürgerschaft mit der Angelegenheit befassen. Das letzte Wort scheint der Beschluß des Senats noch nicht zu sein. *aj*

Podiumsdiskussion zum Knast

ein historisches Ereignis in Hamburg

Den Versuch, so eine Veranstaltung auf die Beine zu stellen, gibt es schon seit längerem. Einige Gefangene aus „Anstalt VIII" des Fuhlsbüttler Knastes haben 80 Unterschriften für eine Diskussionsveranstaltung im Knast mit Vertretern der Parteien gesammelt.

Am 13.5.83 fand sie nun endlich statt. Anwesend waren ca. 70 Gefangene, ob und welche Presse von Frau Leithäuser nun noch tatsächlich geladen worden ist, bleibt bis heute offen. Wichtig genug fanden diese Veranstaltung nur die taz und der Arbeiterkampf, die dann als einzige Pressevertretung anwesend waren.

Gleich am Anfang, noch im Vorraum wurde klar, daß sich außer der GAL Vertreterin niemand der Parteienvertreter Gedanken gemacht hatte, was da nun ablaufen soll. Alle hatten erst „*ganz kurzfristig*" davon gehört, seien ja aber „*selbstverständlich immer bereit das Gespräch zu suchen*", hatten aber im einzelnen — keine Vorstellung.

Nun saßen sie also vorne auf dem Podium in dem Kirchenraum des Knastes, der am Wochenende auch als Besuchsraum umgebaut wird: Richter Mett von der Fürsorge, eingeladen die Gesprächsmoderation zu machen, Herr Heine von der SPD, Prof. Steffani von der CDU und Ulla Jelpke von der GAL. Frau Leithäuser setzte sich an den „Nebentisch", an dem auch der Anstaltsleiter Düsedau, einige Abteilungsleiter und - die Presse saßen.

Der erste Disput kam auf, als Düsedau den Namen eines Gefangenen nannte, der mit auf das Podium sollte, „*Einspruch*" tönte es gleich aus mehreren Ecken. Ein Gefangener begründete den Widerspruch:

„*Die Anstaltsleitung hat zu vier Gefangenen gesagt, sie sollen sich einigen, wer nach vorne auf das Podium geht. Aber das ist niemand, der unsere Interessen vertritt!*" Sichtlich genervt reagierte darauf die Anstaltsleitung, „*dann seien die Gefangenen eben nicht auf dem Podium vertreten.*" Offensichtlich war diese Situation für Frau Leithäuser zu peinlich, sie meinte, die Gefangenen sollten sich jetzt auf einen Vertreter einigen und der könne dann nach vorne, das ging auch ziemlich schnell über die Bühne.

Für die Gefangenen benannte dann Peter die wesentlichsten Probleme

+ Staatsvertrag mit Lübeck, der bedeutet, daß Langzeitstrafen-Gefangene nach Lübeck verschubt werden und dabei aus ihren meist sowieso stark angegriffenen sozialen Zusammenhängen gerissen werden.
+ der Alltag im Knast im Widerspruch zum neuen Strafvollzugsgesetz, daß einerseits vom Behandlungsvollzug für BTM Gefangene geredet wird, andererseits in der Praxis überhaupt keine Unterstützung läuft
+ Gelder werden in die unsinnigsten Projekte gesteckt. Neue Sicherheitsschleuse (5 Mill. DM!) und eine neue Isolationsstation. Und für konkrete Belange ist dann nichts mehr da.

Als erste kommt die GAL zu Wort. Ulla Jelpke geht nochmal auf die neue Isolationsstation in der Anstalt ein — einer der Initiatoren der Veranstaltung sitzt zur Zeit in Isolation und konnte aus „Sicherheitsgründen" nicht teilnehmen! Sie bedauert nochmal ausdrücklich die Entscheidung, daß die Gefangenen von der Isolierstation nicht teilnehmen können und erinnert daran, daß es gerade 50 Jahre her ist, daß in diesem Knast die Nazis gewütet haben und damals Foltermethoden wie Isolation angewandt wurden. Sie weist auf die Fülle von Material hin, daß es zu dem Thema Isolation gibt und stellt die Frage in den Raum, wem es nützen soll, Gefangene in totale Isolation zu sperren. Es gibt nichts, was das begründet. Das hätte nur den Sinn, die Gefangenen, die sich nicht brechen lassen, zu verwalten, anstatt die vielfachen Vollzugsprobleme zu beheben.

Außerdem stellte sie nochmal die GAL Forderungen zum Knast dar

+ Abschaffung der Knäste
+ Ordentliche Bezahlung der Arbeit im Knast
+ Therapie und Behandlungsmöglichkeiten für BTM Gefangene
+ ....

Da wo die GAL sicher sei, daß Reformen der sozialen und rechtlichen Situation der Gefangenen eine Verbesserung bringen, da unterstütze sie auch Reformversuche, obwohl sie grundsätzlich der Meinung sei, daß es keinen menschlichen Strafvollzug geben könne.

Der CDU Vertreter — Mitglied des Beirates der Strafvollzugsanstalt in Bergedorf — gibt dann allerhand zum Besten. „Er habe in den letzten 12 Jahren die Entwicklung im Strafvollzug beobachten können und den Wandel sehr wohl wahrgenommen." ,,.... es gibt doch sehr viele, die in dieser Gesellschaft nicht straffällig werden, deshalb muß man hier den Einzelfall sehen ..."

,,.... man muß doch den Gefangenen gegenüber in zwei Richtungen gerecht werden, einmal den Einzelnen in die Lage zu versetzen, nicht mehr straffällig zu werden und zum anderen die Gesellschaft zu schützen"; ,,.... sie (die CDU) hat hier (Hamburg) nicht die politische Verantwortung und kann deshalb nur kritische Fragen stellen." Der Unmut der Gefangenen wurde immer lauter, zumal diese dauernde Behauptung, die Gesellschaft müßte vor den Gefangenen geschützt werden, bis hin zu der Behauptung, die Sicherheitsschleuse sei gegen Geiselnahme notwendig, die Menschen im Knast für gemeingefährlich erklärt.

Ein Gefangener formulierte das dann auch entsprechend: „Solange jeder von uns hier das Gefühl hat, daß die Strafe erst nach der Entlassung anfängt, können sie alles andere vergessen. Wir hier drinnen haben das Gefühl, daß sie uns aufgegeben haben."

Der SPDler geht dann ziemlich allgemein auf neue Bauvorhaben in und um Hamburg ein, die konkret niemanden interessieren, weil sie die Situation in diesem Teil der Anstalt wieder völlig außen vor lassen.

Allerdings fühlt er sich gemüßigt, nochmal auf die Gal Vertreterin einzugehen ,,.... *den Begriff Isoltionshaft kenne ich aus den lezten drei Jahren aus den sogenannten Terroristenprozessen. Dieses Wort gefällt mir überhaupt nicht. Es gibt immer Gefangene, die einen Störfaktor darstellen und das beeinträchtigt ja auch die anderen Gefangenen, wenn sich jemand nicht an die Vorschriften etc. hält, dann geht das nicht anders.*"

Als jetzt endlich die Gefangenen zu Wort kommen, ist mensch erstaunt, wie offen sie über ihren ganzen Ärger und die ganzen Repressionen reden, obwohl der Anstaltsleiter und ein großer Teil der Schließer anwesend sind.

Von vielen Gefangenen wurde immer wieder das Problem der Briefzensur und das misteriöse Verschwinden von Briefen benannt, insbesondere von Beschwerden, die an die Justizsenatorin gehen. Auch Anwaltspost bekommen sie teilweise geöffnet. Immer noch werden ausgehende und eingehende Briefe im Knast von den Beamten gelesen. Das bedeutet, daß für den Gefangenen jeder persönliche Bereich offen gelegt wird. Auf die Forderung, statt in dem persönlichen Briefkontakt mit Freunden und Angehörigen rumzuwühlen, die aus- und eingehende Post lediglich darauf zu überprüfen, ob irgendwelche unerlaupten Sachen reingeschickt würden, wurde überhaupt nicht eingegangen. Da mußte dann die Bestimmung aus dem Strafvollzug herhalten, die alle Auslegung der Postkontrolle erlaubt. Als absolute Schikane für die Besucher und die Gefangenen wurde die neue Sicherheitsschleuse am Eingang von Anstalt VIII bezeichnet. Besucher müssen jetzt bis zu 45 Minuten warten, bis sie endlich durch die ganzen Pforten und Kontrollen im Besuchsraum sind. Was das besonders für Frauen mit Kleinkindern, die ihre Ehemänner oder Freunde besuchen, bedeutet, dürfte leicht vorstellbar sein. Von der menschenunwürdigen Durchsuchung am Eingang, von der auch Kleinstkinder nicht ausgeschlossen sind, ganz zu schweigen.

Absolut verurteilt wurde von den Gefangenen der Bau der neuen Sicher-

Absolut verurteilt wurde von den Gefangenen der Bau der neuen Sicherheitsstation, auf der die Gefangenen in Isolationshaft gesteckt werden. Einer berichtete „*Ich habe beim Hofgang einem anderen Gefangenen ein Bild gezeigt, von 1972, wo ich am Aufstand in Anstalt II teilgenommen habe. Daraufhin bin ich gleich in Isolationshaft gekommen und mußte meinen Hofgang mit gefesselten Händen machen.*"

Klar ist den Gefangenen auch, daß die Nachfolge-Bauten der Hochsicherheitstrakte, die Isolationsstationen in den einzelnen Knästen, nicht dafür gebaut werden, weil damit zu rechnen ist, daß nun plötzlich ganz viele „Terroristen" in alle Knäste kommen, sondern, daß sie für sie gebaut werden. Jeder Ansatz von Widerstand, jedes nicht ins Joch passen, jeder noch nicht gebrochene Rücken, wird dort landen. Bis ... Ja, wielange die Anstalt Gefangene dort in der Isolation läßt, wird aus der Antwort auf eine GAL Anfrage deutlich **„Soweit die Unterbringung nicht von vornherein zeitlich begrenzt ist, muß erkennbar werden, daß sie (die Gefangenen) ihr Verhalten, das Anlaß für die Unterbringung war, ändern."** (aus GAL Drucksache 11/507). Was das heißt, ist klar, wenn der Gefangene zu Kreuze kriecht, wiederruft oder wie auch immer deutlich macht, daß er von stund ab ein angepaßter Gefangener sein will, darf er wieder in den „Normalvollzug".

Wie unmenschlich und desinteressiert dieses System an den Menschen im Strafvollzug ist, wird auch deutlich an dem Beitrag eines anderen Gefangenen. „*Hier wird immer von den Errungenschaften im Strafvollzug geredet, ich habe nach einem Selbstmordversuch einen Antrag auf Verlegung nach Bergedorf gestellt, ich war total fertig, aber glauben sie nicht, daß da was nach folgt. Um hier bessere Bedingungen zu bekommen, muß man schon jeden Tag mit dem Psychologen Kaffee trinken, sonst läuft gar nichts.*" Wie solche Leute, die eigentlich im Knast arbeiten, damit sie sich um die Belange der Gefangenen kümmern und ihnen konkret helfen sollen, sich „einsetzen" wird deutlich an der Beschwerde eines Gefangenen.

„*Mein Urlaubsantrag ist abgelehnt worden, weil der Psychologe „Suchtgefährdet" in meine Akte geschrieben hat,* **der Mann hat mich vorher noch nie gesehen!**" Die Reihe der konkreten Beispiele ließe sich ohne Schwierigkeiten noch über Seiten weiterführen, aber die Liste reicht wahrscheinlich schon aus, um klar zu machen, was es heute bedeutet, in einem dieser bundesrepublikanischen Knäste zu sitzen, als ganz „normaler" Gefangener, nur mit dem kleinen Makel, eine eigene Meinung zu haben oder sich das Recht rauszunehmen, als Mensch behandelt werden zu wollen.

Von den bürgerlichen Parteien kam, es war auch nicht anders zu erwarten, außer formalen Begründungen für die Rechtmäßigkeit der Beschwerden, außer dem allgemeinen Gerede, sie müßten für den Schutz der Gesellschaft vor den straffällig gewordenen sorgen, absolut nichts. Gegenüber der Justizsenatorin Leithäuser bestand ein zwiespältiges Verhalten, einerseits wurde vorgebracht, daß sie auf Beschwerden nicht antworte, sie konnte aber durch langatmige Ausführungen den Gefangenen glaubhaft machen, daß sie, wenn sie Beschwerden bekommt, sich auch darum kümmere, so nach dem Motto „*Sie kennen mich und wissen, ich halte nichts von Schönwetterreden*". Das



mag im konkreten glauben wer will, (leider) hat ein großer Teil der Gefangenen diese Behauptung gefressen und in der Diskussion dann die Kritik auf die Anstaltsleitung und die Schließer beschränkt, die Hoffnung, es könnte

die Anstaltsleitung und die Schließer beschränkt, die Hoffnung, es könnte

so sein, daß die „große Justizsenatorin" das alles nur nicht wisse, weil sie sonst ja was machen würde, wird wohl als Strohhalm gebraucht, um über die Menschenfeindlichkeit dieser Justiz nicht völlig zu verzweifeln.

Nun ja Frau Leithäuser , jetzt wissen Sie Bescheid, Sie können Ihre Taten den Schönwetterreden im Knast folgen lassen!

Leider war die Veranstaltung zeitlich ziemlich begrenzt. Am Schluß wurde versprochen, man würde so eine Form des Gespräches mit den Gefangenen wiederholen, damit über Probleme im Strafvollzug weiter eine Auseinandersetzung stattfinden könne. Schöne Worte. Wenn sich darauf beschränkt wird, ab und zu oder vielleicht sogar als ständige Einrichtung eine Podiumsdiskussion im Knast zu veranstalten, reicht das sicherlich nicht aus, die Situation zu verändern.

Klar war von Anfang an, daß sich die Sitution nicht aufgrund der Podiumsdiskussion verändert, aber was für die Gefangenen vielleicht ein bißchen gebracht hat, ist nochmal zu sehen, daß diese ganz „alltäglichen" Schikanen und Probleme, denen sie ausgesetzt sind, nicht an ihrer Person liegen, sondern wie diese Justiz mit ihnen umspringt. Vielleicht ergeben sich Möglichkeiten, einerseits unter den Gefangenen selber über diese Sachen stärker gemeinsam zu reden und zusammen etwas dagegen zu unternehmen. Zum anderen ist es ein nachahmenswertes Beispiel für andere Knäste.

Sicher ist jedenfalls, daß noch viel zu wenig über diesen alltäglichen Kampf im Knast bekannt ist, viel zu wenig über diese täglichen Erniedrigungen und Versuche Menschen zu brechen, öffentlich gemacht wird. Überlegt werden sollte wohl, wie auf den Ausbau der Isolationsstationen in fast allen Knästen und deren immer extensivere Anwendung, reagiert werden kann. Als die ersten Hochsicherheitstrakte gebaut worden sind, hat es selbst die bürgerliche Presse noch für notwendig angesehen, dazu Stellung zu nehmen. Heute ist das Isolieren und Wegbunkern von Menschen offensichtlich wieder hoffähig geworden.

g., anti rep

Leserbrief:

Staatsschutzprozeß gegen Helga Roos

Am 2.5.83 fällte der 5. Strafsenat des OLG Stuttgart-Stammheim das Urteil im Prozeß gegen Helga Roos — Angeklagte des ‚antiimperialistischen Widerstands'. Sie wurde zu 4 Jahren und 9 Monaten Knast wegen **Mitgliedschaft** in einer „Terroristischen Vereinigung" nach § 129 a verurteilt.

Nach mehreren vergeblichen Versuchen gelang es damit erstmals, eine bis zu ihrer Inhaftierung völlig legal lebende Person wegen Mitgliedschaft in der RAF zu verurteilen. Die Konstruktion der Bundesanwaltschaft von der „legalen RAF" tauchte erstmals im Prozeß gegen Karl Grosser und Jürgen Schneider (vgl. AK 225) auf. Was bei Karl Grosser noch scheiterte, gelang nun bei Helga Roos mittels zahlreicher „Beweise", die von Seiten der Anklage konstruiert wurden.

Verhaftet wurde Helga im Oktober 81. In den Medien wurde sie zum ersten Fahndungserfolg in den Ermittlungen im Fall Kroesen hochgejubelt. Das konkrete Anklagekonstrukt der Bundesanwaltschaft warf ihr zunächst eine Beteiligung an der RAF-Aktion gegen NATO-General Kroesen in Heidelberg vor. Es hieß, daß Helga Roos das bei der Aktion benutzte Zelt sowie Lebensmittel (Kakao) für die RAF gekauft haben soll. Nachdem der Kauf des besagten Zelts eindeutig widerlegt war, hieß es von Seiten der Staatsanwaltschaft: „*dann war es eben nicht dieses, sondern ein anderes Zelt, denn eine Organisation wie die RAF braucht immer Zelte*" (zit. nach Prozessinfo Nr. 1).

Auch der 2. Punkt dieser Konstruktion, der Kauf von Kakao, war sehr wackelig. Trotz massiver psychologischer Bearbeitung des entsprechenden Zeugen konnte dieser nicht mit letzter Gewißheit aussagen, ob Helga die entsprechende Menge von Kakaoflaschen gekauft habe. Die Bearbeitung dieses Zeugen (des Filialleiters des Heidelberger Supermarkts, aus dem die Flaschen stammen sollen) ist wohl auch eher als Vorbereitung darauf anzusehen, daß er Helga Roos „wieder"erkennt. Ihm wurden Fahndungsfotos von ihr vorgelegt, Videofilme, auf denen nur sie eindeutig erkennbar ist, mehrfach vorgespielt; ferner war er als einziger Nicht-Bulle anwesend, als Helga durch SoKo-Bullen ED-behandelt wurde. Die Zweifel an seiner Aussage wurden dann erhärtet durch zwei Zeuginnen der Verteidigung, die Kassiererinnen dieses Supermarktes. Aber Staatsanwalt Lampe war für den Fall, daß die Konstruktion zusammenbricht, gerüstet. So verlas er noch am gleichen Tag ein Papier, das angeblich bei der Festnahme Gisela Dutzi's gefunden wurde, wonach ein Kommunikationswesen zwischen Gefangenen aus der RAF und Helga bestanden habe — ein System, aus dem deutlich werden soll, daß direkte Anweisungen gegeben wurden. Die Bundesanwaltschaft wartete des weiteren mit Fragmenten auf, die eine Anklage und Verurteilung wegen Mitgliedschaft belegen sollten.

— So soll Helga Roos — natürlich für die RAF — Videoanlagen an Ampeln in Frankfurt ausgekundschaftet haben.
— Notizen, die in ihrer Wohnung gefunden wurden, die in Kürzel gefaßt waren, wurden als Code bezeichnet, der nur dem harten Kern der RAF zugänglich sei.
— Andere Aufzeichnungen, die angeblich in einer „konspirativen" Wohnung gefunden wurden, bei denen der BKA-Gutachter nicht sicher feststellen konnte, ob sie von Helga oder einer anderen Frau stammen, dienten dem Gericht als Absicherung für das Terrorurteil.

Wie Bundesanwaltschaft und 5. Strafsenat des OLG Stuttgart-Stammheim „Beweise" konstruierten, wie die Zeugenpräparierung verlief, macht deutlich, daß es der Justiz darum ging, nun endlich nach mehreren vergeblichen Versuchen ein Grundsatzurteil zu schaffen, nach dem legal lebende Personen wegen Mitgliedschaft in einer „Terroristischen Vereinigung" verurteilt werden können.

Hierbei geht es natürlich nicht um x-beliebige Personen, sondern dieses Urteil dient dazu, Genossinnen und Genossen des „antiimperialistischen Widerstands" nicht nur zu kriminalisieren, sondern auch zu illegalisieren. Man/frau mag streiten über die momentane Stärke der „Antiimperialistischen Bewegung", über die Effektivität der Art und Weise des politischen Auftretens... man/frau kann aber nicht umhin, die Gefahr ihrer Politik für die HERRschenden in diesem Land und nur für diese zu erkennen. Die Genossinnen und Genossen der „Antiimperialistischen Bewegung" stellen ihre Politik in einen Zusammenhang mit der RAF, die sie als Guerilla in der BRD anerkennen; sie wirken damit der Hetzpropaganda der HERRschenden aktiv entgegen. Ferner praktizieren sie Solidarität mit den politischen Gefangenen — durch Briefkontakte und Gefangenenbesuche — was ja nun auch kriminalisiert werden soll, über den § 129 a (s. AK 233). Diese Solidaritätsarbeit, die von Seiten der Bundesanwaltschaft als zur „Aufrechterhaltung der RAF" dienlich bezeichnet wird, wirkt in der Tat ihren Plänen zur Liquidierung der RAF-Gefangenen als politische Menschen entgegen.

Meines Erachtens ist es gerade nach dem Regierungswechsel, wo die Faschisierung von Staat und Gesellschaft mit größeren Schritten voranschreitet, höchste Zeit, sich einige Überlegungen zur praktischen Politik gegen diese Entwicklung zu machen. Ferner halte ich es für notwendig, die Bündnispolitik mit dem Teil der linken Bewegung, der der Revolution noch nicht gänzlich abgeschworden hat, voranzutreiben.

U., Trier

„Neue Hoffnung in dunklen Zeiten" heißt der vor einigen Tagen ins Deutsche übersetzte Bericht von James P. Grand, Generaldirektor von UNICEF, über die aktuelle Situation der Kinder in der Welt. Der Bericht enthält erschreckende Fakten und Zahlen.

Täglich sterben 40.000 Kinder in der Dritten Welt an den Folgen von Unterernährung und Infektionen. Auf jedes Kind, das sterben mußte, kommen weitere 6 Kinder, die hungern und krank sind und die voraussichtlich ihr Leben lang an den Folgen der Unterernährung leiden werden.

Der Bericht weist darauf hin, daß es ein „zivilisierter" Irrglaube sei, daß Hunger gleichbedeutend ist mit dem in der hiesigen Presse so oft und gerne verwendeten Haut-und-Knochen-Image". Es bedürfe eines größeren internationalen Verständnisses dafür, daß das Hunger-Problem in der „3. Welt" wesentlich umfangreicher ist. Nur ca. 2 % der unterernährten hungernden Kinder sind augenscheinlich als unterernährt zu erkennen. Der Hunger der „3. Welt" ist in erster Linie ein „versteckter Hunger": Zur Zeit leiden ca. 1/4 der Kinder in den sogenannten Entwicklungsländern an unsichtbarer Unterernährung. Sie macht die Kinder anfällig für Krankheiten und Infektionen, vor allem Darmerkrankungen.

Der Bericht beschreibt, daß in Afrika und in den Elendsvierteln von Asien und Lateinamerika, nach vorübergehender Besserung der Situation, sich die Lebensqualität der Kinder wieder zu verschlechtern droht. Bei Anhalten der jetzigen Entwicklungstendenz würden am Ende dieses Jahrhunderts noch fast genauso viele Kinder wie heute ohne ausreichende Ernährung, Wasserversorgung, Gesundheitsfürsorge und Bildung auskommen müssen. Die Zahl der lebensgefährlich unterentwickelten Kinder könnte im Jahre 2000 auf 600-650 Millionen angewachsen sein. Mit anderen Worten, die Zahl der unterernährten Kinder würde auf der ganzen Welt um ungefähr 30 % zunehmen.

Trotz dieser erschreckenden Prognosen kommt der Bericht zu der optimistischen Überzeugung, *„daß sich — wie so oft schon in der Geschichte — auch angesichts der jetzigen Verschärfung der Krise in gleichem, wenn nicht größerem Umfang, neue Möglichkeiten ergeben."*

Und noch euphorischer meint UNICEF: *„Es sind so viele* (Möglichkeiten, d.Verf.) *daß UNICEF jetzt davon überzeugt ist, daß die sozialen und wissenschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahre in diesem Augenblick zusammenkommen, um uns plötzlich in die Lage zu versetzen, eine Revolution im Bereich der Gesundheitsfürsorge für* *Kinder herbeizuführen. Eine umfang- sammenkommen, um uns plötzlich in die Lage zu versetzen, eine Revolution im Bereich der Gesundheitsfürsorge für* *Kinder herbeizuführen. Eine umfangreiche Beteiligung der Bevölkerung und der Regierungen an dieser Revolution könnte den Fortschritt für die Kinder der Welt wieder beschleunigen, das Bevölkerungswachstum verlangsamen und Unterernährung und Todesfälle bei Kindern bis zum Ende der neunziger Jahre mindestens um die Hälfte reduzieren. Kurz, wir glauben, daß es ‚Neue Hoffnung in dunklen Zeiten' gibt."*

Neue Hoffnungen in dunklen Zeiten



Kinder in Soweto
(aus: „Joseph lebt in Soweto", Jugenddienst-Verlag)

Kinder in Soweto
(aus: „Joseph lebt in Soweto", Jugenddienst-Verlag)

Eine Revolution für die Kinder?

Der Hintergrund für die Revolution zum Wohle der Kinder, die UNICEF für möglich hält, ist die Vorstellung, daß organisierte Gemeinden und Entwicklungshelfer — mit Unterstützung der Regierungen und mit internationaler Hilfe — für elementare Bildung und Gesundheitsfürsorge, sauberes Wasser und bessere Abwässerbeseitigung sorgen könnten.

Wie sich UNICEF solche Möglichkeiten vorstellt, wird anhand von 4 Beispielen beschrieben:

Orale Rehydrationstherapie

Durch Austrocknung des Körpers sterben schätzungsweise 5 Millionen Kinder jährlich.

Diese Krankheit ist mit Abstand die häufigste Todesursache. Nach Meinung von UNICEF sind der Mangel an sauberem Trinkwasser, schlechte Hygiene und fehlende Gesundheitserziehung Ursachen dafür, das Kinder in der „3. Welt" sechs- bis sechzehnmal im Jahr an infektiösen Durchfallerkrankungen leiden. Diese Erkrankungen, aber auch die Unkenntnis in der Behandlung führen zu Unterernährung. Eine zunehmende Unterernährung bedeutet wiederum größere Anfälligkeit für andere Infektionen. An diesem Kreislauf stirbt alle 6 Sekunden ein Kind auf der Welt.

Früher konnte diese Erkrankung nur durch teure künstliche Ernährung in oftmals weit entfernten medizinischen Stationen bekämpft werden. Jetzt propagiert UNICEF eine neue, einfache Behandlungsmethode, die von jeder Mutter zuhause praktiziert werden kann: Eine spezielle Lösung, aus Zucker, Salz und Wasser zubereitet = Orale Rehydrationstherapie.

Die Entdeckung dieser Therapie, *„der wahrscheinlich größte medizinische Fortschritt des Jahrhunderts"*, könnte bei massenhafter Anwendung bis zu 13.000 Kindern täglich das Leben retten.

UNICEF setzt sich das Ziel, 500 Millionen Mütter und Kinder mit dieser Methode vertraut zu machen und die nötigen Zutaten zur Verfügung zu stellen. In manchen Ländern der „3. Welt" sollen mit dieser Therapie bereits erhebliche Erfolge erzielt worden sein. UNICEF ist der Meinung, daß diese Methode unbestritten, die Technologie bekannt sei, die Möglichkeiten der Verbreitung gegeben seien, die Aufnahmebereitschaft auf Seiten der Eltern da sei und auch die Kosten gering seien. *„Nur das unentschuldbare Fehlen des nationalen wie internationalen Willens kann jetzt noch verhindern, daß der überwiegenden Mehrheit der notleidenden Kindern damit geholfen wird".*

Vielfachimpfungen

Als zweite „revolutionäre" Errungenschaft werden von UNICEF die verbesserten Möglichkeiten der Mehrfachimpfungen angesehen. Es seien neue Impfstoffe entwickelt worden, die nicht mehr, wie bislang die alten Impfstoffe, tiefgefroren gelagert werden müssen, sondern hitzebeständiger seien. Das mache bisher notwendige teure und aufwendige Kühlanlagen in tropischen Gegenden überflüssig.

Der Kampf gegen Kinderkrankheiten wie Masern, Diphterie, Tetanus, Keuchhusten, Kinderlähmung und Tuberkulose scheint dringend notwendig. Diese 6 Krankheiten töten schätungsweise 5 Millionen Kinder jährlich und sind damit die dritthäufigste Todesursache. Die Impfungen gegen die häufigsten Kinderkrankheiten sind gleichzeitig eine indirekte Impfung gegen Unterernährung. Zum Beispiel bewirken Masern bei einem Viertel aller Fälle einen Gewichtsverlust von 10%, und es dauert Wochen, bis dieser wieder aufgeholt wird. Zudem erkrankt ein unterernährtes Kind eher an diesen Krankheiten als ein ausreichend ernährtes Kind.

„Werben fürs Stillen"

Eine weitere Möglichkeit besteht laut UNICEF darin, den verhängnisvollen Trend, weg vom Stillen, hin zur Flaschennahrung zu stoppen. Wenn es gelingen würde, mit einer Kampagne eindringlich klar zu machen, welchen Schaden Flaschennahrung unter bestimmten Bedingungen anrichtet, wenn man in der Lage wäre, das Verhalten von Medizinern und Krankenhäusern zu verändern, wenn man bewirken könnte, daß die unverantwortliche Werbung für Säuglingsnahrung und deren Verkauf eingeschränkt werden, und wenn es gelänge, die Mütter zu überzeugen, daß ihre Nahrung besser ist als Flaschenmilch, dann würden — so UNICEF — in den nächsten 10 Jahren jährlich 1 Million Kinder und Säuglinge weniger sterben müssen.

Anhand von weltweiten Untersuchungen meint UNICEF, daß, hauptsächlich aufgrund der Verbreitung der künstlichen Säuglingsnahrung, bis zu 55% weniger Kinder gestillt werden.

Die Folgen seien extrem. So können die meisten Mütter in den „Entwicklungsländern" die Anweisungen auf den Packungen nicht lesen. Oftmals können sie es sich nicht leisten, über mehrere Monate die künstliche Milch zu kaufen, aber dann können sie auch nicht wieder zum Stillen übergehen. Und sie haben oftmals nicht die Möglichkeit, alle 3-4 Stunden Wasser abzukochen oder Hilfsmittel zu sterilisieren.

Natürlich trifft es die Ärmsten der Armen am härtesten. Eine Untersuchung in Barbados ergab: 75% der Mütter aus den ärmsten Familien, die nicht mehr stillen, verdünnen die Babymilch, so daß sie mit einer Dose nicht wie vorgesehen 4 Tage, sondern 5 Tage bis 3 Wochen auskommen. UNICEF kommt zu dem Ergebnis, daß flaschenernährte Babys 3-5 mal mehr an Durchfallerkrankungen und anderen Infektionen leiden (und letztlich eher sterben) als gestillte Kinder.

UNICEF erwähnt ein Beispiel seiner Gegenkampagne, das mir hier erwähnenswert erscheint: Ein Kinderarzt eines Hospitals auf den Philippinen berichtet: *„Den Milchfirmen habe ich die Tür zum Säuglingssaal verschlossen. Wir haben den Babys nicht mehr die übliche Dosis an Ersatzmilch gegeben. Farbenfrohe Poster und Kalender wurden von der Wand genommen. An ihrer Stelle wurden ‚Baby-Killer''Poster aufgehängt, die ein abgemagertes Baby* *Farbenfrohe Poster und Kalender wurden von der Wand genommen. An ihrer Stelle wurden ‚Baby-Killer''Poster aufgehängt, die ein abgemagertes Baby* *im Inneren einer schmutzigen Saugflasche zeigen. Alles, was das Aufziehen der Kinder mit der Flasche befürwortete, wurde nicht nur aus den Kreißsälen, sondern sämtlichen Räumen des Krankenhauses entfernt. Ich selbst habe Muster und Spenden von Milchfirmen zurückgewiesen."* In den darauffolgenden zwei Jahren war ein enormer Rückgang an Infektionen, Durchfallerkrankungen und Todesfällen zu verzeichnen.

Wachstumstabelle

Als weiteres propagiert UNICEF Wachstumstabellen, die Mütter zuhause gebrauchen können. Indem die Mütter einmal im Monat ihr Kind wiegen und die Daten in die Tabelle eintragen, erhalten sie eine Kontrolle über das Gewicht des Kindes. (UNICEF geht davon aus, daß die häufigste Unterernährung nicht sichtbar ist, sondern schleichend verläuft. — s.o.). Jedoch muß UNICEF die Schwierigkeit bei diesem Projekt sehen, da viele Mütter kaum lesen und schreiben können. Sicherlich hängt der Erfolg dieser Methode zur Bekämpfung der Unterernährung vor allem davon ab, daß ausreichend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen.

Soziale Organisation

Neben diesen vier Vorschlägen zur Besserung der Lage der Kinder stellt der Bericht weitere, teils schon jahrelang praktizierte Vorschläge vor:

Eine soziale Organisation von Gemeinde- und Gesundheitshelfern und Zentren, die UNICEF in den letzten Jahren ausgebildet und eingesetzt hat, soll ausgebaut werden. Sie soll *„das fehlende Bindeglied zwischen wissenschaftlichem Know how und den Bedürfnissen der Bevölkerung"* sein.

Weniger Geburten?

UNICEF meint, daß Bestrebungen, das Bevölkerungswachstum einzudämmen, als Mittel zur Bekämpfung des Hungers von zweifelhaftem Wert seien. UNICEF ist davon überzeugt, daß, wenn Eltern darauf vertrauen können, daß ihre Kinder überleben, sich auch die Zahl der Geburten verringern wird. Sie mußte die Erfahrung machen, daß bisher in keinem Land langfristig ein erheblicher Geburtenrückgang erzielt werden konnte, wenn nicht zuvor die Kindersterblichkeitsrate gesenkt wurde.

Politischer Wille

Wie schon anfänglich erwähnt, ist UNICEF der Meinung, daß sich ihre Vorschläge bei vorhandenem politischen Willen verwirklichen lassen. Um diesen politischen Willen (wohlgemerkt, in erster Linie der „Entwicklungsländer") zu formen, schlägt UNICEF vor, neben den konventionellen Statistiken zur Bemessung des Lebensstandards eines Landes auch soziale Indikatoren, wie die Rate der Kindersterblichkeit, Alphabetisierung und Le- Statistiken zur Bemessung des Lebensstandards eines Landes auch soziale Indikatoren, wie die Rate der Kindersterblichkeit, Alphabetisierung und Lebenserwartung zu verwenden. Das könnte nach UNICEF Druck auf die Regierungen ausüben, und *„dadurch (kann) ein politischer Wille gebildet werden, um den Entwicklungsprozeß voranzutreiben".*

Ernährung und Arbeit

Nahezu ein Drittel aller Familien sind so arm, daß sie nichts gegen die Unterernährung ihrer Kinder tun können.

UNICEF ist der Meinung, daß es für diese Menschen nur zwei Möglichkeiten gibt: Entweder sie bekommen eigenes Land, um Nahrungsmittel anzubauen, oder sie bekommen Gelegenheit zur Lohnarbeit. Voll auf dem seit einigen Jahren auch von der Weltbank vollzogenen Schwenk in der Entwicklungspolitik, geht UNICEF davon aus, daß es in absehbarer Zukunft keine Veränderung der Weltwirtschaftsstruktur geben wird, die es den „Entwicklungsländern" ermöglicht, mehr industrielle Erzeugnisse zu exportieren.

So könne von der Industrie nicht erwartet werden, im nötigen Maße Arbeitsplätze zu schaffen. Es müsse daher im landwirtschaftlichen Bereich versucht werden, Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Untersuchung der Weltbank von fünf lateinamerikanischen Ländern soll ergeben haben, daß ländliche Kleinbetriebe drei bis viermal produktiver seien als Großbetriebe. UNICEF fordert, daß sich die Forschung im landwirtschaftlichen Bereich, die bisher überwiegend den Großgrundbesitzern zu beträchtlichen Gewinnen verholfen hat, mehr mit den Problemen der Ärmsten der Armen beschäftigen soll. Zur Zeit befasse sich die Forschung im Ernährungs- und Agrarsektor weltweit überhaupt nur zu 1% mit der Not der hungernden Menschen.

Um den Kalorienmangel in der „3. Welt" zu beseitigen, müßten bis Ende

Fortsetzung nächste Seite

Bertolt Brecht

Als ich vor Jahren bei dem Studium der Vorgänge
auf der Weizenbörse Chicagos
Plötzlich begriff, wie sie dort das Getreide der Welt verwalten
Und es zugleich auch nicht begriff und das Buch senkte
Wußte ich gleich: du bist
In eine böse Sache geraten.

Kein Gefühl der Erbitterung war in mir, und nicht das Unrecht
Schreckte mich da, nur der Gedanke
So geht das nicht, wie die's machen! erfüllte mich gänzlich.

Diese, sah ich, lebten vom Schaden
Den sie zufügten, anstatt vom Nutzen.
Dies war ein Zustand, sah ich, der nur durch Verbrechen
Aufrecht zu halten war, weil zu schlecht für die meisten.
So muß auch jede
Leistung der Vernunft, Erfindung oder Entdeckung
Nur zu noch größerem Elend führen.

Solches und Ähnliches dacht' ich in diesem Augenblick
Fern von Zorn oder Jammer, als ich das Buch senkte
Mit der Beschreibung des Weizenmarktes und der Börse Chicagos.

Viel Mühe und Unrast
Erwarteten mich.

Kinder

der 80er Jahre 30 Mrd. Tonnen Getreide produziert werden. Das sind weniger als 2% der jetzigen weltweiten Produktion und weniger als 20% des Getreides, das in der nördlichen Hemisphäre in jedem Jahr an Vieh verfüttert wird.*

UNICEF plädiert für mehr Gerechtigkeit, für Bodenreformen und zitiert dazu den Papst: ,,*Er* (der deprimierte Landarbeiter) *hat das Recht, sich von den Fesseln der Ausbeutung zu befreien, die ihm oft aus unerträglicher Selbstsucht angelegt wurden und seine größten Bemühungen zur Verbesserung zunichte machen..*

*

Anmerkung: Das Vieh in diesen Ländern frißt ein volles Viertel dieser gesamten Getreideerzeugung, oder ... ,,soviel wie alle Menschen von China und Indien zusammengenommen verzehren'' ... Wenn die Chinesen, die ungefähr viermal so viel Schweine züchten wie die Amerikaner, ab morgen in einer Art kollektiven Wahnsinn ihre Schweine wie die Amerikaner mit Getreide mästen würden, bliebe für die Menschen dieser Welt nur noch sehr wenig Getreide übrig.

Etwa 20 kg Getreide sind erforderlich, um 1 kg Rindfleisch zu erzeugen, 7 bis 8 kg für 1 kg Schweinefleisch. (aus: ,,Wie die anderen sterben'', Die wahren Ursachen des Welthungers, Susan George, Rotbuch 179, S.13)

Nahrungsmittelbeihilfen

Neben all den bisher gemachten Vor-

Nahrungsmittelbeihilfen

Neben all den bisher gemachten Vorschlägen kommt UNICEF zu der Auffassung, daß, auch wenn Nahrungsmittelsubventionen eine komplexe und umstrittene Art der Hilfe sind, darauf nicht zu verzichten sei. Der wahrscheinlich effektivste Weg dazu sei, die Versorgung von schwangeren Frauen mit mehr Lebensmitteln zu gewährleisten.

Der Weltentwicklungsreport 1980 der Weltbank sowie eine Reihe anderer Beispiele belegen, daß erwachsene Frauen in den meisten Entwicklungsländern einen niedrigeren Anteil der Lebensmittel erhalten als Männer. Dabei arbeiten sie oftmals länger und haben darüberhinaus noch mit zahlreichen Schwangerschaften und dem Stillen zu kämpfen.

Durch eine gezielte Lebensmittelhilfe würden weniger untererernährte Säuglinge geboren. Auch würden die Mütter dann aktiver an der Gesundheitsfürsorge der Kinder beteiligt werden können und nicht so in ihrem ,,Bewegungsdrang'' eingeengt sein.

UNICEF kommt zu dem Ergebnis: Wenn man die Kosten all dieser Direktmaßnahmen gegen Hunger und Unterernährung zusammen nimmt, kommt man auf etwa sechs Milliarden Dollar im Jahr bis Ende der 90er Jahre.

,,*Mit anderen Worten, ein Prozent der jährlichen Rüstungsaufwendungen in der ganzen Welt würden ausreichen, um Gesundheit, Ernährung und Produktivität der ärmsten Mitglieder der Menschheit zu verbessern, und würden helfen, die zerbrochenen Sprossen, die sie am Fuße der Entwicklungsleiter aufgehalten haben, zu reparieren.''*

Eine Familie die in der tanzanischen Savanne lebt.
(aus: ,,Wir lieben unser Land'', Jugenddienst Verlag)



Staatliche Obstvernichtung in der EG. Obsthald in Cavaillon, Provence
(aus: ,,3. Weltausstellung der Photograpie'', Stern-Verlag)

Die Hungerproduzenten

Über die Ursachen des Hungers gibt UNICEF jedoch nur recht bescheiden Aufschluß.

So scheint es mir unabdingbar (neben den Vorschlägen, die Bevölkerung im jeweiligen Land zu überzeugen, daß die Muttermilch das sinnvollste für die Ernährung ihrer Säuglinge ist, und dieses mit großen Anzeigenkampagnen zu begleiten), auch die Macht aufzuzeigen, die hinter der Tragödie der Flaschenbabys steht.

Der Zeitschrift ,,New Internationalist'' gebührt der Verdienst, 1973 als erste über den Nestle-Skandal mit Säuglingsnahrung berichtet zu haben. Es kam zu einer breiten Kampagne, auch

schenbabys steht.
Der Zeitschrift ,,New Internationalist'' gebührt der Verdienst, 1973 als erste über den Nestle-Skandal mit Säuglingsnahrung berichtet zu haben. Es kam zu einer breiten Kampagne, auch

in den europäischen Ländern, allen voran die Schweiz. ,,Nestle tötet Babys'' war verbunden mit Enthüllungen über unverantwortliche Werbestrategien, wie kostenlose Proben in den Entbindungskliniken, wie Babynahrungsmittel-Verkäuferinnen in Krankenschwesterkleidung, wie der geschickten psychologischen Werbung, daß die Reichen ,,das Beste'' für ihre Kinder tun, nämlich Flaschennahrung geben, und so arme Familien dazu gebracht wurden, ebenfalls auf Flaschennahrung umzusteigen, obwohl sie es sich nicht leisten konnten.

Plakate einer tanzanischen Kranken Station: Einzelne Phasen der Mängelernährung
(aus: ,,Wir lieben unser Land'', Jugenddienst Verlag)



Die ökonomische Macht, die dahinter steckt, sieht zum Beispiel so aus, daß die Devisenkosten, die in den 80er Jahren von den ,,Entwicklungsländern'' für die Einfuhr von Milchersatznahrung aufgebracht wurden, in die Milliarden Dollar gingen. Für die einzelne Familie bedeutet das, daß die Kosten für ausreichende Mengen Ersatzmilch mehr als die Hälfte des Wochenlohns eines Arbeiters aus Uganda, Jamaika oder Nigeria ausmachen, oder gar die Hälfte des Nettolohns eines Angestellten in Sri Lanka oder Indonesien. Es liegt auf der Hand, daß das ökonomisch unmöglich ist und verschärfte Not produziert.

Und wie sehen die Geschäftsgebahren eines Konzerns wie Nestle im einzelnen aus? Hierzu ein Beispiel:

Auf der einen Seite wird durch die aggressive Verkaufsstrategie solcher Firmen ständig höherer Bedarf an importierter Milch in den Entwicklungsländern geweckt. Auf der anderen Seite kaufte Nestle selbst z.B. in Brasilien große Mengen Milch auf, um sie als Trockenmilch wieder zu verkaufen. Übrigens, zum fast 10fachen Preis!

Diese Nestle-Produkte sind sogar viermal teurer als Trockenmilch aus den Überschüssen der EG. Solche unverschämten Preise kann sich Nestle z.B. in Brasilien leisten, weil es über 75% der dortigen Marktanteile im Milchpulvergeschäft verfügt.

1976 kaufte die Firma rund 1/3 der gesamten Milchproduktion des Staates

verschämten Preise kann sich Nestle z.B. in Brasilien leisten, weil es über 75% der dortigen Marktanteile im Milchpulvergeschäft verfügt.
1976 kaufte die Firma rund 1/3 der gesamten Milchproduktion des Staates

Sao Paolo auf. Das Prinzip eines monopolisierten Großkonzerns wie Nestle funktioniert wie folgt:

Der Großkonzern kauft die für die Versorgung bestimmte Milch auf, so daß eine Milchknappheit entsteht. Dadurch wird eine künstliche Milchpulver-Nachfrage geschaffen. Diese Versorgungskrise veranlaßt die Regierung wiederum, Milchpulver über die ortsansässige Niederlassung von Nestle zu importieren.

Leider wird in dem Bericht von UNICEF verschwiegen, daß diese Praktiken von Großkonzernen in fast allen Bereichen der Grundnahrungsmittel-Produktion ähnlich aussehen.

Die multinationalen Konzerne und die Regierungen der Großmächte haben nicht nur die Macht, die Verkaufspreise und die Produkte zu bestimmen, sondern sie entscheiden auch, was auf dem Weltmarkt verkauft wird.

So verkaufte 1977 z.B. Ägypten 8,2 Millionen Tonnen Reis in die Bundesrepublik und importierte im selben Zeitraum 4,1 Mio. Tonnen Weizen für den Verbrauch der Bevölkerung. Der Bedarf der Bevölkerung an Getreide konnte nicht gedeckt werden. Bei diesem Mengenverhältnis klingt es dann schon zynisch, wenn zur Befriedigung des eigenen Gewissens an Ägypten zur Linderung des Hungers ,,großzügig'' 100.000 Tonnen Weizen zusätzlich geliefert wurden.

Die Ausbeutung der Entwicklungsländer ist gewaltig. So planen multinationale Konzerne, Afrika zum größten Gemüse-Produzenten der Erde zu machen, um von dort aus die Märkte in Europa und Amerika zu beliefern. Auf der Suche nach billigen Produktionsstätten, billiger Arbeitskraft und beständigen klimatischen Bedingungen wurde z.B. im Senegal (ein Land der Sahel-Zone, die besonders vom Hunger betroffen ist) mit den modernsten technischen Mitteln ein Gemüsegarten geschaffen, der 1973 schon 3200 Tonnen Gemüse exportierte und 1975 6400 Tonnen. Und das trotz der Dürreperiode während dieser Zeit.

Ein anderes Beispiel: Mexiko liefert heute zwei Drittel des in den USA verbrauchten Wintergemüses. Weil immer mehr Früchte für den Export angebaut werden und die einheimische Bevölkerung die hohen Preise dafür nicht zahlen kann, muß Mexiko heute große Mengen an Grundnahrungsmitteln importieren.

Es ließen sich noch sehr viel mehr Beispiele aus allen Ländern der ,,3. Welt'' anführen. Diese hier sollen zur Verdeutlichung der Situation reichen. Nicht selten laufen diese Programme mit staatlicher und halbstaatlicher Unterstützung, oftmals als ,,Entwicklungshilfe''.

Die multinationalen Konzerne können die einzelnen Zweige der Wirtschaft monopolisieren. Somit haben sie die Macht, die Preise für die Produkte zu manipulieren und letztlich durch künstliche Steuerung von Angebot und Nachfrage zu diktieren.

Sie haben die Macht, zu bestimmen, was angebaut und erzeugt wird. Und last not least zu bestimmen, was verkauft wird auf dem Weltmarkt. Das Erbe des Kolonialismus führen sie in noch schnellerem Tempo fort.

Sie haben die Macht, zu bestimmen, was angebaut und erzeugt wird. Und last not least zu bestimmen, was verkauft wird auf dem Weltmarkt. Das Erbe des Kolonialismus führen sie in noch schnellerem Tempo fort.

Tatkräftige Unterstützung erhalten die Konzerne von den Regierungen der Großmächte. Vielfältige personelle Verflechtungen sichern den multinationalen Konzernen eine effektive Interessenvertretung. Fast alle Entwicklungshilfe-Pläne orientieren sich demzufolge auch an diesen Interessen, z.B. ein Festlegen der Länder der ,,3. Welt'' auf Monokulturen.

Neokolonialismus

Es sollte bekannt sein, daß durch die Eroberung der ,,3. Welt'' durch die Kolonialmächte die einheimische Landwirtschaft, die oft eine hohe Entwicklungsstufe erreicht hatte und in erster Linie auf die Nahrungsmittelversorgung der eigenen Bevölkerung ausgerichtet war, zerstört wurde. Die Kolonialmächte benutzten ihre Kolonien als billige Lieferanten für die Rohstoffe, die ihre heranwachsende Industrie benötigte, oder plünderten sie aus, um auf diesen Wege ihren Luxus und ihre Kriege zu finanzieren. Der Reisanbau war früher in Gambia allgemein üblich gewesen. Mit der Kolonialherrschaft wurde aber viel vom besten Land für den Anbau von Erdnüssen für den europäischen Markt weggenommen. Nordghana war einst für die Yamwurzeln und andere Lebensmittel berühmt. Es wurde gezwungen, ausschließlich Kakao für den Export zu produzieren. Auch der größte Teil der Goldküste wurde vom Kakao abhängig. Liberia wurde praktisch in eine Plantage von ,Firestones' zur Produktion von Kautschuk (Gummi/Reifen) verwandelt. All diese Länder, wie auch Mali, die für ihren Lebensmittelreichtum bekannt waren, sind heute Nahrungsmittel-Importeure. Die dadurch entstandene Abhängigkeit der Länder der ,,3. Welt'' von den ,,Zivilisierten Nationen'' wird bis heute fortgeschrieben, indem diese Länder nach wie vor um die Produktion zur Selbstversorgung beraubt werden und stattdessen auf Monokulturen festgelegt werden.

Das hier die Hauptursachen für Hunger und Armut liegen, müßte eigentlich auch UNICEF bekannt sein.

Zu viele Menschen?

,,Zu viele Menschen'' sind nicht die Ursache des Hungers. Das Schlagwort der Überbevölkerung ist ein Gespenst. So sagte Helmut Schmidt auf dem Kirchentag 1982, der unter dem Motto stand ,,Fürchtet euch nicht'', er habe viel weniger Angst vor der Gefährdung des Friedens in der Welt durch Krieg. Er habe viel mehr Angst vor einer Bevölkerungsexplosion und damit verbunden der weltweiten Nahrungsmittelverknappung. Dieses Gespenst wird gebraucht, um die eigentlichen Ursachen der Kriege und des Hungers zu verschleiern.

Weil immer mehr Menschen von der Kontrolle über und sogar von der Teilnahme am Produktionsprozeß ausgeschlossen werden, werden sie als überflüssig dargestellt. Programme zur Familienplanung, die vorgeben, das Problem des Hungers durch Geburtenkontrolle einzuschränken, geben damit eigentlich den Armen selbst die Schuld an dem Hungerproblem. Diese Menschen haben so viele Kinder, die essen so viel ... Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Es sind doch z.T. auch recht rationale Gründe, die gerade die Armen zu immer mehr Kindern bewegen: Oftmals sind die Kinder durch ihre Arbeit zum Erhalt der Familie notwendig. Eine Untersuchung über die Sahel-Zone ergab z.B., daß schon mit 10 Jahren ein Kind mehr produzieren kann, als es verbraucht. Auch zur Altersversorgung und weil es für die Eltern keine wirkliche Sicherheit gibt, sind die häufigen Geburten verständlich.

Ein indisches Ehepaar müßte z.B. statistisch gesehen 6,3 Kinder erzeugen, um mit 95% sicher zu sein, daß ein Sohn überleben wird und für sie mitsorgt.

Erst die Umverteilung der Produktionsmittel in einem Land und damit die Beseitigung des Hungers wird den Menschen eine echte Entscheidungsmöglichkeit geben, ihre Familiengröße selbst zu bestimmen.

Es ist eine Frage, warum in dem Bericht von UNICEF die entscheidende Tatsache, daß es tatsächlich genug auf der Welt zu essen gibt, verschwiegen wird. Ist diese Tatsache doch von entscheidender Bedeutung. In den Jahren der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der eigenen Existenz-

Tatsache, daß es tatsächlich genug auf der Welt zu essen gibt, verschwiegen wird. Ist diese Tatsache doch von entscheidender Bedeutung. In den Jahren der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der eigenen Existenz-

unsicherheit ist man schnell bei der Hand, die Schuldigen für dieses Übel zu suchen. Sind es im eigenen Lande die ausländischen Arbeiter, die einem den Arbeitsplatz wegnehmen, so sind es weltweit die Hungernden, die einem die Nahrung zu rauben drohen. Alle möglichen Theorien werden aufgestellt: ,,Heute hungern wir ja noch nicht, aber bald wird es auch hier eine Verknappung der Lebensmittel geben.'' ,,Zuviel Produktion verschmutzt die Umwelt und damit haben unsere Kinder nichts mehr zu essen.''

Stimmen, doch keine Entwicklungshilfe mehr zu leisten, sondern das Geld lieber ins eigene Land zu stecken, werden laut. Unvermeidlich glauben heute noch viele Menschen, daß die steigenden Lebensmittelpreise nur zustande kommen aufgrund der Lebensmittel-Exporte an die Hungrigen.

Die Annahme, die Bevölkerung der Erde sei im Verhältnis zu den vorhandenen Lebensmitteln zu groß, entbehrt in Wirklichkeit der wissenschaftlichen Grundlage. Die Tatsachen bezeugen das Gegenteil: Mindestens seit 1961 übersteigt die Menge der auf Einzelhandels-Ebene verfügbaren Lebensmittel pro Kopf den Bedarf. Das Welternährungsproblem, der Hunger ist in erster Linie ein Problem der Produktion von Lebensmitteln und vor allem deren Verteilung.

Es gibt heute keine absolute Verknappung von Lebensmitteln. Fast jedes Land in der Welt besitzt genug eigene Kapazitäten, um sich selbst ernähren zu können.

h., Hamburg

8000 gegen SS-Treffen in Bad Hersfeld



M. Kühnen verabschiedet sich von den Bullen nach dem Marsch durch die Stadt vor dem Versammlungslokal „Burgschänke".

8.000 Antifaschisten versammelten sich am Pfingstsamstag in Bad Hersfeld, um gegen das dort zum 5. Male hintereinander stattfindende Treffen der „Truppenkamaradschaften" der Waffen-SS-Divisionen „Leibstandarte Adolf Hitler" und „Hitlerjugend" zu demonstrieren. Anders als in den vorausgegangenen Jahren, als die HIAG nahezu ungestört und in bestem Einvernehmen mit der Stadt tagen konnte, nahm der Protest in diesem Jahr umfangreiches Ausmaß an. Der DGB-Hessen hatte mobilisiert, die VVN, jüdische Gruppen, und viele andere: insgesamt über 50 Organisationen hatten zur Demonstration aufgerufen.

Vollends zu einem internationalen Politikum wurde das SS-Treffen, als mehrere Schauspieler, die schon für die Bad Hersfelder Festspiele engagiert waren, teils ihre Verträge kündigten (so der Regisseur und ehemalige Auschwitz-Gefangene Imo Moszkowicz und der Schauspieler Günter Mack), teils offen ihren Protest an die Stadt richteten. Auf der Kundgebung selbst vertrat Eva Renzi die Schauspieler.

Der Konflikt eskalierte insbesondere an der Haltung des CDU-Bürgermeisters von Bad Hersfeld, Hartmut Boehmer, der sich bis zuletzt auf die Seite der HIAG stellte. Selbst das mindeste an Anstand, was mensch hätte erwarten können, ein Verbot (das — und das weiß dieser Herr ganz genau — von Gerichten wieder aufgehoben worden wäre) des SS-Treffens war diesem Herrn zuviel. Ja, nicht einmal die „Bitte" an die SS-Kameraden, doch auf ihr Treffen zu verzichten, wurde

„Bitte" an die SS-Kameraden, doch auf ihr Treffen zu verzichten, wurde

von dieser Seite ausgesprochen.

Stattdessen ließ dieser Herr Bürgermeister die 8.000 Demonstranten observieren, als ob der Leibhaftige selbst Bad Hersfeld heimsuchte.

Sehr bunt, sehr vielfältig und ... sehr legalistisch

Die Demonstration selbst, ab von der Stadthalle, wo sich 3-400 Altnazis trafen, war äußerst bunt. Angefangen von einer CDU-Antifa-Gruppe (!!), über den DGB-Hessen, VVN, DKP, Grüne, Anarchos, und insbesondere einer Reihe von jüdischen Organisationen war das gesamte Spektrum des Antifaschismus vertreten. Die jüdischen Studenten insbesondere hatten Schilder dabei, auf denen sie an die Verbrechen der Waffen-SS in Lidice, Oradour oder Putten erinnerten. Eine Frauen-Gruppe aus Bad Hersfeld machte in einer mitgeführten Ausstellung auf die Lage der Frauen im Faschismus aufmerksam, und im Kulturprogramm nach der Kundgebung kamen verschiedenste Liedermacher und Songgruppen zu Wort.

Leider brachte die Kundgebung selbst nur einen Teil des antifaschistischen Spektrums zu Wort. Ein GdP-Vertreter erklärte, mehr als diese Demonstration könne mensch nicht tun. Daß mensch durchaus hätte mehr tun können, zeigte sich eben auf dieser Demonstration augenfällig.

Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" nämlich hatte ihre Ankündigung wahrgemacht und war — wie schon im letzten Jahr die Wehrsport-

digung wahrgemacht und war — wie schon im letzten Jahr die Wehrsport-

gruppe Fulda des ANS/NA-Führers Thomas Brehl — mit 50-80 Mitgliedern erschienen, in vollem Wichs und Flugblätter verteilend.

Doch kein einziges Mal wurde von der Demonstrationsleitung oder der Kundgebung aus konkret auf diese ungeheuerliche Provokation der Kühnen-Bande hingewiesen, die sich unter den Augen der Polizei in Bad Hersfeld abspielte.



Nach dem Marsch durch die Stadt: ANS/NA'ler vor dem Versammlungslokal „Burgschänke"

Kühnen provoziert — Die Polizei schaut zu und knüppelt auf Antifaschisten ein

Schon zu Beginn der Demonstration war Kühnens Bande aufgefallen, die in voller Montur angetreten war. Leider waren es nur ca. 20 Antifaschisten, die sich an die Beobachtung dieser Nazis machten. Einige Hundert hätten allemal ausgereicht, um dieser Bande heimzuleuchten.

So aber konnten die Neonazis völlig unbehindert über eine Stunde lang durch Bad Hersfeld marschieren, ihre Schmierzettel verteilen, und anschließend in der Kneipe „Burgschenke" die „Kameradschaft Bad Hersfeld" der „ANS/NA" aus der Taufe heben. Auf diesem Bilanz-Treffen wurden Ehrennadeln verteilt, wurden Nazi-Lieder gesungen etc., bevor sich die ganze Bande nach Wehrda (bei Bad Hersfeld) in die Kneipe „zum kühlen Grunde" verzog, um den Erfolg zu feiern.

Bei der Abfahrt der Nazis aus Bad Hersfeld, kurz nach Beginn der antifaschistischen Kundgebung, kam es dann zu den Zwischenfällen, die leider von

schistischen Kundgebung, kam es dann zu den Zwischenfällen, die leider von

der Demo-Leitung in den Medien als „Schlägerei von Punkern" denunziert wurden. Kühnens Bande war gerade dabei, diverse Waffen (ein Beil, Knüppel — auch Kühnen hatte einen — und eine Pistole) in ein Auto zu laden, das unweit des Kundgebungsortes abgestellt war. Als einige beherzte Antifaschisten dazwischen gingen, tauchten 2 Hundertschaften Polizei auf und räumten den Parkplatz — wobei sie überhaupt keinen Unterschied kannten außer dem zwischen Nazis und Antifaschisten. Immer wieder preschten zivile und uniformierte Greiftrupps vor und nahmen nach offiziellen Angaben 7, nach anderen Informationen annähernd 20 Personen fest. Insgesamt ca. 20 Antifaschisten wurden durch Knüppel und Chemical Mace verletzt, einige mußten mit dem Krankenwagen abtransportiert werden.

Einen besonders schweren Zwischenfall verursachte ein Polizist, der schon die ganze Zeit über intensiv fotografiert hatte. Beim Versuch, einen Antifaschisten festzunehmen, hatte er sich zu weit vorgewagt und bekam ordentlich was ab, bevor er von einen Kollegen in Sicherheit gebracht wurde. Glücklicherweise verlor er bei der Rangelei die schon gezogene Pistole aus der Hand — wer weiß, was sonst passiert wäre.

Mit 8.000 Teilnehmern war die Demonsfration in Bad Hersfeld eine der größten der letzten Jahre aus Anlaß eines Nazitreffens, und es scheint fraglich, ob die HIAG im nächsten Jahr wieder dort ihr Treffen abhalten kann. Insbesondere das Engagement der Schauspieler der Bad Hersfelder Festspiele gegen die Nazis und die internationale Aufmerksamkeit, die diese Demonstration fand, werden den Bad Hersfelder Stadtvätern noch manche schlaflose Nacht bereiten. Schade nur, daß die Demonstrationsleitung die Gelegenheit nicht genutzt hat, der Kühnen-Bande den Tag zu verderben.

Antifa-Kommission Hamburg



Zivilbulle mit Knarre beim Versuch, Antifaschisten festzunehmen.

„Mitglied kann nur sein, wer Arier ist und Deutscher"

In den diversen Begründungen der Staatsanwaltschaften, warum gegen Kühnen nichts zu unternehmen sei, war auch immer wieder herauszulesen, daß die ANS/NA ja gar keine Organisation sei und deshalb ein Verbot nicht greifen würde.

Wie hergeholt eine solche Begründung ist, macht ein internes Papier der ANS/NA deutlich (datiert von März 83), das recht anschaulich über den Organisationsaufbau Aufschluß gibt. Von Demokratie ist da natürlich nichts zu sehen, mehr von Befehl und Gehorsam; doch der Leser urteile selbst: So kann Mitglied „in der Regel" nur werden, „*wer aus einer Familie stammt, deren Angehörige väterlicher- wie mütterlicherseits seit dem 30. Januar 1933 ununterbrochen die deutsche Staatsbürgerschaft besessen haben*". Mitglied kann also nicht sein, wer nach dem 30.1.1933 die deutsche Staatsbürgerschaft verloren hat; Mitglied kann also nicht sein, wer durch die Nürnberger Rassegesetze zum Un-Deutschen erklärt wurde, kein Jude, kein Zigeuner und wer sonst noch unter den Arierparagraphen fiel oder sonst ausgebürgert wurde. Allein diese Bestimmung müßte schon für ein Verbot ausreichen — doch d e u t s c h e Staatsanwälte und d e u t s c h e Gerichte mögen da anders denken.

Geführt wird die ANS/NA durch eine Organisationsleitung, deren Mitglieder namentlich nicht bekanntgegeben werden und von denen jeweils einer öffentlich auftreten kann — zur Zeit Michael Kühnen. Aus der Organisationsleitung ausscheidende Mitglieder werden durch die übrigen Leitungsmitglieder durch einstimmige Zuwahl neuer Mitglieder ersetzt.

Unter der Organisationsleitung rangiert das Korps der Politischen Leiter, das sich 2-monatlich trifft und dessen Mitglieder zwar gewählt sind, von der Organisationsleitung aber bestätigt werden müssen. Besonders „verdiente Kameraden" werden von der Organisationsleitung zu ANS-Kadern ernannt, die für den Zusammenhalt der einzelnen Kameradschaften und Stützpunkte sorgen.

ANS/NA-Kameradschaften existieren bisher in Hamburg, Frankfurt, Fulda, Nagold, Karlsruhe und Main-Franken (Würzburg); im Gegensatz zu Stützpunkten der ANS/NA haben diese Kameradschaften das Recht, auch selbständig zu publizieren.

Die ANS/NA versteht sich als „legaler Arm" der NS-Bewegung, beruft sich auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP und sieht ihre Auflösung vor, wenn die NSDAP wieder offen auftreten kann.

Für Frauen gibt es keine Mitgliedschaft. Sie können sich in sogenannten Massen-, Vorfeld- und Unterorganisationen betätigen.

Alle Kadermitglieder der ANS/NA sind automatisch Mitglied der „Hilfsorganisation für Nationale Gefangene" (HNG). Ein Ausschluß von Kadermitgliedern oder Kameradschaftsführern bedarf der Zustimmung der Organisationsleitung.

Insgesamt behauptet das vom März 83 datierte Papier, es gebe 30 Kadermitglieder und 200 Aktivisten. Bei seinen letzten Aufmärschen konnte Kühnen ständig zwischen 50 (1. Mai 83) und ca. 80 (Bad Hersfeld, Mainz 30.1.) Nazis mobilisieren.

Mindestens einen Ausschluß hat die ANS/NA schon zu verzeichnen: Ein Frankfurter Mitglied soll für den Verfassungsschutz gearbeitet haben — er wird nicht der einzige sein.

Antifa-Kommission Hamburg

Erwacht

Erwacht Deutschland wieder?

Als 21-jähriger Student aus Frankfurt hatte ich vor einigen Wochen erstmals in meinem Leben das Ereignis zu verarbeiten, öffentlich als Jude gebrandmarkt zu werden. Als ich aus der Uni kam, sah ich auf der Beifahrerseite meines Wagens die Aufschrift „Judensau" mit schwarzem Lack gespritzt. Ob diese Bezeichnung erst an der Uni oder schon früher auf den Wagen gespritzt worden war, konnte nicht mehr festgestellt werden, da ich zu Hause von der Fahrerseite eingestiegen war.

Was kann man da vermuten? Nun, erstens, hier handelt es sich nicht um das spontane Handeln einiger Angetrunkener, sondern um planhaftes Vorgehen. Offenbar müssen mich die Täter (der Täter/in?) persönlich kennen, meinen Wagen kennen und Vermutungen über meine Herkunft anstellen, und sie müssen ungefähr wissen, wo ich meinen Wagen meistens abstelle. Zweitens, hierbei handelt es sich um militante Kräfte, denn die „politische Rechte" in der BRD ist ja peinlichst darauf bedacht, in ihren reaktionären Vorgehensweisen jedwede Affinität zu den Geschehnissen der Periode 1933-1945 zu leugnen. Diese Kräfte wären politisch nicht so unsensibel, historisch belegte Formulierungen wie „Judensau" zu verwenden, welche geradewegs Parallelen aufzeigen zu dem Boykott jüdischer Geschäfte vor just 50 Jahren. Die heutigen Begriffe gegen Minderheiten sind in der Regel subtiler, zumindest bis jetzt.

So gibt es z.B. keine Schilder mit der Aufschrift: „*Zigeuner sind hier unerwünscht*", aber solche mit der Aufschrift: „*Achtung! Im Interesse einer ungestörten Urlaubsgestaltung und einer dem Deutschen Camping Club gegenüber übernommenen Verpflichtung ist 1. allen Landfahrern, 2. allen Schaustellern und 3. allen Personen und Personengruppen, die von Haus zu Haus Waren anbieten, verkaufen oder reparieren, der Zutritt zu diesem Campingplatz nicht gestattet.*"

Das Vorgehen gegenüber meiner Person läßt jedoch nicht darauf schließen, daß der hier in Frage kommende Personenkreis die Absicht hatte, mit seinem Verhalten „salonfähig" zu werden oder zu sein, ähnlich wie auch bei dem Vorgehen gegen Katja Platthaus aus Iserlohn, welche als „Judenhure" bezeichnet wurde, weil ihr Urgroßvater jüdischer Herkunft war (so berichtet im „Stern" v. 30.3.83).

Wie reagieren aber nun meine „Mitbürger" auf diese Brandmarkung? Da ich bisher noch nicht die Möglichkeit

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

und das Geld hätte, den Schaden „wiedergutzumachen", beobachte ich meine Mitmenschen dabei, wie diese verschämt ihre Augen an meiner Beifahrertür vorbeischweifen lassen, und so dann kurz ins Fenster hinein blinzeln, um zu untersuchen, ob der Fahrer vielleicht doch irgendwelche Ähnlichkeit zu einer Stürmerkarikatur aufzuweisen hat. Vielleicht interpretiere ich das falsch, aber mir will es so scheinen, als ob die Passanten, indem sie ihr Gesicht von der Spritzfarbe hinauf auf den Fahrer gleiten lassen, zu überprüfen versuchen, ob die Bezeichnung „Judensau" auch zu Recht vergeben worden ist. Jedenfalls habe ich keinen „Mitbürger" beobachten können, welcher an einer Ampel oder beim Ein- und Aussteigen aus dem Wagen Solidarität mit mir bekundet hätte, oder auch nur ein erkennbares Zeichen von Empörung über diesen Sachverhalt zum Ausdruck gebracht hätte. Irgendwie kann ich mir jetzt plastischer vorstellen, wie es wohl ausgesehen haben muß, als gewisse Leute „nichts gesehen haben"! Wahrscheinlich sind diese an einem Laden mit der Aufschrift „Juda verrecke!" vorbeigegangen, haben, fast unmerklich, hinübergeblickt, und dann ihre Blicke hinaufschweifen lassen, durch das Fensterglas zu dem Ladenbesitzer, und dann sind sie weitergegangen. So wie heute ein Mann blutig auf Frankfurts Zeil liegen kann, ohne Beachtung zu finden. Erwacht Deutschland wieder? Nein, ich glaube nicht! Es war immer wach, es war vielleicht ein wenig betäubt vom Wirtschaftswunder. Doch jetzt, wo sich an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einiges „gewendet" hat, da mag es sich rächen, daß man die Vergangenheit nicht aufarbeitete und 1945 zur „Stunde Null" erklärte. Der deutsche Faschismus ist in den Köpfen vieler Menschen ein Phänomen, welches quasi vom Himmel fiel, Deutschland traf wie ein Unwetter den Bauern, oder die Masern ein Kind.

Dies ist jedoch falsch, der Faschismus hatte Ursachen, und diese bestehen fort, was sich noch stärker zeigen wird, insbesondere „in unseren zyklischen Krisen".

* * *

schen Krisen".

* * *

Diesen Artikel schrieb ich in dieser oder ähnlicher Form an folgende Organe der bürgerlichen Presse: „Frankfurter Rundschau", „Frankfurter Allgemeine", „Welt". Desweiteren an folgende jüdisch-bürgerliche Publikationen: „Jüdische Rundschau" (Maccabi) in Basel, „Allgemeines Jüdisches Wochenblatt" in Düsseldorf, „Israelitisches Wochenblatt" in Zürich, „Aufbau", eine deutschsprachige jüdische Zeitung in New-York, an die „Bitaon Publishing Co.", den Herausgeber einer deutsch-sprachigen Zeitung in Israel, und an die Alternativblätter „taz" und „Pflasterstrand". Desweiteren an offizielle Organe jüdischer Gemeinden oder jüdischer Verbände in der BRD.

Das Resultat dieser Aktion sieht bis jetzt, nach etwa 3 Wochen, folgendermaßen aus:

Die „Frankfurter Rundschau" teilte mir mit, daß sie den Artikel in der vorliegenden Form nicht abdrucken könne, a) weil er zu lang sei, und b) weil man die Nazis mit solchen Artikeln lediglich motivieren würde. Der maßgebliche Redakteur weigerte sich, das Bild abzudrucken, mit der Begründung, die Nazis würden so erkennen, „wie man sowas macht". In einem Gespräch erläuterte er mir desweiteren, daß er diese Angelegenheit lediglich für eine „Sachbeschädigung" hält. Auf meinen Gegeneinwand, daß die Beschriftung meines Wagens mit dem Wort „Judensau" im politisch-historischen Rahmen betrachtet eine Drohung darstelle, wollte er sich nicht einlassen. Er erwies mir jedoch die Gnade, den Sachverhalt zumindest als eine „Beleidigung meiner Person" anzusehen, ohne jedoch von seiner Grundposition abzugehen, daß die Publikmachung den Nazis mehr nütze als schade. Eine Behauptung, welche, sollte sie stimmen, ja deutlich auf den erschreckenden Bewußtseinsstand der hiesigen Bevölkerung hinweisen würde... Dennoch vereinbarte ich den Abdruck des Artikels als Leserbrief in gekürzter Form (zwischenzeitlich auch geschehen).

Die übrige bürgerliche Presse hat es nicht für nötig gefunden, auf meinen Artikel überhaupt zu reagieren, sie druckte ihn schlicht nicht ab. Die „Jüdische Rundschau Maccabi" schickte mir ein nettes Kärtchen zurück mit der Aufschrift: „*Mit bestem Dank retour, aber leider nicht verwendbar. Mit freundlichen Grüßen...*". Die „taz" bildete in ihrer Ausgabe v. 5.5.83 das Bild ab, kastrierte aber den Artikel um jegliche politische Aussagekraft und beschränkte sich auf den Abdruck einiger gefühlsmäßiger Eindrücke des Betroffenen. Die „taz" hielt es auch nicht für nötig, sich an meine Bitte zu halten, meinen Namen nicht zu nennen, aber vielleicht kann man soviel pedantische Sorgfalt von spontanhandelnden Lustprinziplern nicht verlangen.

Es ist erschreckend und ernüchternd, zu erkennen, daß die Kräfte, welche Macht über Medien und Meinung haben, eine Verniedlichungs- und Verharmlosungspolitik betreiben in bezug auf reaktionäres Vorgehen und Meinungsgut. So scheut sich der Redakteur der „FR" nicht, offen zuzugeben, daß in „Übereinstimmung mit anderen Zeitungen" eine Aktion am 20.4.83 zu „Ehren von Hitlers Geburtstag" von der Presse totgeschwiegen wurde, und dies wird wohl kein Einzelfall sein, sondern Ausdruck einer ganz bestimmten Pressepolitik. Aber eigentlich ist dies nicht verwunderlich! Ist es nicht gerade die Presse, die Hand in Hand mit der Regierung das Klima bewußt schafft, welches sich dann in Hetzparolen und tagtäglicher Diskriminierung zu erkennen gibt.

So schreibt gerade die „angesehene rechtsliberale" FAZ vom 2.12.82 auf ihrem Titelblatt im Artikel **„Fremde und Allzufremde"** folgendes:

„.... *(Die) Türken... haben ein Ghetto gebildet und zumindest einen der West-*

und Allzufremde" folgendes:

„.... *(Die) Türken... haben ein Ghetto gebildet und zumindest einen der Westberliner Stadtbezirke zu einer türkischen Großstadt werden lassen, die für Deutsche praktisch unbewohnbar geworden ist... Weizsäcker gebührt Dank, daß er... hohe türkische Beamte unumwunden darauf hinwies, daß es so nicht weitergeht. Die offensichtlich unerträgliche Situation wenigstens so zu nennen, ist schon eine Hilfe. Aber noch keine Abhilfe. Gebessert werden kann sie nur mit radikalem Stop des Zuzuges aus fremden Kulturkreisen und mit... Verringerung der Zahl der Allzufremden... werden. Dazu sind neben Entschlossenheit auch Phantasie, guter Wille und vor allem viel Geld nötig. Aber geschehen muß es!*"





An Entschlossenheit, an Phantasie hat es ja in Deutschland bislang noch selten gemangelt, wenn es um Unmenschlichkeit und Verringerung von „Allzufremdem" ging.

Dieser Artikel macht klar, welcher Geist die bürgerliche Presse beseelt, und warum sie wohl nicht bereit ist, neonazistisches Handeln in gebührender Weise herauszustellen.

Zum Abschluß möchte ich noch erwähnen, daß ich, nachdem ich das Schandmal wieder entfernt hatte, noch zwei Anrufe bekam, in welchen ich als „Judensau" benannt wurde. Wer weiß, was mir und anderen, die zur Zeit weniger gebraucht und benutzt werden können, in Zukunft noch widerfahren wird? Vielleicht kann der eine oder andere jedoch aus dieser Erfahrung lernen, von wem wir keine Unterstützung zu erwarten haben!

FAO, Frankfurt

Aktion gegen NPD-Parteitag in Bochum

Am 12. Mai fand in Bochum-Wattenscheid der Landesparteitag der NPD statt. Die Stadt Bochum hatte der NPD die Kommunale Stadthalle zur Verfügung gestellt und gleichzeitig erklärt, daß sie nicht daran denke, dies rückgängig zu machen. Nacheinander erklärten OB Eikelbeck (SPD) und Innenminister Schnoor (SPD), daß sie nichts gegen die NPD unternehmen würden.

Dieses eher politische als polizeiliche Vorgehen ist wohl zu verstehen als Versuch der SPD, in den Städten und in NRW sich nach dem Verlust der Regierungsmacht als „demokratisch-liberale" Opposition zu profilieren, sicherlich auch schon in Hinblick auf die Kommunalwahlen 1984. So hatte die Polizeiführung im Vorfeld des Parteitages auf Flugblättern und in der Lokalpresse versucht, sich von der NPD abzugrenzen und herauszustellen, daß sie nur „ungern diese Aufgabe erfüllen" würde, aber ihr „gesetzlicher Auftrag" sie binde, sie aber „auch das Demonstrationsrecht der NPD-Gegner respektieren würde" („WAZ", 11.5.).

Angesichts dieser eher „weichen" politischen Vorgaben für die Polizei wäre es bei einer wirklichen Mobilisierung mit mehreren Tausend Antifaschisten wohl möglich gewesen, die Stadthalle hermetisch abzuriegeln und den Nazis den Zugang zu verwehren.



Demonstration gegen die NPD-Versammlung in Bochum-Wattenscheid.

Die Wattenscheider „Initiative gegen Faschismus und Krieg" hatte für den 11. und 12. Mai zur Demonstration und zur Blockade des Parteitages aufgerufen. Diesem Protest der Aktionseinheit (Jusos, DKP, VVN, Falken, Volksfront u.a.) hatten sich örtliche Schülervertretungen und Gewerkschaf-

einheit (Jusos, DKP, VVN, Falken, Volksfront u.a.) hatten sich örtliche Schülervertretungen und Gewerkschaf-

ter aus ÖTV, IG Metall und GEW angeschlossen. Auf der Mai-Kundgebung hatte auch der DGB die Politik der Stadt gegenüber der NPD angegriffen, ohne sich allerdings den Protestaktionen anzuschließen. Beteiligten sich an der Demonstration am 11.5. noch ca. 2.500 Antifaschisten, darunter viele Gewerkschafter, so war die am nächsten Tag stattfindende Blockade des Parteitages deutlich schwächer beschickt:

1000 Antifaschisten/innen fanden sich am frühen Morgen vor der Stadthalle ein. Die Polizei hatte schon am Vorabend damit begonnen, die Stadthalle hermetisch abzusperren und den Schulhof der angrenzenden Schule in ein Heerlager zu verwandeln. 500 Bereitschaftspolizisten sowie eine Hunde- und eine Reiterstaffel hatte der Staatsapparat aufgeboten, um den Nazis des Stattfinden ihres Parteitages zu sichern.

Die Antifaschisten/innen versuchten, die Zugänge zur Halle durch Ketten zu versperren, was zu Beginn auch Erfolg hatte. Danach gelang es jedoch der Polizei, die ca. 400 angereisten NPDler in kleinen Gruppen durch die Antifaschisten hindurch in die Halle zu geleiten. Nur wenigen Nazis konnte der Zutritt verwehrt werden, so daß der Parteitag ohne größere Verzögerung beginnen konnte.

Bei den Auserinandersetzungen wurden rund 40 Antifaschisten verletzt und 4 weitere für mehrere Stunden festgenommen. War in den ersten Meldungen noch von 6 leichtverletzten Polizisten die Rede, so versuchten die Bullen ihre massive Präsenz nachträglich zu rechtfertigen, indem sie der Presse 43 verletzte Polizisten lancierten.

Das Vorgehen der Polizei

Hatte man zawr 500 Bullen zum Schutz der Faschisten aufgeboten und eine Reiter- und eine Hundestaffel bereitgestellt (die jedoch nicht eingesetzt wurden), so blieb doch das Vorgehen der Bullen eher „defensiv". Sie beschränkten sich im wesentlichen darauf, in Absprache mit den Faschisten in der Stadthalle, die ankommenden NPDler in Gruppen in Empfang zu nehmen und in die Halle zu geleiten. Gegenüber den Demonstranten „beschränkten" sie sich auf das Auseinanderdrücken der Ketten und gelegentliche Schlagstockeinsätze. Weder wurden Chemical Mace, lange Holzknüppel o.ä. eingesetzt, noch waren die wegen ihrer Prügeleinsätze berüchtigten SEKler im Einsatz.

Der hilflose Antifaschismus

Waren DKP, VVN und Sozialdemokraten in der Wattenscheider „Initiative gegen Faschismus und Krieg" wesentlich an der lokalen Mobilisierung beteiligt, so stellte sich in den 14 Tagen vor dem Parteitag immer deutlicher heraus, daß diese Kräfte in den anderen Ruhrgebietsstädten keine Schritte unternahmen, um eine breite Mobilisierung zu erreichen. So weit uns bekannt wurde, unternahmen sie schlicht und ergreifend nichts, um breitere Kreise über die Aktionen gegen den Parteitag zu informieren: kein Flugblatt, kein Plakat, und zu den Vorbereitungstreffen in anderen Städten erschienen diese Kräfte nicht. Gerade die DKP, die von sich selbst behauptet, 20.000 Mitglieder im Ruhrgebiet zu haben, und die ihr diesjähriges „Festival der Jugend" unter das Motto „Gemeinsam gegen Rechts" stellte, glänzte durch weitgehende Abwesenheit. Waren sie zur Demonstration am Vorabend noch recht zahlreich erschienen, so waren zur Blockade des NPD-Parteitages maximal 150 DKPler erschienen. Der Antifaschismus der DKP, der sich auf symbolische Mahnwachen und Apelle an Politiker und Verwaltung beschränkt, hat sich als unfähig erwiesen, das selbstformulierte Ziel „Nazis raus aus Wattenscheid', zu erfüllen. Dieses Vorgehen der DKP bleibt hilflos und ohne Perspektive gegenüber dem immer dreisteren Auftreten der Faschisten und ihrer staatlichen Duldung und Unterstützung.

Strategie der Nazis erfolgreich

Allein die Wahl des Ortes für den Parteitag stellt schon eine Provokation dar. War die NPD noch vor wenigen Jahren gezwungen, ihre Aufmärsche in der Provinz abzuhalten, so gelang es ihnen, sich 1982 mit ihrem Parteitag in Witten und dieses Jahr mitten im Ruhrgebiet festzusetzen. Ihre Strategie, vom Land in die Stadt, und die Auswahl bestimmter Städte (1977-1980 Frankfurt, als „Erste Stadt der Bewegung") ist für sie ein Erfolg geworden. Das Ruhrgebiet und speziell Bochum und Umgebung sind ein Schwerpunkt der NPD geworden. Hier befindet sich die Landeszentrale der NPD und ihrer „BI Ausländerstopp". Von hier werden die rassistischen „Ausländer Raus"-Kampagnen der Faschisten gesteuert und anderen NPD-Landesverbänden Unterstützung gewährt.



Im Laufschritt eskortierte die Polizei NPD-Delegierte auf dem Weg zur Stadthalle Wattenscheid.

Der NPD ist es in wenigen Jahren gelungen, sich im Ruhrgebiet zu etablieren (Deutschlandtreffen 1981 in Dortmund, Landesparteitage in Witten und Wattenscheid 1982 und 83), ohne daß es Antifaschisten gelungen wäre, eine breitere Öffentlichkeit dagegen zu mobilisieren und diese faschistischen Aufmärsche zu verhindern.

Nach diesen Erfolgen der NPD wird sie wohl nichts so schnell daran hindern können, weitere Provokationen folgen zu lassen, vielleicht auch schon am 17. Juni anläßlich ihres „Deutschlandtreffens".

Was bleibt?

Positiv festzuhalten bleibt, daß trotz der geringen Mobilisierung es den Antifaschisten/innen gelungen ist, durch ihr geschlossenes und solidarisches Vorgehen weitere Festnahmen und Bullenübergriffe zu verhindern und es Nazis und Staatsapparat nicht ganz so einfach zu machen, faschistische Provokationen durchzuziehen.

Notwendig wird es sein, aufgrund der negativen Erfahrungen des 12.5. verstärkt die Diskussion darum zu führen, daß allein symbolische „Mahnwachen" und Appelle kaum ausreichen werden, den mit Sicherheit zu erwartenden Nazi-Aufmärschen etwas entgegensetzen zu können.

KB Dortmund

Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen

Protestveranstaltung am 3. bis 5. Juni 1983 in Frankfurt

Vorgestellt und angeklagt werden sollen schon jetzt bestehende Behördenpraxis und Regierungsprogramme bzw. geplante Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland:

Menschenrechtsverletzungen durch Ausländer-Vertreibungspolitik
z.B. Ausweisungen wegen Beanspruchung von Arbeitslosenhilfe
Ausweisungen wegen Beanspruchung von Sozialhilfe
Ausweisungen wegen zu wenig Wohnraum (weniger als 12 qm pro Person)
Ausweisungen wegen Verstößen gegen die Rechtsordnung (z.B. Alkohol am Steuer)
Ausweisungen wegen politischer Betätigung
Nichtverlängerung von Aufenthalts- und Arbeitsrechten;

Menschenrechtsverletzungen durch Familien-Zerrüttungspolitik
z.B. Trennungszeiten für Ehepaare bis zu 6 Jahren
Ausweisung unter Inkaufnahme der Zerstörung einer Familie

Menschenrechtsverletzungen in der Behandlung politischer Flüchtlinge
z.B. Visumszwang
Verhinderung der Antragstellung auf Asyl (an den Grenzen/auf Vorposten z.B. in ausländischen Flughäfen, politischer Druck auf Regierungen, Fluggesellschaften usw.)
Kasernierung in Ghettos
Auslieferung in die Gefängnisse und Folterkammern der Verfolgerstaaten.

Diskutiert und geplant werden sollen auch die Möglichkeiten einer breit angelegten *Gegen-Offensive*, die über die Tage der Protestveranstaltung hinaus einen Damm gegen die Fluten von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit errichten kann (Ausländer und Deutsche, in der Bundesrepublik wie in Europa).

Wir fordern Arbeitsplätze — wir wollen keine Ausländerhetze!

Die rassistische und ausländerfeindliche Vertreibungs- und Überwachungspolitik der deutschen Innenminister muß gestoppt werden!

Wir wollen ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Nationen und Nationalitäten hier und anderswo!

Ausländer und Deutsche gemeinsam gegen die unsoziale Krisenpolitik!

Initiative Ausländerpolitik und Menschenrechte
Mainzer Landstr. 239 - 241
6000 Frankfurt am Main
Tel.: 0611/737898, Mo - Fr. 17.00-20.00 Uhr
Spendenkonto: Kto.-Nr. 0104641600, Detlef Lüderwaldt
BLZ 505 922 00, Volksbank Dreieich

Arbeiterverein aus der Türkei, Frankfurt
Ausländerkomitee Hannover
AGLI-Hessen
AL Berlin/Ausländerbereich
ASAM (Aktionsgemeinschaft Solidarität mit ausländischen Mitbürgern), Darmstadt
ATIF
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Azario, Giovanni (IGM-Vorstand)
Arbeiterjugendverein aus der Türkei Berlin
Alternative Türkeihilfe Österreich
Ausländergruppe Bilk der Aktion Wohnungsnot e.V.
Ausländerkomitee West-Berlin e.V.
Antifaschistisches Aktionskomitee, Göppingen
Arbeitskreis Türkei und Ausländerfragen, Bremen
Arbeitskreis der KSG, Frankfurt
ASTA der Universität Frankfurt
Argentinisches Komitee für Demokratie, Frankfurt
Afrikanischer Kulturverein (AKV), Frankfurt
Ausländerkomitee Göttingen
Ausländerbeirat Göttingen
Auernheimer, Prof. Dr. Georg
BI gegen Ausländerfeindlichkeit, Baden-Baden
Biermann, Wolf (Schriftsteller)
Bergengrün, Hermann (Pastor)
Bloch, Karola
Brinkmann, Ellen (Kreisrätin)
BIRKOM
Club Portuguese, 8de Decembro, Wiesbaden
Coppick, Manfred
Prof. Dr. Dr. Carsten Colpe
Casa di Cultura, Frankfurt
Deutsch-ausländische Freundschaftsinitiative Dortmund-Nord
DIDF
Die BRÜCKE, Gruppe Hanau
Devrimci Işçi
Deutsche Jungdemokraten, LV Baden-Württemberg
Deutsch-ausländisches Aktonsbündnis (DAAB), Hamburg
Duisburger Initiative für Ausländerrechte
Die PINIE, Frankfurt
Demokratische Sozialisten (Bundesverband)
Deutsch-ausländische Frauminitiative „Gemeinsam sind wir stark", Frankfurt
Demokratische Frauminitiative
Engeln, Jürgen
Einsele, Prof. Dr. Helga
Express-Edition, Berlin
ERCAR (European Research Comittee against Racism), Sektion BRD
ESG Bochum
Evangelischer Arbeitskreis für Ausländerfragen, Gelsenkirchen

ESG in der Bundesrepublik und Berlin-West
Eckl, Dr. Jürgen, Hannover
Fuldaer Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit (FIA)
Frankfurter Jugendring
Frankfurter Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
Fried, Erich, London
Flechtheim, Ossip Prof. Dr., Berlin
Flesch-Thebesius, Marlies, Frankfurt
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Hessen
Gollwitzer, Hellmut, Berlin Prof. Dr.
Die GRÜNEN im Bundestag, Bonn
Die GRÜNEN im hessischen Landtag, Wiesbaden
Gruppe internationale Marxisten (GIM)
Garcia, Jose Romero, Heidelberg
Grass, Günter
GAL Hamburg
Il Giornale dei Lavoratori, Frankfurt
Gruppo Donne Francoforte
Gansforth, Prof. Dr. Monika, Neustadt
Heider, Mechthild (Vorstand Terres des Hommes)
Hansen, Karl-Heinz
Internationales Forum ausländischer Arbeitnehmervereinigungen (IFA)
Iben, Gerd, Frankfurt
IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e.V.)
Iran-Komitee
Interessengemeinschaft Ausländischer Mitbürger in Baden-Württemberg
Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Detmold
Informationsstelle Türkei, Köln
Initiative Ausländer und Deutsche, Nürnberg
Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen mit folgenden Organisationen:
Türkisches Volkshaus
KOMKAR
AWO, Kreisverband Ffm.
Frankfurter Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
Progressive Volkseinheit aus der Türkei (FHDB)
IAF Hessen
Griechische Gemeinde, Ffm.
Verein griechischer Eltern und Erziehungsberechtigter in Ffm. und Umgebung
JUSOS in der SPD Hessen-Süd
JUSOS Frankfurt
JUSO HSG, Ffm.
Jugendwerk der AWO, Ffm.
Jakobs, Prof. Dr. Kurt
Jouhy, Ernest Prof. Dr., Frankfurt

Kivanc, Dr. Cemil, Münster
Kauffmann, Heiko (Referent von Terres des Hommes)
Kupp, Lothar, Reichelsheim
KPD
KB (Kommunistischer Bund)
Kölner Gruppe „Wehret den Anfängen" — Gegen Ausländerfeindlichkeit —
Kölner Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
Latein-amerikanisches Komitee, Mainz
Landesjugenddelegiertentag der evang. Jugend in der EKHN
Medico International
Monrta, Jakob
Mies, Maria, Prof. Dr., Köln
Meuder, Prof. Dr. Erhard, Darmstadt
Nicaragua-Komitee, Frankfurt
Nachbarschaftshaus Wiesbaden-Biebrich (Mehrheit der Mitarbeiter)
Otur ve Yasar — Wohnen und Leben e.V.
Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge
Palästina-Komitee, Mainz
Projekt zur Unterstützung palästinensischer und libanesischer Flüchtlinge in West-Berlin
Pracht, Angela
Pflasterstrand
Paolini-Sprachschule
Richter, Horst Eberhard, Prof. Dr.
Regenbrecht, Matthias, Reutlingen
Redaktion 'Roter Maulwurf'
Sozialistisches Büro, Offenbach
Sozialkritischer Arbeitskreis, Darmstadt
Schubart, Alexander
Schöneberg, Ulrike, Frankfurt
Soldici, Magrit und Dani, sowie Klein-Jana, Itzehoe
Solidaritätskomitee für Ausländerrechte HD
Türkei-Komitee, Frankfurt
Tageszeitung, Blu. Ffm.
Volksfront, Zentralvorstand
Verein griechischer Eltern in Frankfurt/M. und Umgebung e.V.
Voigt, Carsten D., Frankfurt
VIA (Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit)
Wieczorek-Zeul, Heidemarie, MdEP
Zentrum für deutsche Sprache und Kultur, Frankfurt
Zinnecker, Jürgen
Zuleeg, Dr. Manfred, Frankfurt

Prof. Dr. Dr. Carsten Colpe
Casa di Cultura, Frankfurt
Deutsch-ausländische Freundschaftsinitiative Dortmund-Nord
DIDF
Die BRÜCKE, Gruppe Hanau
Devrimci Işçi
Deutsche Jungdemokraten, LV Baden-Württemberg
Deutsch-ausländisches Aktonsbündnis (DAAB), Hamburg
Duisburger Initiative für Ausländerrechte
Die PINIE, Frankfurt
Demokratische Sozialisten (Bundesverband)
Deutsch-ausländische Frauminitiative „Gemeinsam sind wir stark", Frankfurt
Demokratische Frauminitiative
Engeln, Jürgen
Einsele, Prof. Dr. Helga
Express-Edition, Berlin
ERCAR (European Research Comittee against Racism), Sektion BRD
ESG Bochum
Evangelischer Arbeitskreis für Ausländerfragen, Gelsenkirchen
Interessengemeinschaft Ausländischer Mitbürger in Baden-Württemberg
Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Detmold
Informationsstelle Türkei, Köln
Initiative Ausländer und Deutsche, Nürnberg
Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen mit folgenden Organisationen:
Türkisches Volkshaus
KOMKAR
AWO, Kreisverband Ffm.
Frankfurter Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
Progressive Volkseinheit aus der Türkei (FHDB)
IAF Hessen
Griechische Gemeinde, Ffm.
Verein griechischer Eltern und Erziehungsberechtigter in Ffm. und Umgebung
JUSOS in der SPD Hessen-Süd
JUSOS Frankfurt
JUSO HSG, Ffm.
Jugendwerk der AWO, Ffm.
Jakobs, Prof. Dr. Kurt
Jouhy, Ernest Prof. Dr., Frankfurt
Richter, Horst Eberhard, Prof. Dr.
Regenbrecht, Matthias, Reutlingen
Redaktion 'Roter Maulwurf'
Sozialistisches Büro, Offenbach
Sozialkritischer Arbeitskreis, Darmstadt
Schubart, Alexander
Schöneberg, Ulrike, Frankfurt
Soldici, Magrit und Dani, sowie Klein-Jana, Itzehoe
Solidaritätskomitee für Ausländerrechte HD
Türkei-Komitee, Frankfurt
Tageszeitung, Blu. Ffm.
Volksfront, Zentralvorstand
Verein griechischer Eltern in Frankfurt/M. und Umgebung e.V.
Voigt, Carsten D., Frankfurt
VIA (Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit)
Wieczorek-Zeul, Heidemarie, MdEP
Zentrum für deutsche Sprache und Kultur, Frankfurt
Zinnecker, Jürgen
Zuleeg, Dr. Manfred, Frankfurt

Polizei prügelt Aktion gegen die "Grauen Wölfe" auseinander

In Hannover endete eine angemeldete Protestaktion gegen einen sogenannten Kulturabend rechtsradikaler Türken am Pfingstsamstag mit 27 Festnahmen und zahlreichen Verletzten.

Mit dem Motto: „Wir sind die, die gerne der Heimat, der Nation, der Religion und dem Staat Opfer bringen möchten", hatte der „Verein türkischer Idealisten" Hannover für einen Kulturabend geworben. Daß hier unter dem Vorwand eines kulturellen Treffens eine Propagandaveranstaltung türkischer Faschisten in der Stadthalle stattfinden sollte, war aufmerksamen Antifaschisten sofort klar. Denn schon in anderen Städten versuchten die „Grauen Wölfe" Agitationsverastaltungen unter dem Deckmantel kultureller Treffs durchzuführen.

Erwartungsgemäß blieben in Hannover Proteste und ein Verbotsantrag wirkungslos; der Polizeipräsident sieht keine Handhabe, da es sich nicht um eine verbotene Organisation handele. Die Direktion der Stadthallenbetriebe berief sich auf einen ordentlichen Mietvertrag. Vertreter der kurzfristig zum Ort des Geschehens mobilisierten 200 deutschen und türkischen Antifaschisten erreichen auch nach 2 1/2 stündigen Verhandlungen mit dem Einsatzleiter der Polizei, dem Polizeipräsidenten, einem Angestellten der Stadthallenbetriebe, dem Boß der hannoverschen Idealisten und SPD Oberbürgermeister kein Verbot. Der SPD OB schiebt die Verantwortung dem Stadthallenangestellten zu und der glaubt den Beteuerungen der „Grauen Wölfe", es handele sich um eine reine kulturelle Veranstaltung — alles ganz unpolitisch."

„Ganz unpolitisch" nennt auch der Einsatzleiter der Polizei seine Entscheidung, die mittlerweile den Eingang blockierenden Gegendemonstranten müßten für die „Idealisten" den Weg freimachen. Die Polizei fordert mehrmals die Räumung einer 10m breiten Gasse, doch ein Teil der Demonstranten bleibt stehen. Es sieht so aus, daß die Bullen mühelos durch die mittlerweile auch zahlenmäßig unterlegenen Antifaschisten eine Gasse für die Idealisten bahnen kann. Doch völlig unvermittelt knüppelte die vorrückende Polizeikette los. Auf bereits Festgenommene wurde weiter eingeschlagen, unbeteiligte Zuschauer wurden mit Chemical-Mace bespritzt. Einen türkischen Demonstranten drückten Uniformierte an die Hauswand und hauten zu viert auf ihn ein. Einen stadtbekannten türkischen Sozialarbeiter, blutig geschlagen, noch in Handschellen weiter getreten und geprügelt, hielt man ein Gummiknüppelähnliches Kabelende hin. Er sollte sich damit fotografieren lassen. Greiftrupps setzten den Flüchtenden bis in 2 km entfernte Stadtteile nach: mehrmals wurden auch Pistolen gezogen! Ob die Bullen diesen Einsatz von vornherein geplant hatten, oder ob sie die „günstige Gelegenheit" nutzen wollte, ist nicht ganz klar. Tatsache jedoch ist, daß die Verantwortlichen sich nicht damit begnügten, die Veranstaltung der rechten Türken gegen den Widerstand durchzusetzen, sondern daß dieser Widerstand unter dem Beifall der Faschisten völlig zusammengeknüppelt worden ist. Die Anschuldigungen gegen die 27 Festgenommenen (darunter 23 Türken u. Kurden), von denen 25 wieder auf freiem Fuß sind, reichen von Nötigung über Landfriedensbruch bis zu versuchter Gefangenenbefreiung und versuchten Totschlag. Ein Haftbefehl wegen versuchten Totschlags wurde gegen 2 Türken ohne hinreichende Beweise ausgestellt. Die Staatsanwaltschaft scheint mit diesen massiven Anschuldigungen in die Offensive zu gehen, um von dem brutalen Vorgehen der Bullen abzulenken. Nicht umsonst wird von den schwersten und gewalttätigsten Auseinandersetzungen seit Jahren in Hannover gesprochen.

Als der Weg für die türkischen Faschisten frei war, marschierte ein geschlossener Block von etwa 60 „Grauen Wölfen" vom Parkplatz zum Tor der Stadthalle. Sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift (auf türkisch) „Celibi ist unpolitisch" und einem Porträt Celibis. Dieser Celibi ist von den deutschen Behörden wegen des Verdachts der Beteiligung am Papst-Attentat nach Italien ausgeliefert worden. Er war bis zu seiner Festnahme Vorsitzender der rechtsradikalen Türk-Föderation. Alles ganz unpolitisch.

KB-Gruppe Hannover

Spendenaufruf:
Für die anwaltliche Vertretung der Inhaftierten und die zu erwartenden Prozeßkosten rufen wir zu Geldspenden auf.
Konto Nr. 241 990 5500 bei: Bank für Gemeinwirtschaft Blz.: 205 010 111 Stichwort: GABL - Rechtshilfe; E. Jordan.

Strahlenuntersuchungen an Sintis, Türken und Italienern — alles streng rechtsstaatlich

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat Fahndungsmethoden der Richter, Polizei und Rechtsmediziner verteidigt, die unter der NS-Diktatur von SS-Ärzten an Kindern, von Sintis und anderen Minderheiten im Rahmen von Menschenversuchsprogrammen in ähnlicher Art durchgeführt wurden. „*Um junge Zigeuner vor Gericht stellen zu können .. sollte durch Untersuchung der äußerlichen Körpermerkmale und durch Röntgenaufnahmen vom Skelett*" herausgefunden werden, „*ob ein Zigeuner — entgegen seiner Angaben — vielleicht doch schon über 14 Jahre alt und somit strafmündig sei.*" (FR 22.4.83). Der Professor des Zentrums der Rechtsmedizin an der Frankfurter Universität bestätigte, daß Polizisten auf Grund eines richterlichen Beschlusses Sintis vorführten, um auf Grund ihres Knochenbaues eine Altersbestimmung zu machen. Dies würde in „*Zweifelsfällen auch dann angewandt, wenn bei einer Straftat ertappte Türken behaupteten, noch keine 14 Jahre alt*" zu sein; so der Pressesprecher der Frankfurter Staatsanwaltschaft Rochus (FR, 4.5.83). Die der Einbruchsdiebstähle verdächtigten „Zigeunerkinder" sagten meistens nur, sie seien noch nicht 14 Jahre alt. Nach einer Untersuchung sei dann aber festgestellt worden, „der ist über 14 Jahre alt."

Gerchow hatte weiterhin eine Reihe von Röntgenärzten angeschrieben, um von ihnen Röntgenaufnahmen von „Zigeunern" zu erhalten, „*um etwas exakte Aussagen machen zu können*". In dem Schreiben hieß es wörtlich: „*Sollten Sie Röntgenaufnahmen von Skelettsystemen von Zigeunern besitzen, gleichgültig von welchen Körperregionen, wären wir dankbar, wenn Sie uns diese zukommen lassen*". (FR, 22.4.). Begründet wurde das mit den „*vielen tausend Einbrüchen der letzten Monate*", die „*Sinti-Kinder zugeschrieben*" würden. Rechtsmedizinisch wichtig sei daher „*der Vergleich des wahren Lebensalters mit den Standartwerten des Skelettalters bei Zigeunern*". Den Briefen wurde eine Liste häufiger Zigeunernamen beigegeben, um die Suche zu erleichtern. Dies, so Gerchow, gehöre zu den „*üblichen Aufgaben ..., medizinische und naturwissenschaftliche Forschungsergebnisse und Erfahrungen für die Rechtsprechnung nutzbar zu machen*". Dieses Verfahren wurde auch einmal, so der Pressesprecher der Frankfurter Staatsanwaltschaft, bei einem italienischen Kind durchgeführt und hätte „*im Prinzip auch für Deutsche zu gelten*" — die hätten aber nun mal Papiere, um das tatsächliche Alter festzustellen. Ja, ja, die deutsche Gründlichkeit.

Das Verfahren, das man nur an jungen Sintis und Roma durchführe, die als mutmaßliche Täter zu drei Roma-Familien zählten, die aus Osteuropa kämen. würde ordnungsgemäß nach Paragraph 81 a der Strafprozeßordnung durchgeführt: „*dem Sinne des Gesetzes nach streng rechtsstaatlich*".

In einem offenen Brief an den hessischen Kultusminister und den Präsidenten der Frankfurter Universität protestierte der Zentralrat der Sinti und Roma gegen diese Methoden. Den Staatsanwalt Rochus bezeichneten sie als „*Mitglied in einer faschistischen Vereinigung*", da er diese Fahndungsmethoden auch noch verteidigt.

Die Grünen im Bundestag stellten zu diesem Vorfall fest: „*Nach all den Greueltaten der nationalsozialistischen Medizin wird an der rassistischen Durchleuchtung ethnischer Minderheiten gearbeitet.*" Ein verantwortungsvoller Wissenschaftler dürfe sich auch nicht hinter amtlichen Weisungen von Strafverfolgungsbehörden verstecken. Sie erinnerten in diesem Zusammenhang daran, daß das Bundeskriminalamt Daten über Sinti und Roma mit der Kennzeichnung „Z" — für Zigeuner — führt. Die Grünen fordern die rückhaltlose Aufklärung dieser Praktiken.

Kinderkommission/KB Hamburg

Stadt Göttingen ehrt Studentenverbindung

Mit einem Empfang im Alten Rathaus ehrte an Pfingsten die Stadt Göttingen die 100 jährige Tradition und Geschichte der katholischen Studentenverbindung AV Palatia. Eigens angereist war der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), der auf dem anschließenden Festkommers in der Stadthalle eine Ansprache

der Göttinger Uni verboten, nachdem sie mit anderen Korporationen an einer nicht genehmigten Demonstration teilgenommen hatte, in deren Verlauf es zu tätlichen Ausschreitungen gegen nicht korporierte Studenten kam.
Heute mag die Palatia nicht öffentlich an ihre Vergangenheit erinnert werden. Die Palatia stellt im „Göttinger Tageblatt" vom 20.5. Überlegun-

Stadt Göttingen ehrt Studentenverbindung

Mit einem Empfang im Alten Rathaus ehrte an Pfingsten die Stadt Göttingen die 100 jährige Tradition und Geschichte der katholischen Studentenverbindung AV Palatia. Eigens angereist war der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), der auf dem anschließenden Festkommers in der Stadthalle eine Ansprache hielt, in der er zum gemeinsamen Kampf gegen „unsere Gegner" mahnte, die die „Angst schüren" vor der Kriegsgefahr und Umweltzerstörung („Göttinger Tageblatt", 24.5.).

An einer Gegenkundgebung vor dem Alten Rathaus, zu der die Grünen, die alternative Stadtratsliste AGIL, der AStA, die Jusos, der KB u.a. aufgerufen hatten, beteiligten sich mehrere hundert Menschen. Ein starkes Bulleaufgebot verschaffte den Korporierten gewaltsam den Zugang zum Veranstaltungssaal, den sie trotzdem nur unter einem Hagel von Eiern und Farbbeuteln erreichen konnten. Während der Auseinandersetzungen wurden zwei Gegendemonstranten festgenommen.

Für die politische Pointierung dieses Empfangs sorgte der Göttinger Oberbürgermeister Gerd Rinck (CDU), dessen NS-Vergangenheit erst vor kurzem bekannt geworden ist. In einem von ihm unterzeichneten Brief übermittelte er der SPD die Entscheidung der Stadt Göttingen, nach der es den Sozialdemokraten verboten wurde, ihr 110-jähriges Jubiläum im Alten Rathaus zu begehen. Einen Tag später verschickte Rinck im Namen der Stadt die Einladung zur 100-Jahr-Feier der Palatia in eben denselben Räumen.

An ihrem Vorhaben zur Ehrung der Tradition der Palatia hielt die Stadt Göttingen natürlich auch dann noch fest, nachdem die AGIL enthüllt hatte, daß diese Korporation, wie viele andere studentische Verbindungen, eine nazistische Vergangenheit hat: Schon zu Beginn der Weimarer Republik war die Palatia mit der völkischen und vaterländischen Bewegung eng verbunden und trug den Antisemitismus als Kampfprogramm auf die Straßen und in die Hörsäle. Die Errichtung des NS-Staates wurde „aus heißem Herzen" begrüßt. Im Verbindungsleben wurden der SA-Dienst, das Führerprinzip und der arische Ahnennachweis eingeführt. Nach der Befreiung vom Faschismus war die Palatia bis 1951 verboten und wurde 1953 wiederum für ein Jahr an der Göttinger Uni verboten, nachdem sie mit anderen Korporationen an einer nicht genehmigten Demonstration teilgenommen hatte, in deren Verlauf es zu tätlichen Ausschreitungen gegen nicht korporierte Studenten kam.

Heute mag die Palatia nicht öffentlich an ihre Vergangenheit erinnert werden. Die Palatia stellt im „Göttinger Tageblatt" vom 20.5. Überlegungen an, „*ob man gegen die Verfasser der AGIL-Flugschriften rechtlich vorgehen soll*".

Weit interessanter jedoch ist die Reaktion der Stadt Göttingen. Hier wird kein Schritt zurückgewichen. Der Oberbürgermeister erklärte, „*er würde für jede andere Korporation aus gleichem Anlaß wieder einen Empfang geben*" (ebenda). An der antisemitischen und nazistischen Vergangenheit nimmt man eben keinen Anstoß und erst recht nicht daran, daß die Vielzahl der Korporationen nie so richtig mit ihrer Vergangenheit gebrochen haben. Im Gegenteil. Es ist der neue Trend zur alten Zeit, daß man diese Verbindungen fördert, unterstützt und in das gesellschaftliche Leben integrieren will. Die über lange Jahre gehende mehr oder weniger stille Zusammenarbeit zwischen CDU, Alt- und Neonazis in den Korporationen soll heute sichtbare Erfolge zeigen. Die teilweise erfolgte Aufhebung des Farbenverbots an der Göttinger Uni einerseits und die Denunziantentätigkeit gegen den Göttinger AStA durch Korporierte andererseits unterstreichen das.

Fast prophetisch klingen Worte, die ein Nazi der ‚Deutschen Studentenschaft' im Juni 1933 auf dem 50. Stiftungsfest der Palatia fand, bevor man gemeinsam das Horst-Wessel-Lied sang: „*Auch wir von der Deutschen Studentenschaft kämpfen für die Verwirklichung des Dritten Reiches ... Heute haben wir es dahin gebracht, daß unsere nationalistische und sozialistische Studentenschaft staatlich anerkannt ist. Ich wünsche und hoffe, daß Palatia wie bisher auch weiter mit uns zusammenarbeiten wird. Dann wird sie nach weiteren 50 Jahren mit Stolz auf das Sommersemester 1933 zurückblicken, wo sie auch an der nationalen Wiedergeburt regsten Anteil nahm*".

Die Stadt Göttingen macht das möglich.

He., Göttingen

El Salvador 1982:
Schritte auf die Revolution zu

Nach der großen Massenmobilisierung der Jahre 1979/80 und der Schaffung der militärischen Voraussetzungen für einen auch langfristig zu führenden Volkskrieg 1981/82 ist die salvadorianische Revolution 1983 weiter vorangekommen.

Während des vergangenen Jahres haben sich die strategischen Kräfteverhältnisse entscheidend verändert. Trotz der riesigen Finanz- und Militärhilfe für das Regime El Salvadors ist es den USA nicht gelungen, die Volksbewegung zu zerschlagen. Der deutlichste Ausdruck dieses Scheiterns ist der Rücktritt von Verteidigungsminister Garcia, bisher 'starker Mann' aller Regierungen seit 1979.

Um diese Entwicklung, auch im Zusammenhang mit den Vorfällen in der Führungsspitze der FPL, einordnen zu können, ist es notwendig, sich die qualitativen Veränderungen im Jahr 1982 vor Augen zu halten.

Das herausragendste Ereignis waren die Wahlen vom März 82; darauf folgten die Auseinandersetzungen um eine „Verhandlungslösung", bis schließlich die Oktober-Offensive der FMLN und jetzt der konterrevolutionäre Überfall auf Nicaragua die Möglichkeit der US-Intervention in ihren unterschiedlichsten Formen wieder aktuell gemacht haben.

Wir drucken im Folgenden Auszüge einer Analyse des „Dokumentationszentrum Radio Farabundo Marti, Nicaragua" zur Lage in El Salvador ab.

Die FMLN-FDR ging in das Jahr 1982 mit dem Erfolg, 1981 7 kontrollierte Gebiete im Land gegen 44 Offensiven der Armee verteidigt zu haben. Gleichzeitig begann ebenso erfolgreich der Aufbau des Poder Popular Local, der lokalen Volksmacht, die Guerilla und Bevölkerung in noch festere Strukturen verschmelzen ließ. Inzwischen hat die FMLN auch ihre Offensivkraft erhöht, wie sich an der Sprengung der größten Brücke des Landes, Puente de Oro zeigte, aber auch an den zahlreichen Angriffen auf Militäreinrichtungen, Elektrizitätswerke und Kommunikationsstrukturen des Regimes. Die letzte Offensive des Heeres auf das kontrollierte Gebiet im Norden der Provinz Morazan, im Dezember 81, endete nach 20 Tagen mit dem Abzug der Truppen, ohne ihr Ziel, den Rebellensender Radio Venceremos zu zerstören, erreicht zu haben.

Die Wahlen vom März '82

Das politische Ziel der FMLN-FDR vor den März-Wahlen war, diese im Land und weltweit als Frace hinzustellen. Es gelang ihr auch größtenteils. Die Ausweitung der Gefechte in den letzten Wochen vor der Wahl strafte die Propaganda des Regimes Lügen, es herrsche Frieden im Land. Und dort, wo die Guerilla ihre Präsenz durchsetzen konnte, wie in den Provinzen Chalatenango, Morazan, La Union, Usulutan und Teilen von San Miguel und San Vicente, als auch in einigen umliegenden Ortschaften der Hauptstadt, fand die Bevölkerung auch die Bedingungen vor, um die Wahlen zu boykottieren. In manchen Gegenden, wie in Chalatenango und Morazan, wurden nicht einmal Urnen aufgestellt.Dennoch sollen hier — laut offiziellem Bericht der Regierung — tausende von Stimmen abgegeben worden sein.

Trotzdem wurden die Wahlen als solche sowohl militärisch als auch politisch nicht verhindert. Doch eigentlich


José Venturelli

Er war es auch, den der US-Botschafter wurde detailliert in den öffentlichen noch 15 mittlere Angriffe gegen Chala-

Trotzdem wurden die Wahlen als solche sowohl militärisch als auch politisch nicht verhindert. Doch eigentlich wäre es abzusehen gewesen, daß breite Teile der Bevölkerung aus verschiedenen Gründen zu den Urnen gehen würden. Insofern war es ein gravierender Fehler der FMLN-FDR — besonders im Ausland mit ihren Informationsmöglichkeiten —, nicht darauf hinzuweisen. Sie wurde selbst Opfer ihrer Hoffnungen und Erwartungen. Wäre es nicht möglich gewesen — muß man heute fragen —, darzustellen, daß besonders Teile der städtischen Mittelschichten der Propaganda der extremen Rechten Glauben schenken würden, mit ihrer Wahl und einer Politik der Stärke (D' Abuisson: in drei Monaten ist die Guerilla zerschlagen) würden sich die Verhältnisse wieder normalisieren? Stand es nicht fest, daß eine beträchtliche Zahl von Menschen der Propaganda der Christdemokraten glauben würden, die sich als die einzige Partei des Friedens darstellte? Konnte nicht davon ausgegangen werden, daß viele aus Angst vor der Repression zu den Urnen gehen würden, um sich einen bestimmten Stempel in den Personalausweis drücken zu lassen? War es nicht klar, daß selbst Sympathisanten und Mitglieder der Opposition zur Wahl gehen würden, um ihre Identität nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen?

Die März-Wahlen bedeuteten für die FDR-FMLN erst einmal einen politischen Rückschlag, den sie selbst teilweise verschuldet hatte. In der entstandenen Euphorie vor den Wahlen, beflügelt von den militärischen Erfolgen, rief sie zum Volksaufstand für den 28. März und zum massiven Wahlboykott auf und weckte hohe Erwartungen. Daran gemessen scheinen die Erfolge gering. Erst heute stellen sich die militärischen und politischen Fortschritte in der Zeit vor den Wahlen als wichtige Schritte der FMLN heraus, um ab Juni 82 die militärische Offensive an sich zu reißen. Der eigentliche „Sieger" des von den USA vorgeschriebenen Wahlmanövers war zum Entsetzen Washingtons der Rechtsradikale Ex-Major Roberto D' Abuisson, bekanntgeworden als Anführer der Todesschwadrone und vermutlicher Drahtzieher bei der Ermordung Erzbischof Romeros 1980.

Er war es auch, den der US-Botschafter in El Salvador, Hinton, als erster zu sich bestellte, um ihn darin zu unterweisen, baldigst eine Regierung der „Nationalen Einheit" mit den anderen Parteien, einschließlich den Christdemokraten, zu bilden. Damit begann das Tauziehen um die Macht. Zuerst kündigten die 4 rechtsradikalen Parteien ihren Zusammenschluß an, der offensichtlich gegen die Christdemokraten gerichtet war. D' Abuisson sollte zum Präsidenten von einer Mehrheitsfraktion der Konstituierenden Nationalversammlung gewählt werden, aber weil die Christdemokraten die Nationalversammlung zu boykottieren drohten, fuhr Hinton dazwischen. Die alten Streitigkeiten zwischen der ARENA-Partei — sprich Oligarchie — und den von Washington geschützten Christdemokraten über den Weg der Zerschlagung der Guerilla, ließen sich nicht beschwichtigen.

Schließlich zwang Washington alle Parteien, einen provisorischen Präsidenten zu wählen, der den Anschein der Überpartlichkeit erweckte: Die Wahl fiel auf den Finanzier und PCN-Mitbegründer Alvaro Magana. Sein Kabinett aber wies wieder den Einfluß der Rechten auf, denn es mußte von der Nationalversammlung bestätigt werden, in der sie über 36 der 60 Sitze verfügte. So gingen die wichtigsten Ministerien — Wirtschaft, Außenhandel, Landwirtschaft, Justiz und Verteidigung — an die Rechtsparteien ARENA, PCN und an die Militärs, während die Christdemokraten das Außen-, Erziehungs- und Arbeitsministerium bekamen.

Doch damit nicht genug. Das erste Gesetz, das die Nationalversammlung verabschiedete, machte die sogenannte Agrarreform — das angeblich so fortschrittliche Werk der Christdemokraten — rückgängig. Eine Vielzahl von Bauernfamilien wurden daraufhin von ihren Parzellen verjagt. In der darauffolgenden Zeit fing eine regelrechte Hetzjagd gegen Parteigänger der Christdemokraten an, die keinen Halt vor der Ermordung selbst christdemokratischer Bürgermeister machte.

„Endoffensive" der Armee

Noch unter dem Einfluß der „gelungenen" Wahlen startete die Armee unter Verteidigungsminister Garcia zur „Endoffensive" gegen die Hochburgen der FMLN in Chalatenango und Morazan. Besonders beflügelt wurden die hohen Erwartungen in dieses Unterfangen von der Rückkehr von 1600 Offizieren und Soldaten aus den USA nach einem Spezialtraining in Guerilla-Bekämpfung und ihrer Ausrüstung mit modernsten Waffen.

Die Endoffensive begann am 31. Mai mit 5000 Elitesoldaten und 2000 Soldaten der honduranischen Armee an der Grenze gegen die nördliche Provinz Chalatenango und sollte danach in Morazan fortgesetzt werden. Jeder Schritt wurde detailliert in den öffentlichen Medien des Landes nachvollzogen, denn es ging ja um die Entscheidung. 12 Tage dauerte der Vormarsch der Armee, bis er von der FMLN aufgehalten wurde. Mit 63 Gefallenen mußten sie sich schließlich zurückziehen. In Morazan, das nächste Ziel der Offensive, hatte sich die FMLN inzwischen die Tatsache zu eigen gemacht, daß die Armee Kräfte für Chalatenango abgezogen hatte, und hatte einige Ortschaften, u.a. das strategische Perquin, erobert und 250 Soldaten in San Fernando eingeschlossen. Da Morazan ein zerklüftetes Berggebiet ist und schlechte Verbindungswege hat, gerieten die herannahenden Truppen laufend in Hinterhalte der Guerilla, was sie daran hinderte, zu den genannten Ortschaften vorzudringen. Auch aus Morazan mußte sich die Armee nach 10 Gefechtstagen zurückziehen. 80 Soldaten waren gefallen, 73 vewundet und 43 gerieten in Gefangenschaft der FMLN. Unter den Gefangenen befand sich der erst kürzlich in den USA ausgebildete Leutnant Romero und der Vize-Verteidigungsminister Oberst Castillo, der mit seinem Hubschrauber abgeschossen wurde. Bei dem Absturz starb der Kommandeur der 6. Infanteriebrigade, Oberst Beltran. Und während der Ausgang der Gefechte in Morazan noch nicht entschieden war, eroberte die FMLN in Chalatenango 3 Ortschaften, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen.

Beide Niederlagen der Armee markierten eine Wende, von der sie sich nicht mehr erholen sollte, und es war eine erneute propagandistische Schlappe, nachdem nicht zum ersten Mal eine „Endoffensive" angekündigt worden war. Trotz bester Ausrüstung und neuen Anti-Guerillataktiken, vermochte die salvadorianische Armee nicht einmal mit der nachweislichen Hilfe der Honduraner, die FMLN zu treffen. „Jeder Tag, an dem die Armee nicht erfolgreich ist, bedeutet eine Niederlage — und einen Sieg der Guerilla", äußerte Monate zuvor ein hoher US-General und sollte damit Recht behalten.

Auf der anderen Seite hatte die FMLN ihre Kommunikationsstrukturen verbessern können. Die Absprache zwischen den 5 Organisationen der FMLN und den 7 großen durch Korridore verbundenen kontrollierten Zonen funktionierte.

Am 31. August gab der Verteidigungsminister und Chef der Armee, Oberst Garcia, die Zahl der gefallenen und verwundeten Soldaten in einem Jahr bekannt, die, auch wenn sie sicherlich nach unten gedrückt wurde, dennoch die verheerende Bilanz der Armee widerspiegelt: 1037 Soldaten wurden demnach getötet, 2620 verwundet; unter den Offizieren befinden sich 3 Oberste, 3 Oberleutnants, 3 Mayore und 5 Kapitäne. Das sind etwa 15% der Kapazität der Armee, die sie offiziell verloren hat. Bis zur Oktober-Offensive der FMLN sollte das Heer noch 15 mittlere Angriffe gegen Chalatenango, Morazan, Usulutan, San Vicente und Guazapa starten, ohne nennenswerte Erfolge erzielen zu können.

Die lokale Volksmacht — Poder Popular

Die traditionelle Revolutionsstrategie in Lateinamerika ging davon aus, daß eine Guerillabewegung nur in einem Land mit großen Gebirgs- und Waldgebieten existieren kann. Das waren die Lehren aus Cuba und Nicaragua und aus den weniger erfolgreichen Revolutionsansätzen im übrigen Lateinamerika. In Uruguay hatte es sich gezeigt, daß sich auch eine Stadtguerilla bilden und halten konnte. In all diesen Fällen gelungener oder gescheiterter Revolutionen aber fehlte das Element des organisierten Volkes, und genau an diesem Punkt setzt El Salvador in Lateinamerika neue Akzente. In El Salvador gelang es, die Aufstandsstrategie einer professionalisierten Guerillaarmee, die in Cuba und Nicaragua erfolgreich war, mit den Erfahrungen der Stadtguerilla in Uruguay auf der Grundlage einer breiten Massenbewegung zu verschmelzen. Daraus entstand die heutige Verwurzelung der Guerilla und Miliz im Volk, die es möglich machte, kontrollierte Gebiete in verschiedenen Landesteilen aufzubauen und zu halten. Die Grundsteine dafür setzten die revolutionären Bauern- und Landarbeiterorganisationen, die in den Gebieten in den 70er Jahren Bewußtseinsarbeit leisteten, und die Massenorganisationen in den Städten bis 1980, aus denen sich viele Menschen in die später kontrollierten Zonen absetzten. Nach außen erscheint es, als ob die revolutionäre Bewegung an sozialer Basis verloren hätte, da seit 1980 die Massenkundgebungen und Besetzungen ausblieben. Bei genauer Beobachtung ist jedoch zu erkennen, daß der Widerstand nur andere Ausdrucksformen gefunden hat. Deshalb blieb die Bewegung praktisch unschlagbar, weil das Regime angetreten war, einen Krieg gegen die Guerilla zu führen, jedoch auf einen Volkskrieg stieß. Seit 1980 steht in El Salvador die Frage der Macht weiterhin im Raum: das Regime hat sich nicht festigen können, während die FMLN-FDR langsam ihre Macht ausbaut.

Der revolutionäre Prozeß in El Salvador begann mit neuen Vorzeichen 1970 und stand von Anfang an unter dem Konzept des verlängerten Volkskriegs (Guerra Popular Prolongada). Aussichten auf einen schnellen Erfolg gab es nicht, denn 1970 stand fest, daß das Kräfteverhältnis erdrückend zum Nachteil der Revolution stand. Deshalb konnte der Ausgleich allein dann errungen werden, wenn das Volk Schritt für Schritt in den Kampf integriert wird, während gleichzeitig die Entwicklung der bewaffneten Kräfte Fortschritte macht. Hinzu kam, daß in El Salvador keine Familien- oder Militärdiktatur herrscht, wie vormals in Nicaragua oder Cuba, sondern eine Klassenherrschaft eines historisch gewachsenen Bürgertums. Demnach stehen sich auf der einen Seite ein organisiertes Bürgertum und auf der anderen ein organisiertes Industrie- und Landproletariat seit den 70er Jahren gegenüber, weshalb sich die Revolutionäre El Salvadors nicht einem Kampf gegen eine Diktatur verschrieben haben, sondern einem Kampf mit sozialistischer Zielsetzung gegen ein dekadentes kapitalistisches Ausbeutersystem. Dieser Kampf aber bedarf der bewußten und organisierten Beteiligung besonders der Arbeiter und Bauern. Sie müssen selbst zum Akteur der Geschichte werden, wichtig auch im Hinblick auf den Aufbau einer neuen wirklich revolutionären Gesellschaftsordnung mit sozialistischem Inhalt nach dem Sieg. Sie kann nicht nur das Werk einer revolutionären Regierung sein.

Die Organe der Poder Popular haben einen festen Sitz. Ihr höchstes Gremium ist die Dorfversammlung. Diese besteht aus einem Vorsitzenden und den Verantwortlichen für Produktion, Justiz, Soziales, Sicherheit und Selbstverteidigung, die von der Dorfbevölkerung aus ihren eigenen Reihen gewählt werden. Nur der Zuständige für Sicherheit und Selbstverteidigung wird darüberhinaus noch vom lokalen militärischen Oberkommandierenden der Guerilla bestätigt. Zusammengehalten und geleitet wird diese zivile Struktur und

rilla bestätigt. Zusammengehalten und geleitet wird diese zivile Struktur und

die der Guerilla von den politischen Kadern der Guerillaorganisation, denn das Militärische ist dem Politischen untergeordnet. Damit wird sowohl eine hohe Zentralisierung der Erfahrungen und Entscheidungen garantiert, die in einem Krieg ausschlaggebend ist, als auch die demokratische Beteiligung der Bevölkerung, die Voraussetzung für einen wirklichen Volkskrieg. Es ist ein in sich geschlossener Kreis.

Politisch-militärische Oktober-Offensive

Noch bevor die FMLN ihre militärische Offensive am 10. Oktober in Chalatenango begann, hatten FMLN und FDR der Regierung, der Nationalversammlung und den Militärs einen weiteren Dialogvorschlag „ohne Vorbedingungen" unterbreitet. Es war nicht das erste Mal, daß die Opposition ihre Bereitschaft kundtat, auch eine friedliche Lösung für das Land anzustreben, solange das auch eine gerechte Lösung wird. Vorstöße in diese Richtung hatte die Regierung bis dahin mehrfach abgelehnt. Selbst nachdem es offenkundig war, daß die FMLN und FDR eine „relevante politische Kraft" im Land darstellten — wie die Französisch-Mexikanische Erklärung vom August 81 festhielt, gingen die salvadorianische Regierung und die Militärs nicht auf die Angebote ein. Es lag sicherlich nicht nur daran, daß durch eine Zusage die FMLN-FDR aufgewertet worden wären, denn ihr reales Gewicht war inzwischen offensichtlich. Es lag vielmehr daran, daß die Regierung bei

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ernsthaften Verhandlungen das verloren hätte, was ihr nicht zusteht, und zwar ihre Regierungsberechtigung, während die Opposition das gewonnen hätte, was ihr nicht zugesprochen wird: ihre legitime Rolle als Vertreterin breiterer Teile der Bevölkerung. Das mühsam durch die USA aufgebaute Kartenhaus würde zusammenbrechen. Das neue Dialog-Angebot der FDR-FMLN wurde der salvadorianischen Regierung Anfang Oktober unterbreitet, noch bevor die militärische Offensive anfing, und am 26. der Öffentlichkeit in Mexico vorgestellt. Es enthielt die genannten Punkte mit der Variante, daß zunächst Vermittler Bedingungen schaffen sollten, damit sich die Delegierten beider Seiten an einen Tisch setzen. Seine Antwort gab das Regime am 18. Oktober mit der Verhaftung 5 führender FDR-Vertreter in San Salvador, die an der Ausarbeitung des Dialogangebots beteiligt gewesen waren.

Da die Ablehnung des Angebots der Opposition schon frühzeitig bekannt war, leitete sie die militärische Offensive ,,Märtyrer und Helden vom Oktober 1970 - 1980'' am 10. Oktober in Chalatenango ein. Die befestigten Kasernen von Las Vueltas und El Jicaro in Chalatenango und am 12. von Perquin in Morazan wurden gestürmt und die Soldaten zur Aufgabe gezwungen.

Oberst Garcia, Chef der salvadorianischen Armee, beeilte sich zu erklären, als die Guerilla immer mehr Gebiete errang, es handele sich bei den eroberten Ortschaften um strategisch unwichtige Zonen, die man zu einem späteren Zeitpunkt zurückgewinnen wolle. Denn — so Garcia — die Guerilla wolle die Armee in die Falle locken, um ihre Einheiten während ihrer Verlegung anzugreifen. Ähnlich fielen die Verlautbarungen des Weißen Hauses aus, nachdem u.a. die ,,Washington Post''

lautbarungen des Weißen Hauses aus, nachdem u.a. die ,,Washington Post''
von ,,großen militärischen Erfolgen der FMLN'' schrieb.

Die Gegenoffensive

Einen Monat nach dem Beginn der Oktober-Offensive der FMLN gab die Armee einen Gegenangriff auf Chalatenango und Morazan mit über 13.000 Soldaten bekannt. Die Kämpfe begannen am 9. November in Chalantenango mit der Beteiligung der Elitebrigaden Atlacatl, Atonal, Ramon Belloso, Sierpe und 30 Kompanien der Nationalgarde.

Unterdessen hatte die FMLN von Morazan aus verschiedene Ortschaften im Norden der angrenzenden Provinz La Union eingenommen, weshalb die Armee von ihrem ursprünglichen Plan absah und statt Morazan nun La Union angriff. Die FMLN zog sich aus taktischen Gründen und nach heftigen Gefechten zurück, doch der Angriff auf Morazan wurde auf Januar vertagt. Der Kräfteverschleiß der Truppen in Chalatenango, der Transport nach La Union und die dortigen Kämpfe zwangen sie in die Kasernen zurück.

Allmähliche Reaktivierung der Massenbewegung

Die großen Massenmobilisierungen, die noch 1979 und 1980 das Bild in der Hauptstadt San Salvador geprägt hatten, verschwanden Ende 1980, nachdem der staatliche Terror ungeheure Ausmaße annahm. Der Blutzoll bei dieser Form des Widerstandes konnte die vereinigte Oppositionsbewegung nicht mehr verantworten, weshalb sie die Mitglieder der Massenorganisationen dazu aufrief, sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Besonders Verbindungskader zwischen der Guerilla und den Arbeitern, Studenten, Angestellten, Elendsviertelbewohnern usw. fielen aus, die nun in die späteren kontrollierten Zonen gingen.

Bei der Januar-Offensive 81 zeigten sich die Folgen. Die militärischen Strukturen der Opposition waren gefestigt, die Massenbewegung jedoch teilweise desartikuliert. Aufstände fanden nur vereinzelt statt, und der Generalstreik wurde nicht befolgt. Seither nahmen jene Organisationen in der FMLN und der FDR, die schon vorher der Massenarbeit besonders in der Hauptstadt große Aufmerksamkeit geschenkt hatten, die Arbeit wieder auf, die Bevölkerung in neuen Strukturen und diesmal im vollkommenen Untergrund einzubinden. Aber diese Aufgabe erwies sich als gefährlich und schwer, weshalb sie nur langsam Fortschritte machte. Erst ab Mitte 82 zeigten sich die Früchte.

Seither hat die Verfolgung, Verhaftung und Ermordung von Gewerkschaftern wieder dramatisch zugenommen. Gesonders in der Hauptstadt und in Santa Ana sowie im gesamten Westen des Landes, ist die Zahl der Leichenfunde ermordeter Arbeiter und Bauern mit eindeutigen Foltermerkmalen in die Höhe gegangen. Dies scheint die einzige Antwort des Regimes auf die Forderungen zu sein, zumal die neue Streikwelle in einem Land, das sich im Bürgerkrieg befinden, leicht zum Generalstreik führen kann. Das wissen die Regierung, Unternehmer und Militärs. Auf der anderen Seite erlaubt die wirtschaftliche Lage keine Besserung der Lebensbedingungen der Werktätigen.

Die Strategie des US-Imperialismus

Am 21.Januar 83 bestätigte Präsident Reagan zum dritten Mal vor dem Kongress, daß es mit der Verletzung der Menschenreche in El Salvador nicht mehr so schlecht bestellt sei. Statt 10.000 seien 1982 nur 6.000 Menschen Opfer politischer Morde geworden, hieß es zynisch. Deshalb forderte Reagan vom Kongreß für 1984 die Bewilligung von 280 Millionen Dollar Militärhilfe für El Salvador, da das Regime sonst die ,,Demokratie'' und die ,,Freiheit'' nicht gegen die ,,ausländische Subversion'' verteidigen könne.

Diese Logik verkörpert die Politik der USA gegenüber El Salvador seit dem Putsch vom Oktobver 79, als die USA begannen, sich massiv in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Regime selbst mit den sozialen Unruhen fertiggeworden. Doch mit dem Sieg der nicaraguanischen Revolution und dem Anwachsen der Guerilla- und Massenbewegung in El Salvador, schien der Sturz des Militärs Romero nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Die USA entschlossen sich zumEingreifen und wirkten auf die Bildung einer Regierungsjunta hin, die wachsende Unterdrückung nach innen ausübte,

Regierungsjunta hin, die wachsende
Unterdrückung nach innen ausübte,
aber nach außen demokratisch erschien. Es waren die ,,Lehren'' aus Nicaragua, wo sich die USA nicht rechtzeitig eingeschaltet hatten. Doch die erste Junta, die aus dem Putsch hervorging, setzte sich aus einer Vielzahl politischer Gruppierungen zusammen und erfüllte nicht die gesteckten Ziele. Erst die zweite Junta, bestehend aus Repressionserfahrenen Militärs und machthungrigen Christdemokraten, erfüllte die Bedingungen für ein Konzept, das sich auf ,,Repression mit Reformen'' reduzieren läßt.

Das Wesentliche an diesem neuen Konzept ist, daß es von den besonderen Begebenheiten eines Landes ausgeht und den Kampf gegen den Widerstand mit allen Mitteln im Militärischen, Politischen, Wirtschaftlichen und Internationalen aufnimmt. Es ist die Vorstufe zum ,,lokalen Krieg'', zu dem die USA heute mit der Einbeziehung der Nachbarstaaten immer mehr übergehen. Es ist auch die Vorstufe zu einem möglichen ,,totalen Krieg'', der die Anwendung von Mitteln vorsieht, über die die Befreiungsbewegung nicht verfügen kann, wie z.B. Neutronenbomben.

Die direkte Invasion von US-Soldaten wäre die letzte Maßnahme der USA, falls auch die Intervention der honduranischen Armee in El Salvador keine Aussichten auf Erfolg mehr zeigt. US-Gesetze erlauben dem Präsidenten eine 60-Tage-Frist, in der bei einer Gefährdung der ,,nationalen Sicherheit'' der USA, ohne Genehmigung durch das Repräsentantenhaus, Truppen in ein anderes Land geschickt werden können. Die ,,Schnelle Eingreiftruppe'' der USA steht dafür jederzeit bereit. Auch die Pläne für eine eventuelle Invasion in El Salvador und Mittelamerika liegen sicherlich schon in einer Schublade.

Dennoch erscheint eine direkte Invasion unwahrscheinlich. Sie müßte nämlich nicht nur El Salvador, sondern ganz Mittelamerika erfassen, sollte sie das Ziel erreichen, mit dem ,,revolutionären Sumpf'' aufzuräumen. Militärexperten meinen außerdem, daß selbst 100.000 Marineinfanteristen in 60 Tagen keinen greifbaren und dauerhaften Erfolg in Mittelamerika erzielen könnten. Ein ,,neues Vietnam'' ist im Bereich des Möglichen. Auch innenpolitisch würde eine Invasion die USA vor hohe politische Kosten stellen, wie eine Umfrage Anfang 82 ergab, wonach 89% der Nordamerikaner gegen eine Entsendung von Truppen nach El Salvador sind. Andererseits würde eine Invasion das Ansehen der USA als Supermacht senken, wenn sie in Mittelamerika mit dem Widerstand nicht fertig würden. Wie stünden sie in Genf?

Die Feldzüge der Engländer gegen die Argentinier und die der Israelis gegen die Palästinenser im Libanon zeigen jedoch, daß sich die Imperialisten in militärische Abenteuer stürzen — und wie in diesen beiden Fällen dabei erfolgreich sind. Die Weltöffentlichkeit, vor vollendete Tatsachen gestellt, kapituliert. Die FMLN-FDR schließt deshalb eine direkte US-Invasion in El Salvador und Mittelamerika nicht aus.



Philippinen — Ein Dominostein fängt an zu wackeln

Die Ausweitung von Kampfhandlungen zwischen Regierungstruppen und Guerillaeinheiten der Neuen Volksarmee (NPA); der im April begangene 10. Jahrestag der Gründung der Nationaldemokratischen Front (NDF), der u.a. Arbeiter- und Bauernorganisationen, Kirchenkreise, Bürgerrechtsgruppen, die KP und NPA angehören; Neuverhandlungen über die US-Basen und nicht zuletzt geäußerte Befürchtungen amerikanischer Diplomaten und Militärs über die sozialpolitisch brisante Lage — all' das hat die Aufmerksamkeit verstärkt auf jenen ostasiatischen Inselstaat gelenkt, dessen politische Führung nicht müde wird, die Mitte Januar 1981 formal vollzogene Aufhebung des seit September 1972 bestandenen Kriegsrechts gegenüber dem Ausland als Rückkehr zur ,,Normalisierung'' mit reichlichem Propagandaaufwand zu preisen. Sämtliche während des Kriegsrechts von Marcos und seinen Militärs erlassenen Gesetze, Verfügungen, Dekrete u. dergl. bilden einen integralen Bestandteil des politischen wie rechtlichen Lebens im Lande. Im Klartext: de jure ist das Kriegsrecht beseitigt, de facto besteht es indes fort. So haben Marcos und sein Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile des öfteren betont, daß, sollte ihrer Meinung nach die Situation im Lande neuerlich die Ausrufung des Kriegsrechts erfordern, sie davon jederzeit Gebrauch machen werden (1).

Wie ,,normal'' die gegenwärtige Situation ist, beweisen nicht nur die seit 1972 um das 9fache (!) aufgestockten Zuweisungen für das Militärbudget, sondern auch das Anwachsen der Ist-Stärke der philippinischen Militäreinheiten von damals 68.000 auf ca. 280.000 Mann. Hierbei sind freilich nicht einmal die paramilitärischen Verbände wie die ,,Constabulary'' oder die berüchtigten ,,Civilian Home Defense Forces'' (Bürger- oder Heimatschutztruppen) mitgerechnet, deren Zahl mit 65.000 bzw. 75.000 Mann zu beziffern ist. Die zudem allein auf der südlichen Insel Mindanao stationierten paramilitärischen Sondereinheiten zur Bekämpfung der Moro National Liberation Front (MNLF) und Neuen Volksarmee (NPA) umfassen weitere 35.000 Soldaten. Seit Ende 1978 ist darüber hinaus mit dem Aufbau einer später einmal 900.000 Mann zählenden Bürgerwehrreserve begonnen worden, die sich je zur Hälfte aus Jugendlichen und Barangay-Brigaden (2) rekrutiert und den Nachwuchs für die paramilitärisch ausgerüsteten integrierten Bürgerwehrtruppen sichern soll.

Militärstrategisches Kalkül der USA

Diese massive Militarisierung ist im Rahmen amerikanischer militärstrategischer wie wirtschaftlicher Überlegungen zu sehen, die Inseln (Amerikas einstige und einzige Kolonie in Asien) fester an sich zu binden:

— Zwar wehen seit 1979 über den beiden größten US-Militärbasen (Subic Naval Base und Clark Air Field) als Zeichen angeblich neu erworbener Souveränität philippinische Flaggen doch die effektive Kontrolle — abgesichert durch noch unter Präsident Carter gebilligte, zwischen 1979 und 1983 offiziell 500 Mio. US-Dollar umfassende ,,Miet''zahlungen — bleibt nach wie vor in den Händen der USA. Washington, so die im letzten Quartal 1980 von einem ,,Think Tank'' des Pentagon veröffentlichte Studie über die Notwendigkeit amerikanischer Kontrolle dieser Stützpunkte (3), beabsichtigt nicht, seinen überaus bedeutsamen, vom japanischen Yokosuka über die Philippinen bis nach Westaustralien reichenden ,,Verteidigungs''gürtel als strategisches Bindeglied zum Indischen Ozean (Diego Garcia, Somalia, Persischen Golf/Oman) zum Mittelmeer zu lockern;

— US-Direktinvestitionen in Höhe von mindestens 3 Mrd. US-Dollar, ein in der Region seinesgleichen suchendes günstiges Investitionsklima und die dort mittlerweise billigsten Löhne;

— während Marcos' Staatsbesuch in den USA im Spätsommer des Vorjahres unterstrich Präsident Reagan die Notwendigkeit enger bilateraler Beziehungen, während Verteidigungsminister Weinberger das Verhältnis zu Manila als ,,fest und unerschütterlich'' einstufte;

— Aufbau einer im Zuge dieses Besuchs vereinbarten gemeinsamen Wirtschaftskommission;

— u.a. Zusicherung von 303,9 Mio. US-Dollar betragender Darlehen nebst der Bereitstellung weiterer Kredite in Höhe von 204,5 Mio. US-Dollar seitens der amerikanischen Export-Import-Bank für den Aufbau des Atomkraftwerks auf der Halbinsel Bataan (bei Manila) und 77 Mio. US-Dollar von der Weltbank für 3 Energieprojekte;

— Vereinbarung von Neuverhandlungen über die US-Basen, die im April dieses Jahres, da Präsident Reagan auch in Manila erwartet wird, beginnen sollen und in deren Verlauf Marcos für weitere 5 Jahre mindestens 1,5 Mrd. US-Dollar als Mietzahlungen wünscht. Er hat bereits öffentlich die Bereitstellung dieser Basen für US-Operationen im Mittleren Osten zugestanden;

— im Zeitraum vom 26.-30. Mai 1982 fanden in Dingalan (Aurora) Kriegsmanöver statt, an denen sich 4.800 US-Soldaten sowie ein Kontingent philippinischer Streitkräfte beteiligten. Zwischen dem 6. und 9. Dezember 1982 fand in Pasacam (Provinz Camarines Sur, Südluzon) ein weiteres Großmanöver unter teilweise amerikanischer Beratung statt, an dem sich 1.500 Soldaten der philippinischen Luftwaffe, Marine, Armee und Constabulary beteiligten.

Wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten

Marcos' Wirtschaftscredo — verstärkte Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen; Beseitigung sämtlicher Hemmnisse für Multis; Befürwortung des freien Handels- und Kapitalverkehrs; Garantien für ausländisches Kapital, Schlüsselpositionen der philippinischen Wirtschaft zu kontrollieren (4) und Gewinntransfers in unbegrenzter Höhe vorzunehmen; Aufnahme umfangreicher Auslandskredite sowie Unterordnung unter Auflagen solcher Institutionen wie der Weltbank und des Internationalen Währungfonds; Propagierung eines exportorientierten Typs der Industrialisierung, anschaulich verkörpert in sog. Freihandels- bzw. Exportförderungszonen (5) — sollte u.a. als Legitimation, als ideologische Untermauerung für eine den Werktätigen gewaltsam aufgezwungene Politik des,,Gürtel-enger-Schnallens'' dienen, wodurch letztlich alle in den Genuß höherer Einkommen kämen (,,trickle down''-Effekt). Dieser Legitimationsversuch hat in den vergangenen 12 Monaten enorme Risse erfahren, die durch eine Eskalation von Unterdrückungsmaßnahmen notdürftig zugekittet werden sollten.

Von Dezember 1972 bis Dezember 1982 ist die Auslandsverschuldung von 2,2 auf (offizielle) 18 Mrd. US-Dollar angewachsen, wobei allein 1982 die Rekordhöhe von 91% aus den Gesamtexporterlösen für die Aufwendung von Kreditrückzahlungen samt Tilgung aufgebracht werden mußten. Das Zahlungsbilanzdefizit schnellte 1982 auf 1,13 Mrd. US-Dollar empor, während es 1980 380 Mio. und 1981 560 Mio. US-Dollar betragen hatte. Das Handelsbilanzdefizit machte allein im 1. Halbjahr 1982 1,3 Mrd. US-Dollar aus (6). Die Kaufkraft der Landeswährung, des Pesos, schrumpfte auf 26 Centavos, wobei 1972 als Basisjahr gesetzt ist. Die Arbeitslosenzahl wird mit 10,396 Mio. (36% der arbeitsfähigen Bevölkerung) bzw. 11,5 Mio. Menschen beziffert (7). Seit 1972 sind die Reallöhne um 40% gesenkt worden, so daß es nicht wunder nimmt, daß Untersuchungen verschiedener UN-Behörden zufolge nunmehr ca. 80% der Filipinos am Existenzminimum herumkrebsen (8). Parallel mit dem massiven Export philippinischer Arbeitskräfte ist seit dem 1. Februar 1983 die Exekutivorder Nr. 758 in Kraft getreten, nach der zwischen 50-70% der ohnehin kärglichen Löhne des Gros philippinischer Gastarbeiter unter Androhung der Nichtverlängerung des Reisepasses ins Heimatland zu überweisen sind (9). Betroffen von derartigen Krisenerscheinungen sind nicht nur die Werktätigen, sondern im wachsenden Maße auch Kleinbetriebe, denen es immer schwerer fällt, auf den lokalen Kreditmarkt zurückgreifen zu können. (10)

Politische Polarisierung

Mehr und mehr Kräfte aus dem bürgerlichen Lager sind durch die Vertiefung der Wirtschaftskrise und die Nichteinlösung des Regierungsversprechens, die Aufhebung des Kriegsrechts würde endgültig die Ära freier politischer Betätigung einläuten, polarisiert worden. Die einst zur politische Elite (Senatoren etc.) zählenden Personen wie Eva Estrada Kalaw (zeitweilig inhaftiert und dann unter Hausarrest gestellt, Salvador Laurel von der UNIDO (United Demicratic Opposition) und Ex-Präsident Diosdado Macapagal sind mit ihren Bestrebungen, Marcos von der Politik ,,nationaler Versöhnung und der Notwendigkeit fairer Wahlen'' zwecks Immunisierung/-Neutralisierung kommunistischer Erfolge (11) zu überzeugen, ins Leere gelaufen. Im Februar noch bediente sich anläßlich der pompös inszenierten Abhaltung des 2. Internationalen Filmfestivals in Manila der dortige Erzbischof, Kardinal Jaime Sin, regierungskritischer Zungenschläge. Die Ursachen für die Polarisierung, die in den vvrgangenen Monaten u.a. ihren Niederschlag in der Sympathie für bzw. Angliederung an die seit nunmehr fast 10 Jahren bestehende, sich aus verschiedenen Gruppierungen zusammensetzende Nationaldemokratische Front (NDF) fand, liegen auf der Hand: mit der seit Reagans Amtsantritt verstärkten US-Unterstützung des Regimes ist die Weigerung desselben konstatierbar, selbst minimale Machteinschränkungen zu dulden, wodurch die Operationsbasis der UNIDO u.ä. Organisationen äußerst schmal bleibt bzw. sich verengt und fortschreitend Enttäuschung und Verbitterung seitens ihrer Mitglieder nährt.

Massenhafte Protestaktionen in Stadt und Land

Diese Verbitterung hat sich denn auch in einer Reihe von Protestaktionen Luft verschafft, deren spektakulärste hier skizziert seien: Die von den Exsenatoren José W.Diokno und Lorenzo Tanada wie vom früheren Richter am obersten Gerichtshof J.B.L. Reyes geführte Anti-Stützpunkte-Koalition drängt auf die sofortige und bedingungslose Beseitigung aller US-Basen (12). Zwei Wochen sind im Januar d.J. 78 Grundschulen durch den Streik von 11.000 Volksschullehrern paralysiert worden, die gegen Lohnkürzungen protestierten. Eltern drückten ihre Sympathien mit den Streikenden aus und Schüler blieben dem Unterricht fern. Am 22. Januar mußte Marcos nachgeben und die Lohnkürzungen rückgängig machen. Im gleichen Monat boykottierten 3.000 Studenten und 75 Lehrende des ,,Philippine Maritime Institute'' ebenso wie Studenten der Manüel L. Quezon Universität den Unterricht.

Am 6. Februar konnte die regierungstreue Tageszeitung ,,Bulletin Today'' (13) — einmalig in den letzten Jahren — nicht erscheinen, da die Drucker damit ihren Protest gegen die Entlassung ihres Gewerkschaftsführers Tony Nieva dokumentierten. Aus Unzufriedenheit über den politischen Kurs des Regimes fand die für den 11. und 12. Dezember anberaumte Jahrestagung der philippinischen Sektion des Internationalen P.E.N. nicht statt, eine Entscheidung, die maßgeblich auf eine Initiative des im Lande als ,,Nationalkünstler'' angesehenen Nick Joaquin zurückging. Vom 10.-17. Dezember 1982 fanden anläßlich des Menschenrechtstages überall im Lande Demonstrationen statt, an denen sich mindestens 140.000 Menschen beteiligten. Zwischen dem 22. August und 1. Oktober 1982 demonstrierten ebenfalls landesweit knapp 63.500 Menschen gegen die Inhaftierung von Gewerkschaftsführern wie Felixberto Olalia und Crispin Beltran wie gegen Marcos' Staatsbesuch in den USA. Am 20. November zog eine Prozession durch Cubao (Quezon City) im Gedenken an Märtyrer in der 3. Welt. Ende desselben Monats streikten 20 der insgesamt 28 Priester der Diözese Calbayog auf der östlichen Visayas-Insel Samar und weigerten sich aus Protest gegen fortgesetzte Schikanen der Militärs, ihren pastoralen Aufgaben nachzukommen. Ebenfalls in diese Zeit — vom 29. November bis zum 24. Dezember — fiel ein Hungerstreik von über 70 politischen Gefangenen. (14)

All diese Aktionen richteten sich gegen Militarisierung und wachsende Repressionsmaßnahmen seitens eines Regimes, zu dessen konterrevolutionären Methoden allein seit dem letzten Jahr folgende Schritte zählten: 5.000 zusätzliche Eliteeinheiten sind in den Nordosten (Surigao) und Süden (Davao) Mindanaos verlegt worden. Dauerten Militäroperationen vordem 1 bis 3 Wochen, so streckten sie sich 1982 bis zu 3 Monaten und mehr hin. Kommandozentralen (wie im Falle des NORCOM und EASCOM) sind reorganisiert bzw. gestrafft worden, um die Schlagkraft der Regierungstruppen zu erhöhen. Arbeiterstreiks sind brutal niedergeknüppelt worden. Am 13. Februar 1982 wurde Antonio Baynosa während eines Streiks bei ,,Solid Mills'' vom Werkschutzmann erschossen. Der Mörder blieb unbehelligt. Ebenfalls im Februar wurden Arbeiter der Firma ,,Wires and Cables Corp. (Philflex)'' von Militärs ohne Haftbefehl und Anklageerhebung festgenommen und unter Folter verhört. Am 2. Juni, während eines Streiks in der Exportproduktionszone Bataan (BEPZ) wurden 54 Arbeiter der ,,Inter-Asia Container Industries Corp.'' verhaftet und erst nach 6 Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Aus Protest gegen diese und andere Inhaftierungen legte die Hälfte der Gesamtbelegschaft in der BEPZ, 14.000 Arbeiter, für einige Stunden spontan die Arbeit nieder und zog geschlossen zur Verwaltung. (15)

Am 13. August traten 1.000 Arbeiter der ,,Central Textiles'' in Metropolitan Manila in den Streik, während eine ebenfalls dort ansässige Möbelfabrik — ,,Canceo'' — vom 26. August bis Mitte Januar d.J. bestreikt wurde! Die Verhaftung Olalias, Beltrans und 30 weiterer Arbeiterführer stellt einen weiteren Schritt in Richtung der Zerschlagung solcher unabhängigen Gewerkschaftsverbände wie der KMU (,,Bewegung des 1. Mai'') dar, deren Mitgliederzahl mit 350.000 veranschlagt wird. (16) Jüngstes Opfer scheint Jun Flores, einer der Führer der Hotelbediensteten in Metropolitan Manila, zu sein, der seit dem 28. Januar vermißt wird. (17)

Niemals zuvor sind progressive Kräfte der Kirche dermaßen heftig unter Regierungsbeschuß geraten, wie das in den vergangenen Monaten der Fall war. Der Priester Ed de la Torre ist im April 1982 neuerlich verhaftet worden. Am 1. und 8. September wurden von der Kirche unterhaltene soziale Aktionszentren in Catbalogan und Iloilo gestürmt. Inhaftiert wurde Priester Edgar Kangleon am 10. Oktober, während Priester Zacarias Agatep einen Tag darauf erschossen wurde. Wie auf ihn, so hat das Regime auch auf den einstigen Priester Conrado Balweg, der sich den Partisanen der NPA angeschlossen hat, ein Kopfgeld von ursprünglich 130.000 Pesos ausgesetzt. Erst kürzlich haben ,,besorgte Bürger'' zusätzliche 70.000 Pesos (insgesamt ca. 50.000 DM) für seine Ergreifung in Aussicht gestellt.

In einer Art konzertierten Aktion sind seitens der Einwanderungs- und Deportationsbehörde, des Verteidigungs- wie des Arbeits- und Beschäftigungsministeriums Bestrebungen im Gange, die Aufenthaltsgenehmigung sämtlicher Missionare im Lande sorgfältig zu prüfen bzw. sie ggf. aufzuheben. Missionaren wie Brian Gore, Niell O'Brian, Theo Bandsma, Herman Sanderinck, Mat van Santvoord und Ton Schwarz werden solche Verbrechen wie ,,Aufruhr'' und ,,Mord'' zur Last gelegt.

Am 6. Januar 1983 wies Verteidigungsminister Enrile 2 hochrangige Militäroffiziere an, eine schwarze Liste über Priester, Nonnen und Laienhelfer anzulegen, die verdächtigt werden, ,,regierungsfeindliche Umtriebe'' zu entfalten bzw. solche zu protegieren. Zwei Tage darauf erfolgte die Gefangennahme von Schwester Genoveva Lavagan in Baguio. Das Verteidigungsministerium erklärte, ihre Aussagen hätten zur Inhaftierung dreier weiterer Rebellen geführt. (18)

Journalisten sind gleichermaßen Repressalien ausgesetzt. Am 7. Dezember wurde die Zeitschrift ,,WE Forum'' verboten, der größte Teil ihrer Mitarbeiter eingesperrt und die Entlassung der Chefredakteurin von ,,Tempo'', Recah Trinidad, erwirkt.

Zunahme des bewaffneten Widerstandes

Bewaffnete Aktionen der NPA und MNLF haben ein Ausmaß erreicht, daß selbst der in Cebu stationierte US-Konsul Sheinbaum nach einer ausführlichen Informationsreise durch Mindanao zu Beginn des Vorjahres in seinem im April 1982 abgeschlossenen und dem US-State Department zugesandten Bericht tiefe Besorgnis über den bedrohlichen Einfluß dieser Organisationen (vor allem der NPA) äußerte. (19) Jüngste Berichte sprechen von häufigeren (allein im Januar 28) und größeren (bis zu 200 NPA-Kämpfer umfassende) taktischen Offensiven in Davao, Surigao und Misamis (Mindanao), Südleyte, Iloilo, Negros und Samar (Visayas-Inselgruppe) sowie in Kalinga-Apayao, Abra und Bicol auf der Hauptinsel Luzon. (20) 1982 soll durchschnittlich alle 2 Tage eine taktische Offensive der NPA stattgefunden haben — auf Mindanao fand durchschnittlich eine taktische Offensive pro Woche und im Nordwesten und Süden Luzons zweiwöchentlich eine taktische Offensive statt. (21) An nahezu allen Guerillafronten konnten die Kampfverbände bis zu unterbesetzten Kompanien aufgestockt werden.

Ende 1981 bestanden insgesamt 34 Guerillafronten, zu denen sich 1982 5 weitere gesellten, sodaß Guerillafronten nunmehr in 56 der insgesamt 71 Provinzen bestehen. Nicht nur vermochte gleichsam die MNLF ihre Operationsbasis in 15 Provinzen Mindanaos und Sulus zu erweitern — die taktische Kooperation zwischen der NPA und MNLF hat sich verstärkt, sodaß die jeweils von Regierungstruppen bedrohte Seite in das Gebiet des anderen ausweichen kann. Gegenwärtig wird geschätzt, daß ca. 6 Mio. Menschen die NPA aktiv unterstützen, sei es 1. in Form der Gewährung von Unterkunft und Verpflegung; 2. in der Mitteilung wichtiger Lokalinformationen sowie 3. in der Hilfestellung beim sicheren Eintritt bzw. Auszug aus umkämpften Gebieten. (22)

Aufgrund einer solchen Kooperation konnte am 12. Januar 1983 ein Bataillonskommandeur der Armee in Südleyte von Guerilleros getötet werden. Aufsehen erregte der Tod des Chefs des Nachrichtendienstes der philippinischen Streitkräfte, General Paz, der nach einer Serie taktischer Offensiven der NPA im gleichen Monat aus ungeklärten Gründen starb.

Wachsende Sympathie für die NPA ließen Exsenator José W. Diokno, heute Vorsitzender der ,,Civil Liberties Union of the Philippines'' im Sommer 1982 auf der Basis zahlreicher Interviews und mehrerer Studien auf dem Lande anläßlich eines offiziellen Treffens der ,,Philippine Columbian Association'' zu dem Ergebnis kommen, daß beispielsweise das Rechtssystem in NPA-kontrollierten Gegenden auf außerordentlich positive Resonanz der Bevölkerung stößt, während in anderen Gebieten Korruption, Bestechung und Ungerechtigkeit zum fortschreitenden Verfall der Regierungsautorität beitrügen. (23)

Massenstreiks und -demonstrationen landwirtschaftlicher Arbeiter, Pächter und Kleinbauern gegen das Landreformprogramm der Regierung (24), gegen Lohnsenkungen bei der ,,Central Azucarera de la Carlota'' in Negros Occidental (25) wie gegen Landvertreibungen in Bicol und auf der Insel San Miguel (26) haben an Intensität gewonnen.

Neue Versatzstücke psychologischer Kriegsführung und „Hamletting"

Um dem wachsenden Einfluß der revolutionären Bewegung einen Riegel vorzuschieben, sind seit 1982 zwei ebenso alte wie letztlich erfolglos verlaufende konterrevolutionäre Taktiken inszeniert worden: psychologische Kriegsführung und die bereits um die Jahrhundertwende von den USA bei der Kolonialisierung der Inseln erprobten und in Indochina massenhaft aufgebauten ,,strategischen Weiler/Wehrdörfer''.

So berichteten Manilas Tageszeitungen kürzlich, daß der MNLF-Vorsitzende Nur Misuari angeblich von einem gewissen Dimas Fundato gestürzt worden sei und die Kommunisten sich anschickten, die Christen des Landes (ca. 89 % der Filipinos bekennen sich zum Christentum) zu verdächtigen, für Verhaftung und Tod ihrer Führer verantwortlich zu sein. Während allein in der Bicol-Region 80 bezahlte Regierungsspione agieren, führten Regierungsspitzel kürzlich auf Panay Scheinattacken gegen Polizeistationen, um sich — allerdings vergeblich — so Zugang in dort operierende NPA-Verbände zu erschleichen. (27)

Als Komplementärmaßnahme sind bis Oktober 1982 allein auf Mindanao 377.000 Menschen — meist Bauern — in knapp 270 Ortschaften vom ,,Hamletting'' betroffen worden. Aus ihren angestammten Gebieten vertrieben, wurden sie in von Militärs überwachte provisorische Verhaue gepfercht — gemäß dem Motto, ,,dem Fisch das Wasser zu entziehen.'' (28) Angesiedelt sind solche ,,strategischen Wehrdörfer'' zumeist dort, wo 1. der Volkswiderstand am sichtbarsten ist; 2. der Abbau strategisch bedeutsamer Rohstoffe vorgenommen wird und wo 3. Multis beabsichtigen, sich niederzulassen. (29) Außerdem übt eine Vielzahl pseudoreligiöser, fanatischer, fast durchgängig von Großgrundbesitzern gedungener und/oder von der Regierung tolerierter Sekten Terrorakte gegen die Bevölkerung. ,,Rock Christ'', ,,Lost Command'' — so und ähnlich lauten die sich selbst zugelegten schillernden Etikette. (30)

Von 1977 bis 1981 hat das Marcos-Regime 6.355 Personen aus politischen Gründen inhaftiert. Die Zahl physischer Liquidierungen (in zynischer Weise auch als sog. ,,inoffizielles Töten'', ,,Salvaging'' bekannt) betrug zwischen 1975 und Juli 1982 mindestens 878 Personen. (31) Massaker sind auf Samar und in Bicol verübt worden. (32) Nach wie vor unter schmählichsten Bedingungen inhaftiert sind einst führende Vertreter der NPA und der Kommunistischen Partei (CPP) — darunter José Ma. Sison, der, am 10. November 1977 gefangengenommen, in einer winzigen, fensterlosen Zelle 16 Monate ans Bettgestell gekettet und schwersten Folterungen ausgesetzt war.

Ausländische Kritik noch zu schwach

Nebst dem bereits erwähnten BBC-Dokumentarfilm und dem Kommuniqué der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen gab es weitere regimekritische Äußerungen wie z.B. der ai-Bericht vom 22. September 1982, bissige Kommentare anläßlich Marcos' Staatsbesuch in den USA, Aufkündigung eines 4-tägigen Staatsbesuchs in Manila durch Mohammad Ali al-Harakkan, Generalsekretär der Islamischen Weltorganisation, aus Protest gegen Marcos' Mißachtung des 1976 in der libyschen Hauptstadt Tripoli zwischen der philippinischen Regierung und der MNLF vereinbarten Waffenstillstandsabkommens.

Am 16. Februar listete die UN-Menschenrechtskommission 37 Regierungen — darunter auch die Philippinische — auf, die politische Morde auf dem Gewissen haben. (33)

Diese Initiativen, wie begrüßenswert auch immer, sind für sich genommen noch zu wenig, um ein buchstäblich sich an der Hintertür Vietnams entwickelndes Szenarion zu verhindern, das alle Strukturmerkmale eines neuen Vietnam, jedoch noch fernab einer breiteren Publizität und wirksameren Solidarität, in sich birgt.

Rainer Werning

Anmerkungen:
1) Marcos stützt sich dabei auf die 1976 in die aus dem Jahre 1973 datierende Kriegsrechtsverfassung aufgenommene Verfassungsänderung 6 sowie auf die Gesetze zur ,,Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung'' und ,,nationaler Sicherheit'' vom September 1980.
Anläßlich der Eröffnung der regionalen Cagayan-Tal-Sportfestspiele in Tabuk (in Luzons nördlicher Provinz Kalinga-Apayao) verkündete Verteidigungsminister Enrile offiziell eine ,,Kugel-für-Kugel''-Politik. Vgl. ,,The Times Journal'' (Manila) vom 9. Februar 1982, S.1.
2) Bei den Barangays (einst Barrios genannt) handelt es sich um die untersten Verwaltungseinheiten des Landes, die kurz nach Verhängung des Kriegsrechts — wohl aus Gründen durchsichtiger historischer Symbolik — geschaffen wurden; wörtlich übersetzt heißt es ,,Bootsladung'' oder ,,Boote'', mit denen man in alter Zeit zu den Inseln gelangte.
3) Diese Studie, verfaßt von Alvin Cottrell und Robert Hanks, ist vom ,,Institute for Strategic and International Studies'' (Georgetown University) herausgegeben worden. Cottrell ist Forschungsbeauftragter des Instituts und Hanks pensionierter Marineoffizier, der einst eine Einsatztruppe im Persischen Golf befehligte.
4) Gegenwärtig sind in Manila Pläne parat, Ausländern gegen Zusicherung von mindestens 200.000 US-Dollar umfassenden Investitionen die philippinische Staatsbürgerschaft zu offerieren!
5) Zusätzlich zu den in Mariveles (Halbinsel Bataan), in Mactan (Cebu) und in Baguio City bestehenden Freihandels- bzw. Exportförderungszonen sollen bis Mitte dieses Jahrzehnts 12 weitere — über das ganze Land verstreute — aus dem Boden gestampft werden.
6) 1980 und 1981 hatte es 1,72 Mrd. bzw. 2,5 Mrd. US-Dollar ausgemacht. Diese wie nachfolgende Zahlen stützen sich im wesentlichen auf folgende Quellen: ,,Far Eastern Economic Review — Asia Yearbook 1983'', Hongkong 1983 und verschiedene Ausgaben der Zeitschrift ,,Ibon: Facts and Figures'' (Quezon City/Philippines) aus dem Jahre 1982.
7) Die erste Zahl wird im ,,FEER — Asia Yearbook 1983'', die zweite in der Februarausgabe 1982 von ,,Ibon'' genannt.
8) Gleichsam erwähnt in dem 1982 von einem BBC-Kamerateam gedrehten Philippinen-Dokumentarfilm (,,The Third Eye: To Sing Our Own Song''), der voraussichtlich in absehbarer Zeit auch in dt. Fassung ausgestrahlt werden soll.
9) Welche Auswirkungen diese Order hat, mag am Beispiel philippinischer Seeleute verdeutlicht werden, deren monatliche Heuer meistens 250 US-Dollar pro Monat nicht übersteigt! Beispielsweise sind bei der gerade im Hamburger Hafen bestreikten, unter panamesischer Flagge fahrenden BALSA I für 100 im Monat geleistete Überstunden nur eine Pauschale von 75 US-Dollar (!) gezahlt worden, während nach den Tarifbestimmungen der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) dafür Zahlungen in Höhe von etwa 1.880 US-Dollar notwendig gewesen wären. Vgl. ,,Hamburger Rundschau'' vom 17. Februar 1983, S.17.
10) Hier wird der Löwenanteil von ausländischen Firmen aufgesaugt — vgl. Rainer Werning, ,,Agrarreform und Kriegsrecht auf den Philippinen — Anatomie einer Pazifizierung'', Wurf Verlag, Münster 1983, S.88,89
11) So Macapagal laut einem Bericht in der ,,International Herald Tribune'' (IHT) vom 9. Februar 1983.
12) ,,IHT'' vom 10. Februar 1983.
13) Die Zeitung gehört dem Marcos-Intimus Brigadegeneral a.D. Hans M. Menzi.
14) Diese und nachfolgende Informationen basieren auf dem 5-seitigen Papier ,,Notes on the Philippine Situation'', das Luis Jalandoni, Sprecher und internationaler Vertreter der Nationaldemokratischen Front (NDF), anläßlich der vom 18.-20. Februar 1983 in Polch stattgefundenen Philippinen-Konferenz vorlegte.
15) ,,KMU — Kilusang Mayo Uno: Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in den Philippinen.'' Hrsg. von Agphi (Aktionsgruppe Philippinen e.V.), Polch/Februar 1983, S.1.
16) Ebenda, S.2.
17) Nach Informationen von Luis Jalandoni anläßlich einer Gesprächsrunde mit dem Autor am 19. und 20. Februar in Polch. Bei der Gelegenheit erklärte Jalandoni, daß 1981 insgesamt 260 Streiks stattfanden, an denen sich 98.585 Arbeiter beteiligten. Das Gesamtvolumen verlorengegangener Arbeitsstunden betrug 6.367.679. Für 1982 lagen nur Zahlen über das 1. Quartal vor. Demnach gab es 69 Streiks, die 21.384 Arbeiter involvierten, wobei 5.352.490 Arbeitsstunden verlorengingen.
18) ,,FEER'' (Hongkong) vom 20. Januar 1983.
19) Nach Informationen von Luis Jalandoni anläßlich von Gesprächen mit dem Verfasser am 19. und 20. Februar in Polch.
20) Vgl. ,,IHT'' vom 9. Februar 1983.
21) ,,Ang Bayan'' (Zentralorgan der CPP), o.O., Vol. XIV, Ausgaben vom Oktober und Dezember 1982.
22) Siehe Anm. 19.
23) Vgl. ,,Liberation'' (Organ der NDF), o.O., August 1982 und ,,NDF Update Philippines'' (International Office of the NDF of the Philippines), o.O., Vol. III, Nr. 1, Jan. 1983, S.5
24) Dies ist vom Autor an anderer Stelle ausführlich analysiert worden — vgl. R. Werning, ,,Agrarreform und Kriegsrecht...'', op. cit.
25) ,,Ang Bayan'', Vol. XIV, Nr. 2 (31.3.82), S.11,12.
26) Vgl. ,,The Farmers Vs. ,The Corporation' '' in: ,,Newsweek'' vom 17. Januar 1983, S.33.
27) Siehe Anm. 19.
28) ,,Communique on the Situation in the Philippines.'' Verfaßt von der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen und veröffentlicht am 23. Dezember 1982 in Brüssel.
29) Interview des Autors und Norbert Gerkens mit der Leiterin der sich um das Schicksal politischer Gefangener kümmernden ,,Task Force Detainees of the Philippines'', Schwester Mariani Dinaranan, am 30. Oktober 1982 in Münster.
30) Siehe R. Werning, ,,Agrarreform und Kriegsrecht...'', op. cit., S. 84,85.
31) Siehe Anm. 28.
32) Siehe Anm. 8.
33) ,,IHT'' vom 17. Februar 1983.

Seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 und der dadurch erfogten Besetzung der Westbank und des Gazastreifens, breitete sich bei den Palästinensern ein immmer stärkeres Bewußtsein für die Einheit der verschiedenen Teile des palästinensischen Volkes aus.

Zum „Tag des Bodens" am 30. März 1976 veröffentlichte die arabische Studentenunion in Israel ein Manifest an „Unser ganzes palästinensisches Volk", in dem der Kampf der Bewohner der besetzten Gebiete gegen die israelische Besatzung, jener der Vertriebenen für ihr Recht auf Rückkehr in ihre Heimat und der Kampf der Palästinenser in Israel gegen ihre nationale Unterdrückung als Bestandteile eines nationalen Kampfes bezeichnet wurde, die nicht voneinander getrennt werden können.(1)

Seitdem die PLO von der Errichtung eines palästinensischen Staates in den seit 1967 israelisch besetzten Gebieten als Schritt auf dem Wege zu einer Gesamtlösung des Palästinakonfliktes spricht, ist bei vielen Palästinensern zugleich die Befürchtung aufgekommen, daß sie und ihre Probleme im Rahmen einer vorläufigen Nahostlösung ausgeklammert bleiben könnten. Sie werden weiterhin in einem Staat leben müssen, dessen nationale Ziele nicht die ihren sind und in dem sie nach den bis heute lebendigen Vorstellungen der Gründergeneration eigentlich gar nicht vorgesehen waren. So heißt es in einem Flugblatt der Arabischen Studenten-Union: *„Wir sehen keinen Unterschied zwischen der zionistisch-imperialistischen Kolonisation von Kadoam, Akraba, Al-Khiam, Al-Ahmar, Rafah und Hebron und der Kolonisation des Negev, des Kleinen Dreiecks und Galiläas."*

Herbert Saure

"Deine Menschenrechte beginnen mit dem Boden, den du unter den Füßen hast"

Zur landwirtschaftlichen Situation der Palästinenser in Israel



Wachsende Unterdrückung der Palästinenser in Israel

In den Monaten vor und nach der israelischen Staatsgründung wurden 940.000 Palästinenser von den zionistischen Terrorkommandos vertrieben. Da die mehrheitlich in den Städten ansässige Ober- und Mittelschicht der Palästinenser stärker betroffen wurde als die in den ländlichen Gebieten lebenden, vergrößerte sich der Anteil der bäuerlichen Unterschicht der in Israel verbliebenen 160.000-köpfigen palästinensischen Volksgruppe. 1948 lebte sie zu 78% in Dörfern, verglichen mit 64% für das Jahr 1944 auf Gesamt-Palästina bezogen. Im Jahr der israelischen Staatsgründung verfügten die Zionisten lediglich über 6% des palästinensischen Bodens. Durch eine Serie von diskriminierenden Gesetzen wurde den Palästinensern seither der überwiegende Teil ihres Bodens genommen. 92% des Bodens in Israel werden gegenwärtig vom „Jüdischen Nationalfond" als Staatsland besessen oder verwaltet, auf dem Palästinenser weder wohnen noch arbeiten dürfen. Letzteren verblieben lediglich 6% ihres angestammten Bodens. Während sich die Bevölkerung eines palästinensischen Dorfes seit 1948 verdrei- bis vervierfachte, verringerte sich sein Landbesitz im Durchschnitt von 16.500 Dunum auf rund 5.000 Dunum. 1952 kamen 6 Dunum Anbaufläche auf einen palästinensischen Bauern, 1965 waren es nur noch 4,3 Dunum. Diese Landenteignungen haben eine Generation von Arbeitslosen unter den Palästinensern in Israel geschaffen. Ihre Situation wurde noch verschärft, nachdem die palästinensischen Wohngebiete unmittelbar nach der Staatsgründung in Sicherheitszonen eingeteilt wurden, die die Palästinenser ohne Genehmigung nicht verlassen durften, was die Arbeitssuche unmöglich machte und die Zahl der Arbeitslosen zusätzlich erhöhte.

Die Palästinenser halten nach wie vor an der Forderung nach Rückgabe des geraubten Bodens fest. Die Mehrheit von ihnen betrachtet die Bodenfrage als im Zentrum des Palästina-Konfliktes stehend und ihre Lösung somit als Voraussetzung zur Löung des Konflikts. Die Beschlagnahmung des Bodens wird bis in die Gegenwart hinein fortgesetzt und bedroht die palästinensische Existenz im Land.

Zunehmende Unterdrückung und Enteignungen

63% der Palästinenser in Israel leben in Galiläa, wo sie in der Zentral-Region sogar über 75% der Gesamtbevölkerung stellen. Gebiete mit hohem palästinensischen Bevölkerungsanteil waren den im zionistischen Staat Regierenden seit jeher ein Dorn im Auge und werden als „Sichertheitsproblem" betrachtet. 1950 bemerkte der erste israelische Ministerpräsident D.Ben Gurion bei einer Fahrt durch Galiläa: *„Wenn man durch Galiläa fährt, hat man den Eindruck, daß das nicht zu Israel gehört"*. In Galiläa wurden die drei nur für jüdische Bewohner vorgesehenen Städte Maalot, Ober-Nazareth und Carmiel auf dem enteigneten Boden palästinensischer Dörfer errichtet, um somit überwiegend palästinensische Wohngebiete aufzubrechen.

Der MA'ARACH, die Koalition der israelischen Arbeiter-Parteien, richtete in ihren 29 Regierungsjahren ihr Hauptaugenmerk auf die „Erschließung und Entwicklung" des Negev-Gebietes im zionistischen Sinne. Das bedeutete die Enteignung des beduinischen Weidelandes für jüdische Siedler und die Überführung der Beduinen in Schlafstädte, von wo aus sie täglich als unterbezahlte Arbeitskräfte zu ihren Einsatzorten in der israelischen Landwirtschaft transportiert werden. Währenddessen betreibt die seit Mai 1977 amtierende Begin-Regierung schwerpunktmäßig die „Judaisierung" Galiläas, die zudem als neue Aufgabe für die zionistische Weltbewegung proklamiert wird, um der„demographischen Gefahr" zu begegnen, die dem zionistischen Staat aus der starken Zunahme der palästinensischen Bevölkerung erwachse. Seit 1977 wurden 36 neue jüdische Siedlungen im überwiegend palästinensischen Wohngebiet gebaut, sowie 31 „Beobachtungsposten" auf galiläischen Höhen angelegt, zur Kontrolle der Bautätigkeit in palästinensischen Dörfern. Diese Beobachtungsposten sind als Keimzellen zukünftiger Siedlungen geplant.

Die Probleme palästinensischer Bauern sollen im Folgenden näher dargestellt werden.

Landknappheit

„Deine Menschenrechte beginnen mit dem Boden, den du unter den Füßen hast, und ich glaube, daß Bodenraub das Schlimmste ist, was man tun kann", erklärte Mordachai Avi-Shauel, der Präsident der Liga für Menschen- und Bürgerrechte in Israel, in einem Interview zu den Landenteignungen in den besetzten Gebieten.

Viele Bauern, die völlig enteignet wurden, haben es sich zur Aufgabe gemacht, felsiges Land zu kultivieren, um überhaupt noch welches zu besitzen. Obwohl jedoch, verglichen mit den Juden, ein viel größerer Teil der palästinensischen Bevölkerung in ländlichen Gebieten lebt, ist weder der Landbesitz noch die Produktivität des kultivierten Landes vergleichbar. Zwischen 1951 und 1971 überstieg das durchschnittlich kultivierte Land im jüdischen Bereich jenes im palästinensischen um mehr als 400%.

Obwohl der Jüdische Nationalfond — wie oben erwähnt — die Verpachtung (geschweige denn den Verkauf) von Boden an Palästinenser verbietet, haben die jüdischen Siedler dieses Gesetz vielfach unterlaufen. Im Jahre 1963 beispielsweise hatten sie 38.000 Dunum Land an palästinensische Bauern verpachtet. Anläßlich der Rezession von 1967, von der die Palästinenser in Bezug auf Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen waren, versuchten viele von ihnen, die verbliebenen landwirtschaftlichen Ressourcen stärker auszunutzen. Dabei kam ihnen die bei den jüdischen Siedlern verstärkt zu beobachtende Tendenz zur Stadtwanderung, sowie ihre Bereitschaft, das zurückgelassene Land an Palästinenser zu verpachten, sehr entgegen, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern.

Die israelische Regierung reagierte daraufhin 1967 mit einem Gesetz, das für Siedler, die ihr Land an Palästinenser verpachten, empfindliche Geldstrafen vorsieht.

Die Viehwirtschaft

Bis 1948 spielte bei den Palästinensern der Viehbestand neben dem Bodenbesitz im Rahmen der Subsistenzwirtschaft eine bedeutende Rolle. Es handelte sich um Schafe, Ziegen und Kühe für die Versorgung mit Milch und Fleisch, und um Maultiere, Esel und Kamele als Arbeitstiere. Ende der fünfziger Jahre ging man vielfach dazu über, den größten Teil des Viehbestands zu verkaufen und den Rest unter die neu entstehenden Haushalte aufzuteilen. Durch die Landenteignungen war es immer schwieriger geworden, geeignetes Weideland zu finden; zum anderen konnten die palästinensischen Bauern nicht mit dem Zuchtvieh der jüdischen Landwirte konkurrieren.

Die Problematik des knappen Weidelandes verschärfte sich in jüngster Zeit zusätzlich. In vielen Fällen haben die Palästinenser von ihrem ursprünglichen Recht Gebrauch gemacht, indem sie ihre Herden auf Staatsland weideten. In den letzten drei Jahren ließ das israelische Landwirtschaftsministerium daraufhin in Galiläa 250.000 von insgesamt 631.000 Dunum Staatsland einzäunen, um die Nutzung durch die Palästinenser zu unterbinden.

Zusätzlich zu dem Verbot, Land zu kaufen oder zu pachten, können die Palästinenser aus weiteren Gründen ihre landwirtschaftliche Situation nur sehr bedingt verbessern.

Wasserknappheit

Für die Versorgung der Landwirtschaft mit Wasser und Krediten ist in Israel der Staat zuständig. Das Budget zur Entwicklung der palästinensischen Landwirtschaft wurde jedoch im Laufe der Jahre gekürzt statt erhöht. Ungefähr 45.000 Dunum wurden im palästinensischen Bereich mit Einführung der Bewässerung semi-intensiv bearbeitet, während die verbleibenden 32.000 noch nach der traditionellen Methode ohne Bewässerung bestellt werden. Demnach stehen 10% bewässertes Land im palästinensischen Bereich 55% im jüdischen Bereich gegenüber. Dabei muß berücksichtigt werden, daß ein Dunum bewässertes Land viermal so viel Gewinn abwirft, als ein Dunum, der ausschließlich durch Regen bewässert wird.

Zwischen 1962 und 1970 lag der Wasserverbrauch in der palästinensischen Landwirtschaft bei ungefähr 2,5% des gesamten Wasserverbrauchs in Israel. Um überhaupt Wasser zugeteilt zu bekommen, muß man — so ein palästinensischer Bauer — mit der Mekorot—Kompanie „durch die Hölle gehen" (2). So erhielt die Kooperative, der der besagte Bauer angehört, bisher lediglich 105.000 m^3 Wasser in einem Jahr, eine Menge, die lediglich für 60% der 250 Dunum ausreicht, die der Kooperative angehören. Über mehrere Jahre hinweg hatten die palästinensischen Bauern eine Erhöhung der Wassermenge gefordert. Schließlich wurde Anfang 1982 eine Erhöhung um 10.000 m^3 bewilligt.

Steuerliche und preisliche Diskriminierung

Steuerliche und preisliche Diskriminierung

Der israelische Staat diskriminiert die palästinensischen Bauern des weiteren, indem die monopolistischen Handelsorganisationen ihnen niedrigere Preise für ihre Produkte bezahlen, als ein entsprechendes Gesetz vorschreibt. Sie sind vielfach so niedrig, daß sie nicht einmal die Produktionskosten abdecken. Sogar in solchen Branchen wie Tabakanbau, einem der erfolgreichsten traditionellen Produkte der palästinensischen Landwirtschaft, überwiegt die Produktion zwar mengenmäßig, aber was die preisliche Differenz angeht, so lag sie 1961 in Bezug auf eine Tonne bei IL 685 zugunsten des jüdischen Landwirts, 1971 sogar bei IL 1.444 (IL = israelische Pfund). Zudem ist die Fläche des Tabakanbaus in dem Zeitraum von 1965 bis 1975 um 70% zurückgegangen.

Aufgrund der Agrarpreise, die ihm diktiert werden, kann der palästinensische Bauer nicht mit den jüdischen Agrarproduzenten konkurrieren. Er sieht sich drastischen Einkommenseinbußen ausgesetzt und hat große Schwierigkeiten, die ihm abverlangten Steuern zu bezahlen, die sich jährlich auf 4,2% des Wertes seines Landes belaufen, sodaß sich viele Palästinenser gezwungen sehen, auch noch den Rest des ihnen verbliebenen Landes zu verkaufen.

Die Konsequenz dieser Praktiken ist, daß der Anteil der Palästinenser an der landwirtschaftlichen Produktion in Israel nur 5,8% beträgt, obwohl über 25% der Palästinenser, im Gegensatz zu 10% der Juden, selbstständig oder unselbständig in der Landwirtschaft tätig sind. Die Diskrepanz zwischen jüdischen und palästinensischen Produzenten weitet sich, trotz wachsender Produktivität und Pro-Kopf-Einkommen im palästinensischen Bereich, hauptsächlich, weil letzterer arbeitsintensiv und arm an Kapitalinvestitionen ist.

Fehlende Mechanisierung

Obwohl die Zahl der Traktoren im palästinensischen Bereich von 200 im Jahre 1961 auf 920 im Jahre 1971 angewachsen ist, können sich viele Bauern, die kleine Parzellen in verschiedenen Teilen Israels besitzen, nach wie vor keine landwirtschaftlichen Maschinen für den eigenen Gebrauch leisten. Um überhaupt noch landwirtschaftlich existieren zu können, wurde der Anbau der traditionellen Produkte wie Weizen und Gerste für den Eigenbedarf aufgegeben und stattdessen Zwiebeln, Gurken, Knoblauch oder Linsen angebaut, zu deren Ernte keine Mechanisierung notwendig ist, jedoch ein Übermaß an Handarbeit erfordert ist, da beispielsweise Gurken, bedingt durch den ungleichmäßigen Reifeprozeß, mehrere Male geerntet werden müssen. Immerhin können mit diesen Produkten geringfügige Gewinne auf dem Markt erzielt werden.

Palästinensische Landarbeiter

Nur noch in den seltensten Fällen basiert der Lebensunterhalt einer palästinensischen Familie vollständig auf der Landwirtschaft. Mittlerweile haben sich bei den wenigen Landbesitzern zwei Formen der Mischwirtschaft herausgebildet. Zum einen werden solche Produkte angebaut, die eine saisonbedingte landwirtschaftliche Betätigung zulassen, wodurch eine zeitweilige Arbeit in der jüdischen Industrie und Landwirtschaft ermöglicht wird. Zum anderen bleibt ein Teil der Familie ständig in der Landwirtschaft tätig, während ein anderer Teil außerhalb arbeitet und ersteren mit seinem Lohn unterstützt.

Die palästinensische Landwirtschaft ist unter den gegenwärtigen Bedingungen unfähig, zusätzliche Arbeitskräfte zu absorbieren. Bedingt durch die Landenteignungen und die Parzellierung des Bodens werden jedes Jahr mehr palästinensische Bauern auf den Arbeitsmarkt verwiesen. Der Anteil der in der palästinensischen Landwirtschaft Tätigen ging von 22,8% im Jahre 1970 und 19,2% im Jahre 1973 auf 12% gegenwärtig zurück.

Sofern er nicht durch die vollständige Landenteignung ohnehin zur auswärtigen Lohnarbeit gezwungen wird, kann der palästinensische Bauer auf ein doppelt so hohes Einkommen hoffen, wenn er sich als Lohnarbeiter in Industrie und Landwirtschaft des jüdischen Bereichs verdingt, obgleich er hier niedrigere Löhne akzeptieren muß, als ungelernten jüdischen Kräften ausbezahlt werden. Tausende von Palästinensern kamen Anfang der sechziger Jahre als Tagelöhner zu den jüdischen landwirtschaftlichen Siedlungen. Es gibt Beispiele dafür, daß Palästinenser auf ihren eigenen Feldern oder Obstgärten arbeiten, die nach 1948 enteignet und einem Kibbuz oder Moshaw zugeschlagen wurden.

Doch die Funktionäre des Jüdischen Nationalfonds sahen in der Beschäftigung palästinensischer Arbeiter auf Staatsland eine Gefährdung des zionistischen Prinzips „Jüdische Arbeit auf Jüdischem Boden". Durch das oben erwähnte, 1967 verabschiedete Gesetz wurde gleichzeitig palästinensische Lohnarbeit auf jüdischem Boden untersagt. (3)

Mittlerweise liegen in Israel große Landflächen brach, weil einerseits Mangel an jüdischen Arbeitskräften herrscht, andererseits den Palästinensern weder die Pacht geschweige denn die Rückgabe zugestanden wird.

Ungeachtet ihres ohnehin schon geringen Landbesitzes wurde den Palästinensern in Galiläa im letzten Jahr 50% des ihnen verbliebenen Bodens genommen. Sie sehen sich somit täglich mit der Situation konfrontiert, daß der israelische Staat nur konsequent die Politik weiterverfolgt, die die zionistischen Siedler im britischen Mandatsgebiet Palästina begannen — die Vernichtung ihrer Existenz als Bauern.

Anmerkungen:

1) Am 30. März 1976 führte die palästinensische Bevölkerung in Israel einen eintägigen Generalstreik aus Protest gegen geplante Landenteignungen durch. Im Verlauf des Streiks wurden 6 Palästinenser von israelischen Soldaten erschossen und Dutzende verwundet. Seither wird der 30. März von den Palästinensern jährlich als der „Tag des Bodens" begangen.
2) Die Mekorot-Kompanie ist die staatliche israelische Wassergesellschaft.
3) Das Gesetz wurde allerdings in der folgenden Zeit von den jüdischen Siedlern immer häufiger unterlaufen und hat gegenwärtig keinerlei Bedeutung mehr. In gleicher Wese verpachten jüdische Siedler auch schon seit langem wieder Land an palästinensische Bauern.

Zum Verbot der iranischen KP

"Die Bourgeoisie liebt den Verrat, nicht den Verräter"

„Vor Imam Khomeiny, dem Führer der Revolution und dem Gründer der Islamischen Republik, versuche ich heute um Entschuldigung zu bitten und voller Scham vor seinem Angesicht die Verbrechen unserer Partei während vierer Jahre Aktivität in der Islamischen Republik zu erläutern. Wir haben uns nicht von unserer Abhängigkeit vom Ausland befreien können ... und unsere politischen Aktivitäten sind zu Spionage und Verrat gegen die Islamische Republik geworden". So leitete am 30. April N. Kianouri, der Generalsekretär der iranischen KP, der Tudeh-Partei, sein „Geständnis" im iranischen Fernsehen ein. Unter einem Spruchband mit der Aufschrift *„Die Amerikaner sind so schlecht wie die Engländer, die Engländer sind so schlecht wie die Amerikaner, und die Sowjets sind schlechter als beide"* sitzend sprach Kianouri der Islamischen Republik das Recht zu, ihn wegen aller Verbrechen härtestens zu bestrafen, was der Akzeptierung der Todesstrafe gleichkommt (1). Schamhaft verschwieg die DKP-Zeitung „UZ" in ihrem Bericht das (vermutlich unter Folter erzwungene) „Geständnis" Kianouris. Und treu ihrer Linie, Freund und Feind im Iran entsprechend den außenpolitischen Interessen der —Sowjetunion einzuteilen, fiel von der DKP noch immer kein Wort gegen das Mörderregime Khomeinys.

Weit mehr als tausend Mitglieder der Tudeh-Partei sind seit dem 6. Februar verhaftet worden; die Mehrheit oder alle werden vermutlich nach zweifelhaften Gerichtsurteilen hingerichtet oder einfach massenweise im Geheimen exekutiert werden. Noch immer sieht die „UZ" krampfhaft an der Wirklichkeit des antikommunistischen und mörderischen Khomeiny-Regimes vorbei und nennt als Urheber der *„Kampagne gegen die Tudeh-Partei"* vor allem *„ehemalige Mitglieder des berüchtigten Schah-Geheimdienstes SAVAK"*, die sich jetzt als „islamisch" ausgeben würden und die Sicherheitsorgane der Islamischen Re-

„islamisch" ausgeben würden und die Sicherheitsorgane der Islamischen Re-

publik zunehmend in ihre Hände genommen hätten — im übrigen eine entwicklung, vor der die Tudeh-Partei seit Monaten gewarnt habe.

Schon vorher hatte die DKP die Solidaritätskampagne für ihre iranische Schwesterpartei eher zaghaft betrieben. Sie ließ am 11. und 12.2. die Tudeh-Partei selbst zu Wort kommen, die das Recht auf freie und offene Aktivität, die Beendigung der Angriffe gegen die Tudeh-Partei und die sofortige Entlassung aller inhaftierten Mitglieder forderte (nicht etwa **aller** oppositionellen politischen Gefangenen), und die davor warnte, *„daß das gegenwärtige Komplott der Beginn einer gewaltigen Verschwörung gegen die antiimperialistische und volksverbundene iranische Revolution während ihrer entscheidenden und brisanten Periode ist"*. Die Verhaftung Kianouris durch *„rechte Kräfte, die der Linie des Imams Khomeiny feindlich gegenüberstehen"*, war denn auch nur ein bitterer Tropfen in der Jubelveranstaltung der Tudeh-Partei, der Volksfedayin (Mehrheit), DKP und Konsorten anläßlich des vierten Jahrestages der iranischen Volksrevolution (2).

Im Grunde ist diese Reaktion keineswegs erstaunlich, hatte doch bisher die brutale Wirklichkeit des Khomeiny-Regimes nicht die Vision der prosowjetischen Parteien von den *„Errungenschaften der antiimperialistischen und antidiktatorischen Revolution des iranischen Volkes"* trüben können. Nur weil durch die Repressalien gegen die Tudeh-Partei angeblich dieser Revolution sowohl der Freiheit und Unabhängigkeit des Iran eine ernste Gefahr droht, wird die Freilassung der Tudeh-Mitglieder und die Einstellung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Partei in einer Solidaritätserklärung von 61 Kommunistischen Parteien Westeuropas und der Dritten Welt gefordert (3). Richtig, nicht unterzeichnet haben die Regierungsparteien des „realsozialistischen" Blocks, der *„im Interesse des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus, für Frieden und Sicherheit"* Anstrengungen unternehmen, *„um den imperialistischen Einfluß in dieser Region zurückzudrängen und auch dort Beziehungen der friedlichen Koexistenz herzustellen"*. *„Indem den imperialistischen Bestrebungen entgegengewirkt und Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Verhältnis zum Iran verwirklicht werden, können die Kampfbedingungen der demokratischen Volkskräfte im Inneren des Landes verbessert werden"*. So schrieb die „UZ" (8.9.78) schon auf dem Höhepunkt des Kampfes des iranischen Volkes gegen das Schah-Regime zur Rechtfertigung des geplanten Schah-Besuches in der DDR, der (dank Allahs Fügung?) letztendlich doch durch die Volksmassen verhindert wurde.

Wie die zaghaften Reaktionen in der sowjetischen Presse und die vorsichtigen, diskreten diplomatischen Vorstöße der Sowjetunion vermuten lassen, scheint der sowjetischen Führung die drohende Ermordung tausender Genossen kein zu hoher Preis, um immer noch außenpolitisch retten zu wollen, was nicht mehr zu retten ist. Auch das ist nicht neu. In der Vergangenheit ordneten sich — auf „Anraten" Moskaus — verschiedentlich Kommunistische Parteien kritiklos herrschenden Regimen (Syrien, Irak, Sudan) unter oder lösten sich sogar selbst auf (Ägypten), um das gute Verhältnis der Sowjetunion zu diesen Regimen nicht zu stören, und wurden zu Hunderten oder Tausenden massakriert.

Die Sowjetunion hatte zunächst auch versucht, die Verhaftung eines großen Teils der Tudeh-Führung herunterzuspielen (4). Erst Ende März hatte die „Prawda" das „Komplott" gegen die Tudeh-Partei verurteilt, nachdem diplomatische Interventionen von der iranischen Regierung zurückgewiesen worden waren (5). Unmittelbar nach den „Geständnissen" der Tudeh-Führer im iranischen Fernsehen erfolgten weitere massenhafte Festnahmen von Tudeh-Mitgliedern. Am 4.5. verkündigte Generalstaatsanwalt Tabrizi die Auflösung der Tudeh. Khomeiny — gegen dessen Linie ja angeblich das Verbot der Tudeh verstoßen soll, begrüßte die Entscheidung: *„Gott, wir danken Dir für Deine Gnade. Unsere jungen unbekannten Soldaten haben die Führer der Tudeh-Partei verhaftet, die heuchlerische Aktivitäten unternommen hatten, um den Islam zu zerstören* (ein Vergehen, auf das die Todesstrafe steht!). *Dieses Wunder ist nur geschehen mit der Hilfe Allahs"* (6). Fast gleichzeitig wurden 18 sowjetische Diplomaten ausgewiesen, mit der Begründung, Verbindungen zur verräterischen Tudeh-Partei zu haben. Die Sowjetunion wies dann ihrerseits drei iranische Diplomaten aus (6a). Schon im Januar war das TASS-Büro in Teheran geschlossen worden (7). Die Ausweisung ist möglicherweise der erste Schritt zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. In den Parolen jedenfalls hat der „Satan" Sowjetunion den „Satan" Amerika längst ersetzt.

Mit der Tudeh soll nach dem Willen der Herrschenden im Iran gründlich „aufgeräumt" werden. Der Chef der berüchtigten Revolutionsgarden (Pasdaran), Mohsen Rezai, dementierte Gerüchte über eine schon erfolgte Hinrichtung Kianouris mit den Worten: *„Wir haben es nicht eilig, sie hinzurichten, sie haben noch viel zu gestehen. Aber durch ihre Geständnisse haben sie den Befehl für ihre eigene Exekution unterzeichnet"* (8). Der Präsideht des Obersten Gerichtes, Ardebili, erklärte in faschistischer Manier: *„Wir hoffen, daß sich unsere Gemeinschaft für immer dieser verräterischen und illegalen Partei entledigen wird"* (9).

Man kann darüber spekulieren, in welchem Maße die Tudeh Politik in direkter Abhängigkeit von der Sowjetunion machte oder in welchem Maße ihre opportunistische Politik allen Entwicklungen des Khomeiny-Regimes gegenüber, einschließlich der Denunziation linker und demokratischer Oppositioneller, Folge ihrer eigenen politischen und ideologischen Versumpfung war. Nach wie vor halten die Sowjetunion und die Tudeh offiziell an der bisherigen Politik fest, wenn auch die Sowjetunion aus den sich seit etwa einem Jahr verschlechternden Beziehungen zu Iran die Konsequenz gezogen hat, Irak wieder offen mit Waffenlieferungen zu unterstützen (in den ersten zwei Jahren des Golfkrieges liefen Waffengeschäfte mit Irak über andere Ostblockstaaten (10)), entsprechend dem vor dem Krieg geschlossenen Abkommen, was auf eine außenpolitische Umorientierung schließen läßt. Die Tudeh-Partei versucht sich i m m e r n o c h als einzige legitime Oppositionskraft innerhalb der islamischen Republik darzustellen und hält an ihrer Diffamierung aller übrigen Oppositionsgruppen fest (siehe Kasten sowie Bericht in AK 222, S. 39/40).

Sowjetunion und Islamische Republik

Ein kurzer Rückblick soll zeigen, daß die Sowjetunion vor den Scherben ihrer Außenpolitik gegenüber der „Islamischen Republik" steht und daß im Iran sogar eine offene Hinwendung zum US-Imperialismus nicht ausgeschlossen scheint.

Khomeiny hatte immer schon den *„totalitären und gottlosen Kommunismus"* der Sowjetunion mit dem *„blutsaugenden Imperialismus"* der USA gleichgesetzt. An seinem ausgeprägten Antikommunismus wie an seinem festen Willen, einen theokratichen Staat im Iran zu errichten, bestanden nie Zweifel.

Der erste diplomatische Besucher Khomeinys nach seiner Rückkehr in den Iran am 1. Februar 1979 allerdings war der sowjetische Botschafter Vladimir Vinogradov. Der sowjetische Schwenk von einer Politik der friedlichen Koexistenz mit dem Schah-Regime zu einer Politik der Unterstützung der „antiimperialistischen" Politik Khomeinys erfolgte schnell und gründlich. Während der ersten rei Jahre der Islamischen Republik verbesserten sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Iran langsam, aber stetig. Das lag zum einen darin, daß das Regime dem herrschenden Antiamerikanismus Rechnung tragen mußte und daß die Tudeh als einzige linke Partei die sofort einsetzende Islamisierung und Entdemokratisierung vollständig unterstützte und so dem Regime gegen die übrigen linken religiösen und nicht religiösen Gruppierungen nützlich war. Zum anderen brachte die Besetzung der amerikanischen Botschaft im November 1979, die mehr als ein Jahr dauerte und zum vollständigen Boykott Irans durch die USA und kurze Zeit danach auch durch die westeuropäischen Staaten führte, eine Stärkung der sowjetischen Position. Die mit der Botschaftsbesetzung erfolgte Ausschaltung bürgerlicher religiöser Kräfte, die westlich orientiert waren, wie der damalige Ministerpräsident Bazargan, stärkte für mehrere Jahre die „antiimperialistischen" Kräfte innerhalb des herrschenden Klerus, die, obwohl selbst antikommunistisch, zur Ausschaltung des Einflusses der USA bereit waren, enger mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Offizielle Verlautbarungen des islamischen Regimes bezeichneten denn auch Moskau als „Feind" des Iran, der aber weniger gefährlich als die USA und Israel sei. Den Höhepunkt erreichten die iranisch-sowjetischen Beziehungen im Februar 1982, als der iranische Energieminister in Moskau ein Protokoll unterzeichnete, das größere Kooperation auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet vorsah, aber auch den Weg für engere politische Beziehungen offenließ.

Als die USA nach der Geiselnahme im November 1979 einen vollständigen Wirtschaftsboykott gegen Iran verhängten und die Auslandsguthaben sperrten, bot die Sowjetunion an, für die ausfallenden Lieferungen einzuspringen und öffnete für Iran Transitwege durch die Sowjetunion, die während des Krieges Iran/Irak (September 1980) noch wichtiger wurden, als die Häfen im Süden Irans weitgehend blockiert waren. Im Oktober 1980 bot die Sowjetunion dem Iran nach Aussagen des damaligen, durch einen Bombenanschlag getöteten, Ministerpräsidenten Rajais sogar Waffenlieferungen an. Der iranische Staatspräsident Khamenei sprach gegenüber „Newsweek" von militärischer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion — 1981 umfaßte der Handel mit der Sowjetunion insgesamt 1,1 Mrd. Dollar (11).

Der 26. Parteitag der KPdSU 1981 hatte argumentiert, daß die Einschätzung radikaler islamischer Bewegungen von dem besonderen politischen Charakter dieser Bewegung abhänge. Der „antiimperialistische" Charakter des Khomeiny-Regimes war lange Zeit die Begründung für die kritiklose Unterstützung des Regimes. Scharfe antikommunistische und antisowjetische Attacken Khomeinys wurden dem Einfluß des damaligen Staatspräsidenten Banisadr und dessen *„grundlegend antikommunistischen und antisowjetischen Auffassungen"* (12) zugeschrieben. Die Ausfälle der Tudeh gege Banisadr und gegen die linksoppositionellen Volksmodjahedin nach der Absetzung Banisadrs im Juli 1981 und die Billigung und Förderung des staatlichen Terrors gegen alle oppositionellen Kräfte bis in das Jahr 1982 hinein, können als Anzeichen dafür angesehen werden, daß die Sowjetunion damals die Ausschaltung der „bürgerlich-liberalen" Kräfte begrüßte (13). In der Wochenzeitschrift „Nowoje Wremja" („Neue Zeit") allerdings werden die damaligen Auseinandersetzungen innerhalb des islamischen Regimes heute etwas anders dargestellt: Man spricht von einem Machtkampf zwischen zwei Gruppen der privilegierten Schicht, der Geistlichkeit und den bürgerlich-liberalen Kreisen, während es sich bei den heutigen Auseinandersetzungen um das Austragen von Klassengegensätzen handele (14). Ein weiteres Zeichen dafür, daß die Sowjetunion beginnt, sich vorsichtig umzuorientieren.

Seit Anfang 1982 betonten sowjetische Zeitungen zunehmend die Vorherrschaft konservativer Kräfte innerhalb des Regimes und kritisierten die Aktivitäten der Hodjatis (siehe unten) und das Fehlen materieller Verbesserungen für die Bevölkerung. Auch die Offensive gegen den Irak im Juli 1982 und das Einfallen auf irakischen Boden zwecks Sturzes des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein und des Exports der „Islamischen Revolution" wurde (zurückhaltend) kritisiert.

Umgekehrt nahmen die Angriffe der iranischen Regierung auf die sowjetische Politik im Laufe des Jahres 1982 ständig zu; sowjetische Diplomaten und Journalisten wurden zunehmend belästigt. Im Juni 1982 übergab der in den Westen übergelaufene sowjetische Diplomat Vladimir Kuzichkin den Briten eine Liste von 400 angeblichen sowjetischen und Tudeh-Agenten innerhalb des iranischen Staates. Die Briten

wjetischen und Tudeh-Agenten innerhalb des iranischen Staates. Die Briten

sollen diese Liste an die Teheraner Regierung weitergereicht haben (15).

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Islamischen Republik, die sich seit einem Jahr abzeichnet und im Verbot der Tudeh und der Auseisung der sowjetischen Diplomaten gipfelte, ist allerdings nur eine Folge der Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb des herrschenden Klerus zugunsten der Hodjatis.

Nach dem Verfall der islamischen Republik-Partei (IRP) vor rund zwei Jahren, nachdem deren gesamte Führung einem Bombenanschlag zum Opfer gefallen war, nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Imam-Linie, die die Führerschaft Khomeinys uneingeschränkt anerkennen, für sozialrevolutionäre Veränderungen und den Export der Revolution eintreten, und die Ayatollah Montazari als Nachfolger Khomeinys ansehen, und auf der anderen Seite den Hodjatis immer mehr zu. Die Hodjatis treten — mit religiösen Begründungen — für die Unantastbarkeit des Privateigentums und eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Westen ein, der immerhin eine „Offenbarungsreligion" besitze. Sie zeichnen sich durch einen scharfen Antikommunismus aus und wenden sich gegen jede sozialrevolutionäre Veränderung. Sie wenden sich auch gegen den Export der Revolution und sind geneigt, den Krieg gegen Irak zu beenden. Ihre Anhänger und Förderer sitzen inzwischen in entscheidenden Stellungen im Staatsapparat (beispielsweise wird Staatspräsident Khamenei als ihr Förderer angesehen) und konnten in den letzten Monaten das Landreformgesetz, die Verstaatlichung des Außenhandels und die Beschlagnahme des Eigentums ins Ausland geflüchteter Iraner verhindern. Dabei wurden sie vom Verfassungsrat, der von der dritten Strömung, den konservativen Geistlichen, beherrscht wird, unterstützt. Als ausgleichende Kraft zwischen diesen Strömungen fungieren nochKhomeiny und seine Anhänger, die auf Machterhaltung aus sind (16). Die Hodjatis sind schon unter dem Schah-Regime entstanden und wurden besonders seit 1970 durch Verfolgung der Bahais und Kontrolle der Theologie-Studenten aktiv. Sie arbeiteten nicht offen, hatten Verbindung zur herrschenden Klasse und wurden vom SAVAK toleriert (16 a).

Außenpolitisch hat die Stärkung der Hodjatis-Linie schon ihre Früchte ge-

Fortsetzung nächste Seite

Nichts dazugelernt?

„Le Monde" vom 22.4.83 veröffentlichte ein Interview mit einem ZK-Mitglied der Tudeh-Partei zur Verfolgung der Tudeh im Iran und zur Politik der Partei, das wir zusammengefaßt wiedergeben.

Die heutige Situation, die gekennzeichnet sei durch Ausbeutung der Reichtümer des Landes, u. a. durch Bereicherung der Bazaris, Vordringen der Rechten innerhalb der Regierung in den letzten zwei Jahren (man staune, das ist ja genau der Zeitraum, der der vielbejubelten Ausschaltung der Bürgerlich-Liberalen, mit Banisadr an der Spitze, folgte; — Anm. AK), sei nicht unveränderlich, wenn Khomeiny seinen ganzen Einfluß in dem Kampf zwischen Rechten und Volkskräften einbrächte. Morgen könne es für eine solche Intervention aber schon zu spät sein, wenn der Feind sich in die revolutionäre Macht eingeschleust habe. Die Zeit habe bisher für die Rechten Vorteile gebracht, die als einzige Kraft von der Stagnation der Revolution profitierten.

Bezahlt die Tudeh-Partei den Preis für das Schweigen angesichts der Verschärfung der Repression gegen andere Oppositionsgruppen?

Nein, die Tudeh habe sich immer schon unterschieden von den Oppositionskräften, die Gegner der Islamischen Republik waren. Seit September 1981 und *„sogar schon vorher"* habe die Tudeh-Partei in ihren heute verbotenen Publikationen die *„unerträglichen Mißbräuche"* des Justizapparates und der Sicherheitsorgane verurteilt und betont, daß *„die Revolution stark genug war, um zu vermeiden, dem blinden Terror* (gemeint sind die bewaffneten Aktionen der revolutionären Kräfte) *mit einer ebenso blinden Repression zu antworten."*

Zum Vorwurf der Denunziation Oppositioneller

Diese Beschuldigung sei völlig falsch. Nie habe die Tudeh Einfluß im Staatsapparat gehabt, die Verhaftungen jetzt seien ein Beweis dafür. *„Wir haben nie die Rolle des Polizisten gespielt, und unsere Denunziation der antirevolutionären Opposition war hauptsächlich (!) politisch"*. Die Tudeh-Partei habe sich niemals opportunistisch verhalten, sondern nur die Linie des Imam unterstützt. Selbst nach den Verhaftungen habe sich die Politik der Unterstützung für die Islamische Republik nicht verändert.

Zum Vorwurf der Ausrichtung auf die sowjetische Politik

Die Parole „Weder Ost noch West" werde von der Tudeh-Partei als Wille interpretiert, die Entscheidungsfreiheit des Landes zu wahren. Trotzdem müsse zwischen Feinden (die sich gegen die Revolution verschwören) und Freunden (Unterstützer der Revolution wie die Sowjetunion) unterschieden werden. Wer das nicht tue, verfalle wie Mossadegh in eine negative Politik des Gleichgewichts (die Tudeh hatte Mossadegh, der die Unabhängigkeit vom britischen Imperialismus Anfang der 50er Jahre anstrebte, damals als US-hörig und proimperialistisch denunziert! — Anm. AK).

Zur möglichen Verbindung von Marxismus und Islam

Koexistenz mit revolutionärem Islam sei möglich, ebenso ein Übereinkommen über ein Minimalprogramm der Prinzipien der (islamischen) Verfassung. Die Tudeh würde sie akzeptieren, im Gegensatz zu den religiösen Integristen, die Anhänger der Rechten seien, und den Hodjatis.

Fortsetzung von vorheriger Seite

tragen. Abgesehen von recht guten Beziehungen zu einigen westeuropäischen Ländern (insbesondere der Bundesrepublik) und zu Japan werden inzwischen sogar den USA Avancen gemacht. Parlamentspräsident Rafsandjani betonte kürzlich in einer Freitagspredigt, daß das Verbot der Tudeh *„weder als grünes Licht für die USA noch als rotes Licht für die Sowjetunion"* anzusehen sei, sondern als Folge ihrer Untreue gegenüber der Imam-Linie. Gleichzeitig betonte er, daß Iran Beziehungen mit allen Staaten außer Südafrika und Israel (man denke aber nur an die nachgewiesenen Waffenexporte aus Israel! (17) anstrebe, die sich nicht in die inneren Angelegenheiten Irans einmischen würden. Die USA wurden nicht mehr negativ erwähnt (18).

Genau zum Zeitpunkt der Verhaftung der Tudeh-Führer hielt sich eine iranische Militär-Kommission in den USA auf, um über die Freigabe der noch vom Schah für 400 Mio. Dollar gekauften Rüstungsgüter zu verhandeln. Die USA streiten allerdings den Verkauf oder die Freigabe von Waffen ab, während iranische Regierungsquellen berichten, daß gerade die Verhaftung der Tudeh-Führer mit dem geplanten Geschäft in Zusammenhang stehe. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1982 hatte der Handel mit den USA 457 Mio. Dollar betragen, ein Siebtel des Umfangs von 1978. Iran hatte Öl gegen Weizen geliefert (15). Anfang Februar zahlte der Iran an die USA 26 Mio. Dollar Entschädigung für die Enteignung des US-Botschaftsgeländes in Teheran (19). Die Entschädigung ausländischer Erdölfirmen läuft auf vollen Touren (20).

Innenpolitisch läuft die Unterdrückung oppositioneller Kräfte verstärkt weiter; das Regime ist zu geheimen Massenhinrichtungen übergegangen, während gleichzeitig versucht wird, durch Schaffung einer ewissen „Rechtssicherheit" und den Schutz der „Privatsphäre" die Mittelschichten zu sich hinüberzuziehen (21). Die augenblickliche scheinbare Stabilisierung des Regimes beruht vor allem auf Terror. Insbesondere im Falle des Todes Khomeinys kann es sehr schnell zu bürgerkriegsartigen Unruhen oder einem Rechtsputsch kommen, der durch die sich abzeichnende prowestliche Orientierung des Regimes begünstigt wird. Die USA haben sich darauf jedenfalls durch neue Basen in der Osttürkei im Rahmen der Rapid Deployment Force vorbereitet, die für eine mögliche Intervention oder geheime Aktivitäten im Falle eines Bürgerkriegs im Iran bestimmt sind (15).

Nahost-Kommission

Anmerkungen

15„Le Monde", „LM", 3.5.83
2) „Unsere Zeit", „UZ", 1.3.83
3) „UZ", 4.5.83
4) „LM", 3.5.83
5) „LM", 2.5.83, „Monitor-Dienst", 24.3.83
6) „LM", 4.5.83
7) „taz", 20.1.83
8) „LM", 12.5.83
9) „LM", 10.5.83
10) „The Middle East", April 1982, „LM", 8.1.83, Interview mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarik Aziz. Nach seinen Aussagen hätte die UdSSR nach einer Unterbrechung von einem Jahr die Waffenlieferungen an den Irak wieder aufgenommen, entsprechend dem Vertrag, der vor dem Krieg geschlossen worden war. Fred Halliday stellt dagegen in dem Artikel „Year IV of the Islamic Republic", MERIP-Reports Nr. 113, März/April 1983, einen Zusammenhang zwischen der von der Sowjetunion kritisierten Offensive Irans auf irakischen Boden im Juli 1982 und der Aufnahme der Waffenlieferungen her.
11) „The Middle East" — „TME", April 1982
12) „LM", 18.4.80
13) vgl. hierzu ausführlich AK 222, S. 39/40, „DKP solidarisch mit Khomeinys Schlägerbanden"
14) nach „Neue Zürcher Zeitung" — „NZZ", 12.2.83
15) MERIP-Reports 113, Fred Halliday, Year IV of the Islamic Republic
16) Ahmed Taheri, „Hodjati, Imam-Linie und Machiavellisten", „taz", 1.9.82
16a) Ahmad Ashraf, „Bazaar and Mosque in Iran's Revolution", in MERIP-Reports, 113, März/April 1983
17) vgl. AK 232, „Israel und Dritte Welt"
18) „taz", 20.5.83
19) „Süddeutsche Zeitung", 9.2.83
20) „LM", 24.3.83
21) Im Dezember hatte Khomeiny ein Acht-Punkte-Programm für Sicherheit und Ordnung erlassen, mit dem die Bevölkerung vor Übergriffen der verschiedenen Revolutionsorgane geschützt werden sollte.

Krisentheorie

Keynesianismus

Obwohl in den wichtigen westlichen Industrieländer USA, Großbritannien und der BRD heute Regierungen die Wirtschaftspolitik nach den Ideen und Leitsätzen des Monetarismus bestimmen, spielt der Keynesianismus sowohl in den jeweiligen Arbeiterbewegungen dieser Staaten als auch in anderen europäischen Ländern weiterhin eine wichtige Rolle. Nach den Siegen der linkssozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien in Frankreich, Griechenland und Spanien wird dort die Wirtschaftspolitik in weitem Maße nach den Vorstellungen des Keynesianismus betrieben.

Im Rahmen der Schulungsarbeit im KB ist das folgende Referat erarbeitet worden, das die Grundzüge des Keynesianismus darstellt und eine Kritik am Keynesianismus beinhaltet, die sowohl die inneren Widersprüchlichkeiten der Keynschen Lehre als auch eine marxistische Kritik umfaßt. Dieser Aufsatz bildete eine Grundlage für die Diskussion um die politische Linie heutiger Neokeynesianischer Vorschläge zur Lösung der Wirtschaftskrise, wie sie beispielhaft von der Gruppe gemacht werden, die jedes Jahr ein ‚Memorandum' zur wirtschaftlichen Entwicklung der BRD veröffentlicht.

Der in diesem AK 234 veröffentlichte Aufsatz ist der zweite Teil des Referates über den Keynesianismus, dessen ersten Teil wir in AK 231 abdruckten. Abgeschlossen war in AK 231 die Darstelung der Weltwirtschaftskrise 1929, aus deren Aufarbeitung heraus Keynes seine Lehre kreierte. Zum besseren Verständnis sollten die beiden Teile des Aufsatzes über den Keynesianismus zusammen gelesen werden.

Schulungskommission, 28.5.83


J.M. Keynes

Die klassische bürgerliche Ökonomie und die Weltwirtschaftskrise: ratlos

Die Weltwirtschaftskrise ließ nicht nur Unternehmen bankrott gehen, sondern auch eine ganze Reihe der bisher unumstößlichen Weisheiten der klassischen bürgerlichen Ökonomie; lediglich die marxistische und leninistische Theorie der Krisen des Kapitalismus und des Imperialismus waren bestätigt worden. Mit der Weltwirtschaftskrise nach 1929 ging ein Jahrzehnt der relativen Pro- bürgerlichen Ökonomie; lediglich die marxistische und leninistische Theorie der Krisen des Kapitalismus und des Imperialismus waren bestätigt worden. Mit der Weltwirtschaftskrise nach 1929 ging ein Jahrzehnt der relativen Prosperität zu Ende, und zurück lagen ungefähr 30 Jahre Distanz zur letzten großen Depression 1873 bis 1896. Durch die Weltwirtschaftskrise nach 1929 war der universelle Fortschrittsglaube der Mittelschichten zerstört, das ideologische Gebäude des Kapitalismus als des einzigen Glücksbringers der Menschheit ins Wanken geraten. Die marxistische Theorie hatte wieder Konjunktur — das Vakuum, das die bürgerliche politisch-ökonomische Theorie hinterließ, wurde von Tag zu Tag größer.

Die Prosperität der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise — die Zeit der rasanten Akkumulation vom Ende des 19. Jahrhunderts bis Mitte der 20er Jahre — hatte zu der traditionellen Lehre geführt, daß der Kapitalismus immer zur Vollbeschäftigung tendiere, ja diese garantiere. „*Das Hauptanliegen der bürgerlichen Ökonomie nach Ricardo war gewesen, die kapitalistische Ordnung als ein jederzeit zum Gleichgewicht und zu allseitiger Harmonie tendierendes System darzustellen*" (Deutschmann, „Der linke ...").

Bürgerliche Ökonomen des späten 19. Jahrhunderts entwickelten Modelle, in denen aufgezeigt wurde, wie das **Preissystem** und der **Zinssatz** unter den Bedingungen der freien Konkurrenz und staatlicher Nichteinmischung automatisch dahin tendierten, ein Optimum an Produktion, Beschäftigung und Bedürfnisbefriedigung herzustellen. Die Existenz von Krisen konnte nicht geleugnet werden, jedoch wurden die Ursachen für diese Krisen immer außerhalb des ökonomischen Modells gesucht und gefunden. Bis hin zu so grotesken Konstruktionen, den Sonnenflecken-Zyklus und seinen Einfluß auf die Ernten für die Krisen verantwortlich zu machen. Kernstück der traditionellen liberalen Theorie war das **Say-sche Gesetz**. Nach diesem Gesetz konnte es kein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage geben, da im Marktsystem die Produzenten Waren nur auf den Markt bringen, um ihrerseits Nachfrage nach Waren auszuüben. Die Gesamtsumme von Käufen und Verkäufen muß sich so notwendigerweise die Waage halten; möglich sind allenfalls partielle Disproportionalitäten, Übernachfrage in einem Produktionszweig, der eine Unternachfrage in einem anderen entsprechen muß. Allgemeine Überproduktionskrisen waren damit aus der Definition heraus nicht möglich.

Marx hatte bereits 75 Jahre vor Keynes den Unsinn dieses Gesetzes erkannt „angesichts der wachsenden Diskrepanz zwischen den Profitbedürfnissen der Kapitalexpansion und den, vernünftig betrachtet, produktiven Erfor-

Marx hatte bereits 75 Jahre vor Keynes den Unsinn dieses Gesetzes erkannt „*angesichts der wachsenden Diskrepanz zwischen den Profitbedürfnissen der Kapitalexpansion und den, vernünftig betrachtet, produktiven Erfordernissen der Gesellschaft; zwischen der gesellschaftlichen Nachfrage unter kapitalistischen Bedingungen und den wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnissen. Er wies darauf hin, daß die Kapitalakkumulation eine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen bedingt*" (Mattick, „Marx und Keynes", S. 29).

Ein weiteres Dogma der bürgerlichen Ökonomie war die Behauptung, daß es keine Arbeitslosigkeit, **sondern nur „freiwillige Arbeitslosigkeit" gebe.** „Freiwillig" deshalb, weil die Arbeiter sich weigerten, für niedrigere Löhne zu arbeiten; das Verhaltensmuster eines Kaufmanns wurde dem Arbeiter übergestülpt: Falls es ein Überangebot an Waren gibt, muß man halt mit dem Preis runtergehen. Die Arbeiter sollten also gefälligst mit dem Preis ihrer Ware runtergehen, dann hätten sie auch Arbeit.

Das Jahr 1929 fand die bürgerlichen Ökonomen also ziemlich hilflos und verwirrt angesichts der gesellschaftlichen Probleme und deren Legitimation. Die Weltwirtschaftskrise bedeutete das Ende der liberalen Theorie — fürs erste — und des Glaubens an den sich selbst stabilisierenden Kapitalismus. Die bürgerliche Ökonomie war auf dem damaligen Stand auch für die Bourgeoisie nicht brauchbar, da sie keinen Ausweg aus der Krise zu weisen wußte.

Die Verteidigung des „regulierten Kapitalismus"

Keynes veröffentlichte in den zwanziger und dreißiger Jahren eine Reihe von Arbeiten zu ökonomischen Fragen, wurde aber besonders bekannt durch sein Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" (1936), das ‚die Bibel des Keynesianismus' genannt wird. In diesem Buch ist die ökonomische Konzeption des Keynesianismus systematisch dargestellt. Es fand ein breites Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" (1936), das ‚die Bibel des Keynesianismus' genannt wird. In diesem Buch ist die ökonomische Konzeption des Keynesianismus systematisch dargestellt. Es fand ein breites Echo und wurde zum Mittelpunkt aller theoretischen Diskussionen in der bürgerlichen ökonomischen Literatur.

Keynes selber trat mit keinem geringeren Anspruch an als die Lehre von Marx über den Haufen zu werfen. In einem Brief an Bernard Shaw (1.1.35) beschrieb er sein entstehendes Buch als Werk, das die gesamte bürgerliche Ökonomie revolutionieren würde. Nun ja, an der Überzeugung in seiner eigenen Person hat es Keynes nie gefehlt. Und ebenfalls nicht an Klarheit, wo er sich klassenmäßig einzuordnen gedachte. Einmal nach seiner Position zum Marxismus befragt antwortete er: „*Wie kann ich einen Glauben annehmen, der das langweilige Proletariat in den Himmel hebt, es höher stellt als den Bürger und den Intellektuellen. Was für Fehler die Letztgenannten auch haben mögen, sind sie es nicht, die das Salz der Erde darstellen, tragen sie nicht den Keim des Fortschrittes in sich?*" (J.M.Keynes, Essays In Persuasion, London 1952, S. 300). Das Hauptziel der Arbeiten von Keynes war der Kampf gegen den revolutionären Marxismus, und ursächlich für Keynes' Erfolg war sein Versuch, theoretisch zu begründen, wie der Kapitalismus durch gewisse Maßnahmen, die das bürgerliche Privateigentum und die Herrschaft der Monopole nicht antasten, gefestigt werden kann.

Fortsetzung nächste Seite

Betrifft: "Wer ermordete Issam Sartawi?" (AK 233) Berichtigung und Nachtrag

Betrifft: "Wer ermordete Issam Sartawi?" (AK 233) Berichtigung und Nachtrag

Im AK 232 beschäftigten wir uns mit einigen Hintergründen der Ermordung des PLO-Politikers Sartawi am Rande der Konferenz der Sozialistischen Internationalen in Portugal am 10. April. Hinter dem Mord steht eine Gruppe, die sich „Al Asifa" oder „Schwarzer Juni" nennt und die nach dem Pseudonym ihres Chefs meist als Gruppe von Abu Nidal bezeichnet wird. Die Bande, deren einzige Aktivität in politischen Morden an „gemäßigten" palästinensischen Politikern und in Terror gegen europäische Juden besteht, wurde/wird von Syrien und Irak beherbergt und unterstützt. In den Artikeln in AK 232 haben sich ein paar grobe Fehler eingeschlichen:

- Nicht am 15. Mai 1949, sondern bereits am 15. Mai 1948 wurde der Staat Israel proklamiert.
- Selbstverständlich nicht im Juli 1970, sondern erst im Juli 1979 fand das von Sartawi vermittelte Treffen zwischen Brandt, Kreisky und Arafat statt.
- Der Name „Schwarzer Juni" bezieht sich vermutlich nicht — wie wir unkritisch aus der Presse übernommen hatten — auf die Vernichtung des Lagers Tell Zaatar durch die libanesischen Faschisten, sondern auf den Beginn der direkten syrischen Militärintervention im Libanon. Die Belagerung von Tell Zaatar begann zwar im Juni 1976, aber das Lager „fiel" erst im August.

Zum politischen Gesamtbild des ermordeten Sartawi sind wir auf einige negative Aspekte hingewiesen worden. Es sei in diesem Zusammenhang klar gesagt, daß wir in AK 232 durchaus keine umfassende „Einordnung" dieser politischen Persönlichkeit beabsichtigt hatten. Uns ging es ausschließlich um einen bestimmten, sehr wichtigen Teil im Wirken Sartawi's — nämlich jenen Teil, der Anlaß seiner Ermordung war: die Rolle Sartawi's für das Anknüpfen diplomatischer Kontakte zwischen der PLO und verschiedensten Regierungen sowie für den Beginn eines Dialogs zwischen der PLO und den zum Gespräch bereiten israelischen und jüdischen Kräften.

Letzte Ereignisse zum Thema laut Pressenotizen:

- Laut AFP und Tagespresse vom 10.5. wurden in der Bekaa-Ebene (Libanon) fünf Palästinenser tot aufgefunden, die zur Abu-Nidal-Bande gehört haben sollen. Bei AFP in Damaskus (Syrien) ging in Kommunique Abu Nidals ein, in dem die PLO beschuldigt wurde, die Fünf am 28.April entführt und später ermordet zu haben. Arafat und andere PLO-Politikern wurde mit „Vergeltung" gedroht. Die Bekaa-Ebene steht unter Kontrolle syrischer und palästinensischer Einheiten.
- Die „Welt" meldete am 14.5. unter Berufung auf die portugisische Zeitung „O Jornal", die sich ihrerseits auf „portugiesische Polizeiquellen" berief: Sartawi sei „möglicherweise" einem „Komplott" seines Sekretärs Eiseh zum Opfer gefallen. **„Eiseh stehe im Dienst des französischen Geheimdienstes, er habe den Mord an Sartawi geplant".** Diese Meldung wurde in der Presse nicht wieder aufgenommen, sie erscheint auch sehr unwahrscheinlich. Auffällig ist jedoch, daß seit dem Mord und der Inhaftierung eines verdächtigen Arabers keinerlei offizielle Mitteilung von den portugiesischen Behörden über die Ermittlungen gemacht worden sind.
- Laut Tagespresse vom 18./19.5. explodierten in Athen zwei Bomben, die eine an einem Auto der syrischen Botschaft und die andere bei einer Schule, die zur libyschen Botschaft gehört. Zu den Anschlägen bekannte sich durch Anruf bei AFP eine „Märtyrer Sartawi Gruppe". Es liegt also nahe, die beiden Bomben — bei denen es keine Verletzten gab — mit der Ermordung Sartawi's in Zusammenhang zu bringen. Entweder als Indiz dafür, daß Kräfte der PLO in Syrien und Libyen die Drahtzieher des Mordes sehen, oder als Versuch von interessierter Seite, die Probleme zwischen den Regimen Syriens und Libyens einerseits und der PLO-Führung andererseits zu verschärfen.

Alle Anzeichen deuten auf militärische Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der PLO und im „arabischen Lager" hin.

Projekt Abu Nidal

Schulungsinfo Nr. 13

Keynesianismus
Neokeynesianismus
Monetarismus
Industriestruktur der BRD
Technologie und Krise in der BRD

In diesem Schulungsinfo sind die Teile der abschließenden Runde des Zyklus' „Politische Ökonomie" abgedruckt. Sie bildeten die Grundlage für die Diskussionen um die Einschätzung neokeynesianischer Konzepte zur Lösung der gegenwärtigen ökonomischen Krise in der BRD.

Hrsg. von der Schulungskommission am lg; zu beziehen über: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19, Erscheinungsdatum: 28.5.83, 48 Seiten, Preis: 5 DM

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung" von Keynes

1932 lagen die Arbeitslosenquoten für die langfristige Arbeitslosigkeit in GB, den USA und Deutschland zwischen 20 und 30 Prozent, die gesamte Arbeitslosenquote lag jedoch wesentlich höher — nahe bei 50%, durch die Dunkelziffer, Kurzarbeit, verdeckte Arbeitslosigkeit bei Frauen). Nachdem in Deutschland und den USA nahezu die Hälfte der Arbeiter arbeitslos waren und nachdem ein Theoretiker wie Keynes jahrelang seinen gesamten Scharfsinn aufgewandt hatte, drang es auch in des Bewußtsein der bürgerlichen Ökonomen, daß es im Kapitalismus auch andere als „freiwillige" Arbeitslosigkeit geben könnte. Was ausschlaggebender war: Die Tatsache der aus der Arbeitslosigkeit und der ökonomischen Krise herrührenden Unruhen und politischen Aktivitäten der Arbeiterklasse ließ sich schlecht leugnen. Keynes „Stärke" in diesem Zusammenhang bestand darin, daß er nicht mehr zu leugnende gesellschaftliche Tatsachen in seine Aussagen einbezog. So gab er das Dogma der bürgerlichen Ökonomie auf, daß die Arbeitenden per se schuld an ihrer eigenen Arbeitslosigkeit seien. *„Die Behauptung, daß die Arbeitslosigkeit, durch die sich eine schlechte Wirtschaftslage kennzeichnet, auf eine Weigerung der Arbeiter zurückzuführen ist, eine Kürzung der Geldlöhne anzunehmen, ist (...) nicht einwandfrei durch Tatsachen erwiesen. Die Anschauung, daß die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten im Jahre 1932 entweder durch die hartnäckige Weigerung der Arbeiter verschuldet wurde, eine Kürzung der Geldlöhne anzunehmen oder durch ihr hartnäckiges Bestehen auf einem Reallohn, der höher war*
hen auf einem Reallohn, der höher war
als der, den die Produktivität des Wirtschaftslebens bieten konnte, klingt nicht sehr überzeugend" (Keynes, „Allgemeine Theorie ...", S. 8).

Nach der neoklassischen Beschäftigungstheorie war — in vollständiger Analogie zu irgendwelchen anderen Produktmärkten — die Massenarbeitslosigkeit darauf zurückzuführen, daß der Angebotspreis der Arbeit zu hoch war und nicht entsprechend der geringeren Nachfrage nach unten sank. Nach dieser Auffassung kamen Beschäftigungsschwankungen nur deshalb zu stande, weil die Lohnsätze zu starr und unbeweglich waren. **Die Ursache der Arbeitslosigkeit liegt nach dieser Beschäftigungstheorie also bei den Arbeitnehmern, bzw. bei ihrer Organisiertheit und den von ihnen nicht marktgerecht geforderten zu hohen Löhnen — also war die Arbeitslosigkeit „freiwillig".**

Politisch war eine solche Theorie während der Weltwirtschaftskrise nicht zu vertreten — zu rüde ging sie über die Realität hinweg. Mehr als 35 Millionen Menschen waren arbeitslos, obwohl sie zu fast jedem Lohn bereit waren zu arbeiten, bzw. die Reallöhne rapide sanken durch die Inflation.

Schon in der keynes-schen Kritik an der klassischen Ökonomie wird deutlich, daß Keynes lediglich die Grenzen der bürgerlichen Lehre weiter stecken will, jedoch nicht über sie hinauszugehen vermag. Keynes ‚entdeckt' folgende Lücke in der traditionellen Argumentation: Die klassische Schule (z.B. Pigous, Theory of Unemployment) behandelte die Löhne der Arbeitenden immer als Geldlöhne, und nicht in der Unterscheidung zwischen Reallohn und Geldlohn. **Geldlohn** (Nominallohn) ist in diesem Fall die Summe Geld, unabhängig von Inflation und Kaufkraftveränderungen; im Reallohn werden diese beiden Faktoren berücksichtigt. Die klassische Schule betrachtete also die Lohnfrage immer von den Geldlöhnen aus, und wenn ihre Vertreter über die „freiwillige Arbeitslosigkeit" schrieben, so war darin immer die Argumentation enthalten, daß die **Geldlöhne nominal** gekürzt werden müßten, um eine Ausweitung der Beschäftigung zu erreichen. Nun argumentierte Keynes, daß es durchaus zwei unterschiedliche Sachen sind, ob die Geldlöhne gekürzt würden oder die Reallöhne sinken. Es *„... lehrt uns aber die gewöhnliche Erfahrung ohne Zweifel, daß ein Zustand, in dem die Arbeiter (innerhalb gewisser Grenzen) mehr auf Geldlöhne als auf Reallöhne bestehen, nicht nur eine bloße Möglichkeit, sondern der Normalzustand ist. Während die Arbeiter sich gewöhnlich einer Kürzung der Geldlöhne widersetzen, pflegen sie die Arbeit nicht bei jedem Steigen der Preise der Lohngüter niederzulegen"* (Keynes, „Allgemeine Theorie ...", S. 8).

Zum anderen kritisierte Keynes die traditionelle Anschauung, daß *„die Lohnabkommen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern den Reallohn bestimmen"* (Keyynes, „Allgemeine Theorie ...", S. 10). Diese Lohnabkommen betreffen lediglich die Höhe der Geldlöhne.

Keynes erkannte hier klarer als seine Vorgänger, daß der Kampf der Arbeiterklasse um einen gewissen Geldlohn (in unserem heutigen Sprachgebrauch Nominallohn genannt) mit anderen Mitteln und Voraussetzungen geführt wird und werden kann als der Kampf um den Erhalt der Reallöhne. Die Arbeiter werden sich einem Kürzen der Geldlöhne widersetzen, *„andererseits könnten sie sich unmöglich jeder Kürzung der Reallöhne widersetzen, die durch eine Änderung der Kaufkraft des Geldes verursacht wird und die alle Arbeiter im gleichen Maße trifft. In der Tat wird Kürzungen der Reallöhne, die auf diese Art vorgenommen werden, in der Regel kein Widerstand entgegengesetzt, es sei denn, daß sie ins Extreme gehen"* (Keynes, „Allgemeine Theorie ...", S. 12). Und, angewandt auf den organiserten Kampf der Arbeiterklasse, heißt dies, daß *„jede Gewerkschaft (...) gegen eine Kürzung der Geldlöhne einen gewissen, wenn auch noch so geringen Widerstand leisten (wird). Da es aber keiner Gewerkschaft auch nur im Traum einfallen würde, jedesmal, wenn die Lebenskosten steigen, zu streiken, setzten sie einer Zunahme der Gesamtbeschäftigung nicht den Widerstand entgegen, den ihnen die klassische Schule zuschiebt"* (s.o., S. 13).

Da Keynes **die Senkung des Reallohnes** als unerläßliche Bedingung für die Vergrößerung des Gesamtumfangs der Beschäftigung hinstellt, wendet er den Fragen der Lohnpolitik große Aufmerksamkeit zu. Er tritt — wie schon
merksamkeit zu. Er tritt — wie schon
beschrieben — gegen eine direkte Senkung des Geldlohnes auf mit dem Hinweis, daß die Kapitalisten auf den starken Widerstand der Arbeiter stoßen werden. Darum sagt er ihnen: ***„In der Tat wird einer Bewegung der Unternehmer, die Geldlohnabkommen nach unten zu berichtigen, ein viel größerer Widerstand entgegengesetzt werden als einer allmählichen und automatischen Senkung der Reallöhne als eine Folge steigender Preise"*** (s.o., S. 223). Die Minderung des Reallohns durch eine Preissteigerung hält Keynes für die im Sinne des Kapitals günstigste Methode, die Rentabilität der Betriebe zu steigern, und er preist diese Methode als Mittel des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit.

Keynes war angesichts der großen Massenarbeitslosigkeit in den 30er Jahren gezwungen, gewisse Korrekturen an den traditionellen ökonomischen Theorien vorzunehmen. Gewöhnlich gingen die bürgerlichen Ökonomen davon aus , daß im Zustand des Gleichgewichtes die volle Ausnutzung aller Produktionsressourcen und keine Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Sie machten die Beschränktheit der Produktionsressourcen (Knappheit der Mittel, bürgerliche Ökonomie als ‚Wissenschaft' von der Bewirtschaftung der begrenzt vorhandenen Faktoren Boden, Kapital und Arbeit) zu dem bestimmenden Prinzip der ökonomischen Theorie. Die Aufgabe der ökonomischen Theorie reduzierten sie darauf, die optimalen Bedingungen für die Ausnutzung der vorhandenen Produktionsressourcen zu bestimmen. Keynes geht gleichfalls von der metaphysischen Theorie des Gleichgewichtes aus.**ber er mußte einräumen, daß das sogenannte ökonomische Gleichgewicht die Arbeitslosigkeit nicht ausschließt, daß man nicht von der vollen Ausnutzung aller Produktionsressourcen ausgehen kann, daß es die Aufgabe der Theorie ist, die Bedingungen zu erklären, die den Gesamtumfang der Beschäftigung, das heißt der die Ausnutzung dieser Ressourcen bestimmen. Keynes mußte ferner anerkennen, daß sich die Gesamtnachfrage keineswegs immer restlos mit dem Gesamtangebot an Waren deckt, daß die Unzulänglichkeit der Gesamtnachfrage eine reale Tatsache ist.**

Gezwungen zuzugeben, daß die Massenarbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrisen keine zufälligen Erscheinungen sind, machte Keynes den Versuch, auf die allgemeinere Frage zu antworten: Wodurch wird der Gesamtumfang der Beschäftigung bestimmt? Ihrem Wesen nach ist das die Frage nach den Bedingungen der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals, nach den Faktoren, welche die mögliche Zunahme der gesellschaftlichen Produktion und des Umfangs der Beschäftigung begrenzen. Die große Popularität, die Keynes in den Kreisen der bürgerlichen Ökonomen erlangt hat, erklärt sich bis zu einem gewissen Grad eben aus dieser Fragestellung.

Auf den ersten Blick scheint es, als könnte man die Tatsache, daß Keynes die Frage nach den für den Gesamtumfang der Beschäftigung maßgebenden Bedingungen stellt, als positives Symptom werten. Die Sache ist jedoch die, daß Keynes das Problem von Anfang an auf ein falsches Gleis schiebt. Für ihn besteht der Kern des Problems in folgendem: Wie kann man die Massenarbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrisen bei unbedingter Fortexistenz der kapitalistischen Ordnung vermeiden?

Keynes formulierte seine wichtigste sozialökonomische Schlußfolgerung so: *„Es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit, die — von kurzen Zeiträumen der Belebung abgesehen — nach meiner Ansicht unvermeidlich — mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus verbunden ist, nicht viel länger dulden wird. Durch eine richtige Analyse des Problems sollte es aber möglich sein, die Krankheit zu heilen und gleichzeitig Leistungsfähigkeit und Freiheit zu bewahren"* (Keynes, „Allgemeine Theorie ...', S. 321.)

Einige Aspekte und Kritiken der „Theorie der Beschäftigung"

Die dargelegte „allgemeine Theorie der Beschäftigung" von Keynes stützt sich auf eine unwissenschaftliche, von Metaphysik und Idealismus durchdrungene Methodik. Keynes geht nicht historisch an die Behandlung der ökonomischen Probleme heran. Die von ihm aufgestellten Leitsätze wirken nach seinen Anschauungen in jeder Gesellschaft, in jedem historischen Entwicklungsstadium. Der metaphysische Gehalt des Ganzen zeigt sich vor allem darin, wie Keynes das Problem der Beschäftigung stellt. Er stellt das Problem der Beschäftigung allgemein und nicht in bezug auf die kapitalistische Produktionsweise. Es ist kein Wunder, daß mit einer solchen unhistorischen Haltung bei Keynes das Wesentlichste ausfällt: Das Verständnis dafür, daß die Arbeitslosigkeit ein notwendiges Produkt der kapitalistischen Produktionsweise ist, der unerläßliche Begleiter des technischen Fortschrittes unter kapitalistischen Bedingungen und die notwendige Voraussetzung für die kapitalistische Akkumulation.



Der Hang zum Verbrauch der 50er Jahre schafft das Wirtschaftswunder

Dieses unhistorische Herangehen an die Probleme gestattet ihm die von den modernen bürgerlichen Reformatoren so gern aufgegriffene unrichtige Schlußfolgerung, daß es möglich sei, die Arbeitslosigkeit im Rahmen des Kapitalismus zu beseitigen.

Nach der Theorie von Keynes wird der Gesamtumfang der Beschäftigung durch drei Faktoren bestimmt:

1. durch den Hang zum Verbrauch;
2. durch die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, worunter er die Rentabilität des Kapitals versteht;
3. durch den Zinsfuß. Im Folgenden wollen wir uns mit diesen einzelnen Aspekten seiner Theorie näher auseinandersetzen.

Hang zum Verbrauch — Konsumnachfrage: Jeder Mensch braucht eine gewisse Menge an Produkten, um seinen Lebensinhalt und -unterhalt abzudecken, zu essen, zu wohnen, vielleicht auch mal ein bißchen „Luxus", je nach Schicht und Klasse unterschiedlich. Die Arbeitnehmer haben einen größeren „Hang zum Verbrauch" als die Kapitalisten, da die Arbeitnehmer ein wesentlich geringeres Durchschnittseinkommen haben als die letzteren. Nach Keynes steigt mit zunehmendem Einkommen der Verbrauch, aber nicht im gleichen Maße wie das Einkommen selbst, sondern immer ein kleinbißchen weniger. Die Lücke zwischen dem, was bei steigendem Einkommen nicht mehr verbraucht wird, wird um so größer je mehr das Einkommen in realer Höhe steigt. Gesamtgesellschaftlich gesehen ist nach dieser Theorie bei einer ungleichen Einkommensverteilung (wenige sehr Reiche und viele sehr Arme) der gesamtgesellschaftliche Hang zum Verbrauch niedriger als in einer nach den Einkommen egalitären Gesellschaft. Klar, wenn diejenigen, die bisher immer wenig verdienten, nun mit einem Mal mehr verdienen, wird auch eine ganze Menge mehr verbraucht — **an Konsumgütern.** Aus diesem Unterschied zwischen einer elitären und einer egalitären Gesellschaft und den Auswirkungen auf den Verbrauch folgte für Keynes, daß die staatliche Finanzpolitik die Möglichkeit hätte, durch Variationen der Steuerstruktur die Einkommensverteilung und dadurch den „Hang zum Verbrauch" zu beeinflussen. Dies ist für Keynes jedoch eine reines Gedankenspiel.

In seiner gesamten Konstruktion ist der „Hang zum Verbrauch" deshalb von Wichtigkeit, da er bestimmt, inwieweit bei steigendem Einkommen der Konsum, und damit die Konsumnachfrage ansteigen. Keynes behandelt diesen Punkt jedoch sowohl klassen- als auch gesellschaftsneutral. So, als sei die „grundlegende psychologische Regel" für den „Hang zum Verbrauch" für die Arbeiterin und den Kapitalisten gleich, und so, als ob dies für jedes Gesellschaftssystem gelten müßte. Selbstverständlich ist der Verbrauch der Arbeiterklasse ein gänzlich anderer als der der Kapitalistenklasse, inhaltlich und für jedes Individuum der Kapitalistenklasse ungleich höher. Außer Acht läßt Keynes gleich mehrere Punkte, die auch Inhalte seiner Theorie sind: Nach seiner Theorie muß die Erreichung der Vollbeschäftigung mit einem Reallohnverlust der Arbeiterklasse einhergehen (s.o.).

Verfolgte also eine Regierung keynes-sche Wirtschaftspolitik, so käme sie in den widersprüchlichen Prozess einerseits auf die Konsumkraft der Arbeiterklasse zu bauen (Steigerung der gesellschaftlichen Nachfrage) und andererseits Reallohnabbau zu betreiben.

Zum anderen ist bisher historisch kein Staat willens und in der Lage gewesen, in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die Konsumkraft der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten. Im Gegenteil, die Strangulierung der arbeitenden Menschen durch Herabschrauben ihrer Einkommen in den Grenzbereich des Existenzminimums (z.B. bei Arbeitslosigkeit) spielte und spielt immer noch eine wesentliche Rolle in der staatlichen Politik gegenüber den Arbeitenden.

Investitionsnachfrage: Die zentrale Idee der **„allgemeinen Theorie der Beschäftigung" von Keynes ist die These von der entscheidenden Rolle der Investitionen für den Gesamtumfang der Beschäftigung. Um die Vollbeschäftigung zu erreichen, sollen die Investitionen so festgelegt werden, daß die unzureichende Zunahme der konsumtiven Nachfrage kompensiert wird.**

Nach Keynes ist es möglich, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise durch eine kleine Investition den Wirtschaftskreislauf wieder in Gang zu setzen. Dafür zeichnet er folgenden Prozess, unter dem Begriff **Multiplikatoreffekt** in die Geschichte der bürgerlichen Ökonomie eingegangen: Durch eine Investition werden neue Menschen in den Arbeitsprozeß einbezogen. Diese Menschen werden verdienen, Geld ausgeben, also Nachfrage ausüben. Dies wird wieder bewirken, daß mehr produziert werden muß, neue, andere Menschen müssen eingestellt werden, die wiederum verbrauchen, Geld ausgeben, usw. usf. Die Höhe der Ausgaben der Arbeitenden bestimmt sich nach der Höhe ihres „Grenzhanges zum Verbrauch", wieviel Geld sie also von ihrem neu Erworbenen ausgeben. Je höher dieser „Grenzhang", desto höher der Multiplikatoreffekt. **Für Keynes war klar, daß in der Zeit der wirtschaftlichen Depression der Lebensstandard der Menschen derartig gering war, daß sie alles Geld, das sie zusätzlich erhalten würden, wieder ausgeben, dies also wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückschleusen würden. Doch wer macht in solch einer Situation den Anfang, die erste, ausschlaggebende Investition? Hier tritt bei Keynes der Staat auf, der in die Lücke für die aus „allgemeinem Unwohlsein" investitionsfaulen Kapitalisten springt.**

Mittels öffentlicher Arbeiten sollten die Arbeitslosen beschäftigt werden. Nach einem Beispiel von Keynes selbst sollte, wenn die Beschäftigung auf 5.200.000 Menschen gefallen war durch die öffentliche Beschäftigung von 100.000 Menschen mittels des Multiplikatoreffektes die Gesamtbeschäftigung auf 6.200.000 Menschen steigen. Es ist offensichtlich, daß *„die Beschäftigung einer gegebenen Zahl von Menschen für öffentliche Arbeiten in Zeiten großer Arbeitslosigkeit eine viel größere Wirkung auf die Gesamtbeschäftigung haben wird als später, wenn die Vollbeschäftigung näher liegt."* und *„öffentliche Arbeiten von selbst zweifelhaftem Nutzen mögen sich daher in Zeiten großer Arbeitslosigkeit um ein Vielfaches bezahlt machen, sei es auch nur durch die Verminderung der Kosten für Arbeitslosenunterstützung"* (Keynes, „Allgemeine Theorie...", S. 108).

„Für Menschen, die lange arbeitslos waren, mag irgendein Maß an Arbeit statt Nachteil einzuschließen, einen positiven Nutzen haben. Wenn das stimmt, zeigt die obige Beweisführung, wie ‚verlusthaft' Anleiheausgaben das Gemeinwesen im Endergebnis trotzdem bereichern können. Das Bauen von Pyramiden, Erdbeben, selbst Kriege mögen dazu dienen, den Reichtum zu vermehren ... Wenn das Schatzamt alte Flaschen mit Banknoten füllt, und sie in geeigneten Tiefen in verlassenen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Kohlenbergwerken vergraben würde, sie dann bis zur Oberfläche mit städtischem Kehrricht füllen würde, und es dem privaten Unternehmungsgeist nach den erprobten Grundsätzen des laissez-faire überlassen würde, die Noten wieder auszugraben (...), brauchte es keine Arbeitslosigkeit mehr zu geben, und mit Hilfe der Rückwirkungen würde das Realeinkommen des Gemeinwesens wie auch sein Kapitalreichtum wahrscheinlich viel größer als jetzt werden. Es wäre zwar vernünftiger, Häuser und dergleichen zu bauen, aber wenn dem politische und praktische Schwierigkeiten im Wege stehen, wäre das obige besser als gar nichts.

Die Analogie zwischen diesem Notbehelf und den Goldgruben der wirklichen Welt ist vollständig. Zu Zeiten, wenn Gold in geeigneten Tiefen erhältlich ist, lehrt die Erfahrung, daß der Reichtum der Welt sehr rasch zunimmt, während, wenn nur wenig Gold auf diese Art verfügbar ist, unser Reichtum stillsteht oder abnimmt. Goldgruben sind somit von größtem Wert und größter Wichtigkeit für die Zivilisation. Genau wie Kriege die einzige Form großer Anleiheausgaben sind, die Staatsmänner berechtigt fanden, so ist der Goldbergbau der einzige Vorwand, um Löcher in den Boden zu graben, der von den Bankherren als gesunde Geldwirtschaft anerkannt wurde; .." (Keynes, „Allgemeine Theorie ...", S. 110/111).

Nun, welche Fehler stecken hinter dieser Theorie der Multiplikation von Investitionen? Die keynes-sche Lehre von den Investitionen ignoriert zum einen die Tatsache, daß die Zunahme der produktiven Konsumtion (Kauf von Maschinen zur Herstellung der Konsumgüter, z.B.) unvermeidlich auf die enge Konsumtionsbasis trifft, die durch die antagonistischen Verteilungsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft gegeben ist. Keynes verschweigt, daß ein Ansteigen der Investitionen zur Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktion und Konsumtion führt.

Keynes zeigt nur die eine Seite der Beziehungen zwischen Investitionen und Verbrauch. Er hebt hervor, die Erweiterung der Investitionen bedeute, daß zusätzliche Arbeiter in die Produktion einbezogen werden, wodurch sich der Stand der Beschäftigung, des Volkseinkommens und des Verbrauches hebt.

Es ist unzweifelhaft, daß die Erweiterung der Investitionen die Einbeziehung zusätzlicher Arbeiter in die Produktion und die Erhöhung der Gesamtnachfrage seitens der Arbeiter bewirken kann. Keynes irrt nicht darin, daß er diese Tatsache anerkennt, sondern daß er die Bedeutung vor allem überschätzt, weil er die Rolle der hohen organischen Zusammensetzung des Kapi- **ganischen Zusammensetzung des Kapi-** **tals ignoriert.** Die Nachfrage seitens der zusätzlichen Arbeiter kann leicht durch die bestehenden Betriebe, und zwar oft ohne Vergrößerung ihrer Belegschaft, gedeckt werden. Da, wo das Kapital zu einem erheblichen Teil nicht ausgelastet ist, und wo große Warenvorräte vorhanden sind, ist für die Befriedigung der Nachfrage seitens der zusätzlichen Arbeiter keine Erweiterung der Betriebe erforderlich. Nur wenn eine sehr große Anzahl zusätzlicher Arbeiter in die Produktion eingestellt wird, kann das den Anstoß für eine einigermaßen spürbare Erweiterung der Produktion von Konsumtionsmitteln geben. Aber im Zeitalter der Mechanisierung und Automatisierung sind die Möglichkeiten das variable Kapital zu vergrößern sehr beschränkt.

Während Keynes die eine Seite der Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion stark überschätzt, übergeht er völlig die andere Seite, die besagt, daß neue Investitionen in letzter Instanz zur Erweiterung der Produktion von Konsumtionsmitteln beitragen und dadurch den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion verstärken.

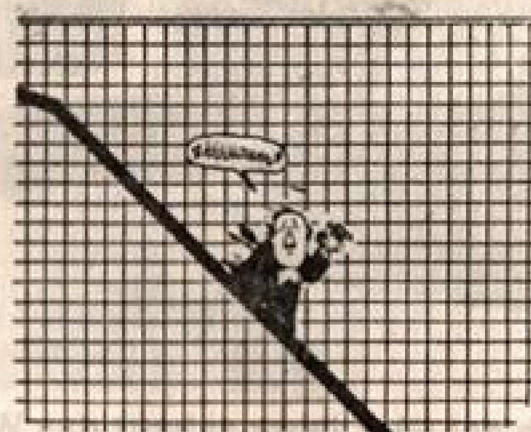
Investition — Rentabilität — Zins: Ob die Kapitalisten investieren oder nicht ist nach Keynes von zwei Faktoren abhängig: einmal von der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (die annähernd der Profitrate entspricht) und zum anderen von der psychologische Kategorie der Erwartung der Kapitalisten.

Nach Keynes wird ein Kapitalist so lange investieren, bis die Grenzleistungsfähigkeit seines Kapitals auf die Höhe des allgemeinen Zinsfußes abgesunken ist. Unbestimmt bleibt bei Keynes die nähere Bestimmung der Umstände, die ein Fallen eben dieser Grenzleistungsfähigkeit bewirken. In der bürgerlichen Ökonomie gibt es ein Gesetz der abnehmenden Produktivität (z.B. ein Weizenfeld, das bis zu einer bestimmten Saatdichte und Ausnutzung ein Maximum produziert, und bei Überausbeutung und zu dichter Saat in der Produktivität wieder abfällt — aus diesem Beispielbereich wird dieses Gesetz auch für die heutigen Großindustrien abgeleitet!). Bisher steht der Beweis noch aus, daß größere Kapitale keine höhere Produktivität und Leistungsfähigkeit besitzen, die Monopolisierung spricht da eine ganz andere und beweiskräftigere Sprache. Der „tendenzielle Fall der Profitrate", den Marx beschreibt, bleibt für Keynes unerkannt.

Dem weitgehenden Verzicht auf die Erklärung des Falles der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals aus **objektiven Faktoren** entspricht sein Versuch, den **subjektiven Faktoren**, den Erwartungen der Unternehmer, den entscheidenden Einfluß auf die Schwankungen im Investitionsverhalten zuzuschreiben. „*Es ist wichtig, die Abhängigkeit der Grenzleistungsfähigkeit eines gegebenen Kapitalbestandes von Änderungen in der Erwartung zu erfassen, weil es hauptsächlich diese Erwartung ist, welche die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals den etwas heftigen Schwankungen unterwirft, welche die Erklärung für den Konjunkturzyklus sind*" (Keynes, „Allgemeine Theorie ...", S. 121),

In dem Kapitel „Der Zustand der langfristigen Erwartung" wird vollends das Image des rationalen, aber humanistisch denkenden Ökonomen, als der Keynes und seine Lehre vielfach gerade von rosalinker Seite dargestellt wird, zerstört. Auf den ersten Blick mag dies Zitat Keynes' der Lächerlichkeit preisgeben. Als Versuch, die objektiven Bewegungsgesetze des Kapitals zu erfassen, ist dies sicherlich berechtigt. Übersetzt man ‚Erwartungen' mit dem Wunsch der Bourgeoisie, die staatliche Wirtschaftspolitik möge ihre Interessen vertreten, oder ‚Erwartungen' mit der politischen Einschätzung des Klassenkampfes, so ist der Gehalt dieses Zitates durchaus ernster Natur: Unglücklicherweise ist es nicht nur so, daß von der Bourgoisie „*Stockungen und Niedergänge in ihrer Stärke übertrieben werden, sondern daß auch wirtschaftlicher Aufschwung übermäßig von einer politischen und gesellschaftlichen Stimmung abhängig ist, die dem durchschnittlichen Geschäftsmann zusagt. Wenn die Angst vor einer Arbeiterregierung oder einem ‚New Deal' die Unternehmungslust drückt, braucht dies weder auf eine vernunftsmäßige Berechnung noch auf eine Verschwörung in politischer Absicht zurückzuführen sein — es ist lediglich die Folge einer Störung der empfindlichen Gleichgewichtslage des spontanen Optimismus. In der Schätzung der Aussichten einer Investition müssen wir daher die Nerven und Hysterien, sogar die Verdauung und die Wetterabhängigkeit jener berücksichtigen, auf deren plötzliche Tätigkeit sie zum großen Teil angewiesen sind.*

sen sind.



Der spontane Optimismus hilft immer

Wir dürfen hieraus nicht schließen, daß alles von Wellen irrationaler Psychologie abhängt. Im Gegenteil, der Zustand der langfristigen Erwartungen ist oft beständig, und selbst wenn er es nicht ist, üben die anderen Faktoren doch ihre ausgleichenden Wirkungen aus. Wir wollen uns lediglich erinnern, daß menschliche Entscheidungen, welche die Zukunft beeinflussen, ob persönlicher, politischer oder wirtschaftlicher Art, sich nicht auf strenge mathematische Erwartungen stützen können, weil die Grundlage für solche Berechnungen nicht besteht; und daß es unser angeborener Drang zur Tätigkeit ist, der die Räder in Bewegung setzt, wobei unser vernünftiges Ich nach beste Können seine Wahl trifft, rechnend, wo es kann, aber oft für seine Beweggründe zurückfallend auf Laune, Gefühl oder Zufall" (Keynes, „Allgemeine Theorie ..., S. 136/7).

Der „*Zustand des Vertrauens, ... ein Faktor, dem die Geschäftsleute immer die tiefste und sorgfältigste Beachtung schenken*" (s.o., S. 125) wird zu einer zentralen ökonomischen Kategorie mit sehr weitreichenden wirtschaftspolitischen Folgen; die gesamte staatliche und gesellschaftliche Sorge muß der Aufrechterhaltung bzw. Rückgewinnung des Vertrauens der Unternehmer gelten, sonst gibt es keine Erwartung in die Erwartung...

Keine andere Profittheorie zeigt so anschaulich und deutlich die Fehlerhaftigkeit der bürgerlichen Methodik: Ein rein abgeleiteter Faktor, der Stimmungswechsel des Kapitalisten, der auf den objektiven Ursachen des jeweiligen Standes der Wirtschaftskonjunktur beruht, wird als das bestimmende Moment behandelt, das die Veränderungen in der objektiven Sachlage hervorruft.

Zusammenfassung der Theorie Keynes'

Der Entstehungsort der Wirtschaftskrise und der konjunturellen Massenarbeitslosigkeit ist nach der keyes-schen Theorie der Wirtschaftskreislauf, die Zirkulationssphäre, dort, wo das produzierte Gesamtangebot realisiert wird, seine gesellschaftliche Notwendigkeit (Brauchbarkeit) in Form einer entsprechenden Gesamtnachfrage sichoffenbaren muß. Ursache der Krise und Arbeitslosigkeit erzeugenden Störung des Wirtschaftskreislaufes ist eine dem Umfang der Gesamtangebotes nicht entsprechende Gesamtnachfrage. Diese unzureichende Gesamtnachfrage wird aber nicht durch objektive Gesetze erklärt, sondern auf das psychologisch begründete Verhalten der Menschen zurückgeführt (Konsumneigung, Unternehmunserwartungen). Diese psychologischen Faktoren sind ein wesentliches Kennzeichen der keynes-schen Theorie.

wartungen der Kapitalisten.

In der keynschen Theorie wird der Markt als Steuermechanismus durch die staatliche Regulierung des Wirtschaftskreislaufes ergänzt. Über die staatliche Steuerung des Wirtschaftskreislaufes ist für den Keynesianismus eine harmonische, krisenfreie Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft erreichbar. Die staatlichen Eingriffe beschränken sich nicht auf die Geldpolitik (Zinsveränderungen, Steuerung der Geldmenge), da nach dieser Theorie die Steuerung der Investitionstätigkeit über Zinsmanipulationen nicht ausreichend zu gewährleisten ist. **Notwendig ist eine neue Qualität des staatlichen Eingriffes in den Wirtschaftsablauf, die staatliche Nachfrageregulierung.**

Im Vordergrund der staatlichen Nachfragesteuerung steht die Investitionsnachfrage. Aber auch die Ausdehung der Nachfragen durch Erhöhung



Die Gesamtnachfrage wird in die Komponenten **Konsumnachfrage** und **Investitionsnachfrage**zerlegt, die nicht mehr — wie in der klassischen Theorie — über den Zins in Übereinstimmung gebracht werden, sondern unterschiedlichen Steuermechanismen unterliegen. Konsum und Sparen sind von der Höhe des Volkseinkommens abhängig, Spar- und Konsumneigung bestimmen den Verbrauch. Die Investitionsgelegenheiten werden durch die Gewinnerwartungen der Unternehmer bestimmt, und nicht mehr allein durch den Zins. Die Gewinnerwartungen spiegeln sich in der „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" (Rentabilität) wieder. Hauptmoment des Zurückbleibens der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot ist die gestörte Umwandlung des nichtkonsumierten Teils des Volkseinkommens (der Ersparnis) in Investitionen, die in der Verschlechterung der Investi- mens (der Ersparnis) in Investitionen, die in der Verschlechterung der Investi- tionsgelegenheiten und der Gewinnerwartung des Kapitals ihren Niederschlag finden.

Für die Arbeitslosigkeit wird nicht die Tatsache verantwortliche gemacht, daß die Löhne nicht mehr wie früher ins Bodenlose sinken. Im Gegenteil, das Beharrungsvermögen der Löhne auf einer gewissen Stufe (durch die gewerkschaftliche Organisierung, Sozialversicherungen) wirkt durch die Aufrechterhaltung der Konsumnachfrage als ein die Beschäftigung stabilisierendes Moment. Zur Erreichung der Vollbeschäftigung ist in erster Linie eine ausreichende Gesamtnachfrage notwendig. Gibt es eine ausreichende Gesamtnachfrage, die einen Prozeß in Gang setzt, der zur Vollbeschäftigung führt, kann ein Sinken der Reallöhne durch inflationäre Maßnahmen in Kauf genommen werden — ja das Sinken der Reallöhne ist wiederum eine der Vorbedingungen für die Gewinner-

des Konsums über die staatliche Umverteilung zugunsten der niedrigeren Einkommen mit höherer Konsumneigung wird befürwortet. Eine Verringerung der Staatsausgaben in Zeiten der Krise wird als prozyklisch abgelehnt, ja in Krisenzeiten die Ausdehung der staatlichen Aktivitäten gefordert. Keynes hatte keine besonderen Vorstellungen, wie das staatliche Einnahmedefizit finanziert werden sollte.

„*Die Möglichkeit, über die staatliche Steuerung der Gesamtnachfrage Krise und Arbeitslosigkeit, die offensichtlichsten und bedrohlichsten Gebrechen der kapitalistischen Produktionsweise, zu beseitigen, ist die Untermauerung einer den Keynesianismus kennzeichnende (grundlegend) positiven Haltung zu dieser Wirtschaftsordnung. Sie dient als Nachweis der Überflüssigkeit der Veränderung der Eigentumsordnung und einer sozialistischen Planwirt-* *Veränderung der Eigentumsordnung und einer sozialistischen Planwirt-* *schaft*" (Held, S. 88).

„*Die wirtschaftspolitische Priorität des Beschäftigungszieles, die Negierung zu hoher Löhne als Ursache der Arbeitslosigkeit, die Befürwortung der Anhegung der Konsumnachfrage durch staatliche Umverteilung auf der einen Seite, die Notwendigkeit der Reallohnsenkung durch Preissteigerung zur Erhöhung der Beschäftigung, die Vorrangigkeit der Investitionsnachfrage und die damit verbundene Orientierung an den Unternehmerinteressen, machen den Keynesianismus zu einer auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung widersprüchlichen Theorie und Wirtschaftspolitik. Diese Widersprüchlichkeit ist der Ausgangspunkt unterschiedlicher, jeweils die Interessen des Kapitals oder der Arbeiter stärker betonenden Ausprägungen des Keynesianismus, die sich alle mit einer gewissen Berechtigung auf Keynes berufen können*" (Held, S. 88).

—Die Attraktivität des Keynesianismus in der Arbeiterbewegung

In den früheren Referaten ist vielfach die Entwicklung der Sozialdemokratie zu der heute existierenden Volkspartei beschrieben worden, die letztlich auch das marxistische Gedankengut über Bord geworfen hat und in den bürgerlichen Staat und seine Institutionen integriert ist. Für den großen Teil der Gewerkschaften gilt dies ebenso. Wesentliche Elemente der keynesianischen Theorie (Rolle des Staates bei der Gewährleistung der Vollbeschäftigung, der Erhaltung der Konsumkraft der Arbeitnehmer) wurden an der Stelle der früheren revolutionären Vorstellungen übernommen. Die Orientierung auf die Vollbeschäftigung und Umverteilung zur Anhebung der Konsumnachfrage, die Entlastung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen von der Schuld der Massenarbeitslosigkeit, weil sie zu hohe Löhne forderten, oder für ihre Beibehaltung kämpften, machten den Keyensianismus attraktiv. Aber ebenso die partielle Kritik am Kapitalismus und seinen schärfsten Auswüchsen, die Opposition gegen die vorherrschende Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen durch Nachfrageeinschränkungen und gegen das Nichteingreifen des Staates bei Massenarbeitslosigkeit bergen Übereinstimmungen mit dem allgemeinen gewerkschaftlichen Interessenkampf.

Diese Übereinstimmungen machten den Keynsianismus insbesondere für die Teile der Arbeiterbewegung attraktiv, die sich auf eine nur gewerkschaftliche Orientierung beschränken und — ebenso wie der Keynesianismus — keine über die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinausgehenden Ziele verfolgen.

„*Theoretischer Anknüpfungspunkt ist dabei die Verwandtschaft des Keynesianismus mit der traditionell in der Arbeiterbewegung verankerten Unterkonsumtionstheorie der Wirtschaftskrise, mit der er u.a. den Wirtschaftskreislauf als Entstehungsort der Krise und die mangelnde Konsumnachfrage als Ursache der Krise gemeinsam hat. Auch die Unterkonsumtionstheorie suggeriert die prinzipielle Bewältigbarkeit der kapitalistischen Wirtschaftskrise durch die Steuerung der Nachfrage.*

Darüberhinaus konnte der Keynesianismus mit seiner Forderung nach einer neuen Qualität des staatlichen Eingriffs in die kapitalistische Wirtschaft an die Vorstellungen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bezüglich einer, über die parlamentarische Demokratie vermittelten gesellschaftlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel anknüpfen.

Als ökonomische Lehre der staatlichen Bewältigung von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, den für die Lohnabhängigen schlimmsten Auswirkungen des Kapitalismus, ohne antagonistischen Gegensatz zu den Unternehmern, ohne Änderung der Eigentumsordnung und der Marktorganiiation der Wirtschaft, ohne Veränderung der bürger-parlamentarischen Republik, war er zur wirtschaftspolitischen Konzeption für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung prädestiniert, die diese gesellschaftspolitischen Zielsetzungen teilte, ohne über eine diese untermauernde geschlossene ökonomische Theorie zu verfügen" (Held, S.89).

So gewann der Keynesianismus erst nach dem 2. Weltkrieg seinen eigentlichen Einfluß innerhalb der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung, nachdem vor dem 2. Weltkrieg in den meisten westlichen Industrienationen faschistische bis autoritäre Regierungen geherrscht haben, die den ideologischen und praktisch-politischen Bewegungsraum der Sozialdemokratie eingeschränkt hatten. Die Aktualität der Keynesianismus-Diskussion liegt darin, ob die ideologische Ausrichtung der Sozialdemokratie auf den Keynesianismus heute noch objektive Möglichkeiten beinhaltet — oder nur leere Bauernfängerei ist. Es ist keine Frage, daß der Keynesianismus in den meisten westlichen Ländern als offiziille Regierungspolitik abgedankt hat (in unserer näheren Umgebung praktiziert lediglich die französische Regierung eine Art Keynesianismus); hier regiert der Monetarismus die Stunde, die alte-neue Heilslehre des militanten Kapitalismus.

Anmerkungen und Literatur

Für Teil 1, AK 231:

1. **Lekachmann, Seite 108**
2. Lekachmann, Seite 172
3. Lekachmann, Seite 177
4. Keynes, „Friedensvertrag ", S. 3
5. Keynes, ebenda, S. 3
6. ebenda, S. 15/16

4. Keynes, „Friedensvertrag ", S. 3
5. Keynes, ebenda, S. 3
6. ebenda, S. 15/16

7. ebenda, S. 16
8. ebenda, S. 192/193
9. Die Fakten und Aussagen sind im wesentlichen folgenden Büchern entnommen: Deutschmann, „Der linke .."; Mattick: „Arbeitslosigkeit ..."; M. Dobb: „Entwicklung ..."; K.G. Zinn: „Strategien ..." (Genaue Titel siehe Literaturverzeichnis).
10. Empfehlenswerte Lektüre zu dieser Epoche der USA sind u.a.: Upton Sinclair, „Boston", „Co-op", „Das Fließband"; John Steinbeck, „Früchte des Zorns", „In Dubious Battle".

Verwendete Literatur in Teil 1 und 2:

Keynes, J.M., „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", Berlin 1956.
Keynes, J.M., „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages", München 1920.
Friedman, Milton, „Kapitalismus und Freiheit", München 1976.
Friedman, Milton, „Die Gegenrevolution in der Geldtheorie", aus: Der neue Monetarismus, Hr. P. Kalmbach, München 1973.
J.G. Bljumin, „Die Krise der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin.
Chile heute — Wirtschaft und Menschenrechte, Frankfurt 1976.
Dobb, Maurice, „Entwicklung des Kapitalismus", Köln 1970.
Deutschmann, Christoph, „Der linke Keynesianismus", Frankfurt 1973.
Held, Michael, „Sozialdemokratie und Keynesianismus", Frankfurt 1982.
Geiger, R., „Die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus bei Keynes, Schumpeter und Braham", Zürich 1959.
Lekachmann, Robert, „John Maynard Keynes — Revolutionär des Kapitalismus", München 1966.
Mattick, Paul, „Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA 1929 — 1935", Frankfurt 1969.
Mattick, Paul, „Marx und Keynes", Frankfurt 1971.
Ossadtschaja, I.M., „Von Keynes zur neoklassischen Synthese", Frankfurt 1976.
Strachey, John, „The Menace of Facism", London 1933.
Strachey, John, „Kapitalismus", Düsseldorf 1957.
Zinn, K.G., (Hg.), „Strategien gegen die Arbeitslosigkeit", Frankfurt 1977.
Jahresgutachten 1982/83 des ‚Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung', 23.11.82.

Zur Bilanz des Ost-West-Handels:

Von der Blüte zum Scherbenhaufen Teil 1

„Handel schafft Wandel" — mit diesem Schlagwort Egon Bahrs wurde der Ost-West-Handel im Zuge der „neuen Ostpolitik" der imperialistischen Staaten begleitet. „Handel schafft Wandel" hieß nichts anderes als die politische Absicht des Imperialismus, gewisse kapitalistisch-restaurative Tendenzen in den Staaten des „realen Sozialismus" zu fördern, die bürgerlichen Gesetze des Marktes wiederherzustellen, langfristig und behutsam auf friedlichem Wege zumindest einige real-sozialistische Länder stärker in den kapitalistischen Weltmarkt zu integrieren. Kurz: der „reale Sozialismus" sollte mit den süßen Verlockungen und Wirkungen der klassischen bürgerlichen Ökonomie, den Wert- und Marktgesetzen „durchdrungen" werden, nachdem das Kriegsgetöse der 50er Jahre nicht den gewünschten Erfolg brachte. Und in der Tat ist, nachdem der Ost-West-Handel vor allem Anfang der 70er Jahre auf vollen Touren anlief, ein beträchtlicher „Wandel" eingetreten, der freilich andere Früchte trug als erwartet: der Handel stagnierrt und ist rückläufig, Polen und Rumänien (und zuvor schon Jugoslawien) mußten den Gang nach Canossa, sprich: zum Internationalen Währungsfonds (IWF) antreten, um ihre immens hohen westlichen Auislandsschulden „umschulden" zu lassen; dank der weltweiten schweren Wirtschaftskrise sind östliche Waren in den kapitalistischen Metropolen nicht mehr so gefragt und lästige Konkurrenten und die real-sozialistischen „Märkte" verweigern sich westlichen Einfuhren, weil das den Schuldenberg nur noch weiter wachsen lassen würde. Anstatt der vom Imperialismus so erhofften Einkehr in ihren Weltmarkt sind die RgW-Staaten (einschließlich Jugoslawiens) mehr oder weniger frustriert in den Schoß der „sozialistischen ökonomischen Integration" des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW) zurückgekehrt.

Nachdem die USA bereits Ende der 70er Jahre das Ende der Entspannungspolitik einläuteten und die immer tiefer werdende Weltwirtschaftskrise mit mehr Säbelrasseln und einem gigantischen Aufrüstungsprogramm zur Vorbereitung und „Führbarkeit" eines atomaren Krieges begleitet wurde, kommt zunehmend auch der „Osthandel" des Imperialismus ins Gerede; diewestlichen Banken jammern über die Zuahlungsunfähigkeit einiger ihrer östlichen Klientel, die USA stimmen ein wildes Gezeter gegenüber ihren westlichen Verbündeten wegen des Erdgas-Röhren-Geschäfts mit der Sowjetunion an und möchten selbst einen automatischen Toaster auf die „Cocom"-Liste (1) für „strategische" Waren setzen, die nicht in den RgW exportiert werden dürfen. Westeuropäischen Firmen, die ihren Osthandel mit Waren amerikanischer Lizenzen betreiben, sollen gegebenenfalls hart bestraft werden und Rumänien wurde seitens der USA angedroht, daß die Meistbegünstigungsklausel im Handel zurückgenommen werde, falls Rumänien sich weigere, von ihren Auswanderern hohe Devisenzahlungen in harten Dollars zu verlangen.

Darüber hinaus findet innerhalb der US-Administration derzeit ein Streit darüber statt, ob der gesamte „Ostblock" vor einem wirtschaftlichen Fiasko stehe, dem westlicherseits mit wirtschaftlichen Sanktionen nachgeholfen werden soll. Dem widerspricht offen eine Studie des amerikanischen CIA, die die These eines bevorstehenden Kollapses des RgW nicht zu teilen vermag.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich also schon, sich den Ost-West-Handel einmal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen und dabei besonders auch auf die Folgen in Polen einzugehen, weil sich hier sehr gut und in sehr krasser Form zeigen läßt, welchen Nutzen bzw. Schaden der Westhandel aus realsozialistischer Sicht anrichtete. In einem späteren Artikel soll dann genauer an einzelnen Punkten die akuelle Diskussion und Politik des Imperialismus gegenüber den real-sozialistischen Ländern vor dem Hintergrund des Stands der Handelsbeziehungen näher beleuchtet werden.

Der Stand der Dinge

Als ein Parameter zur Beurteilung des gegenwärtigen Ost-West-Handels kann die Zahlungsbilanz zwischen den Ländern des RgW (2) und den Ländern der OECD (3) dienen.

Ende 1982 betrug die Schuldenlast des RgW gegenüber den westlichen Staaten nach unterschiedlichen Angaben 63-85 Mrd. US-Dollar, wobei in westlichen Quellen vermerkt wird, daß die Schulden gegenüber 1981 um 6-8 Mrd. Dollar abgebaut werden konnten. Die unterschiedlichen Angaben der Zahlungsbilanzdefizite in den westlichen Quellen (der RgW legt seine tatsächlichen Schulden nicht offen) schwanken deshalb so beträchtlich, weil verschiedene Bemessungskriterien angewandt werden. Die niedrigsten Angaben, die mit 63 bzw 67 Mrd. Dollar für 1982 angegeben werden, beziehen sich auf die sogenannte Netto-Verschuldung, d.h. die verfügbaren Guthaben und Devisenreserven der RgW-Länder bei westlichen Banken bzw. eigene Devisenreserven werden von der Gesamtverschuldung abgezo-

RgW-Länder bei westlichen Banken bzw. eigene Devisenreserven werden von der Gesamtverschuldung abgezo-

gen (4).

Demgegenüber schätzte das „Time Magazine" (Januar 10, 83) die Schuldenlast für nur 5 RgW-Länder (ohne die CSSR und Bulgarien) allein schon auf 80 Mrd. Dollar. In der „Hitliste" der größten 19 Schuldnerländer rangieren allein 5 RgW-Länder auf den Plätzen 7 (Polen), 8 (Sowjetunion), 12 (DDR), 14 (Rumänien) und 16 (Ungarn). Auf Platz 10 befindet sich im übrigen Jugoslawien.

Im einzelnen haben sich diese Zahlungsbilanzdefizite wie folgt ausgewirkt:

- Die **DDR** schlägt mit einer Schuldenlast von 11,2 Mrd. Dollar zu Buche („Spiegel" 25.4.83), andere Quellen wie das erwähnte „Time Magazine" kommen auf ein Minus von 14 Mrd. Dollar. Dabei ist die DDR trotz günstiger Bedingungen im sogenannten „innerdeutschen Handel" und der zinslosen Inanspruchnahme des sogenannten „Swing", eines Überziehungskredites von rund 700 Mio. DM bei der BRD allein mit 1,5 Mrd. Dollar verschuldet („Volksblatt Berlin", 1.5.83). Laut der Schweizer „Bank für internationalen Zahlungsausgleich" (BIZ) weist die DDR jedoch „nur" ein Negativsaldo von netto 7,94 Mrd. Dollar auf (ebenda). Seit 1981 vergeben westliche Banken an die DDR keine langfristigen Kredite mehr, die DDR ist also aus dieser Sicht kreditunwürdig geworden („Spiegel", 25.4.83). Allein zur Tilgung der fälligen Kreditzinsen mußte die DDR im Jahre 1982 ca. 1 Mrd. Dollar berappen, und für 1983 sind die Zinsen und Tilgungen der Kredite in Höhe von 6,3 Mrd. Dollar zu entrichten; das macht einen Anteil an Devisengewinnen aus dem Gesamtexport von sage und schreibe 83% aus („Time Magazine", 10/83). Das entspricht der Höhe der Anteile des Schuldendienstes am Export von Zaire, Peru oder den Philippinen! Die gegensteuernden Maßnahmen der DDR bestanden zum einen in der Steigerung der Exporte um über 17%, wobei die größten Zuwachsraten im sog. „innerdeutschen Handel" erzielt wurden sowie einer drastischen Reduzierung von Importen aus den OECD-Ländern um 30% („Spiegel", 25.4.83). Es entspricht einer allgemeinen Strategie, durch Reduzierung der Einfuhren uind versuchter Steigerung der Ausfuhren den Warenhandel positiv zu gestalten, um damit den Schuldenberg langsam abzutragen bzw. überhaupt aufzuhalten. Daher erklärt sich das Phänomen, daß die DDR ihre Handels bilanz im letzten Jahr mit einem Plus von 1,5 Mrd. Dollar abschließen konnte (ebenda).
- **Polen** ist mit 24,8 Mrd. („FR", 23.3.83) bzw. mit 26 Mrd. Dollar („Time Magazine", 10/83) am höchsten bei westlichen Regierungen und Banken verschuldet, konnte aber die Tendenz einer überproportionalen Verschuldung bremsen. Auch Polen verzeichnete 1982 — erstmals wieder seit 1971! — eine positive Handelsbilanz von 0,7 Mrd. Dollar, die aber mit nachteiligen Faktoren wie der drastischen Abwertung des Zloty verbunden war. In diesem Jahr wären Zinsen und Tilgungen

Faktoren wie der drastischen Abwertung des Zloty verbunden war. In diesem Jahr wären Zinsen und Tilgungen

der Kredite in Höhe von 7,8 Mrd. Dollar fällig, die Polen angesichts der schweren Wirtschaftsmisere nicht aufbringen kann. Schon zweimal, nämlich 1981 und 1982, ließ Polen beim Internationalen Währungsfonds (IWS) seine „Verbindlichkeiten" umschulden und zwar in einer Gesamthöhe von 8,9 Mrd. Dollar (ebenda). Der Anteil des fälligen Schuldendienstes am Gesamtexport beträgt inzwischen 94%! Die positive Handelsbilanz kommt demgegenüber nur durch überdurchschnittliche und drastische Reduzierungen der Westimporte zustande; die Devisenerlöse allein aus den Exporten würden bei weitem nicht ausreichen.
- Arg in der Klemme befindet sich auch **Rumänien** mit einer negativen Zahlungsbilanz von 10,5 Mrd. Dollar im letzten Jahr und einer positiven Handelsbilanz von immerhin 1,8 Mrd. Dollar. Rumänien müßte 61% seiner Exporterlöse zur Zinsentilgung verwenden und ist neben Polen das Land im RgW, das letztes Jahr über den IWF Umschuldungen in Höhe von 4 Mrd. Dollar vornehmen lassen mußte. Erschwerend kommt hinzu, daß die Exporterlöse um 1 Mrd. Dollar auf 6,2 Mrd. Dollar (1982) fielen, so daß der Handelsbilanzüberschuß nur durch die Reduzierung des Warenimports aus den OECD-Ländern von 7 Mrd. auf 4,7 Mrd. Dollar erzielt werden konnte (ebenda, „FAZ", 26.3.83).
- Die Schuldenlast **Ungarns** belief sich 1982 auf 7 Mrd. (ebenda) bzw. sogar 8,5 Mrd. Dollar („FR", 6.4.83); 3,5 Mrd. Dollar sind in diesem Jahr an Zahlungen fällig, was 55% der gesamten Exporterlöse entspricht.
- Laut „Time Magazine" steht die **Sowjetunion** zwar gleich hinter Polen mit einem Zahlungsbilanzdefizit von 23 Mrd. Dollar bei westlichen Banken in der Kreide, dies fällt allerdings nicht so ins Gewicht: Erstens sind diese Summen, gemessen an der Größe des Handelsvolumens der SU, relativ gering, und zweitens sieht selbst die Deutsche Bank wachsende Handelsmöglichkeiten mit der SU, da sie über relativ sichere Devisenreserven und vor allem Rohstoffe (Öl, Erdgas) verfügt, hier also das wirtschaftliche Vertrauen gegenüber der SU seitens der Banken vorhanden ist. Außerdem beträgt der Anteil der Schuldentilgung am Gesamtexport für dieses Jahr runde 25%.

Der ‚Sonderfall' Jugoslawien

Im tiefsten Schlammassel steckt **Jugoslawien**, das durch besondere Verträge an den RgW assoziiert und dessen Haupthandelspartner die Sowjetunion ist. Im Zeitraum von 1975 bis 1980 verdreifachte sich die Auslandsschuld bei den westlichen Gläubigern von knapp 6,6 auf 19,1 Mrd. Dollar, um auch 1982 auf diesem hohen Niveau zu verweilen. Bei einer nunmehr fast ausgeglichenen Handelsbilanz ist Jugoslawien Vorreiter einer Entwicklung, die bald auch Rumänien und Polen treffen könnte: vor 3 Jahren mußte dieses Land der „Selbstverwaltung" erstmals 420 Mio. Dollar beim IWF umschulden („Time Magazine",

mußte dieses Land der „Selbstverwaltung" erstmals 420 Mio. Dollar beim IWF umschulden („Time Magazine",

s.o.) und wertete auf Betreiben des IWF seine Währung um glatte 30% ab. Im Februar 1981 erhielt Jugoslawien den bis dahin höchsten vergebenen Kredit vom IWF von 2,2 Mrd. Dollar. Zur Deckung und annähernden Begleichung alter fälliger Zinsen mußte sich Jugoslawien beim IWF neu verschulden; es gerät so in einen Teufelskreis und fällt unter das strenge Diktat des IWF. Das erste Diktat war die Dinar-Abwertung, das zweite eine Reallohnsenkung 1980, 1981 und 1982. Die Abwertung des Dinar ist nur eine scheinbare Lösung des Problems, denn sie bringt zwar ungewisse Exporterleichterungen (ungewiß deshalb, weil nicht nur der Preis der Waren entscheidend ist, sondern der Absatz der Waren auf dem kapitalistischen Weltmarkt im Zeichen der Krise generell unsicher ist), aber mit Sicherheit eine weitere Verteuerung der westlichen Importe. Jugoslawien hat damit genau den Weg beschreiten müssen, der von der „Frankfurter Allgemeinen" vorausgesagt wurde: *„Der normale Weg für ein Land mit Zahlungsbilanzsorgen wie Jugoslawien wäre derjenige über den internationalen Währungsfonds. Gegen diesen Weg sträubt sich Jugoslawien aber mit Händen und Füßen. Es wünscht Kreditverhandlungen ausschließlich auf bilateraler Basis ... Wahrscheinlich will man sich (einen IWF-Kredit) für ein späteres Stadium offenhalten ... Jugoslawien müßte gegenüber dem Währungsfonds gewisse wirtschaftspolitische Verhaltensnormen erfüllen, denen man ausweichen will"* (22.9.80).

Ein Kenner der jugoslawischen Szene, D.Jovović, schrieb unumwunden, wie der IWF dem verschuldeten Jugoslawien die kapitalistischen „Verhaltensnormen" diktiert: *„Jugoslawien ist verpflichtet, den IWF monatlich über die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Gebieten zu unterrichten, was bedeutet, daß der IWF dessen wirtschaftliche Situation regelmäßig verfolgt und eine Nichterfüllung des Stabilisierungsprogramms wegen der Anwendung einer inadäquaten Politik in den Beziehungen mit dem Fonds negative Folgen haben könnte"* (12).

Tendenziell gehen einige Länder des RgW den gleichen Weg (Polen und Rumänien vor allem); daß die Abwertungen des Transfer-Zloty in Polen und des ungarischen Florinth zumindest indirekte Reflexionen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinsichtlich des Westhandels darstellen, ist nicht von der Hand zu weisen (13).

Aus dem bisher gesagten lassen sich erste Schlußfolgerungen ziehen: Über Jahre hinweg ist der Ost-West-Handel über weitere Verschuldung der RgW-Staaten gelaufen. Negative Zahlungsbilanzen gehören erst einmal zum ganz normale Alltag des Welthandels. Allerdings unterscheidet sich die Zahlungsbilanz *„dadurch von der Handelsbilanz, daß sie eine in einer bestimmten Zeit fällige Handelsbilanz ist"* (14).

Märkte im Osten
Wer beliefert den Osten?





Außer bei der Sowjetunion (das gilt auch teilweise für Bulgarien) ist inzwischen „Zahltag" für die RgW-Staaten eingetreten. Zwischen 55 und 94% ihres Exportes (über 20 Mrd. Dollar in einem Jahr für die DDR, Polen, Rumänien und Ungarn) müssen nun zur Abtragung von Schulden und Zinsen aufgewendet werden. Aus imperialistischer Sicht ist es da mit großzügiger Kreditvergabe und Großaufträgen vorbei. Die Gesamtexporte der OECD-Staaten in den RgW gehen drastisch zurück, weil die osteuropäischen Länder diese drosseln müssen; von Januar bis Oktober 1982 waren es nur noch Exporte im Wert von 31,3 Mrd. Dollar, 18,7 Mrd. gingen allein in die Sowjetunion und 12,6 Mrd. in die übrigen 6 RgW-Staaten. Der ohnehin nie bedeutende Anteil des Osthandels sank für die OECD-Länder von 5,1% (1975) auf nunmehr 3,8% (1980) und dürfte inzwischen noch weiter gefallen sein. (Bei den RgW-Importen liegt der Anteil an den Gesamtimporten der OECD-Länder nur bei 3,4% (1980).) (15)

Welche Folgen dies für die Wirtschaft der RgW-Staaten hat, läßt sich daran ermessen, daß der Anteil des Westhandels (sowohl bei Ex- als auch Importen) immerhin bei rund 30% liegt (15). Die Importe müssen drastisch gesenkt werden, die Exporte dienen also nicht dazu, neue Waren und technische Anlagen beziehen zu können, sondern vor allem der Schuldentildung. Daß dies zu erheblichen Lasten anderer Sektoren der realsozialistichen Volkswirtschaften geht, liegt auf der Hand.

Wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte, bzw. welche Ziele die RgW-Länder in den beiden Planjahrfünften (1971-1980) verfolgt haben, soll im folgenden betrachtet werden.

Die Entwicklung des Westhandels aus realsozialistischer Sicht

„Ungemein wichtig ist es auch, das ‚materielle Gewebe' der friedlichen Zusammenarbeit in Europa zu schaffen, ein ‚Gewebe', das die Bindungen zwischen den europäischen Völkern und Staaten stärken und sie immer mehr an der Erhaltung des Friedens für lange Jahre im voraus interessieren würde. Ich meine verschiedene Formen einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit: den Handel, die Kooperation in der Produktion, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit" (17).

Neben den klar formulierten politischen Interessen, die Leonid Breshnew in obigem Zitat zum Ausdruck bringt, darauf zu bauen, daß das Interesse der Kapitalisten am Mehrwert letztenendes doch größer sei als kriegerische Lösungen — also eine Art „Handel schafft Wandel" aus RgW-Sicht — ist nur die eine Seite einer (inzwischen trügerisch) gewordenen) Medaille.

Der erhoffte Boom des Westhandels, der möglich wurde durch die Bedingungen der Entspannungspolitik, hatte im realsozialistischen Lager natürlich eine stark dominierende wirtschaftliche Komponente, erst recht angesichts des herrschenden ideologischen „Primats der Ökonomie". Die herrschenden Klassen in den realsozialistischen Ländern versprachen sich einiges vom Westhandel und formulierten dies folgendermaßen: *„Die sozialistischen Staaten können auf Grund der ökonomischen Beziehungen zu den entwickel-*

Weltwirtschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten kapitalistischen Ländern ihre eigenen Ressourcen vollständiger und rationeller nutzen und solche Waren kaufen, die in keinem sozialistischen Land hergestellt werden oder deren Produktion teurer wäre als der Import. Insbesondere wird moderne Technik importiert, um in kürzester Zeit Industriekomplexe zu errichten, die technologisch am rationellsten arbeiten, so daß einzelne Produktionszweige beschleunigt entwickelt werden können". Neben Beteuerungen über den Wettbewerb zwischen „Sozialismus" und Kapitalismus auf dem Gebiete der sogenannten „wissenschaftlich-technischen Revolution" heißt es dann weiter: „*Unter den Maßnahmen, das wissenschaftlich-technische Niveau der sozialistischen Produktion zu erhöhen, nimmt der planmäßige Ausbau der Zusammenarbeit mit den in technischer Hinsicht führenden kapitalistischen Ländern einen bestimmenden Platz ein. Der Import neuer und neuester Produktionsmittel und von Lizenzen für Technologien ermöglicht es, den technischen Fortschritt zu beschleunigen und die Effektivität der gesamten Produktion zu erhöhen*". Man erhoffte sich u.a., die „*Struktur der gesellschaftlichen Produktion zu vervollkommnen*" und „*rationellere Proportionen in der Volkswirtschaft herzustellen*" (17).

Was die ‚realen Sozialisten' b r a u c h e n , ist klar ausgesprochen. Und daß hochwertige westliche Technologien teuer sind und harte Dollars erfordern, ist eh klar. Da aber die RgW-Länder nicht oder nur zum kleinen Teil im kapitalistischen Weltmarkt integriert sind, sollte der Handel Ware gegen Ware laufen. Mit den oben zitierten innenpolitischen Absichten stellten sich somit auch Anforderungen an den Außenhandel gegenüber der OECD, also vor allem eine „*hohe Konkurrenzfähigkeit sozialistischer Waren auf dem kapitalistischen Weltmarkt*" (17). Was den Herrschenden im RgW einiges Kopfzerbrechen bereitete, ist die Warenstruktur im Ost-West-Handel, die „*ein ernstes Hindernis*" darstelle, da der RgW überwiegend Rohstoffe, Lebensmittel und Brennstoffe exportieren muß — also eine geradezu ‚klassische' Warenstruktur, die der der Länder der ‚Dritten Welt' ähnelt. Während also der RgW 1972 zu 51% Rohstoffe und Lebensmittel in die OECD-Staaten exportierte, überwogen im gleichen Jahre die westlichen Importe zu 75% im Bereich der Maschinen, Ausrüstungen, chemischen und elektronischen Waren.

Bewußt einkalkuliert in den Fünfjahresplänen des RgW waren „passive

Bewußt einkalkuliert in den Fünfjahresplänen des RgW waren „passive *Handelsbilanzen*" und die Aufnahme von Leihkapital aus dem Westen zur eigenen Akkumulation. Drei Probleme stellten sich dem RgW — nach eigener Darstellung — im Westhandel: erstens der scharfe Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, verbunden mit gewissen Importbeschränkungen seitens der OECD (z.B. die Beschränkungen der EG gegenüber Agrarimporten). Zweitens die niedrigen Quoten für den Export in die OECD-Länder, die ja — wie schon dargelegt — nur einen geringen Bruchteil der Gesamtimporte ausmachen. Drittens aber noch geringere „Anpassungen" der realsozialistischen Exportstrukturen an Weltmarktbedingungen. Dazu gehören u.a. unvollkommenes „Marketing", geringe Flexibilität und zu große Fristen der Umschlagszeiten von Waren usw.

Daraus werden folgende Maßnahmen und Forderungen abgeleitet: „*Eine Hauptrichtung zur Vervollkommnung der Struktur des Ost-West-Handels besteht darin, hochspezialisierte Produktionen zu organisieren, um Waren exportieren zu können, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verkörpern*" (17). Gefordert wird weiter, in kürzeren Fristen neue Waren auf den Markt zu bringen. Das erfordert eine weitaus stärkere „*Stimulierung der Betriebe zu höheren Exportleistungen*" und die Exportproduktion mit dem Außenhandel zusammenzuführen (17).

Hier liegt ein weiteres Hindernis für einen ungehemmten Handel auf dem Weltmarkt im Wege: noch immer werden größere Geschäfte über das staatliche Außenhandelsmonopol abgewickelt; Betriebe oder Kombinate liefern ihre Exportwaren an das Außenhandelsmonopol und kassieren dafür den — nicht konvertierbaren und nicht nach westlichen Marktpreisen orientieren Inlandspreis, der staatlich vorgegeben ist. Eine große „Stimulanz" stellt das für die Betriebsdirektoren nicht gerade dar, so daß die Herrschenden im RgW mehr und mehr dazu übergegangen sind, daß die Betriebe von dem Außenhandelsmonopol einen annähernden Weltmarktpreis erhalten. Einen noch größeren materiellen Anreiz stellen die Geschäfte dar, die direkt — unter Umgehung des Außenhandelsmonopols — mit den westlichen Unternehmen abgewickelt werden, oder gar in Form von Kooperationen, gemeinsamen Aktiengesellschaften etc. ablaufen.

Weitere Schwierigkeit; in einer Planwirtschaft mit fest kalkulierten Wachstumsraten, Preisfestlegungen und einer ganzen Serie von Kennziffern ist der Westhandel schwer zu kalkulieren.

Boom und Ernüchterung des Ost-West-Handels in Zahlen

Anfang der 70er erlebte der Ost-West-Handel einen explosionsartigen Boom, dies allerdings insbesondere zwischen 1972 und 1974/75. In den Tabellen I und II sind die jährlichen Zuwachsraten der Gesamt-Ein- und -Ausfuhren aufgeführt. Es zeigt sich darin, daß dieser Ost-West-Boom bei Polen ganz besonders stark ist. Im Planjahrfünft ab 1975 gehen dann die Steigerungsraten erheblich zurück und fallen auf das Niveau, wie es 1970/71 bestanden hatte. Nimmt man Tabelle V und VI hinzu, so erkennt man, daß Anfang der 70er Jahre der Westhandel erheblich schneller stieg als der Ost-Ost-Handel.

Ab 1975/76 sind (vergleicht man Tabelle I und II) Bemühungen der RgW-Staaten zu erkennen, die Schere zwischen Importen und Exporten nicht weiter so schnell ansteigen zu lassen, die Zuwachsraten ihres Exportes werden größer als die Importzuwachsraten (die geringsten Anstrengungen sind dabei wiederum bei Polen zu verzeichnen). Wie weit bzw. wie wenig dies allerdings gelungen ist, sieht man an den wachsenden Defiziten in der Handelsbilanz bzw. der zunehmenden Verschuldung der RgW-Länder (s. Tabellen III und IV). Man sieht, daß trotz der Bemühungen der Verbesserung der Handelsbilanz die Defizite und die Verschuldung auch nach 1975 munter weiter in die Höhe schnellen (den absoluten Spitzenreiter gibt Polen wiederum ab). Und derzeit ist genau der kritische Punkt erreicht, wo die hohe Verschuldung von den westlichen Banken nicht mehr als Alltäglichkeit hingenommen wird: der Punkt ist nämlich dann erreicht, wenn im Warenhandel zwischen Ost und West keine Schließung der Devisenlücke mehr erwartet werden kann und auch neue Vergaben von Leihkapital keine Besserung beschert; wenn der Zinsendienst für die Kredite bereits einen Großteil der Exporterlöse verzehrt — dann wäre eigentlich Zahlungsunfähigkeit angesagt, der sich jedoch aus mehreren — politischen wie wirtschaftlichen — Gründen verbietet.

Der A u s w e g besteht somit vor

lichen — Gründen verbietet.

Der A u s w e g besteht somit vor allem im für die Realsozialisten schmerzhaften Schritt, ihre Einfuhren aus dem Westen rigide zu kürzen (siehe eingangs dieses Artikels), mit allen nachteiligen Folgen für Binnen- und Außenhandel. Polen und Rumänien mußten den schweren Gang zum Internationalen Währungsfonds antreten und aufgrund ihrer faktischen Zahlungsunfähigkeit u m s c h u l d e n , was nichts anderes heißt als die Neuaufnahme von Krediten, um die fälligen Zinsen wenigstens teilweise zu zahlen; wiederum drastische Importbeschränkungen aus dem Westen und mehr oder weniger direkte „Anweisungen" des IWF nach A b w e r t u n g der transfer-Währungen, die östliche Waren auf dem Weltmarkt zwar billiger, westliche Waren im RgW aber teurer machen; der Teufelskreis schließt sich wieder.

Wie aus den nebenstehenden Tabellen ersichtlich (I bis V), sei nochmals betont, daß das gegenwärtige Problem des Ost-West-Handels spätestens seit 1976 schwelt und auch in beiden Blöcken erkannt wurde (19).

Logischerweise folgt aus dieser Entwicklung, daß nach und nach die osteuropäischen Länder — einschließlich Jugoslawiens übrigens! (13) — wieder stärker in den Schoß der Sowjetunion zurückkehrten bzw. zurückkehren mußten; der Ost-Ost-Handel hat entsprechend an Bedeutung wieder zugenommen. Ein Blick auf die Tabelle VI, und der Vergleich der Daten von 1975 mit 1980 zeigt diese „Rückbesinnung".

Was den Ausblick anbetrifft, kommen Wissenschaftler vor allem vom „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) in ihren Studien im Auftrag des Kapitals zu folgendem Fazit: „*Somit haben sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für den Ost-West-Handel in wenigen Jahren grundlegend geändert: Die Kreditbereitschaft des Westens ist zurückgegangen; die Politik gibt dem Handel kaum noch Wachstumsimpulse; mit dem rückläufigen Wirtschaftswachstum in Ost und West reduziert sich auch das Expansionspotential für die intersystemaren Handelsbeziehungen. Längerfristig muß daher mit einem gedämpften Wachstum des Ost-West-Handels gerechnet werden*" (20).

Es bleibt noch zu fragen, inwiefern sich die Warenstruktur im Außenhandel in Richtung hochtechnologischer Waren dank der westlichen Import-Technologien verändert hat und vor allem: ob die mit dem Westhandel beabsichtigte „Modernisierungsstrategie" der e i g e n e n Volkswirtschaften eingeschlagen hat.

Zur Entwicklung der Warenstrukturen

Vorausgeschickt werden müssen einige Fakten, um die Problematik des Westhandels seitens der osteuropäischen Länder einigermaßen einschätzen zu können. Zu 66% wickeln alle RgW-Staaten ihren Warenaustausch unter sich ab (EG: zu 50%). Der Warenaustausch vollzieht sich nur bilateral mit dem ‚Zwang' ausgeglichener Handelsbilanzen, wobei der Warenaustausch die Hauptrolle spielt und der RgW gewollt nur beschränkt über ein Banken- und Kreditsystem verfügt. Der Vorteil, wenn auch mit den Grenzen ausgeglichener Handelsbilanzen behaftet, liegt in einer größeren Kalkulierbarkeit und der Abstimmung untereinander in den Fünfjahresplänen; das, was produziert wird, wird man auch los.

Der gesamte Westhandel entzieht sich einer exakten Planung und die RgW-Länder sind gezwungen, ihre internationale Konkurrenzfähigkeit durch gezielte Anpassung eines Teils ihrer industriellen Sektoren herzustellen — wollen sie von den traditionellen Warenexportstrukturen (Rohstoffe und Lebensmittel gegen Technologien) loskommen.

Zieht man eine erste Bilanz der Ost-West-Warenströme in den 70er Jahren und unterteilt die Waren grob in drei Klassen, so hat sich die Struktur bei den OECD-Ausfuhren in die RgW-Länder nicht nennenswert verändert. (siehe Tabelle VII). Etwas anderes sieht die Warenexportstruktur der RgW-Länder aus: Sie konnten ihren Anteil der Fertigerzeugnisse leicht steigern zuungunsten der landwirtschaftlichen Waren. Dennoch liegt der Anteil der ‚traditionellen' Waren, die ausgeführt werden, mit 69% im Jahre 1980 sehr hoch.

Hinzu kommt, daß unter den Fertigwaren der Anteil verbrauchsnaher Konsumgüter wie Möbel, Bekleidung, Holz, Glas usw.) mit 75% außerordentlich hoch liegt, so daß daraus schon ersichtlich wird, daß der Anteil der angestrebten hochwertigen Maschinen, elektronischen Erzeugnisse etc. nach wie vor sehr gering ist (20).

Aus diesen statistischen Angaben

nach wie vor sehr gering ist (20).

Aus diesen statistischen Angaben kann schon geschlußfolgert werden, daß die Rechnung des RgW (außer der SU) n i c h t aufging, dank westlicher Technologien selbst in den Stand versetzt zu werden, international konkurrenzfähige Waren mit technischen Innovationen in ausreichendem Maße (qualitativ wie quantitativ) herzustellen! Dieser Sachverhalt kann am Beispiel P o l e n s noch präziser nachgewiesen werden. Aus der Tabelle VIII können Veränderungen in der Warengruppe A (Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel) nicht festgestellt werden.

Eine noch genauere und aufschlußreiche Angabe findet sich bei einer „Hitliste" der 1977 wertmäßig meistexportierten Waren. Eine Auflistung der 25 Hauptexportwaren ergibt folgendes Bild (Angaben in % der 25 Waren insgesamt):

Kohle	28,99
Schiffe, Boote	12,34
Fleisch	7,04
Kupfer	5,07
Schwefel	3,90
Holz	3,39
andere Brennstoffe	3,38
Pferde, Maulesel	3,09
Verbrennungsmotoren	2,97
Damenoberbekleidung	2,82
Veredelte Ölprodukte	2,70
Herrenoberbekleidung	2,68
Lederschuhe	2,30
Möbel, Möbelteile	2,23
Silber, verunreinigt	2,19
Früchte, tiefgekühlt	1,90
nicht weiter klassifizierte Waren gemäß UN-Skala	1,86
Felle, Pelze (unbearb.)	1,79
PKWs	1,73
Geflügel	1,63
Rindfleisch	1,30
Fisch	1,22
Schweinefleisch	1,18
sonst. Textilien	1,16
Werkzeugmaschinen	1,14

(21)

Daraus ergibt sich, daß der Warenanteil von Roh- und Brennstoffen und den landwirtschaftlichen Erzeugnissen einschließlich der Forstwirtschaft bei 66,07% liegt; knapp 14% der Waren bestehen aus verbrauchsnahen Konsumwaren (Möbel, Textilien usw.) und der Anteil technologischer Produkte liegt bei etwas über 18%, wobei die tra-

Tabelle 1

Gesamtexporte Polens, Osteuropas und der UDSSR (durchschnittliche Wachstumsraten in %, ausgedrückt in US$ zu laufenden Preisen)

	1971 -75									1975 -80	1980 -85
Polen	23.7	9.2	27.2	29.7	30.1	23.7	7.1	12.3	3.4	8.7	-
Osteuropa	19.9	10.1	23.3	27.8	21.0	18.1	9.8	14.8	12.8	11.7	6.3
UDSSR	21.1	7.9	11.3	39.7	27.7	21.6	11.5	18.9	17.0	15.6	7.0

Tabelle 2

Gesamtimporte Polens, Osteuropas und der UDSSR (durchschnittliche Wachstumsraten in %, ausgedrückt in US$ zu laufenden Preisen)

	1971 -75									1975 -80	1980 -85
Polen	28.3	11.9	32.0	46.6	34.2	19.6	10.6	6.6	6.1	6.7	-
Osteuropa	22.5	9.7	19.7	33.9	31.6	19.0	9.1	10.7	9.9	10.3	4.4
UDSSR	25.8	6.4	28.6	31.5	17.9	48.6	3.1	9.6	17.4	10.8	7.0

Tabelle 3

Verschuldung der RgW-Länder gegenüber den OECD-Ländern (Angaben in Mrd. US$ zu laufenden Preisen, brutto)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1978	1979	1982
Bulgarien	0.7	1.0	1.0	1.7	2.6	3.1	4.0	4.2	-
CSSR	0.4	0.6	0.7	1.0	1.1	1.8	3.5	3.9	-
DDR	1.4	1.5	2.1	3.1	5.1	5.8	9.0	10.5	11.2
Polen	1.1	1.5	2.8	4.6	8.0	11.5	17.5	19.5	26.0
Rumänien	1.2	1.2	1.6	2.7	2.9	2.9	4.4	6.0	9.9
UDSSR	1.8	2.4	3.7	5.1	10.5	14.8	17.2	16.2	23.0
Ungarn	1.0	1.3	1.4	2.1	3.1	4.1	7.3	8.0	7.0
Osteuropa	5.8	7.1	9.6	15.2	22.8	29.2	45.7	52.1	54.1
Gesamt	7.6	9.5	13.3	20.3	33.3	44.0	62.9	68.3	77.1

Handelsbilanzen der RGW-Länder mit den westlichen Industrieländern in Mill. US-D zu laufenden Preisen von 1970-76 (kumuliert)

	Bulgarien	CSSR	DDR	Polen	Rumänien	Ungarn	UdSSR
1970	-626.8	-479.3	-527.0	-243.4	-1190.0	-357.8	-1706.7
1971	-683.2	-625.4	-831.2	-189.8	-1306.2	-576.2	-1838.4
1972	-724.6	-747.4	-1353.3	-506.2	-1487.1	-643.1	-3044.5
1973	-801.8	-983.3	-2184.3	-1791.3	-1605.7	-643.0	-4184.2
1974	-1327.4	-1377.3	-3085.0	-4099.5	-2053.4	-1245.7	-4030.9
1975	-2171.3	-1957.8	-4100.8	-7040.7	-2518.2	-1833.4	-8972.7
1976	-2646.5	-2731.1	-5545.4	-10296.9	-2613.1	-2323.8	-12937.7

Entwicklung des Handels der RGW-Länder mit den OECD-Ländern

RGW-Länder	Ausfuhr 1970	1975	1976	1977	1978	1979	Einfuhr 1970	1975	1976	1977	1978	1979
	Westhandelsanteil (Gesamtausfuhr bzw. -einfuhr = 100)											
Bulgarien	14,2	10,1	11,7	10,5	10,3	14,4	19,1	23,8	18,7	15,9	15,2	15,5
CSSR	20,4	20,0	18,4	18,8	18,5	19,9	24,9	24,8	24,9	23,6	23,4	24,1
DDR	21,9	22,5	24,3	20,5	19,7	20,8	26,7	29,0	31,8	26,4	25,5	26,9
Polen	28,4	31,5	32,0	30,7	31,3	31,3	25,9	49,5	49,1	42,5	40,2	37,3
Rumänien	32,3	35,0	35,9	31,0	33,7	36,1	40,4	42,2	36,5	36,9	39,1	35,7
Ungarn	28,4	22,3	23,7	22,1	22,5	24,4	29,6	28,4	28,2	28,9	30,1	28,4
RGW (6)	24,0	24,3	25,0	22,9	23,1	24,7	27,2	34,2	33,7	30,3	29,8	29,8
UdSSR	19,1	25,7	28,2	26,7	24,6	30,2	24,3	36,6	38,4	34,6	32,3	35,3
RGW (7)	22,0	24,9	26,4	24,6	23,8	27,2	26,1	35,2	35,7	32,0	30,8	32,0

Angaben für 1979 vorläufig.

¹) Der Transfer-Rubel ist die Außenwährungseinheit der RGW-Länder; sein rechnerischer Wert betrug bis 1971 1,11 US-$, 1975: 1,39 US-$, 1976: 1,33 US-$; 1977: 1,36 US-$, 1978: 1,47 US-$ und 1979: 1,53 US-$.

Quellen: Außenhandelsstatistiken der RGW-Länder; Berechnungen des DIW.

Die Außenhandelsverflechtungen des RGW 1975 und 1980
Anteile am jeweiligen Gesamthandel der RGW-Länder

Partnerländer	1975 RGW (6)[1]	1975 UdSSR	1975 RGW (7)[2]	1980[4] RGW (6)[1]	1980[4] UdSSR	1980[4] RGW (7)[2]
	Einfuhr					
RGW-Länder[3]	56,6	48,3	53,1	57,6	48,2	53,6
darunter:						
UdSSR	32,0	–	–	35,7	–	–
Übrige soz. Länder	3,3	4,1	3,6	3,6	5,0	4,2
OECD-Länder	34,2	36,6	35,2	29,2	35,6	31,9
darunter:						
EG	19,6	16,6	18,4	16,5	16,4	16,5
Bundesrepublik Deutschland	8,2	7,3	7,8	7,2	6,7	7,0
Entwicklungsländer	6,0	11,0	8,1	9,6	11,2	10,3
	Ausfuhr					
RGW-Länder[3]	62,8	55,6	59,8	58,3	49,0	54,0
darunter:						
UdSSR	34,7	–	–	42,8	–	–
Übrige soz. Länder	4,2	5,1	4,6	3,9	5,2	4,5
OECD-Länder	24,3	25,7	24,9	27,3	32,6	29,7
darunter:						
EG	15,2	13,8	14,6	16,9	21,1	18,9
Bundesrepublik Deutschland	6,3	3,9	5,2	7,5	6,2	6,9
Entwicklungsländer	8,7	13,6	10,8	10,4	13,2	11,8

1) Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, Ungarn.
2) RGW (6) plus UdSSR.
3) Einschl. Kuba und Mongolei.
4) Angaben für 1980 vorläufig.

Quellen: Statistische Jahrbücher und Außenhandelsjahrbücher der RGW-Länder.

Weltwirtschaft

Warenstruktur des Außenhandels zwischen den OECD-Ländern und den RGW-Ländern

Anteile in v. H. an der Gesamtausfuhr bzw. der Gesamteinfuhr

Warengruppen	RGW (6) 1971	RGW (6) 1975	RGW (6) 1978	UdSSR 1971	UdSSR 1975	UdSSR 1978
			Ausfuhr der OECD-Länder			
Agrarerzeugnisse[1]	13,5	10,0	13,0	9,0	16,0	16,0
Vorprodukte[2]	46,5	50,0	47,5	47,5	42,0	41,5
Fertigerzeugnisse[3]	38,0	40,0	39,5	43,5	42,0	43,5
			Einfuhr der OECD-Länder			
Agrarerzeugnisse[1]	25,5	19,5	16,5	8,0	3,5	2,0
Vorprodukte[2]	51,0	53,5	52,5	86,0	91,0	91,0
Fertigerzeugnisse[3]	24,0	27,0	32,0	6,0	5,5	7,0

[1] Nahrungsmittel, Futtermittel und lebende Tiere, Getränke und Tabak, tierische und pflanzliche Öle und Fette. — [2] Rohstoffe, ausgenommen Nahrungsmittel und Brennstoffe, mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse, chemische Erzeugnisse, bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert. — [3] Maschinenbauerzeugnisse, elektronische Erzeugnisse und Fahrzeuge, sonstige bearbeitete Waren, Waren und Warenverkehrsvorgänge, nicht nach Beschaffenheit gegliedert.

Quelle: Außenhandelsstatistik der OECD.

Exporte und Importe Polens nach Warengruppen

Anteile der Warengruppen in % bezogen auf den Valuta-Zloty zu laufenden Preisen

	Exporte A	Exporte B	Exporte C	Exporte D	Exporte E	Importe A	Importe B	Importe C	Importe D	Importe E
1970	38.50	23.90	15.90	16.10	5.60	36.20	26.60	21.40	6.40	9.40
1971	39.50	24.10	13.40	16.20	6.50	34.70	26.00	23.20	7.20	8.90
1972	39.10	22.70	15.00	16.00	7.20	38.90	24.24	20.10	7.90	8.90
1973	38.80	21.80	15.20	16.30	7.90	41.20	23.30	20.40	6.20	8.90
1974	37.00	25.70	13.40	15.20	8.70	38.50	25.40	20.30	5.60	10.20
1975	39.00	29.10	10.50	14.70	6.70	37.40	30.00	17.70	5.30	9.60
1976	41.40	26.60	11.70	15.00	5.30	38.90	27.70	18.40	5.70	9.30

ditionelle Schiffbauindustrie Polens nach wie vor den größten Raum einnimmt.

Die Zahlen aus dem Jahre 1977 — also sechs Jahre nach der „Modernisierungsstrategie"! — sprechen für sich; diese Strategie ist außenwirtschaftlich gescheitert.

Und Polen ist keine Ausnahmeerscheinung, sondern die Regel. Erst recht, wenn bedacht wird, daß besonders Polen in vergleichsweise extremer Weise mithilfe westlichen Leikapitals den „großen Sprung" machen wollte.

Statt großem Boom die große Pleite

Statt großem Boom die große Pleite

Bleibt noch die Frage zu klären, inwieweit die „Modernisierungsstrategie" dank Einführung westlicher Technologien auf „Pump" positive Wirkungen zeitigte. Bekanntlich wollten die herrschenden Klassen des „realen Sozialismus" mithilfe dieser Technologien ihre industriellen Sektoren rasch modernisieren und in den Investitionsgüterbereich kräftig investieren, ohne Akkumulationsquellen des gesellschaftlichen Konsumtionsbereichs in Mitleidenschaft zu ziehen; b e i d e s sollte „wachsen", so daß keine andere Wahl als die westliche Kreditfinanzierung blieb. Um diese Frage einigermaßen zu klären, müssen Beurteilungskriterien benannt werden, wonach Erfolg oder Mißerfolg dieser „Modernisierungsstrategie" ablesbar sind.

Ein entscheidendes Kriterium ist — simpel gesagt — das Verhältnis von Aufwand und Ertrag. Anders ausgedrückt: inwiefern das vorgeschossene (kapitalistische) Leihkapital möglichst effektiv und intensiv genutzt wurde für die Erhöhung der industriellen Produktion (das schließt die schlüsselfertigen Produktionsanlagen, die aus dem Westen importiert wurden, mit ein, denn auch sie stellen zunächst einmal nichts anderes als vorgeschossenes Kapital dar, das sich erst im Rahmen des Produktionsprozesses in Form von Waren und akkumuliertem Kapital realisiert).

Ein zweites Kriterium wäre, wie diese Modernisierungsoffensive in ausgewählten Industriebereichen sich auf die Entwicklung und das Wachstum anderer Bereiche (z.B. Landwirtschaft) auswirkt; kurz: war das westliche „know how" für die östlichen Planwirtschaften zu verkraften? Auf beide Fragen hat Renate Damus in einem längeren Aufsatz, bei der sie die Entwicklung P o l e n s eingehender analysierte, überzeugende Antworten geliefert, die deshalb in aller Kürze hier wiedergegeben werden sollen (22).

1. R.Damus untersuchte das Verhältnis von Arbeitsproduktivität (‚Ausstoß' je Beschäftigtem) zur Kapitalintensität (Kapitalausstattung je Beschäftigtem) und zur Kapitalproduktivität (Produktion zu Anlagevermögen). Kredit und westliche Technologie optimal genutzt hieße in erster Linie eine Steigerung der Kapitalproduktivität und der Arbeitsproduktivität. Zwischen 1971 und 1975 (und darüber hinaus) ist jedoch auch hier das genaue Gegenteil festzustellen: erstens ist die Kapitalproduktivität im Vergleich zur Kapitalintensität nicht nur relativ, sondern auch absolut gesunken; zweitens stieg auch die Arbeitsproduktivität langsamer als die Kapitalintensität (22).

2. Die „Modernisierungsstrategie" führte zu einem krassen Mißverhältnis von Brutto-Anlageinvestitionen zu produziertem Nationaleinkommen und zur Industrieproduktion; d.h. die Investitionen lagen extrem und unverhältnismäßig hoch und in einem katastrophalen Verhältnis zum Produktionsausstoß. Die Brutto-Anlageinvestitionen

tionen lagen extrem und unverhältnismäßig hoch und in einem katastrophalen Verhältnis zum Produktionsausstoß. Die Brutto-Anlageinvestitionen

nahmen im Vergleich zum Wachstum des Netto-Materialprodukts („marginaler Kapitalkoeffizient") zwischen 1971 und 1979 um das Sechsfache zu! Schon hier kann man feststellen, daß die erhoffte Modernisierung der Volkswirtschaft mithilfe des westlichen „know how" als gescheitert zu betrachten ist.

3. Die Konzentration der Investitionen auf die industriellen Branchen, speziell der verarbeitenden Industrie, führten zu einer krassen Vernachlässigung der übrigen volkswirtschaftlichen Bereiche wie dem Bauwesen, der Landwirtschaft usw. Damit ging die Rechnung nicht auf, Investitionen plus Modernisierung gleichzeitig mit dem Wachstum des Konsums zu steigern, sondern es wurde zuungunsten der Konsumtion akkumuliert. Die Folge davon ist u.a. die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung nicht nur wegen des Minuswachstums in der Landwirtschaft, sondern zudem wegen des Zwangs, Agrarprodukte weiterhin in hohem Maße exportieren zu müssen.

4. In Planwirtschaften des „realen Sozialismus" ist es eine Grundbedingung, a l l e relevanten Daten wirtschaftlichen Wachstums, die gesellschaftliche Verteilung, Produktion und Konsumtion einigermaßen miteinander zu ‚vernetzen' und ‚ausgewogene' Proportionen herzustellen. Diese Proportionen gerieten infolge der Nutzung westlicher Kredite und Technologie hauptsächlich im industriellen Sektor völlig aus den Fugen. Nicht nur die Landwirtschaft, auch das Bauwesen, die Energie- und Rohstoffe, die Infrastruktur (Transport und Verkehr) wurden sträflich vernachlässigt, so daß es zwangsläufig zu „Disproportionen" kommen mußte; dies führte zu Produktionsstockungen und ungenügenden Kapazitätsauslastungen und verschlimmerte nicht nur die materielle Lage der Arbeiterklasse, sondern betraf den Handel mit industriellen Waren. Dieser Trend wurde in der Planperiode 1976-1980 im wesentlichen beibehalten. Diese Entwicklung ist deshalb besonders gefährlich, weil nunmehr an sich gewaltige Investitionen in die vernachlässigten Sektoren getätigt werden müßten, was aber wegen der Gesamtlage (hohe Verschuldung) und geringeren Investitionsquoten kaum möglich erscheint. Im Planjahrfünft 1976-80 wurden zwar alle Wachstumsraten zurückgefahren, dennoch wurden für den Bereich der Landwirtschaft keine höheren Ziele angepeilt, die Versorgungsmisere war also schon Bestandteil des Plans! Es ist deshalb kein Wunder, daß Gierek infolge der Arbeiterkämpfe ab August 1980 seinen Hut nehmen mußte.

Die polnische Krise ist also ‚hausgemacht': die polnische ‚neue Bourgeoisie' konnte den westlichen Verlockungen nicht widerstehen, griff voll zu und ‚vergaß', die Nutzung westlichen „know hows" behutsam in die Volkswirtschaft einzubauen und mit anderen Sektoren abzustimmen.

5. Angesichts dieser Lage bleiben der polnischen ‚Bourgeoisie' nur zwei Auswege, die aber gleichermaßen nur einen Teufelskreis darstellen: entweder man nimmt weiter munter Kredite auf, setzt weiter auf hohe Importe und treibt das Spiel weiter — wie im Großen und Ganzen zwischen 1976 und 1980 geschehen; das läßt (und ließ) die Verschuldung in die Höhe schnellen, ohne die Warenexportstruktur nennenswert ändern zu können (hinzu kommen die erschwerten Bedingungen der Weltwirtschaftskrise). Oder man drosselt die Importe aus dem Westen, was in der Tat zu Beginn der 80er Jahre praktiziert wurde und noch praktiziert wird. Das führt wiederum dazu, daß weiterhin — und aufgrund der enormen Verschuldung sogar noch verstärkt — aus den traditionellen Branchen exportiert werden muß. Außerdem ist damit die angestrebte „Modernisierung" wenn nicht gestoppt, so doch stark getroffen, denn die westlichen Produktionsanlagen sind auf Importe von Rohstoffen, Ersatzteilen, Wartung etc. angewiesen. Die direkte Abhängigkeit (man spricht im Westen von rund 50%) des industriellen Sektors Polens von Lieferungen aus der OECD führt also zu Produktionsausfällen bzw. Stockungen; nicht von ungefähr spricht man in Polen von sogenannten „Westruinen", die nunmehr stillgelegt werden mußten.

6. Die „Modernisierungsstrategie" ist also auch innenpolitisch g e s c h e i t e r t, was im übrigen nicht nur für Polen gilt; Renate Damus weist nach, daß alle osteuropäischen Staaten den gleichen Weg beschritten haben: *„Der Unterschied zwischen Polen und den anderen osteuropäischen Ländern besteht nur im G r a d der Forcierung dieser Politik und damit im Grad des staatlich-wirtschaftlichen Kollaps"* (22).

Zur besonderen Rolle der Sowjetunion

Zur besonderen Rolle der Sowjetunion

Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden und bei Durchsicht der verschiedenen Tabellen auch augenfällig, daß die Sowjetunion n i c h t von der allgemeinen Misere der übrigen RgW-Länder betroffen ist. Es soll hier nur kurz erläutert werden, warum das so ist, warum die SU beispielsweise einen extrem günstigen „term of trade" (23) aufweist. Die SU hat ihre besondere Rolle vor allem dem Umstand zu verdanken, daß sie selbst Rohstoffexporteur ist, insbesondere von Rohöl. Sie profitierte also direkt von den enorm gestiegenen Rohölpreisen nach 1973, auch im Warenaustausch mit ihren RgW-Partnern. 1980 nahm die SU allen 60% ihrer Devisenerlöse aus dem Verkauf von Öl ein. Auch der Imperialismus weiß die besondere Rolle der SU zu würdigen. Im neuesten Bericht der Deutschen Bank sieht diese einen „wachsenden Handel" mit der Sowjetunion, insbesondere für den „Mittelstand". Die Deutsche Bank muß es wissen, denn sie finanziert ein Drittel aller BRD-Exporte in die SU (24). Auch sie begründet ihre frohen Zukunftserwartungen mit den als sicher geltenden Roh- und vor allem Brennstoffimporten aus der SU.

Kurzes Resümeé

Breshnew's „materielles Gewebe" hat sich für ‚seinen' osteuropäischen Machtbereich zu einem ansehnlichen Schuldenturm gemausert; die osteuropäischen ‚neuen Bourgeoisien' haben in unterschiedlichem Ausmaß die süßen, westlichen Verlockungen des Handels und Kredits ausgeschöpft, sich mehr oder weniger korrumpieren lassen und das labile, zählebige System der staatlichen Planung und Verteilung überstrapaziert. Die Absicht, mit westlicher Technologie und Leihkapital den „großen Sprung" zur Modernisierung ihrer Volkswirtschaften zu wagen, ist gescheitert. Innenpolitisch, weil das vorgeschossene Kapital, die äußeren Akkumulationsquellen, nicht optimal genutzt werden konnten. Die Ursachen sind vielschichtig, aber wesentlich ist, daß die planwirtschaftliche „Feinabstimmung" und Verzahnung sträflich vernachlässigt wurde; die völlig einseitige Orientierung auf die modernen industriellen Sektoren führte zu wirtschaftlichen Disproportionen und Stockungen; die Krise macht sich nicht an der Überproduktion fest, sondern an einem mangelndem Angebot bei unverhältnismäßig hohen Investitionen.

Außenwirtschaftlich, weil der „große Sprung" nicht gelang, die Produkte auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren konnten, zumal die Weltwirtschaftskrise seit Mitte der 70er Jahre hereinbrach. Nach der Boomphase zwischen 1971/72 und 1973/74 wurde der Handel einschließlich der Kreditaufnahmen nicht zurückgefahren, sondern auf Deibel komm raus fortgesetzt. Erst zu Beginn der achtziger Jahre wurde eine zahlungsbilanzorientierte Politik eingeleitet, nachdem der bisherige Kurs endgültig nicht mehr durchzuhalten war.

Im Ergebnis haben sich nicht nur die Wachstumsprobleme, sondern die strukturellen Probleme verschärft. Bei einer durchschnittlichen Außenhandelsverflechtung mit der OECD von 30% besteht darüber hinaus eine nicht mehr zu leugnende Abhängigkeit vom Imperialismus; nicht von ungefähr wird die Lösung der Probleme, die sich aus dem Handel mit dem Westen ergeben haben, allerhöchste Priorität in den Plänen eingeräumt. Die osteuropäischen Staaten müssen also nicht mehr dafür produzieren, um westliches „know how" eintauschen zu können, sondern aus ihren traditionellen Branchen ausführen, um ihre Schulden zu bezahlen; aus Handelspartnern sind klassische Schuldner geworden.

Es verwundert daher nicht, daß in Polen, Rumänien und Ungarn (in Jugoslawien sowieso) der Ruf von Teilen der herrschenden Klassen nach „mehr Markt" und größerer „Liberalisierung" immer lauter wird.

Fest steht inzwischen auch — das gilt besonders für die Umschuldungsländer Polen, Rumänien und Jugoslawien, indirekt auch für Ungarn — daß der Imperialismus inzwischen über die staatlichen Planungen mitbestimmt; denn ähnlich wie die Schuldnerländer in der „Dritten Welt" sehen auch die Sanierungsprogramme in Osteuropa aus: kräftige Abwertungen ihrer konvertierbaren Währungen, Exporte in traditionellen Branchen (Roh- und Brennstoffe, Agrarprodukte), Drosselung der Westimporte und Abwälzen der Krise auf die Arbeiter, die sich ausdrückt in einer insgesamt schwieriger werdenden Versorgungslage, Drücken des Lohnniveaus bzw. Steigerung der Preise für Grundnahrungsmittel und Waren des alltäglichen Bedarfs. Die Bourgeoisien in den osteuropäischen Ländern werden noch eine ganze Weile an ihrer hausgemachten Krise kurieren müssen, zumal der Imperialismus selbst für 1983 und darüber hinaus eine Dezimierung des Osthandels prognostiziert hat (25).

Die hochgeschraubten Erwartungen der herrschenden Machthaber Osteuropas sind gedämpft worden. Sehr zum Unmut des Imperialismus findet derzeit eher eine Renaissance einer stärkeren Orientierung auf die „sozialistische ökonomische Integration" des RgW statt, weil der eigene „Markt" — bei allen Unzulänglichkeiten und Widersprüchen (26) — allemal kalkulierbarer bleibt als die Abenteuer mit dem Weltmarkt.

D., Westberlin

Anmerkungen

(1) „CoCom" heißt „Coordination Committee", ein Zusammenschluß aller Nato-Länder plus Japans in Paris, um dort über die Exportverbote von Waren in den RgW zu beschließen. „CoCom" wurde bereits 1950 ins Leben gerufen.

(2) „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe"; die Zahlen beziehen sich auf 7 der 10 Mitgliedsländer: SU, CSSR, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, DDR und Polen. Die Mongolische VR, Kuba und Vietnam bleiben ebenso unberücksichtigt wie das assoziierte Jugoslawien.

(3) „OECD" (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung); ihr gehören insgesamt 23 kapitalistische Staaten an, darunter alle westeuropäischen sowie die USA, die Türkei, Kanada und Japan.

(4) Die „FR" vom 12.4.83 gab 67 Mrd

samt 23 kapitalistische Staaten an, darunter alle westeuropäischen sowie die USA, die Türkei, Kanada und Japan.

(4) Die „FR" vom 12.4.83 gab 67 Mrd. Dollar an unter Berufung auf eine Nato-Tagung, während die „FAZ" vom 12.4.83 als Quelle einen UN-Bericht angeführt.

(5)bis (11) entfallen.

(12) Jovović in „Internationale Politik" Nr. 742 vom 5.3.81, S.26 ff.

(13) In den bürgerlichen Medien wird die Verschuldungspolitik gegenüber Jugoslawien mit gemischten Gefühlen betrachtet. Auf der einen Seite möchte man die Daumenschrauben nicht zu fest anziehen, da eine noch stärkere Hinwendung zur Sowjetunion erfolgt; auf der anderen Seite werden weitere Kredite im Rahmen der Umschuldung vergeben, um Druck auszuüben auf die geforderten „grundlegenden Reformen", die übrigens auch öffentlich von jugoslawischen Ökonomen propagiert werden. Ein sehr lesenswerter Aufsatz über die jugoslawische Problematik findet sich übrigens in „Prokla" Nr. 48 von H.Conert „Bedingungen und Konsequenzen der Weltmarktorientierung nachkapitalistischer Volkswirtschaften", S.91 ff.

(14) K. Marx, „Das Kapital", MEW Bd. 25, S.533

(15) Jochen Bethkenhagen, „Außenwirtschaftliche Verflechtung der RgW-Länder" in „DDR und Osteuropa — Ein Handbuch", Leske-Verlag, 1981

(16) Nicht von ungefähr nehmen die Planmargen der Exportwachstumsraten in Bezug auf den Westhandel in ausnahmslos allen osteuropäischen Staaten einen zentralen Stellenwert ein.

(17) Leonid Breshnew in einer zentralen Broschüre der SU mit dem Titel „Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern", Moskau, 1975, deutsch „Staatsverlag der DDR", 1977

(18) Die Übereinkunft im RgW, ihre jeweiligen Handelsbilanzen im bilateralen Warenaustausch auszugleichen, verhindert natürlich ungleichmäßige Entwicklungen und die Bevor- bzw. Benachteiligung des jeweils anderen. Ökonomisch betrachtet wirkt diese Tatsache aber als hemmend im Ost-Ost-Handel, da bei Ausgleichungspflicht des Warenhandels sich der Stärkere immer nach dem Schwächeren richten muß.

(19) Renate Damus enthüllte, daß das „Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche" bereits ab 1976/77 Szenarien über das Ausmaß der Verschuldung — insbesondere Polens — anstellen ließ. Renate Damus, „Die polnische Wirtschafts- und Gesellschaftkrise: Folge des Ost-West-Handels, sowjetischen Raubhandels oder verfehlter wirtschaftlicher Entwicklungsstrategie?" in „Prokla" Nr.48, S.19 ff.

(20) J.Bethkenhagen, siehe Anm. 15, S.177

(21) „Comecon foreign trade data" (1980), S.34 f; Hrsg. vom „Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche".

(22) Siehe Anm. 19; die Untersuchung von Renate Damus erfolgte unter einem anderen Gesichtspunkt: Sie widerlegte die Behauptungen des polnischen Ökonomen und Gierek-Fans Rajski, wonach die polnische Misere durch sowjetischen „Raubhandel" verursacht wurde. Rajski's „wissenschaftlich" aufgemachte Behauptungen

fanden auch Zugang zur Tages-

polnische Misere durch sowjetischen „Raubhandel" verursacht wurde. Rajski's „wissenschaftlich" aufgemachte Behauptungen

fanden auch Zugang zur „Tageszeitung", wo sie dem westdeutschen Publikum zuerst dargeboten wurden, um später auch von den bürgerlichen Medien ausgewalzt zu werden.

(23) „Terms of Trade" ist ein Index des Verhältnisses von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen; ist dieser Wert größer als 100, so liegt keine Verschuldung vor, ist er kleiner als 100, liegt Verschuldung vor. Die SU wies einen Term of Trade von 125 auf, die osteuropäischen Indices schwanken zwischen 83 und 99.

(24) „FR", 12.4.83

(25) Siehe „Die Zeit" vom 13.5.83. Das DIW kommt zu dem Schluß, daß ein „weiterer realer Rückgang" im Osthandel als „wahrscheinlich" anzusehen ist.

(26) Innerhalb des RgW toben die Widersprüche; sie sind nicht nur wirtschaftlicher Natur, wo die jeweiligen nationalen Interessen aufeinanderprallen (es sei beispielsweise nur auf die Ölpreise der SU hingewiesen, die im nächsten Jahr aufgrund der Ölpreissenkungen auf dem Weltmarkt höher liegen dürften), sondern auch ideologischer Natur; so gehöre Polen laut eines Artikels in der Theorie-Zeitschrift der KPdSU, „Kommunist", „noch nicht zu den Ländern des real existierenden Sozialismus" („FR", 23.3.83). Es sei auch auf die gegenseitigen Polemiken zwischen der SU und Rumänien hingewiesen; letzteres nahm Abschied von der Diktatur des Proletariats und vom Klassenkampf, was heftige Reaktionen aus der Sowjetunion auslöste.

(27) Daten aus R.Damus (Anm. 19 und 22) sowie aus dem Buch „DDR und Osteuropa — Ein Handbuch", siehe Anm. 15.

(28) Zusammengestellt aus R.Damus... (Anm. 19), dem „Handbuch" (Anm. 15) und „Time Magazine" (Anm. 7).

(29) siehe Anm. 19 und 22

(30) siehe Anm. 15

(31) siehe Anm. 19 und 22; die Warengruppen nach RgW-Klassifikation bedeuten:
A Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel
B Brennstoffe, mineralische Rohstoffe, Metalle
C andere Rohstoffe und Halbfabrikate für Industriezwecke, Rohstoffe und Produkte der Nahrungsmittelindustrie
D industrielle Konsumgüter
E chemische Erzeugnisse, Düngemittel, Kautschuk, Baumaterialien und andere Waren.

Eingriff in die Gene: Fortschritt oder ''biologische'' Atombombe?

In den bundesdeutschen Programm-Kinos läuft zur Zeit der Film „Atomic Café'', der uns mit seinen amerikanischen Originalwochenschauausschnitten aus den endvierziger und fünfziger Jahren die Atomeuphorie und die damalige Atompropaganda drastisch vor Augen führt. Auf uns heute wirkt dies wie eine beißend scharfe Satire. Soldaten, die mit Tränen in den Augen das „überwältigende Schauspiel'' einer Atombombenexplosion aus nächster Nähe erleben dürfen, Bewohner des Bikini-Atoll, die sich fröhlich winkend evakuieren lassen und stolz darauf sind, daß die Yankees gerade ihre Insel für die erste Wasserstoffbombenexplosion erkoren haben und Priester, die Gott dafür danken, daß die USA und nicht die Sowjets als erste Atombomben herstellen konnten, das sind Bilder über die wir heute fast belustigt den Kopf schütteln können, die uns aber angesichts der Arglosigkeit im Umgang mit der Atomtechnologie erschrecken lassen. Auch im „zivilen'' Bereich der atomaren Nutzung war die Euphorie groß: Strom würde so billig produziert werden können, daß es sich nicht einmal lohne, noch extra Stromzähler in jedes Haus einzubauen, wenn erst einmal die schnellen Brüter laufen.

In eine ähnlich euphorische Aufbruchstimmung fühlt mensch sich versetzt, hört man heute Molekularbiologen über die Zukunftsaussichten der Gentechnologie schwärmen. 5000 chemische Verbindungen seien so eines Tages fast „natürlich'' und viel billiger produzierbar, Krebs und viele Krankheiten — insbesondere Erbkrankheiten — heilbar, Pflanzen würden ohne Dünger und fast auf jedem Boden wachsen, Schädlingsbekämpfungsmittel würden nicht mehr gebraucht und auch das Energieproblem würde gelöst durch Wasserstoff produzierende Bakterien. Nur ungerne geben die Genforscher zu, daß ihre Technik auch militärisch zu nutzen ist.

Der folgende Artikel soll einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Anstrengungen auf dem Gebiet der Gentechnologie geben und die drohenden Gefahren für Mensch, Natur und Gesellschaft aufzeigen. Im Anschluß daran soll untersucht werden, ob unser heutiges Wissen schon ausreicht, diese Technolgie von ihren prinzipiellen Auswirkungen her als destruktiv zu bezeichnen.

1. Mit Volldampf ins biologische Zeitalter?

1. Mit Volldampf ins biologische Zeitalter?

Auch in der Forschung soll gespart werden. So müssen z.B. die Großforschungseinrichtungen 7,5% ihres Mitarbeiterbestandes reduzieren. Die Einsparungen gelten jedoch nicht für die sogenannten Schlüsseltechnologien, zu denen auch die Genforschung gehört. Das Forschungsministerium will 1983 seine Fördermittel für Gentechnologie um 14 Prozent auf 63 Millionen DM steigern, das Land Baden-Württemberg stellt 30 Millionen DM für ein neues Genzentrum in Heidelberg zu Verfügung. Zwar sieht die Summe von 63 Millionen DM immer noch vergleichsweise gering aus, wenn mensch bedenkt, daß allein das Kernforschungszentrum Karlsruhe vom BMFT mit 176 Millionen DM pro Jahr gefördert wird. Die Gentechnologie ist apparativ sehr einfach, so daß praktisch alle Versuche mit relativ einfachen Hilfsmitteln durchgeführt werden können. Deshalb kann man vom Budget nicht auf die Intensität und die Gefahren der Genforschung schließen.

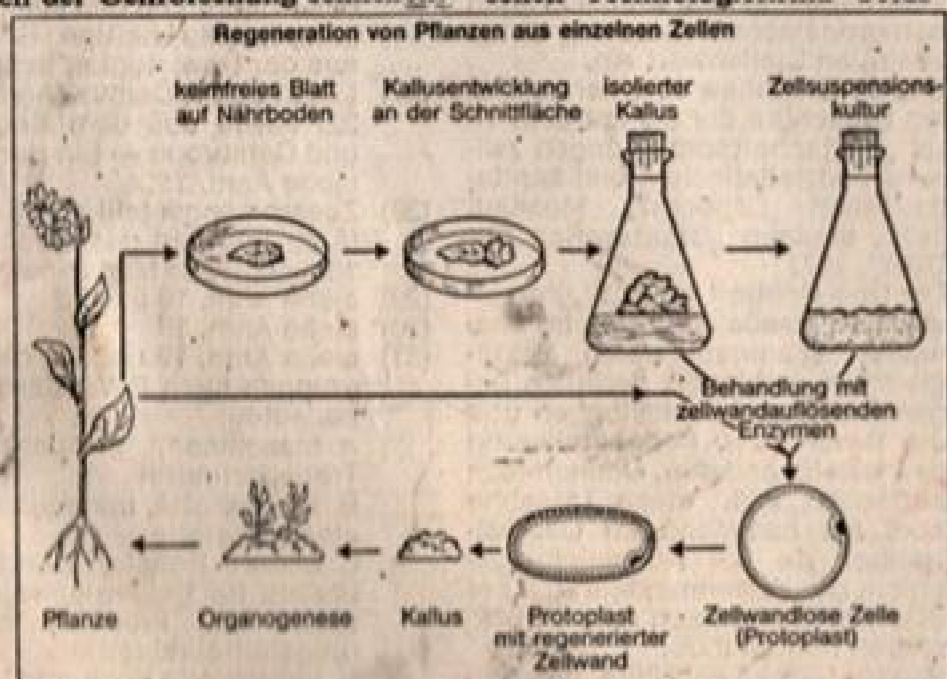
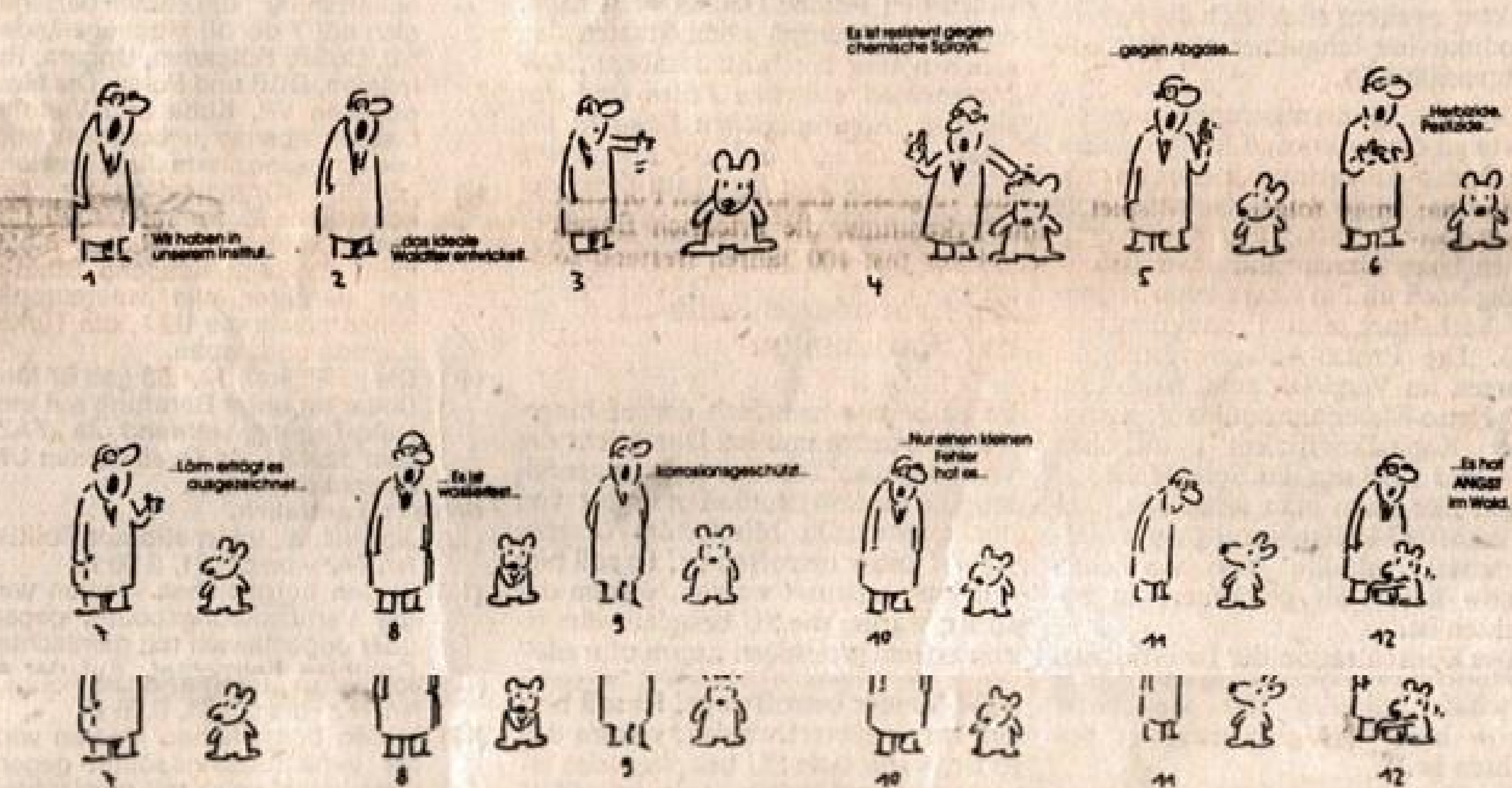


Bild 4: Jede Pflanzenzelle ist totipotent. Das Schema zeigt die Anlage einer Kultur von Zellsuspension und die Isolierung von Protoplasten aus Kallus, Suspensionszellen und differenziertem Blattgewebe. Die Protoplasten lassen sich wieder zu einer ganzen Pflanze regenerieren.

Ausgelöst wurde dieser „Investitionsboom'' durch den Einstieg des Chemieriesen Hoechst AG in die amerikanische Genforschung. Mit 50 Millionen DM, verteilt auf 10 Jahre, hat sich Hoechst beim Aufbau eines biotechnischen Labors der amerikanischen Harvard-Universität eingekauft.

Der Chemiekonzern sichert sich so Einfluß auf die Forschungsziele und die bevorzugte Nutzung der Ergebnisse der amerikanischen Genforscher. Unmittelbares Interesse von Hoechst ist es, die Produktion von Insulin, das bisher aus Schlachtvieh gewonnen wird, umzustellen auf bakterielle Produktion, die immerhin 10% billiger ist.

Dieser „Donnerschlag der Hoechst AG'' wirkte wie ein Schock auf die „verschlafene oder frustrierte deutsche Genforschung'' („Zeit'', 15.10.82). Zunächst wurde öffentlich bejammert, daß die BRD „nur Zaungast in der Biotechnik'' („FAZ'') und „genetisches Flachland'' („Umschau'') sei und als Nummer 4 in Europa nun den Anschluß zu verlieren drohe. Doch schon bald kam Bewegung ins Flachland: Die BASF schloß im Frühjahr 1983 mit der Universität Heidelberg eine Kooperation und will 5 Jahre lang jährlich 1 Million DM in ein neu zu gründendes Genzentrum investieren, die Bayer AG „spendiert'' (seit Mai 1982) dem Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung 3 Millionen, verteilt auf 3 Jahre, und der Pharmakonzern Schering will gemeinsam it dem Land Berlin 80 Millionen DM in ein neues Institut für Biotechnologie einbringen.



Jiránek

Neben den „Großen'' gibt es noch eine Reihe kleiner Firmen, die jetzt in den gewinnträchtigen Markt einsteigen (2). Weltweit wird die Zahl der Gründungen von Biotechnischen Firmen auf 200 geschätzt.(1)(2)

Zwar ist überall zu hören, daß noch 10 bis 20 Jahre intensiver Forschung notwendig sein werden, bis die Gentechnik den vollen Durchbruch schaffen werde, doch märchenhafte Gewinne winken für diejenige Firma, die als erste bestimmte Stoffe bakteriell und spottbillig produzieren kann. „Kostete beispielweise vor wenigen Jahren ein Gramm Interferon (einem vermeintlichen Antikrebsmittel) 22.000 Dollar, so sind nach Angaben der amerikanischen Technologiefirma Cetus Preise von 10 Dollar je Gramm erreichbar.'' („FAZ'', 11.8.82) Doch die Gentechnologie wird nicht nur in der Pharmazie von großer Bedeutung sein, sondern sie kann weite Bereiche der chemischen und biologischen Produktion revolutionieren. Der folgende Abschnitt versucht, dazu einen kleinen Überblick zu geben.

2. Was soll alles biologisch produziert werden?

Folgende Anwendungsmöglichkeiten der Gentechnologie werden bisher diskutiert:
— Bakterielle Produktion unterschiedlicher Eiweißarten, die als Arzneimittel, Impfseren und Drogen genutzt werden
— Einsatz genetisch veränderter Mikroorganismen für industrielle Produktionsverfahren
— Konstruktion neuer Pflanzen mit besserer Energieausnutzung und höherwertigem Nahrungsanteil, deren Hauptvorteil sein soll, daß sie nicht mehr Stickstoff aus dem Boden (etwa in Form von Dünger) benötigen, sondern ihn aus der Luft fixieren.
— Herstellung neuartiger biologischer Waffen
— Beiträge zum Energieproblem durch Wasserstoff produzierende Algen
— Verfahren zur genetischen Vervielfachung besonders leistungsfähiger Nutztiere (5)
— Gentherapie zur Heilung von Krankheiten, insbesondere von Erbkrankheiten und Krebs.

Viele von diesen Möglichkeiten sind heute noch „Zukunftsmusik''.Intensiv gearbeitet wird aber gegenwärtig an der Produktion von Medikamenten, der genetischen Züchtungsforschung, neuen bakteriellen Produktionsverfahren, neuartigen biologischen Waffen und gentherapeutischen Methoden. Auf die ersten 4 Punkte will ich im folgenden meine Betrachtung beschränken.

Was heißt Genforschung, Genmanipulation, Biotechnologie?

Die Biologie macht im Augenblick einen „Quantensprung'' in ihrem Erkenntnisstand, ähnlich wie die Physik in den 30er Jahren, an dessem Ende die Atombombe stand. Der wissenschaftliche Hauptaspekt der neuen Erkenntnisse ist, daß es jetzt möglich ist, Stücke der Erbsubstanz beliebiger Organismen — von niederen Pflanzen und Tieren bis höchsten Tieren, den Menschen — zu isolieren und diesen Fetzen an die Erbsubstanz von Viren und Bakterien in neuen Kombinationen zu koppeln, um sie dann in den Zellen lebender Bakterien einzuschleusen. Das eigentlich Revolutionierende der Gentechnik liegt in der Möglichkeit, auch artfremde Gene zusammenzubringen. Dann entstehen neue Lebewesen mit einer neuen Kombination bisher nur getrennt vorkommender Eigenschaften. Eine heute kaum abschätzbar große Palette gewollter und ungewollter biologischer Formen werden so möglich, Pflanzen, Tiere und Menschen nach des Genforschers Bild.

3.1 Die bakterielle Produktion von Pharmaka

Das bekannteste und am weitesten fortgeschrittene Projekt in der Gentechnik ist die bakterielle Produktion von Insulin zur Behandlung der Zuckerkrankheit. Auch ist es bereits gelungen, das menschliche Wachstumshormon, das bisher nur in verschwindenden und ungenügenden Mengen aus der Hirnanhangdrüse von menschlichen Leichen isoliert werden konnte, gentechnisch in ausreichenden Mengen zu produzieren. Als nächstes Präparat wird wohl noch 1983 Interferon auf den Markt kommen, daß von der Firma Rentschler in Laupheim hergestellt wird.

Der mögliche Nutzen mancher jetzt darstellbar gewordener Eiweißstoffe dürfte kaum zu bestreiten sein. Es sollte aber doch die Frage gestellt werden, ob es nicht andere Wege gibt, Krankheiten zu heilen, als immer nur mit neuen Medikamenten. Dies sei am Beispiel der Zuckerkrankheit kurz dargestellt. „*Was wir kennen müssen, wenn wir der Diabetes-Heilung näher kommen wollen, sind die Ursachen dieser Krankheit, die — wie übrigens bei allen anderen Krankheiten auch — stark von sozialen und Umweltfaktoren beeinflußt sind. (...) Wir müssen mehr über ihre wirklichen Ursachen wissen — und die wirkliche Ursache besteht eben nicht darin, daß der Körper nicht genug Insulin produziert. (...) Bevor wir uns überstürzt auf technologische Scheinlösungen stürzen, müssen wir wissen, wieviele Menschen sie wirklich brauchen. (...) Was wir gerade nicht brauchen, ist eine potentiell gefährliche Technik zur Produktion von Insulin, die nur den Menschen nützt, die dies Insulin herstellen. Angesichts der Geschichte der medikamentösen Therapie bei anderen Krankheiten wissen wir, daß Insulin verschrieben werden wird, wenn wir mehr Insulin produzieren, ob es die Diabetiker brauchen oder nicht.*'' (R.Hubbard, Research with Recombinant DNA, 1977 (Seite 156) zitiert nach 4)

3.2 Genetische Technik gegen den Hunger? Züchtung neuer Pflanzen

„*Tatsächlich macht die chaotische und explosionsartige Zunahme der Weltbevölkerung es dringend notwendig, den Ackerbau in drastischer Weise zu verbessern.*'' (Prof. Jozef St.Schell, Direktor des Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung, Köln). Nachdem die „grüne Revolution'' (3) der 60er und 70er Jahre kläglich gescheitert ist — sie wurde ja ebenfalls mit der drohenden Hungerkatastrophe begründet — setzen nun Wissenschaft und Industrie auf die genetische Züchtung von neuen Pflanzen, die 2 bis 3 mal schneller wachsen als die besten Sorten von heute. Den neuen Pflanzen werden wahre Wunderdinge zugeschrieben: sie sollen ein vielfaches der Erträge einer qualitativ höher stehenden Nahrung erbringen, gegenüber Frost, Dürre und Schädlingen unempfindlich sein und brauchen nicht mehr gedüngt zu werden, da sie sich mit Stickstoff aus der Luft versorgen.

Mit den herkömmlichen Züchtungsmethoden ist es gelungen, Weizensorten zu kreuzen, die wesentlich höhere Erträge als natürliche Sorten abwerfen. Dieser Hybridweizen (Weizen mit hoher Ausbeute) wurde schnell weltweit verbreitet, und in Monokulturen auf riesigen Landstrichen angebaut. Die Folge war „*eine völlig neue Form der Bedrohung durch Pflanzenschädlinge. (...) Die Milliardenheere der Viren, Bakterien, Pilze, Insekten, die sich in den genetisch heterogenen Landrassen nur begrenzt vermehren konnten, (...) fanden in den Feldern der modernen Landwirtschaft eine ideales Versuchsgelände zur Vernichtung ganzer Ernten. (...) In den USA ging 1970 ein Fünftel der Maisernte durch Maisbrand verloren, nachdem der Schädling sich einer verbreiteten Hybridsorte angepaßt hatte. Ein anderer Pilz vernichtete 1953 und 1954 dort 65 bzw. 75% der Hartweizenernte und 1/4 der Brotweizenernte*'' ((4), Seite 147). Es mußten also neue Weizensorten mit besseren Resistenzeigenschaften gezüchtet werden. Zur Kreuzung benötigte man sogenante primitive Landrassen, die in aller Welt schon fast ausgerottet waren, die dann mühsam zusammengesammelt wurden und jetzt in sogenannten Genbanken gehütet werden. „*In der BRD hält die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft 30.000 Pflanzenmuster von wirtschaftlichen Fruchtarten wie Kartoffeln, Getreide und Hackfrüchten.*'' ((4), Seite 148). Die Entwicklung einer neuen Getreidesorte kostet heute auf herkömmlichem Weg bis zu 4 Millionen DM, so daß auch in diesem „Industriezweig'' eine Monopolisierung eingetreten ist durch „eine überlegenes wissenschaftliches und technisches Potential, den gesicherten Reichtum den eigenen (kapitalistischen) Zielen und Interessen nutzbar zu machen und von der wirtschaftlichen Macht, die so gezüchteten Pflanzen über große Teile der Erde zu verbreiten.'' ((4), Seite 152)

talistischen) Zielen und Interessen nutzbar zu machen und von der wirtschaftlichen Macht, die so gezüchteten Pflanzen über große Teile der Erde zu verbreiten.'' ((4),Seite 152)

Der Zufall der „sexuellen Lotterie'' soll ausgeschaltet werden

Mit der Gentechnik soll jetzt der Zufall der „sexuellen Lotterie'' ausgeschaltet, Pflanzen nach Maß geschneidert und so der Sprung von der „Züchtungssteinzeit'' in die Neuzeit geschafft werden. „*Von der Lotterie mit unendlich geringer Erfolgsaussicht zur leicht lösbaren Gleichung.*'' „*Die Vielzahl neuer biologischer Techniken verspricht, unsere Erntepflanzen in weniger Jahrzehnten tiefgreifender zu verändern, als in den Jahrhunderten seit Beginn des Ackerbaus.*'' ((4), Seite 154). Wen kann da wundern, wenn die großen Multinationalen Erdöl-, Chemie-, Nahrungsmittel- und Pharmakonzerne mit Milliardenumsätzen und weltweiten Interessen Saatgutfirmen zu Dutzenden aufkaufen. Der Chemie- und Erdölgigant Royal Dutch Shell verfügt über nicht weniger als 30 Saatgutfirmen. Der größte Saatguthersteller Northrup King befindet sich im Besitz des Schweizer Pharmakonzerns Sandoz. (4)

Die Gentechnologie wird auf jeden Fall einen neuen Schub in der Industrialisierung und Kapitalisierung der Saatgutproduktion bringen. Die Züchtungsmultis werden mit ihren neuen „produktiven'' Pflanzen sicherlich in den letzten Winkel der Erde vorzudringen versuchen, um dort neue und stärkere Abhängigkeiten zu schaffen. Das Welthungerproblem wird so mit Sicherheit nicht gelöst, im Gegenteil, es wird sich wohl eher verschärfen.

Fortsetzung nächste Seite

Und die ökologischen Folgen der neuen Pflanzen?

Liest mensch die vielen Veröffentlichungen zu den Möglichkeiten der neuen Pflanzen, so wird praktisch nirgends problematisiert, welche möglichen Folgen die massenhafte Aussaat der neuen Pflanzen für Mensch, Natur und Umwelt hat. Schaut mensch sich die Folgen an, die die herkömmliche — „steinzeitmäßige Züchtungsforschung'' hatte — so läßt sich schlimmes vermuten. Es bleibt auf alle Fälle die Gefahr von verheerenden Pflanzenepidemien, da die Zuchtmultis, um die Produktions- und Entwicklungskosten gering zu halten, möglichst einheitliches, wenig den konkreten Bedingungen angepaßtes Saatgut verkaufen werden. Es bleibt die Frage, welchen Einfluß die neuen Pflanzen auf das jeweilige Ökosystem haben, wie die Pflanzen, Tiere und Menschen die neuen Pflanzen verkraften. Es bleibt die Frage, ob die genetische Verödung der neuen Nutzpflanzen nicht auch zu einer Verödung der sonstigen Natur führt.

Das Wissen um diese Probleme ist heute noch recht gering, doch wahrscheinlich ist, daß sie viel größer sind, als uns die Genforscher weißmachen wollen. Um so dringlicher wäre es, die Auswirkungen der neuen Pflanzen behutsam zu untersuchen. Mit einiger Gewißheit kann mensch aber wohl sagen, daß unter kapitalistischen Produktionsbedingungen es zu einer sorgfältigen Untersuchung nicht kommen wird. Gibt es erst einmal die neuen Superpflanzen, so werden sie massenhaft und großflächig eingesetzt werden, denn sie versprechen einen Riesenprofit.

3.3. Biologische Produktion von Chemikalien

Mikroorganismen können derzeit etwa 200 Produkte von kommerziellem Wert produzieren. Nur ein kleiner Teil davon wird jedoch auch genutzt (Alkohol, Butanol, Aceton, Essigsäure, Zitronensäure, Vitamine, bestimmte Aminosäuren, Antibiotika und einige Enzyme). Die vier wichtigsten Antibiotika hatten 1978 weltweit einen Umsatz von 4,2 Milliarden Dollar, und von 1979 verkauften Präparaten wurden etwa 20% (1,5 Mrd. Dollar) unter Beteiligung von Mikroorganismen hergestellt.

Die Gentechnik erlaubt es nun, völlig neue Bakterien gezielt zu erzeugen, die bestimmte chemische Stoffe produzieren oder auch vernichten. So wird schon seit einiger Zeit die Entwicklung eines Bakteriums gefordert, das Öl schnell „auffressen'' kann (6). *Wenn ein geeigneter Organismus entwickelt worden ist und die Ölkonzernen seine Anwendung fordern, wer wird dann entscheiden, ob es ungefährlich ist, die*
worden ist und die Ölkonzernen seine Anwendung fordern, wer wird dann entscheiden, ob es ungefährlich ist, die
Bakterien waggonweise ins Meer zu kippen. Weiß man überhaupt genug, um alle Folgen vorhersehen zu können. Werden die Ölkonzerne oder General Electric genügend Interesse daran haben, die Ökologie der Weltmeere intakt zu halten? Jeder Anreiz zur Vorsorge gegen Ölverschmutzung wird verschwinden. Unterdes wird der massive Einsatz dieses neuen Organismus, werden seine Stoffwechselprodukte aus dem Ölabbau und seinen anderen Lebensvorgängen die Ökologie der Meere bedrohen.'' (Liebe F.Cavalieri in (4), Seite 34)

Finden diese Organismen eine ökologische Nische, so werden sie wahrscheinlich Dauerbewohner des Meeres sein, mit welchen ökologischen Folgen, vermag heute niemand zu sagen. Das eine Problem wird gelöst, und ein anderes, neues, noch völlig unabsehbares geschaffen. So wird das Problem der Verschmutzung lediglich auf eine andere Ebene gehoben.

Die Veränderung der chemischen Produktionsprozesse

Mikroorganismen sind „kleine biologische Fabriken, die sich zudem noch alle 20 Minuten teilen und 24 Stunden am Tag arbeiten.'' Alle Reaktionen laufen auf kleinstem Raum, im Inneren einer Zelle ab, so daß praktisch keine Verteilung- und Transportprobleme bestehen. Dies hat zur Folge, daß die Stoffumsätze und die Stoffwechselleistung bis 2000fach größer sind als im Magen eines Menschen. Zu erwarten ist aber auch, daß sehr viele Arbeitsplätze eingespart werden können, denn die Bakterien kennen keinen Feierabend, kein Wochenende, keinen Urlaub, keinen Tarifvertrag und keinen Streik.

Bisher gibt es noch kaum Einschätzungen über die konkreten gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der biologischen Produktion. Hier werden wir die Entwicklung sorgfältig verfolgen müssen.

3.4. Produktion neuer biologischer Waffen

Als biologische Waffen werden eingesetzt lebende Organismen (Viren, Bakterien, Fleckfieber u.a.), die bei Menschen, Tieren und Pflanzen Krankheiten hervorrufen (7). Das Spektrum der Waffen reicht von absolut tödlichen bis zu nur vorübergehend krankmachenden. Ein gezielter, räumlich begrenzter Einsatz ist kaum vorstellbar, da sich die lebenden Organismen epidemieartig verbreiten können. Dies war bisher für Militärstrategen eine Unwägbarkeit, die gegen den Einsatz von biologischen Waffen spricht.

Mittels der neuen gentechnischen Methoden ist es nun möglich, gezielt derartige neue Lebewesen zu erzeugen, die dann auch neuartige Krankheiten hervorrufen. Die Gentechnik könnte es aber auch ermöglichen, gleich ein entsprechendes „Behandlungsmittel'' mitzuliefern, so daß die angegriffene Bevölkrung von der Krankheit befallen wird, nicht jedoch die einmarschierenden Angreifer.

Auf jeden Fall ist jede militärische Genforschung mit krankmachenden Organismen extrem gefährlich, da immer die Gefahr besteht, daß die Krankheitserreger aus dem Labor herausgelangen und sich epidemieartig verbreiten.

Wahrscheinlich aufgrund der militärstrategischen Schwierigkeiten, biologische Waffen kontrolliert einsetzen zu können, haben viele Staaten die „Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung und Erwerb bakteriologischer (biologischer) Waffen und Giftstoffe'' der UNO von 1971 unterschrieben. Zu ihnen gehören auch die USA und die BRD.

Dennoch wird zumindest in den USA an biologischen Waffen geforscht, denn „vorbeugende'' und „schützende'' Forschung gegen biologische Waffen ist erlaubt. Daß inzwischen auch die Genforschung Einzug in die militärische Forschung in den USA gefunden hat, mag folgendes Beispiel verdeutlichen:

Im Juli 1982 stellten 2 amerikanische Forscher bei der nationalen Gesundheitsbehörde wegen der enormen gesundheitlichen Risiken den Antrag, daß die gentechnischen Experimente zur Konstruktion biologischer Waffen verboten werden sollen. („Nature'', 17.6.82)

Eine Finanzkontrollbehörde (Office of Management and Budget) hatte herausgefunden, daß mit der Erforschung von Infektionskrankheiten für militärische Zwecke beauftragte Forschungsinstitut (8) einen nicht öffentlich ausgewiesenen Haushalt von etwa 100 Millionen Dollar habe, während der öf-
institut (8) einen nicht öffentlich ausgewiesenen Haushalt von etwa 100 Millionen Dollar habe, während der öf-
fentlich bekannte Haushalt des Instituts „nur'' 17 Millionen Dollar umfaßt. Kurz zuvor hatte die Armee der Akademie der Wissenschaften mitgeteilt, daß besagtes Militärinstitut auch Interesse an gentechnischen Experimenten mit bisher nicht freigegebenen Material habe („Nature'', 24.6.82). Am 28.6.82 fand dann die Beratung der nationalen Gesundheitsbehörde statt. Finanzbehörde und Armee erklärten nun, daß es keine 2 Haushalte gäbe und alle gentechnisch-militärischen Forschungen im öffentlichen Haushalt ausgewiesen seien. Die Armee wurde lediglich aufgefordert, bei ihren Experimenten die UNO-Konvention von 1971 einzuhalten. Mit dem Argument der „Verteidigungs- und Schutzmaßnahmen für den Fall des Angriffs mit biologischen Waffen, werden Forschung und Produktion unterstützt. (...) Alle Erkenntnisse zur Bekämpfung der Krankheitserreger können zur Produktion biologischer Waffen mißbraucht werden.'' (S.Jannsen, Ossietzky-Tage 82)

4. Die Genforschung in der öffentlichen Diskussion

Als im Sommer 1974 amerikanische Mikrobiologen zu einer Denkpause (Moratorium) in Sachen Genforschung aufriefen, war dies ein bisher einmaliges Geschehen in der Geschichte der Naturforschung. Nicht die erkannten Gefahren, wie im Falle des Umgangs mit chemischen Giften oder radioaktiven Substanzen, sondern gerade die Tatsache, daß niemand die Gefahren voraussagen konnte, war für einige Wissenschaftler Anlaß, eine Denkpause zu fordern. Die Genforschung könnte neue Krankheiten hervorbringen, gegen die der Mensch keine Abwehrstoffe hätte, so daß die Gefahr von neuen Epidemien bestehe. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich auf die Laborsicherheit der jeweiligen Forschungseinrichtungen. Besonders zu erwähnen ist hier die politische Kontroverse 1977/77, als in der Stadt Cambridge (USA) die bekannte Harvard Universität 1976 ein Genforschungslabor einrichten wollte.

1979 war der Höhepunkt der Politisierung über die Labor(un)sicherheit überschritten. Zwar gab es ebenfalls 1979 noch ein Bundestags-Hearing in der BRD anläßlich eines Entwurfs eines bundesdeutschen Gentechnologiegesetzes. Doch selbst der warnende Zeigefinger der kritischen Forscher von 1974, die das Moratorium bewirkt hatten, war nicht mehr vorhanden.

Eine gesetzliche Regelung der Laborsicherheit ist in der BRD in weite Ferne gerückt. Es gibt kaum eine öffentliche Diskussion, die dieser Forderung Nachdruck verleihen könnte, wohl aber gibt es eine Koalition von Industrie und interessierten Wissenschaftlern, die auf Reduzierung der bisherigen Sicherheitsregelungen hinarbeiten.

In Heidelberg, das mit dem Europäischen Molekularbiologischen Laboratorium (EMBL) wohl das größte Genforschungszentrum in Europa beheimatet, gab es nur sehr kurzfristig eine öffentliche Diskussion anläßlich der Eröffnung des Zentrums, die allerdings bald verstummte. Das jetzt geplante Genforschungszentrum hat auch bisher kaum zu einer Verbreiterung und Intensivierung der Diskussion geführt. Dies liegt wohl u.a. auch daran, daß bisher die weitreichenden Folgen der Gentechnik auf Natur, Mensch und Gesellschaft viel zu wenig bekannt und zuwenig diskutiert werden. Wir sollten weniger die großen visionären Folgen von gentechnischen Seuchen, Herstellung eines Menschen nach des Genforschers und Kapitals Bild an die Wand malen, da so die kleinen, vielleicht schon bald gentechnisch realisierten Gefahren unter den Tisch fallen.

"Schmeicheln wir uns nicht zu sehr mit unseren Siegen über die Natur"

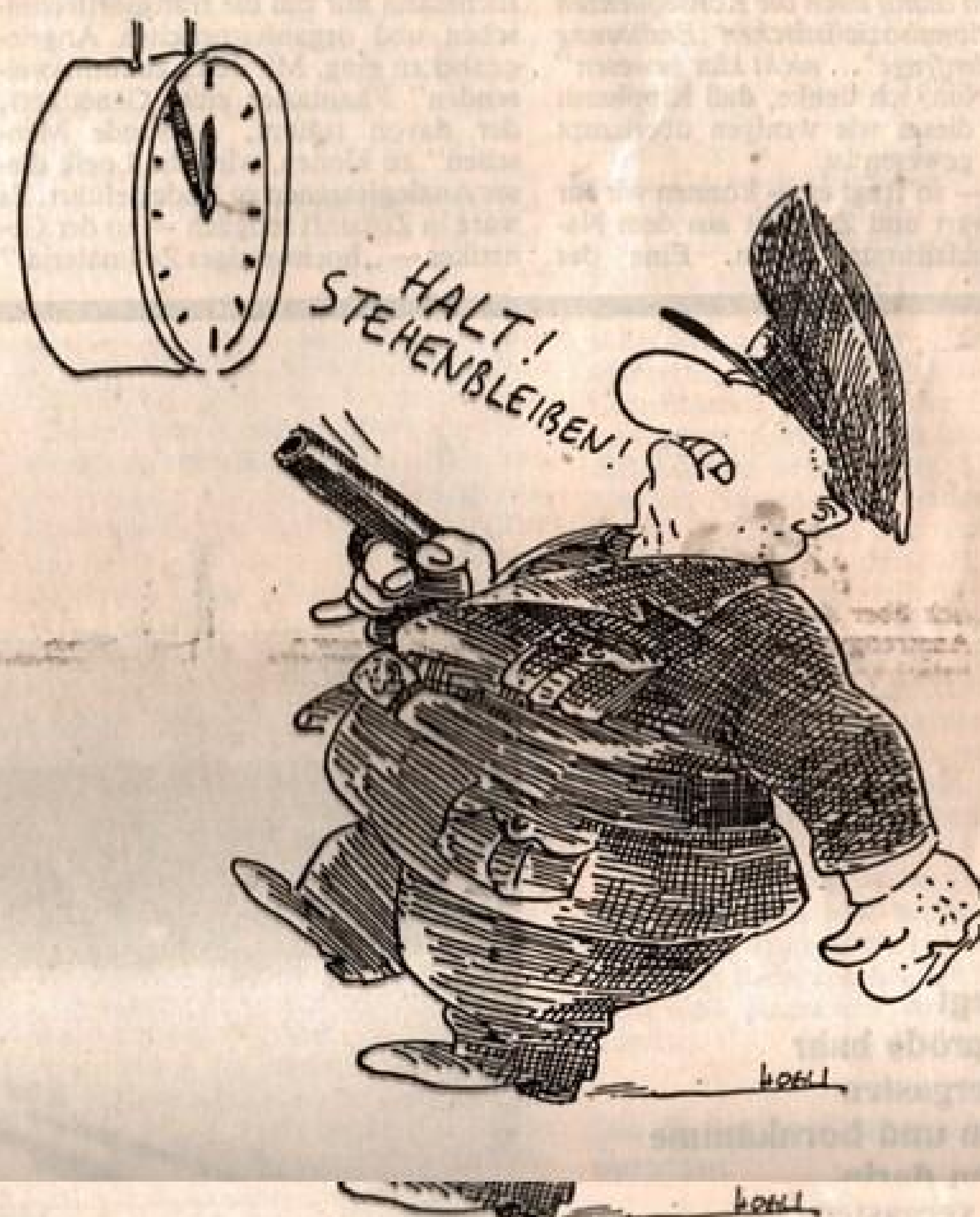
Glauben wir den Genforschern, so gehen wir herrlichen Zeiten entgegen. Leider vergessen die kreativen Forscher eine Erkenntnis, die Friedrich Engels schon vor fast 100 Jahren treffend so zusammengefaßt hat: *''Schmeicheln wir uns nicht zu sehr mit unseren Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet haben, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben (...). Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, (...) sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und das unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vor-*
dern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und das unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vor-
zug von allen anderen Geschöpfen die Gesetze zu erkennen und richtig anwenden zu können. Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf Erzielung des nächsten unmittelbaren Nutzeffekts ausgegangen. Die weiteren, erst in späterer Zeit eintretenden, durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksam werdenden Folgen bleiben gänzlich vernachlässigt.'' (F. Engels, Dialektik der Natur). Engels hat, als er diese Sätze schrieb, noch nicht einmal etwas von der Existenz von Genen gewußt. Dennoch ist es eine sehr treffende Charakterisierung dessen, was uns mit den neuen Erkenntnissen passieren wird, und dies unter kapitalistischen Bedingungen, denn *''gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht, und dann wundert man sich noch, daß die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andere, meist ganz entgegengesetzte sind.''*(a.a.O.)

Die kapitalistische Produktionsweise erlaubt es also grundsätzlich nicht, behutsam und sorgfältig die Auswirkungen der Eingriffe des Menschen in die Natur zu studieren. Nun ist im Fall der Gentechnologie - anders als etwa bei der Atomforschung - festzustellen, daß das Wissen insgesamt um die Auswirkungen dieser Technologie noch recht gering ist. Folgt daraus, daß wir als Marxisten eine verstärkte Erforschung der gentechnischen Möglichkeiten fordern sollen, weil dies möglicherweise den Weg zu neuen umweltfreundlicheren und produktiveren chemischen und pharmazeutischen Technologien weist? Manche Ökologen meinen wohl, daß Marxisten so etwas denken würden und sicherlich werden sie darin durch gewisse Praktiken im 'realen Sozialismus' bestärkt. Doch ganz so einfach sehen es auch die ''Klassiker'' nicht. *''In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktivkräfte mehr sind, sondern Destruktivkräfte.''* (Marx, Deutsche Ideologie)

Auch wenn unser heutiges Wissen um die Gefahren der Genforschung noch recht gering ist, so wissen wir doch so viel, daß unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen damit mehr Unheil angerichtet werden wird, als daß es sich um eine Produktivkraftentwicklung im wahren Sinne des Wortes handelt. Das haben wir versucht, an einigen Beispielen exemplarisch darzustellen. Die Forderung kann deshalb heute nur sein: Stopp der Genforschung und Genmanipulationen, da durch die Genforschung nicht bessere, sondern schlechtere Bedingungen für eine zukünftige Gesellschaft geschaffen werden. Eine wirkliche Kontrolle ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich.

Bleibt noch die Frage, ob es sich bei der Genforschung um eine generell destruktive Technologie handelt, die wir - ähnlich wie etwa die alles Leben zerstörende Atomtechnologie - unter allen gesellschaftlichen Bedingungen, also auch im Sozialismus ablehnen müssen. Nicht wegzudiskutieren ist ja, daß die Gentechnologie möglicherweise viel ''sauberer'' und umweltfreundlicher produzieren kann als heute die schmutzige, dreckige Chemie, daß sie verspricht, das Energieproblem zu lösen, den Zugang zu wirksamen, neuen Arzneimitteln ermöglicht und die Produktion weitgehend dezentralisiert werden kann. Wir meinen, daß der heutige Wissensstand nicht ausreicht, um diese Frage ausreichend beantworten zu können. Klar ist aber, daß die Genforschung eine völlig neue Qualität des Natureingriffs darstellt, da hierbei direkt in den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur — in die Entwicklung des Lebens an sich — eingegriffen wird. Dies hatte Marx noch als eine *''ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens''* angesehen, die *''daher unabänderlich von jeder Form des Lebens vielmehr allen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam ist.''* (MEW 23). Der Mensch hat nun gelernt, nicht nur die Formen der ihn umgebenden Natur nutzbar zu machen, die Genforschung bietet die Möglichkeit, die Form des Lebens selbst zu verändern und zu bestimmen. Alle Eingriffe in das Leben selbst beinhalten natürlich aber eine potentiell noch größere Gefahr der Fehlentwicklung, als diese bei ''nur einfachen Eingriffen'' der Nutzbarmachung der Natur schon gegeben ist. Sie beinhaltet die Gefahr des eigenen Untergangs. Deshalb kann mensch der Genforschung auch im Sozialismus nur unter strengsten Auflagen und wohl nur für bestimmte Zwecke zustimmen.

Ein Genosse aus Heidelberg



Anmerkungen

1) Dabei gibt es "eine Handvoll Zwerge", die einen Wissensvorsprung gegenüber den Giganten der Branche haben, was einen ganz einfachen Grund hat: Die Zwerge *"leben von führenden Vertretern der "frei" genannten, öffentlich finanzierten molekularbiologischen Grundlagenforschung. Und diese eminenten Forscher betreiben im Rahmen solcher Firmen die private Verwendung ihrer Forschungsergebnisse."* (Herbig, S. 166)
So herrscht denn ein reger Wettbewerb im Rennen der Forscher zum Patentamt. *"Ziel der Zwerge ist, patentierfähiges Wissen und Können an die Großen zu verkaufen. Kaum eine der (kleinen) Forscherfirmen beabsichtigt, selber Medikamente zu verkaufen. Sie wollen lediglich die etablierte Industrie veranlassen, ihre Verfahren zu kaufen."* (Herbig, S. 168). Und manch einer der Wissenschaftler, der bisher still vor sich hingeforscht hatte, beklagt sich nun, wie sehr doch das große Geld die Beziehungen der Wissenschaftler vergiftet hat.

2) Wie die Chancen der genetischen Forschung von der Industrie eingeschätzt werden, mag an dem auch für hartgesottene Börsenspekulanten denkwürdigen Tag der Wall Street, dem 14.10.1980, klarwerden. Die Genentech. Inc., die die Patente zur Herstellung von Humalin (Insulin) besitzt, bot Aktien an der Börse an. 1,1 Millionen Aktien mit 35 Dollar das Stück, dem 25-fachen des bilanzierten Firmenvermögens, was eine totale Überzeichnung bedeutete. Innerhalb einer Minute stieg der Kurs auf 80 Dollar, im Laufe des Tages noch auf 89 Dollar.
In der Zwischenzeit werden die Chancen der gentechnischen Zwerge etwas weniger optimistisch eingeschätzt. *"Man nimmt jetzt in den USA an, daß vielen kleinen Firmen in naher Zukunft das Betriebskapital ausgehen wird, weil zu viele Firmen gegründet wurden und vor allem, weil es, wie man jetzt deutlich erkennt, noch Jahre dauern wird, bis Erzeugnisse der Gentechnologie in den USA auf den Markt kommen werden."* (Nachrichten aus Chemie, Technik und Laboratorium, Nr. 1/83)

3) *"Die Grüne Revolution, die seit den 50er Jahren eine teure und komplexe Agrartechnik nach dem Vorbild der westlichen Staaten in alle Welt verbreitete, hat den Hunger nicht beseitigen können. Sie hat uns gezeigt, daß eine Agrartechnik, die den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Masse der Menschen nicht entspricht, mit den Ernteerträgen nur die Armut wachsen läßt."* (J. Herbig, Genetische Techniker gegen den Hunger, S. 137)

4) J. Herbig (Hg.), Biotechnik, rororo, Technologie und Politik, Nr. 17

5) Ende ist es 1982 gelungen — und dies sehr viel früher als erwartet —, Supermäuse mit Rattengenen zu züchten, die etwa doppelt so groß sind wie ihre Brüder und Schwestern. Dies ist das erste Beispiel für Verpflanzung von Fremdgenen bei Säugetieren. Superschweine, Rinder und Hühner werden wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Züchtung eines Menschen nach des Menschen Bild ist damit zwar ebenfalls in den Bereich der Möglichkeiten gerückt, jedoch im Augenblick noch wenig realistisch.

6) Zwar gibt es schon ölfressende Bakterien. Die sind aber nicht schnell genug.

7) Weiterhin werden unter biologischen Waffen noch giftige Substanzen (Toxine) verstanden, die biologischen Ursprungs sind.

8) Es handelt sich um das US Army Medical Research Institute for Infectious Diseases in Fort Detrick, Maryland.

Kain, wo ist dein Bruder Abel?

Zu dem Artikel "**Bruder Eichmann** im Libanon" (AK 233)



Da liegt
das spröde haar
der vergasten
nadeln und hornkämme
stecken darin

Kein licht durchleuchtet es.
kein wind zerwühlt es
keine hand kein regen
kein mund berührt es

Tadeusz Rózewicz

Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen: ich habe die Inszenierung des umstrittenen Stücks „Bruder Eichmann", von Heinar Kipphardt nicht gesehen. Nach dem Lesen des Stücks habe ich allerdings eine grundlegende andere Auffassung von diesem Schauspiel als F. Nun wäre ein Streit um unterschiedliche Einschätzungen eines Schauspiels in vielen Fällen relativ belanglos, wenn es nicht — wie hier — um wichtige und aktuelle Fragen gehen würde.

F. wirft Heinar Kipphardt vor, er wolle mit seinem Stück „Bruder Eichmann" *„zur Rettung der deutschen ‚Ehre' beitragen"* indem er *„die ‚Endlösung' der Judenfrage"* als *„ein Greuel, aber schließlich nicht als das einzige Greuel auf dieser Welt"* hinstelle. Durch die Analogieszenen des Schauspiels werde *„die Judenausrottung, die von Deutschen durchgeführte und geplante ‚Endlösung' ...relativiert, die Juden werden erheblich belastet. Bruder Eichmann — ein Vorwurf an den (jüdischen) Rest der Welt!"* — Nur folgerichtig, wenn F. dann schreibt, daß Kipphardt offensichtlich *„die Dimension und damit auch die Konsequenzen der nationalsozialistischen ‚Endlösung der Judenfrage' ... nicht klar gewesen"* seien. Nun, ich denke, daß Kipphardt gerade dieses wie wenigen überhaupt „klar" gewesen ist.

Wie — so fragt er — können wir für Gegenwart und Zukunft aus dem Nationalsozialismus lernen. Eine der Möglichkeiten, festzustellen, wie vergangen das Vergangene ist, spielt Kipphardt in seinem Stück „Bruder Eichmann" durch. Eichmann wird zum *„Bruder der Menschheit, geprägt durch Maximen und Spielregeln, die in aller Welt Geltung haben und daher in aller Welt gleiche Früchte tragen — können"* (Münchner Buch-Magazin 2/83). In die Verhörszenen Eichmann/Less werden „Analogieszenen" montiert, *„wobei auf die Bezeichnung ‚Analogie', bitte schön, geachtet werden muß, nicht ‚identisch' oder bloß ‚parallel' nennt er (H. Kipphard) sie, sondern analog: in der Logik ihrer Abläufe gleichartig"*. (a.a.O.).

F. erwähnt zwar Kipphardts Anliegen, *„der ‚Eichmannhaltung' als bürgerlicher Haltung, ihrer Entwicklung in Vergangenheit und Gegenwart"* nachzuspüren. Hätte F. unter dieser Fragestellung das Stück gelesen, wäre ihm die Auswahl der Analogieszenen keineswegs „beliebig" erschienen — und die Analogien wären ihm nicht zu Vergleichen mißraten.

Der erste Komplex der Analogieszenen steht im Stück nach einer der vielen Varianten Eichmanns, die Verantwortung abzuschieben. Eichmann beruft sich auf den „Befehlsnotstand", seine Lage habe sich nicht von der eines Offiziers der Air Force unterschieden, der Hamburg oder Dresden bombardierte. Auch dieser sei, so wie er, Eichmann, nur ein Rädchen im Befehlsgetriebe gewesen. Vorgeführt werden ähnliche Haltungen, Einstellungen zum Leben, wie Eichmann sie zeigt. Der Vietnam-Bomber-Pilot hat sich wie Eichmann auf sein Spezialgebiet konzentriert, über die Folgen seiner Bombenabwürfe denkt er nicht nach. Entscheidend ist für ihn, die „Arbeit fehlerfrei" zu erledigen. Verantwortung ist „nicht seine Sache", dafür hat er den Vorgesetzten, der wiederum seinen Vorgesetzten hat. Dank dieser Hierarchie gibt es immer wieder die großartige Chance, nicht „zuständig" zu sein. Die Befehle, wie etwa der „Zigeunerbefehl", kommen von oben und „plötzlich daher". Der Einsatz nuklearer Waffen in Europa ist für einen US-General problematisch: *„Das Dumme ist, daß deutsche Städte nur Zwei-Kilo-Tonnen auseinanderliegen ..."*. Einzig um Probleme der Zielgenauigkeit geht es ihm, so wie es für Eichmann nur um die transporttechnischen und organisatorischen Angelegenheiten ging. Mit den „zukunftsweisenden" Phantasien eines Genetikers, der davon träumt, „gesunde Menschen" zu klonen, wird die Logik dieser Analogieszenen zu Ende geführt. Es wäre in Zukunft möglich — so der Genetiker — „hochwertiges Zellmaterial" zu entwickeln für „erstklassige Soldaten". Eine Art Supereingreiftruppe, die nicht erst durch monatelangen Drill jeglicher Skrupel beraubt werden muß. *„Es muß ein Mensch geschaffen werden, der seine gegenwärtige Natur überwindet"*. Ein Mensch also, dem auf „biologischem" Weg jedes Verantwortungsgefühl, jede Möglichkeit, seine Handlungen zu reflektieren, von vorneherein ausgetrieben wird.

Auch der nächste Komplex der Analogieszenen ist keinesfalls „beliebig". Er steht im Anschluß an die Verhörszene, in der Eichmann über die „Informationsfahrten" im Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes nach Auschwitz und anderen Vernichtungslagern berichtet. Verhörszenen, in denen Eichmann jede Verantwortung für die Vergasung ablehnt und u.a. schildert, wie er — der nach eigener Aussage „nicht einmal eine Wunde sehen'. konnte — vor dem „Fürchterlichen" ins Idyll flüchtete, in die Betrachtung alter Häuser in Lemberg.

Daß neben den Vergasungsanlagen von Auschwitz ein Stück dieses deutschen Idylls weiterexistierte, verdeutlicht z.B. der Brief des Betriebsleiters der IG-Farben-Industrie, der den Gauleiter des Bezirks um ein oder zwei Jagdreviere in der Nähe von Auschwitz bittet. In einer anderen Analogieszene werden Teile der Korrespondenz der Bayer-IG-Farben mit dem KZ-Kommandanten in Auschwitz zitiert, in denen es um medizinische Versuche an Frauen des Lagers geht. Diese Zitate werden konfrontiert mit einer Aktennotiz von Bayer-Leverkusen aus dem Jahr 1975 über die Erprobung von neuen Medikamenten an Frühgeburten.

Für F. ist nun lediglich „bemerkenswert", daß in zwei der fünf Analogieszenen Juden als „Täter" auftauchen, womit die „Endlösung ...relativiert" und „die Juden erheblich belastet" würden.

In der ersten der von F. beanstandeten Szenen wird eine Jüdin dargestellt, die zur Komplizin der SS wird, indem sie Kapo-Dienste übernimmt. Zweifellos erscheint diese Szene im bisherigen Zusammenhang ungeheuerlich. Aber bei näherem Hinsehen versagt letztlich jede Analogie zum Verhalten Eichmanns; im Vordergrund steht vielmehr die Brutalität eines Systems, das seine Opfer zu Komplizen macht. Schließlich wird diese Frau in einer Grenzstation, in der es nur um das nackte Überleben geht, zur Komplizin der Herrschaft: Und — am Ende — sagt sie von sich: *„.... ich, die ich dies überlebte, überlebte mich nicht"*.

Die zweite Szene: ein israelischer Soldat, beauftragt, ein arabisches Dorf nach „Terroristen', zu durchsuchen, träumt, er würde in SS-Uniform im Ghetto von Minsk in das Haus seiner Eltern einbrechen. Der Traum als Korrektur des Verhaltens, der den Soldaten auf etwas hinweist, das er zu verdrängen versucht. Für mich ist dieser Soldat kein „Täter", sondern einer von denen, der sich nach einer Zukunft sehnt und der es zumindest ahnt, nur noch nicht wahrhaben will, daß diese Zukunft nicht auf den Gräbern der Palästinenser möglich ist.

In einer späteren Analogieszene tritt auch Sharon auf. Wieder tritt für F. nur „Israel als Täter auf". Nun, Israel, sprich: Sharon, tritt ja auch im Libanon als Täter auf. Wenn Kipphardt in seinem Stück mit dem Titel „Bruder Eichmann" Sharon auftreten läßt, so heißt das noch lange nicht, daß er Sharons und Eichmanns Verbrechen vergleichen will, um beide gegeneinander aufzurechnen. Wie in allen Analogieszenen geht es auch hier nicht um den Vergleich von Verbrechen, sondern um einen Vergleich menschlicher Einstellungen und Handlungen. Hierzu vielleicht eine Äußerung von Erich Fried, seinem Gedichtband „Höre Israel" vorangestellt. *„Ich kann auch verstehen, daß jeder Vergleich der Untaten des Zionismus mit denen des Nationalsozialismus Empörung auslösen wird. Auch in mir empört sich einiges, wenn ich solche Vergleiche ziehe. Israel hat keine Gaskammern gebaut; auch die Entstehung des Konflikts und die Zahl der bisherigen Opfer entziehen sich dem Vergleich. Aber weil viele Israelis, von einzelnen bis zu Regierungsstellen und militärischen Führungsgremien, deutliche Zeichen des Übernehmens und Weitergebens von Verhaltensmustern ihrer Todfeinde von gestern zeigen, drängt sich dieser häßliche Vergleich manchmal auf und kann auch in den Gedichten nicht ganz fehlen, gerade weil sie verhindern helfen wollen, daß er in der Wirklichkeit immer gültiger und zwingender wird."* Ich denke, daß mit diesen Sätzen auch in etwa die Intention Kipphardts umrissen wird.

Buchstabier' mir das Wort Zyankali!

Wo stellt Heinar Kipphardt in seinem Stück einen Eichmann dar, der seine Schuld gesteht, der „Aussagebereitschaft" oder *„möglicherweise sogar Läuterung"* zeigt? Wo ist denn hier der *„wichtige Ansatz vertan worden"*, die *„furchtbare Normalität Eichmanns"* darzustellen? Vielleicht liegtš ja an der Darmstädter Inszinierung, die derartige Einschätzungen nahelegt. Die Empfehlung im Programmheft des Staatstheaters Darmstadt: *„Wir wünschen Ihnen gute Unterhaltung bei ‚Bruder Eichmann'"* läßt Böses ahnen. Sie macht — in guter deutscher Tradition — Heinar Kipphardts Intention zunichte. Bloß nicht weh tun. Wir wollen uns auch weiterhin schonen, weiterleben wie bisher!

Eichmann, am Ende seines Lebens „geläutert"? Mit einer beispiellosen, widerlichen Mischung aus Verdrängung und Raffinesse leugnet Eichmann jede Verantwortung. So hat der Organisator der „Endlösug" den Namen des Gases „vergessen", mit dem Millionen Menschen vergast wurden. Sein Gegenspieler Avner Less muß ihm das Wort „Zyankali" v o r b u c h s t a b i e r e n!!

Eine andere Szene. Filmdokumente über die „Endlösung", die von der Anklageseite als Beweismaterial eingebracht worden sind, werden Eichmann und seinem Verteidiger „zur Kenntnis" vorgeführt. Auch einige Journalisten sind — von Eichmann zunächst nicht bemerkt — anwesend. Die Filmdokumente zeigen Szenen aus dem Warschauer Ghetto und aus Auschwitz, Erschießungen und — aus amerikanischen Dokumenten — Schubraupen, die tote Häftlinge in ein Massengrab schieben. Eichmann läßt die Vorführung unterbrechen: *„Ich muß, zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß ich nicht informiert wurde, daß bei dieser Filmvorführung auch justizfremde Personen anwesend sein dürfen. Ich wäre in diesem Fall nicht in Filzpantoffeln und dieser Sackhose gekommen! Was gehen mich all diese grauenhaften Bilder an? Was habe ich damit zu tun?"* Less schreit: *„Sie haben damit zu tun! Sie haben die umgebracht! Kain! Kain! Kain, wo ist dein Bruder Abel! Ungeheuer! Unhold! Judenmörder!"*

Die Szene ist für mich eine der Schlüsselszenen des Stücks. Gerade die in der Sprache des Alten Testaments gestellte Frage Less weist auf die Absicht des Moralisten Kipphardt: „Bruder" kann nur sein, wer die Verantwortung für seine Handlungen übernimmt, Einfühlungsvermögen für andere Menschen entwickelt, sich dagegen zur Wehr setzt, wenn sie „ausgegrenzt" werden.

Zurück zur schrecklichen Normalität Eichmanns. Worin besteht nun diese „schreckliche Normalität"? Eichmann hat mit vielen Menschen gemein, daß er Gehorsam als einen „Wert an sich" ansieht, daß er aus „Pflichtgefühl" lebt, sein „Fachgebiet" mit unglaublicher Akribie bearbeitet und es gelernt hat, alles, was nicht in dieses „Fachgebiet" fällt, zu verdrängen, zu leugnen, auszu-
alles, was nicht in dieses „Fachgebiet" fällt, zu verdrängen, zu leugnen, auszu-
blenden, für sich „ungeschehen" zu machen. Diese vom Kapitalismus verursachte und millionenfach praktizierte Einstellung zum Leben wird von Heinar Kipphardt, am Beispiel Eichmann bis zur letzten Konsequenz betrieben, vorgeführt.

Bezeichnend für Eichmann und doch wohl das Gegenteil einer „Läuterung": Eichmann leugnet die Möglichkeit, daß Menschen in vergleichbaren Situationen anders hätten handeln können als er. Seiner Auffassung nach muß man Geschichte eben hinnehmen, wie sie kommt. Eine fatalistische Philosophie mit einen Hauch „Tragik", die als Rechtfertigung für jedes Verbrechen dienen kann. Eichmann umgibt sich gern mit diesem Hauch von Tragik, sieht sich gern in der Rolle des Gescheiterten. Da die „Ordnung", die seinem Leben „Sinn" verliehen hat — weil sie Gehorsam, Pflichterfüllung verlangt und dafür Verantwortung abgenommen hat —, nicht mehr existiert, rächt sich der Pflichterfüller jetzt an ihr. Auf einmal haben wir es mit dem „enttäuschten Idealisten" zu tun, dessen „Ideale" von Hitler „verraten" wurden.

Von der gleichen feigen Inkonsequenz ist Eichmanns Kokettieren mit dem Selbstmord. Wenn es ihm dreckig geht, wenn die Ordnung, die ihm Befehle erteilt hat, „zerbrochen" ist, denkt er an Selbstmord, immer — versteht sich — mit der insgeheimen Hoffnung auf eine neue Ordnung, die ihm Befehle erteilen und damit seinem Leben wieder „Sinn" verleihen könnte.

Von diesen enttäuschten Idealisten habe ich in den fünfziger Jahren einige „erlebt". Daß diese Menschen „daran" geglaubt hatten und nun fürchterlich enttäuscht waren, ist zu verstehen. Nur, daß sie noch zehn Jahre „danach" beständig herumräsonnierten und lieber an der gesamten Menschheit zweifelten, als e i n m a l festzustellen, warum sie sich hatten täuschen lassen und was an ihren Idealen eigentlich dran war — das ist fürchterlich. Ich will diese Menschen keineswegs zu kleinen Eichmanns abstempeln. Nur — vieles an der Haltung Eichmanns zum Leben liest sich eben wie ein verdichtetes Bild deutscher Mentalität. Gerade durch diese „schreckliche Normalität" Eichmanns wird für mich Kontinuität zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart hergestellt. Der millionenfache Mord, die „Endlösung der Judenfrage" verliert etwas von dem Unbegreiflichen, das ihm immer noch anhaftet. Deutlich wird vor allem auch: die „Endlösung" wäre nicht möglich gewesen ohne aktive Beteiligung einer großen Anzahl von Menschen — und ohne das Nicht-sehen, Nicht-Hören-Wollen Millionen anderer.

G., Kulturkommission

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil IV

Von der Reformation zur Aufklärung

Der dreißigjährige Krieg und der westfälische Frieden

Der böhmische Aufstand vom Jahre 1618 leitete den Dreißigjährigen Krieg ein. Unmittelbarer Anlaß zum Ausbruch des Krieges war der Widerstand der böhmischen Stände gegen das feudalklerikale Regime des Hauses Habsburg und seine Versuche, im Königreich Böhmen eine katholische Restauration durchzusetzen. Stand zu Anfang des Krieges noch der konfessionelle Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten — und damit der Gegensatz zwischen Kaiser und Reichsständen — im Vordergrund, wurde später um die Hegemonie zwischen den Kontinentalmächten gekämpft.

Der Krieg endete mit der faktischen Auflösung des Reichs. Schweden und Frankreich erlangten Sitz und Stimme im Reichstag und wurden zu „Garanten des Friedens" erklärt. Verwüstet durch den Krieg, ohne Zentralgewalt, von Fürsten beherrscht mit unterschiedlichsten Interessen, jedoch einig in der Ausplünderung der Massen, war Deutschland *„für zweihundert Jahre aus der Reihe der politisch tätigen Nationen Europas gestrichen"* (Friedrich Engels).

Der im Oktober 1648 geschlossene Westfälische Frieden leitete indes nicht nur allgemein eine neue Periode der staatlichen Entwicklung ein, sondern brachte auch eine Veränderung der Lage der Juden, wenn auch nur für eine geringe Anzahl Bevorzugter fühlbar.

Drei Bestimmungen des Friedensvertrags waren für die jüdische Bevölkerung von Bedeutung: Die Verleihung der vollen Landeshoheit an alle Reichsstände, die zahlreichen Gebietsveränderungen und die Zuerkennung einiger religiöser Toleranz. Die Gebietsverschiebungen hatten zur Folge, daß Länder, die bis dahin ohne jüdische Bevölkerung waren, jetzt erstmals von ihnen bewohnt wurden: Brandenburg zum Beispiel, das die Bistümer Halberstadt und Minden erbte. Andererseits schieden Elsaß und Lothringen ebenso wie Holland, und damit viele Juden, aus dem Reich aus. Die größte Bedeutung hatte die Anerkennung der Landeshoheit. Die Fürsten fingen an, Territorialpolitik zu betreiben, um ihre Länder zu bereichern. Den Weg dahin versuchten sie mit Niederwerfung der Stände und Ausbau der absoluten Herrschaft zu erreichen; dazu benötigten sie eine straff organisierte, von Berufsbeamten geleitete Staatsverwaltung, ein stehendes Heer und reichlich Finanzen. Das Fehlen einer solchen Beamtenschaft und der Widerstand der Patrizier gegen Zentralisation und die neue, auf Merkantilismus basierende Wirtschaftspolitik waren Gründe, weshalb sich die deutschen Fürsten dafür entschieden, sich zur Durchführung ihrer Politik der Juden als Heeres- und Hoflieferanten zu bedienen, wodurch sie dem Zwang, die Bewilligung durch die Stände einzuholen, aus dem Wege gingen. Diese jüdischen Beauftragten der Fürsten wurden „Hofjuden" genannt oder auch „Hoffaktoren". Im 17. und 18. Jahrhundert wurden diese „Hofjuden" zur allgemeinen Einrichtung selbst in den Territorien, wo keine jüdische Bevölkerung zugelassen wurde.

Sie lebten an den kleinen deutschen Fürstenhöfen, waren reich, übten politischen Einfluß aus und besaßen ein besonderes „fürstliches Generalprivilegium", das sie von der Mehrheit ihrer Glaubens-Brüder und -Schwestern trennte.

Am bekanntesten wurde die Gestalt des Württembergischen Hoffaktors Josef Süß Oppenheimer (1692-1738), „Jud Süß" genannt. Während der Amtszeit des württembergischen Herzogs Karl Alexander war Josef Oppenheimer Hauptplaner radikaler Reformen im Land, deren Ausführung er gleichfalls leitete.

Minister, meistens Ausländer, wurden auf seine Empfehlung hin ernannt; er schlug die Bildung einer Hofkammer vor, die unabhängig von den Ständen sein sollte, die Etablierung eines Rechnungshofes und förderte die Industrie. Alles in allem verfolgte er die für die geschichtliche Periode fortschrittliche Vorstellung eines rational aufgebauten absolutistisch-merkantilistischen Fürstenstaats an Stelle des überholten patrimonialen Ständestaats. Nach dem plötzlichen Tod des Herzogs wurde „Jud Süß" von den Ständen verhaftet, die ihn des Hochverrats anklagten und ihn folterten. Vergeblich wurde versucht, ihn zum Christentum zu bekehren, obwohl er kein frommer Jude war. 1783 wurde er in einem Käfig am Galgen hingerichtet.

Leben, Aufstieg und Absturz des Josef Oppenheimers war (ist) Anlaß und Nahrung antisemitischer Gerüchte und Sprüche. Im nationalsozialistischen Deutschland wurde „Jud Süß" zum Symbol des machtgierigen, lüsternen Judenteufels — sein Ende aber auch zum Symbol dessen, was man mit den Juden vorhatte. Hofjuden gab es zwar vor allem in Deutschland, doch im 18. Jahrhundert erschienen mehrere Juden in ähnlicher Eigenschaft in Frankreich, England undf Rußland.

Die Juden in Brandenburg

Auch dort ist die Geschichte der Juden von ständiger Ausweisung und Wiederaufnahme geprägt.

1350 fanden in der Neumark Judenverfolgungen statt. 1446 wurde die jüdische Bevölkerung ganz vertrieben, 1509 wieder aufgenommen, aber kurze Zeit später wieder ausgewiesen. 1573 erfolgte die Ausweisung der Juden aus Brandenburg „auf ewig". 1650 wurde eine neue Verordnung auf sieben Jahre erlassen, die den Juden keineswegs einen längeren Aufenthalt gestattete, sondern nur den Besuch auf freien Jahrmärkten, wofür sie auch 200 Reichstaler jährlich zu zahlen hatten. Diese Verordnung wurde 1660 erneuert.

Die neuere Geschichte der Juden in Brandenburg-Preußen wurde durch das Edikt vom 21. Mai 1671 bestimmt, mit welchem der Große Kurfürst fünfzig reiche jüdische Familien in die Mark Brandenburg aufnahm, die fast alle aus Wien kamen, woraus sie ein Jahr zuvor vertrieben worden waren.

Das Ausweisungsdekret von 1670 hatte die Wiener Ghetto-Juden überrascht: gerade erst 1659 hatte ihnen Kaiser Leopold ihre Privilegien bestätigt. Hinter dem Ausweisungsakt stand nicht nur der Klerus, sondern die österreichischen Stände, der Magistrat und die Zünfte der Stadt Wien. Wieviel ihnen die Ausweisung der Juden wert war, zeigt, daß sie als Ersatzzahlung anboten, einmalig 50.000 und jährlich 14.000 Gulden zu zahlen. Auf diese Weise wollten sie einen Ausgleich für den Ausfall der jährlichen Judenabgaben von 31.000 Gulden erreichen. Auf dem Platz der ehemaligen Synagoge wurde eine Leopoldskirche aufgebaut, eine in das Fundament eingefügte Tafel besagt, daß die Kirche anstelle einer „Mördergrube" erbaut worden sei.

Die Vertreibung hatte Folgen: eine Krise des Staatskredits, die Geldverknappung schadete dem allgemeinen Geld- und Wechselverkehr, Lücken entstanden in der Belieferung des Hofes. Das brandenburgische Juden-Edikt vom Mai 1671 stellte die 50 aufgenommenen Familien unter Schutz und erteilte ihnen ein relativ großzügiges Handelsprivileg; in allen nicht den Christen zünftig reservierten Bereichen durften die Juden frei handeln, sie durften Grund- und Hausbesitz erwerben und wurden vom diskriminierenden Geleitzoll an Grenzen und Stadttoren befreit. Als Schutzgeld waren von jeder Familie acht Taler, als Heiratsgeld ein Goldgulden zu entrichten. Der jüdische Kult wurde allerdings auf die Privatsphäre beschränkt, Synagogen durften vorerst nicht gebaut werden. Alte jüdische Gemeinden entstanden vor allem in den Herzogtümern Mark, Kleve, Ravensberg und den Bistümern Minden und Halberstadt sowie (ab 1680) in Magdeburg. In Ostpreußen und Hinterpommern gab es relativ wenige Juden. Die Judenpolitik des Großen Kurfürsten entsprach seinem Hauptziel, Brandenburg-Preußen zu einer selbständigen Großmacht unabhängig von der Vorherrschaft anderer Mächte, namentlich Frankreichs, zu machen. Dazu gehörte ein aus eigener Steuerkraft finanziertes Heer sowie eine funktionierende staatliche Bürokratie. Die neu aufgenommenen Juden bildeten gegenüber der alten jüdischen Bevölkerung eine stark bevorzugte Minderheit, die sich vor allem in Berlin, Breslau und Königsberg niederließ.

Unter den Nachfolgern des Großen Kurfürsten — unter Friedrich Wilhelm I. und unter Friedrich dem Großen — verschlechterte sich jedoch die Lage der Juden in Brandenburg-Preußen. Zwar erfolgten sie gleichen ehrgeizigen Ziele für Preußen, bedienten sich aber anderer Mittel: es kam nun darauf an, bei zunehmend restriktiver Behandlung möglichst viele Abgaben aus den Juden herauszupressen.

Preußens Judenpolitik im 18. Jahrhundert wurde zunehmend von den zentralen Staatsbehörden übernommen. Die Haupttendenz der bürokratischen Behandlung der Juden wurde zunehmend restriktiver, und drei Hauptziele herrschten vor:

— Die jüdische Bevölkerungsvermehrung zu verhindern, die Armen außer Landes zu drängen, die Reichen steuerlich möglichst auszunutzen.

— Die den Juden verbleibenden Handelszweige zugunsten der zünftischen Christenbürger einzuschränken; in aller Regel mußten die Juden einen Handelszweig räumen, sobald christliche Gewerbetreibende diesen beanspruchten.

— Die Solidarhaftung der Synagogengemeinde durchzusetzen mit dem Ziel, auch dort möglichst hohe Abgaben herauszuziehen. Die zunehmende Verschärfung des Haftungsprinzips führte zur Zwangsgemeinde, wodurch besonders die armen Juden aufs engste an die Gemeinde, sprich an die reichen Juden, gekettet wurden. Dieses Haftungsprinzip — zunächst zur Eintreibung der Schutzgelder und anderer Abgaben gedacht — wurde immer weiter auf andere Bereiche ausgedehnt: auf Straftaten, Hehlerei, Bankrotte, Familienmitglieder, Dienstboten etc. Diese Judenpolitik traf jedoch weniger die reichen, privilegierten Juden als die arme Masse der Kleinhändler, besonders in den neu gewonnenen Gebieten Schlesien und Posen.

In der Regierungszeit von Friedrich dem Großen verdoppelte sich die Zahl der preußischen Juden fast (auf ca. 60.000 Erwerbstätige).

Im aufgeklärt-absolutistischen Preußen nahm die Diskriminierung der Juden immer schärfere Formen an:

— Um die Vermehrung der Juden zu verhindern, wurde festgelegt, daß jeder Schutzjude nur zwei seiner Kinder als Nachfolger „ansetzen" durfte. Alle anderen Kinder mußten entweder außer Landes gehen oder unverheiratet in den Dienst eines anerkannten Schutzjuden gehen. Im Reglement von 1750 wurde die Zahl der „ansetzbaren" Kinder auf nur eines reduziert. Nach dem Siebenjährigen Krieg wurde diese Beschränkung teilweise wieder aufgehoben.

— Die Verdienstchancen der Juden wurden zunehmend eingeschränkt; dafür vermehrten sich ihre Sonderabgaben und Verpflichtungen. Während ursprünglich jeder Jude 8 Taler jährlich an Schutzgeld zahlen mußte, mußte um 1700 die brandenburgische jüdische Bevölkerung gemeinsam 3.000 Taler Schutzgelder entrichten; 1728 betrug die Zahl 28.000 Taler.

Hinzu kamen die Sonderabgaben wie Heiratsgeld etc., ab 1728 zusätzlich 4.800 Taler Rekrutengeld und 1766 die Silberlieferungen, die noch einmal 24.000 Taler erforderten. Kleinere Abgaben wurden parallel gefordert wie Kirchengeld und Abgaben bei besonderen Anlässen: Zwang zur Übernahme von Produkten der königlichen Porzellanmanufaktur, bei Anlässen wie Heirat, Erwerb eines Hauses und ähnliches.

— Im Laufe des 18. Jahrhunderts nahmen auch die Eingriffe in die jüdische Kultgemeinde immer rigorosere Formen an: Erst ging es um die Gemeindefinanzen, dann um die Kultdiener, schließlich um den Kult selbst. In Königsberg zum Beispiel wurde der Gottesdienst in der Synagoge von Theologieprofessoren (Protestanten) überwacht...

Die Hamburger Judengemeinde

„Im gegenwärtigen Jahre 1492, nachdem Eure Hoheiten den Krieg gegen die Mauren, die noch in Europa herrschten, in der gewaltigen Stadt Granada beendet hatten ... (und) nach Vertreibung aller Juden aus Ihren Königreichen und Herrschaften, befahlen mir Eure Hoheiten im nämlichen Monat Januar, ... nach den Gestaden Indiens in See zu stechen": so schrieb Christoph Columbus über eine erste Entdeckungsfahrt an das katholische Königspaar Ferdinand und Isabella (zitiert nach „Die Juden als Minderheit in der Geschichte", dtv, S. 85). Im gleichen Jahr, in dem die Reconquista, die christliche Rückeroberung ganz Spaniens abgeschlossen und die Juden ausgetrieben wurden, im Jahr der Entdeckung Amerikas konnte es seine Macht und auch seinen Glauben auf eine neue Welt übertragen. So die christlich und spanisch-nationale Geschichtsschreibung, die den sinnhaften geschichtlichen Zusammenhang zu unterstreichen bemüßigt war (ist). Die Vertreibung der spanischen Juden, älteste, zahlenmäßig größte und am längsten geduldete jüdische Minderheit im mittelalterlichen christlichen Europa, zum Teil kulturelles Zentrum auch für diejenigen Juden, die im Orient unter dem Islam lebten, ist einer der tiefsten Einschnitte innerhalb der Weltgeschichte der Juden. Ihre Zwangsausweisung aus dem ganzen Land innerhalb von drei Monaten war die größte, die in dieser Form auf einen Schlag geschah — die größte vor dem 20. Jahrhundert. 1496/1497 wurde auf spanischen Druck hin auch in Portugal das Judenverbot verkündet.

In diesem Jahr beginnt also die Diaspora der sogenannten Sephardim, die Ausbreitung der iberischen Juden über die Mittelmeerländer und weit darüber hinaus. Nach 1580 begann auch die Auswanderung in protestantische Länder, nach Dänemark, vor allem nach Amsterdam — wo das „Holländische Jerusalem" entstand und eben auch nach Hamburg.

In Hamburg hatten sich vor 1.600 Marranen („Schweine", wie man in Portugal/Spanien die „Conversos", die (Zwangs-)Konvertierten nannte) aus Portugal niedergelassen. Als „Kaufleute portugiesischer Nation", die mensch für Katholiken hielt, wurden sie geduldet. Als sich herausstellte, daß die Einwanderer durch die Inquisition zwangsgetauft waren, sich aber weiter zum Judentum bekannten, folgten die üblichen Szenen. 1603 verlangte die Bürgerschaft, von Krämern und Handwerkern angeführt, ihre Ausweisung. Der Senat aber schützte sie und gestattete ihnen auch das öffentliche Abhalten von Gottesdiensten. Der Senat hatte vor allem ihre wirtschaftliche Bedeutung im Auge: insbesondere verfügten sie über Handelsverbindungen mit Spanien, Portugal und mit der neuen Welt. Als 1619 die „Bank von Hamburg" gegründet wurde, gehörten 30 portugiesische Juden zu den Anteilzeichnern. Die Sephardischen Juden hatten aufgrund ihrer Geschichte ein anderes Bewußtsein als die aschkenasischen Juden; dem christlichen Großbürgertum standen sie weder kulturell noch gesellschaftlich nach. Unter ihnen befanden sich z.B. die Leibärzte der Könige von Dänemark und Schweden, einige besorgten die diplomatischen Geschäfte der Könige von Polen, Portugal und Schweden, die Königin Christine von Schweden wohnte etwa während ihres Hamburger Aufenthaltes im Haus ihres jüdischen Residenten.

Das selbstbewußte Auftreten der Sephardim erregte die lutheranische Geistlichkeit. 1644 wiederholte der Senior der Petrikirche, Johannes Müller, Luthers judenfeindliche Thesen.

Die Aschkenasim wurden in Hamburg erst später aufgenommen. Von den Städten Altona, Wandsbek und Glückstadt, wo sie unter dem Schutz des dänischen Königs lebten, siedelten sie im Laufe der Jahrzehnte immer mehr nach Hamburg über. Ansonsten durften sie aber nur tagsüber mit einem Paß in Hamburg verweilen.

Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts (1697) wurden die Aschkenasim als „Hochdeutsche Judengemeinde" gesetzlich anerkannt. Zur gleichen Zeit verließen viele Sepharden die Stadt und gingen nach Amsterdam, weil die Bürgerschaft plötzlich neue Gesetze erlassen hatte — höhere Steuern und das Verbot, größere Bethäuser zu besitzen. 1650 kam noch eine dritte Gruppe von Juden nach Hamburg, Flüchtlinge aus Polen, Nachkommen jener deutschen Juden, die 1350 nach der Pest Deutschland verlassen hatten (siehe AK 232, „Zur Geschichte des Antisemitismus", Teil II).

Der Chmielnicki-Aufstand

Nach Polen-Litauen hatte es vier Phasen jüdischer Einwanderung gegeben:
— vor dem ersten Kreuzzug,
— zwischen dem ersten und dem letzten Kreuzzug, wobei der Zustrom der Juden eher Ausdruck von Massenevakuierung war als von Einwanderung,
— die Massenkolonisierung der Juden seit der zweiten Hälfte des 13. bis zum 15. Jahrhundert,
— sporadische Fälle von Einwanderungen im 16. und 17. Jahrhundert, 1612 z.B. aus Frankfurt am Main, 1670 aus Wien u.a.

Die Juden in Polen-Litauen galten auch dort als „königliche Kammerknechte", und die Katholische Kirche zeigte ihnen gegenüber die gleiche Feindseligkeit wie in anderen Ländern auch. Dennoch konnten die Juden dort eine im Vergleich zu den anderen Ländern einzigartige rechtliche und soziale Position erreichen. Diese Zeiten endeten allerdings mit dem Schock des Kosakenaufstandes unter Führung des Hetmans Bogdan Chmjelnizki (oder Chmielnicki) — der „böse Chmel" — und seiner mörderischen Überfälle auf die jüdische Bevölkerung. Die Massaker, im Namen des „heiligen Krieges für die Freiheit und den rechten Glauben", gegen den polnischen Adel und die Juden breiteten sich über die ganze Ukraine, Litauen und Weißrußland aus. Viele Juden wurden gefangengenommen und nach Konstantinopel als Sklaven verkauft. Die ukrainischen Juden, wie z.B. in Tulchin, verteidigten sich mit großer Tapferkeit. Die Grausamkeit der Massaker war unbeschreiblich.

700 Gemeinden waren verschwunden. Nach 1648/1649 setzte eine große Auswanderungswelle von Juden in westlicher Richtung ein, nach Deutschland und in andere westeuropäische Länder.

Die jüdische Gemeinde in Amsterdam

1581 wurden die sieben protestantischen Nordprovinzen der Niederlande (die „Union von Utrecht") von Spanien unabhängig. 1593 ließen sich die ersten Sephardim in Amsterdam nieder. die „marranischen" (s.o.) Gemeinden in Holland wuchsen rasch, sie beteiligten sich am holländischen Handel, z.B. an der Ostindischen Kompanie. Ihr Erfolg, der sich mit der wirtschaftlichen Blütezeit Hollands deckte, veranlaßte die Zuwanderung von Juden aus Deutschland und, nach den dortigen Ereignissen von 1648, auch aus Polen. Diese Aschkenasim waren bald in Holland in der Überzahl gegenüber den Sephardim, die wohl dennoch den bedeutenderen Einfluß hatten. So wurden sie von Cecil Roth als die Pioniere jüdischer Ansiedlung in der halben zivilisierten Welt bezeichnet: *„Auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft war ihr Einfluß beträchtlich. Sie waren die Pioniere der landessprachlichen jüdischen Literatur. Sie gaben das Beispiel für die Abschaffung der traditionellen jüdischen Kleidung... Man kann die Mitglieder der marranischen Diaspora ohne Übertreibung die ersten modernen Juden nennen"* („Die Juden als Minderheit in der Geschichte", dtv, S. 109).

Manasse ben Israel (1604-1657), ein Rabbiner der Amsterdamer Gemeinde, eröffnete in Amsterdam eine der ersten jüdischen Buchdruckereien.

Er spielte eine wichtige Rolle bei der Wiederaufnahme der Juden in England. England hatte 1290 die Juden aus seinen Territorien verbannt; fast dreihundert Jahre lang blieben die britischen Inseln ohne Juden. Zwischendurch hatten sich Sepharden zwar dort angesiedelt, allerdings offiziell als Ka-

Fortsetzung nächste Seite

tholiken. 1649 diskutierten die von Cromwell angeführten Puritaner über die Duldung des jüdischen Glaubens. Ben Israel wandte sich 1650 mit einer Petition an das Parlament und reiste 1655 nach England, um für die freie Religionsausübung zu werben. Schließlich bekamen die jüdischen Gemeinden in England 1664 einen offiziellen königlichen Schutz.

Zwei bedeutende jüdische Philosophen gehörten zeitweise der Amsterdamer Gemeinde an; beide waren Sephardim.

Der erste, **Uriel da Costa,** kam 1618 nach Amsterdam, wo in der jüdischen Gemeinde mit Entsetzen festgestellt wurde, daß er die jüdische Tradition und die Unsterblichkeit in Frage stellte. 1640, nachdem er seine „Thesen gegen die Tradition" verfaßt hatte, sprachen die Rabbiner endgültig den „Cherem" (Bannfluch) über ihn. Um wieder in die jüdische Gemeinde aufgenommen zu werden, mußte er sich einer körperlichen Züchtigung unterziehen. Kurz vor seinem Selbstmord (1640) schrieb er seine Autobiographie „Exemplar humanae vitae" (Beispiel eines menschlichen Lebens). 16 Jahre nach dem Tod da Costas wurde auch **Baruch de Spinoza** aus der Amsterdamer Gemeinde vertrieben, weil er Bibel und jüdische Tradition kritisierte (siehe auch AK 228, Artikel zum 350. Geburtstag Spinozas).

Die Kabbala und Sabbatai Zwi — der falsche Messias

Für die Kabbalisten (hebr.: „Überlieferung") ist der Bibeltext nicht nur ein Gefüge von Worten und Sätzen; jeder Buchstabe, jeder Vokal, der Rhythmus von Laut- und Silbenfolgen, die Zeichensetzung — alles hat eine symbolische Bedeutung. Der Beginn dieser mystischen Strömung ist auf das 9. Jahrhundert in Babylonien zurückdatiert worden, eine Ausbreitung erlebte sie aber vor allem in den Jahren nach der Austreibung der Juden aus Spanien. Zum Bestand der kabbalistischen An-

schauung gehört die Lehre der vier Schöpfungswelten:
— die Welt der Emanation (Aziluth),
— die Welt der Wesen (Beriah),
— die Welt der Form (Jezirah)
— und die Welt des körperlich Wirkenden (Asijah), die die niedrigste ist.

Zwischen den Welten steht der Mensch im Kampf mit der unteren Welt der Geister und Dämonen und der Sehnsucht nach oben, nach der Welt des „Sefiroth" (Lichtstrom). Vertreibung und Exil trugen zum Wiederaufkommen der jüdischen Mystik und zur sogenannten messianischen Bewegung bei. Als die größten Gestalten dieser Zeit der messianischen Hoffnungen sind Sabbatai Zwi und sein Prophet Natan von Gaza zu nennen.

Der Prophet Natan sandte Weisungen in alle Länder von Amsterdam bis in den Jemen, die meist bereitwillig, wenn nicht begeistert befolgt wurden. In früheren Generationen hatte es ebenfalls Messiasse gegeben, die behauptet hatten, sie würden Israel erlösen, doch niemals waren sie so allgemein akzeptiert worden. Sabbatai Zwi kam aus Smyrna und hatte sich dort, während der Morde in Polen (s.o.), als Messias der Juden ausrufen lassen. Als er schließlich unter Todesdrohung zum Islam übertrat, war der größte Teil des Judentums bis aufs Mark getroffen. Der Sabbatianismus und der Verrat des „Messias" lösten eine schwere Krise aus.

Do., E., KB-Frankfurt

Literaturquellen:
„Jüdische Geschichte", Joachim Prinz, Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1931;
„Geschichte der Juden in Deutschland", Ismar Elbogen, Erich Lichtenstein-Verlag, Berlin 1935;
„Die Juden in Deutschland", H.G. Adler, Kösel Verlag, München 1960;
„Und wurden zerstreut unter alle Völker", Werner Keller, Droemer Knaur Verlag, München-Zürich 1966;
„Deutsche Geschichte", Michael Freund, Bertelsmann Lexikon Verlag, 1973;
„Geschichte des jüdischen Volkes", Hrsg. H.H. Ben-Sasson, Bd. 3.
Zu Josef Oppenheimer siehe auch L. Feuchtwangers Roman „Jud Süß".

aber vor allem in den Jahren nach der Austreibung der Juden aus Spanien. Zum Bestand der kabbalistischen An-

Hrsg. H.H. Ben-Sasson, Bd. 3.
Zu Josef Oppenheimer siehe auch L. Feuchtwangers Roman „Jud Süß".

Hausdurchsuchung im Göttinger AStA

Am 20. April wurde das AStA-Gebäude der Uni Göttingen von der Staatsanwaltschaft, unterstützt von zwei Wirtschaftkriminologen, durchsucht. Beschlagnahmt wurde die gesamte Buchführung der letzten 2 Jahre. Begründung: Eine anonyme Anzeige gegen vier AStA-Referenten der Jahre 81 und 82 wegen „*Veruntreuung studentischer Haushaltsmittel*", wegen Wahrnehmung des sog. „*allgemeinpolitischen Mandates*". Genau eine Woche später, am 27. April, wurde der AStA ein zweites Mal durchsucht. Begründung diesmal: Nach einer „ersten groben Sichtung" des bereits beschlagnahmten Materials ergebe sich, daß in erheblichem Ausmaße Gelder an dritte verausgabt worden seien. Das ließe auf den Verdacht schließen, daß auch schon in den vergangenen Haushaltsjahren Gelder veruntreut seien. Und nach dem Motto ‚kein Jahr ungeprüft verstreichen lassen' (die Verjährungsfrist erstreckt sich auf 3 Jahre), wurde auch das Aktenmaterial des Wintersemesters 80 eingesackt. Betroffen von den nun laufenden Ermittlungsverfahren sind mit Sicherheit 3 AStA-Vorsitzende und 2 Finanzreferenten (Mitglieder der Linken Bündnisliste (LBL) aus den Jahren 81 und 82, wahrscheinlich auch die entsprechenden Referenten aus den Juso-ASten 80 und 83).

„Klagt die ASten kaputt!" (RCDS)

Die ‚Anonymität' der Anzeige lüftete sich schon während der Durchsuchung:

Die ‚Anonymität' der Anzeige lüftete sich schon während der Durchsuchung:
Der Staatsanwalt suchte anhand einer Liste mit Haushaltstitelnummern gezielt nach den Rechnungen für Flugblätter zum Libanonkrieg, zu Polen und zur CDU-Demo im Juni 82 in Bonn. Zugang zu der genauen Haushaltsaufschlüsselung, die die Zuordnung von entsprechendem Titel zu Flugblatt ermöglicht, haben nur Mitglieder des Haushaltsausschusses der Studentenschaft, in dem außer Linken der RCDS und eine andere halbrechte Gruppierung Mitglieder sind. Und just die von der Staatsanwaltschaft vorrangig gesuchten Flugblätter hatte der RCDS bereits im Januar in einem Schreiben an den Unipräsidenten moniert und unter Androhung einer Dienstaufsichtsbeschwerde den Unipräsidenten zum Eingreifen aufgefordert. Die Vermutung der Denunziation durch den RCDS wurde in den Tagen nach der Durchsuchung von dieser Gruppe selber bestätigt, als sie wohlwollende Zustimmung zum Vorgehen der Staatsanwaltschaft ausdrückten. Während der RCDS bisher sich auf Denunziationen bei der Unileitung und inzwischen zusammen mit einigen korporierten Einzelkämpfern beim Verwaltungsgericht beschränkte — wie wir das auch aus anderen Unistädten kennen — ist die direkte Orientierung auf strafrechtliche Verfolgung studentischer Vertreter hier eine neue Qualität. Bisher hatte sich die Staatsanwaltschaft immer geweigert einzugreifen, solange der verwaltungsrechtliche Weg noch nicht ausgeschöpft sei, so wurde das auch an anderen Unis gehandhabt. Doch der RCDS, der die Linke als „*kranke Kinder mit psychischen Defekten, die exakt nach dem Muster verfahren: Führer befiehl, wir folgen.*" (O-Ton aus einem RCDS-Einzelkämpfer-Flugblatt) bezeichnet, hat vollste Unterstützung im Rücken:

Die CDU-Fraktion im Landtag

Nachdem bereits Ende August der Vorsitzende des Arbeitskreises Kunst und Wissenschaft der CDU die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft gefordert hatte mit der Begründung, ASten und Fachschaften würden immer wieder mit der Wahrnehmung des Politischen Mandates gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) verstoßen, zog sich bis Ende Oktober eine Diskussion um die Verfaßte Studentenschaft in der niedersächsischen CDU-Fraktion hin, die mit der Option endete, im September in der CDU-Bundestagsfraktion darüber zu beraten, ob man nicht gleich in einem Aufwasch die Verfaßte Studentenschaft in der BRD zerschlagen sollte. Auf jeden Fall festgehalten wurde, daß man in Zukunft den ASten „schärfere Überwachungsmaßnahmen der Unileitungen" angedeihen lassen wolle. Im Februar diskutiert der Landtag in Hannover erneut über die Verfaßte Studentenschaft. Den Beitrag für die CDU hält der Göttinger Landtagsabgeordnete Fischer. Er kündigt an, daß die CDU bundesweit die „Neuregelung" der Verfaßten Studentenschaft beabsichtigt. Er bezieht sich in seinem Beitrag ausdrücklich auf den Göttinger AStA. Unter dem Hinweis auf eine Extra-GN (Göttinger Nachrichten, Zeitung des Göttinger AStA's) zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung, die er im Landtag herumzeigt, polemisiert er gegen den AStA und fordert die Vollziehung eines Zwangsgeldes von 5.000 DM und weitere Zwangsmittel. Am Ende seiner Rede sagt Fischer unter dem Beifall der CDU-Fraktion wörtlich: „Ich hoffe, daß man dort (in Göttingen) dementsprechend vorgeht!"

Ergebnis sind 5-9 Ermittlungsverfahren, eine Verwaltungsgerichtsklage eines einzelnen Burschenschaftlers wegen Veruntreuung in 8 Fällen und 2.000 DM (5.000 DM angedroht) Zwangsgeld gegen den AStA.

Die Reaktionen in der Studentenschaft

Eine mit 2.000 Leuten gut besuchte Uni-Vollversammlung, ein einigermaßen erfolgreicher Aktionstag, große und kleine Demos waren die Reaktionen der Studentenschaft, sie reagierte



in erster Linie mit Empörung gegen die Denunziation. Initiativen und Gruppen aus dem linken Göttinger Umfeld erklären sich mit dem AStA solidarisch und fordern entschieden die weitere Wahrnehmung des Politischen Mandates. Auch die „Massenorganisationen" der Bündnispartner im AStA (MSB und Juso-HSG), die SPD und die Gewerkschaften, sichern dem AStA ihre volle Unterstützung für die Verfaßte Studentenschaft mit Politischem Mandat zu.

Doch dieser AStA (Mehrheit von Juso-HSG, gewerkschaftlich orientierter Kräfte gegenüber der „Linken Bündnisliste" (LBL)) tut sich schwer mit soviel Solidarität. Besonders die Jungsozialisten entwickeln da ganz besondere Vorstellungen zum weiteren Vorgehen. Schon während der Koalitionsverhandlungen im Februar hatten sie sich etwas schwer getan: Ihr „Essential" war, das Politische Mandat nur noch da wahrzunehmen, wo der AStA sich die Unterstützung der besagten Massenorganisationen organisieren könne. Doch, was sie nun unterbreiten, ist nicht anders als ‚offensiver Abschied' vom Politischen Mandat zu nennen.

Quo vadis, Juso?

„Für uns Jusos heißt das angesichts der gegenwärtigen Situation, daß das Politische Mandat dort wahrzunehmen ist, wo eindeutig hochschulpolitische Bezüge herzustellen sind." (Juso-Flugblatt Anfang Mai) Dieser Satz ist an der Göttinger Uni nicht neu. Der RCDS erklärte 79 im Rahmen einer organisationsintern umstrittenen Liberalisierung für wenige Wochen wörtlich dasselbe, wie die Jusos heute. Mit diesem Satz machen die Jusos alle jahrelangen Erklärungen vergessen, die immer wieder betonten, daß das Politische Mandat sich in seinem aktuell praktischen Bezug eben nicht auf „hochschulpolitische Belange" reduzieren lasse.

Doch die Jusos gehen noch einen Schritt weiter: „*Daher ist es eine vordringliche Aufgabe, in jeder Publikation des AStAs immer wieder den hochschulpolitischen Bezug herauszuarbeiten, und zwar nicht nur, um der Kriminalisierung zu entgehen, sondern auch, um eine eigene Betroffenheit der Studenten zu erzeugen.*" (s.o.) Mit dem NHG läßt es sich also doch leichter und besser Politik machen! In die gleiche Richtung gehen die praktischen Vorschläge: Unter dem Punkt ‚Solidaritätsarbeit' (!) schlagen sie vor, einen Verein zu gründen. Was RCDS und CDU übrigens schon lange vorschlagen. Dieser Verein solle dann — als ständische Fachinnung linker Hochschulgruppen? — allgemeinpolitische studentische Interessen wahrnehmen (In Bayern und BaWü wurden solche Vereine erst gegründet, als die Verfaßte Studentenschaft ganz abgeschafft war.). Der Bereich Internationalismus soll nach den Vorstellungen der Juso-HSG abgedeckt werden durch eine „Paten(!)schaft" mit der Uni in Managua.

Vergessen haben die Jusos in ihrem neuen AStA-Programm (das außer den genannten Themen noch den Bereich Sozialpolitik umfaßt) vollkommen die Friedensbewegung und den Kampf gegen die Stationierung, obwohl heute niemand bestreitet, „*daß sich die Uni vor dem Problem von Krieg und Frieden nicht verschließen kann.*" (Zitat des Uni-Präsidenten)

„Sozialistische Hochschulpolitik" (Juso)

Hand in Hand mit dem MSB setzt die Juso-HSG nun unter dem Vorwand der drohenden Kriminalisierung und unter lautem Märtyrergeschrei das durch, was sie schon lange ihr politisches Konzept nennt: die „sozialistische" Hochschulpolitik. Gemeinsam mit den Basisgruppen propagieren sie, „*die Fehler der letzten 10 Jahre*" aufzuarbeiten, das besondere Interesse der Intelligenz und der Wissenschaft an der gesellschaftlichen Entwicklung zu orten um dann das Politische Mandat „*wieder in den Köpfen der Studenten zu verankern.*"

Immerhin sprießen allerorts an den Fachbereichen die Friedensgruppen nur so aus dem Boden, um Aktionen für den Herbst vorzubereiten.

Da kein Konsens unter den Koalitionspartnern im AStA absehbar ist, wird wohl bis auf weiteres der Stimmschlüssel entscheiden — im AStA — die Linke Bündnisliste wünscht sich einen heißen Herbst!

Hochschulgruppe des KB, Göttingen